

# MONATSBERICHTE DER DEUTSCHEN BUNDESBANK

JULI 1960

---

## INHALT

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets im Sommer 1960 . . . . .	3
Geld und Kredit . . . . .	3
Öffentliche Finanzen . . . . .	21
Produktion und Märkte . . . . .	31
Außenhandel und Zahlungsbilanz . . . . .	43
Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung im Jahre 1959 . . . . .	55
Statistischer Teil . . . . .	79
Bankenstatistische Gesamtrechnungen . . . . .	80
Deutsche Bundesbank . . . . .	85
Bargeldumlauf, Kredite, Einlagen . . . . .	85
Ausweis . . . . .	88
Kreditinstitute . . . . .	90
Kredite, Wertpapierbestände, Einlagen . . . . .	90
Zwischenbilanzen . . . . .	104
Mindestreservesätze und Zinssätze . . . . .	117
Kapitalmarkt . . . . .	123
Öffentliche Finanzen . . . . .	134
Außenwirtschaft . . . . .	139
Produktion und Märkte . . . . .	144
Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse . . . . .	148
Zinssätze im Ausland . . . . .	150

---

*Soweit nicht anders vermerkt, beziehen sich die Angaben dieses Berichts bis einschließlich Dezember 1959 auf das Bundesgebiet ohne Saarland aber einschließlich Berlin (West), ab Januar 1960 auf das Bundesgebiet einschließlich Saarland und Berlin (West)*

Abgeschlossen am 30. Juli 1960

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet

# Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets im Sommer 1960

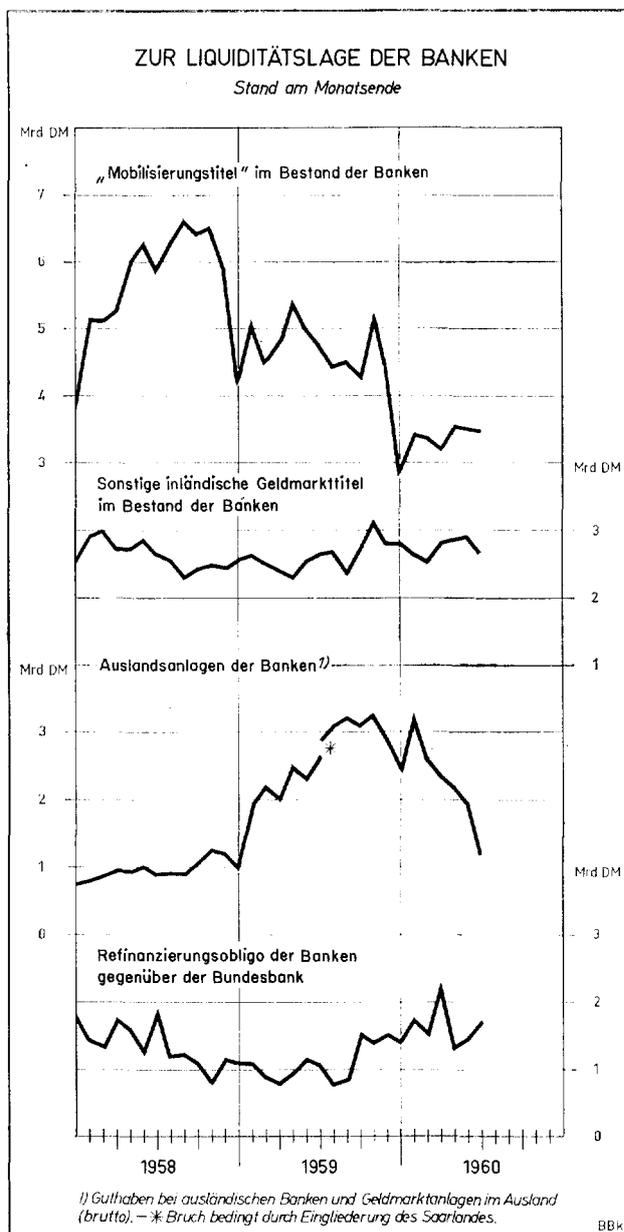
## Geld und Kredit

### Bankenliquidität und Geldmarkt

Die Entwicklung der Bankenliquidität und des Geldmarktes stand in den letzten Monaten weitgehend im Zeichen der Maßnahmen, die die Bundesbank zur Einengung des Liquiditätsspielraums der Banken ergriff, um auf diese Weise den erhöhten Diskontsatz effektiv zu machen und die noch immer erhebliche Kreditexpansion auch von der Angebotsseite her nach Möglichkeit zu dämpfen. Die freien Liquiditätsreserven der Banken haben infolgedessen in den letzten Monaten weiter abgenommen, und der Geldmarkt war überwiegend knapp. Der Tagesgeldsatz, dessen Relation zum Diskontsatz im allgemeinen ein recht getreues Spiegelbild der jeweiligen Geldmarktverfassung darstellt, lag in den letzten drei bis vier Monaten überwiegend auf oder gar über dem Niveau des Diskontsatzes; die Nachfrage nach Geldmarktmitteln war mithin in der Regel drängender als das Angebot. Die Liquidität des Kreditapparats reichte allerdings nach wie vor für eine beträchtliche Kreditexpansion aus. Immerhin ist das Liquiditätsbild im Verlauf der letzten Monate wesentlich differenzierter geworden; bei einem Teil der Banken sind die Liquiditätspolster allmählich so weit geschrumpft, daß das Aktivgeschäft künftig kaum mehr im bisherigen Umfang wird ausgedehnt werden können, sofern keine neuen Liquiditätszuflüsse erfolgen oder wenn man sich gar auf weitere Liquiditätsabgänge einstellen müßte. Diese liquiditätsmäßige Beengung aufrechtzuerhalten, ist zur Zeit das wichtigste unmittelbare Anliegen der Kreditpolitik.

Im Vordergrund der Liquiditätspolitik der Bundesbank standen in der Berichtsperiode die *Mindestreserveanforderungen*. Allein im Juni ist das Mindestreserve-Soll unter dem Einfluß der am 5. Mai d. J. beschlossenen Anhebung der Reservesätze (um weitere 15 vH ihres Standes vom Oktober v. J. im Falle der Sicht- und Terminverbindlichkeiten und um 10 vH bei den Spareinlagen) um reichlich 1,1 Mrd DM gestiegen gegen 150 Mio DM im Mai und rd. 120 Mio DM im April. Für Juli ist auf Grund der am 2. Juni getroffenen Maßnahmen mit einer weiteren Zunahme zu rechnen, obwohl diese bei weitem nicht so stark gewesen sein dürfte, wie es zunächst scheinen könnte. Die wichtigste

mindestreservepolitische Maßnahme vom 2. Juni, die Einführung einer Sonderreserve für den Zuwachs an mindestreservepflichtigen Verbindlichkeiten, dürfte nämlich im Juli noch wenig zum Zuge gekommen sein, da die Sicht- und Termineinlagen, die von der Zuwachsreserve am stärksten betroffen werden, unter dem Einfluß der im folgenden noch zu schildernden Faktoren im Juli aller Wahrscheinlichkeit nach kaum wesentlich höher waren als in der für die Berechnung des Zuwachses maßgeblichen Referenzperiode (März bis Mai d. J.). Sobald die Einlagen wieder stärker zu wachsen beginnen — voraussichtlich wird das in Kürze der Fall sein —, wird jedoch auch die Zuwachsreserve entsprechend „greifen“. Immerhin dürfte das Reserve-Soll im Juli d. J. mit schätzungsweise 12,6 Mrd DM (einschließlich des Solls der Geldinstitute der Post) um mindestens 1,6 Mrd DM höher gewesen sein als im März d. J. und um etwa 5,1 Mrd DM höher als im Oktober 1959, vor der ersten Erhöhung der Mindestreservesätze. Der freie Liquiditätsspielraum der Kreditinstitute wurde durch Maßnahmen der Bundesbank ferner insofern beschränkt, als die *Rediskontkontingente* der Kreditinstitute, wie im letzten Monatsbericht näher dargelegt, mit Wirkung vom 1. Juli d. J. erneut gekürzt wurden. Unter dem Einfluß dieser Kürzung sowie der beiden vorangegangenen Einschränkungen vom Oktober vorigen Jahres und vom März d. J. sind die festgesetzten Rediskontkontingente um etwa zwei Fünftel abgebaut worden. Diese Verringerung fiel um so mehr ins Gewicht, als die Kreditinstitute gezwungen waren, durch Rediskontierung von Wechseln in verstärktem Maße auf die mit den Kontingenten gegebenen Refinanzierungsfazilitäten zurückzugreifen. Der Bestand der Bundesbank an rediskontierten und auf die Kontingente angerechneten Wechseln war Ende Juli d. J., trotz eines erneuten Rückgangs in diesem Monat, um ungefähr 1,1 Mrd DM höher als Ende Juli vorigen Jahres. Der unausgenutzte Spielraum der Kontingente ist unter der Doppelwirkung dieser verstärkten Inanspruchnahme und der erwähnten Kürzungen um etwa die Hälfte geschrumpft. Für manches Kreditinstitut hat sich damit die Möglichkeit des Rückgriffs auf die Notenbank, die gewöhnlich als wichtigste Liquiditäts-



auch die Tatsache, daß der Bund und die Länder über die Tilgung des Kassenkredits hinaus, den der Bund Ende März d. J. noch der Bundesbank schuldete, beträchtliche Guthaben bei der Bundesbank ansammeln konnten. Der Gesamtbetrag dieser Guthaben stellte sich Ende Juni auf reichlich 2,6 Mrd DM. Er war damit um 700 Mio DM höher als Ende März; über den Stand von Ende Dezember 1959 ging er sogar um reichlich 1,3 Mrd DM hinaus. Unter Einschluß der Auslandszahlungen des Bundes (die zwar aus Inlandseinnahmen finanziert wurden, deren Gegenwert jedoch nicht in die innere Zirkulation floß) und der gleichzeitigen weiteren Verminderung der — allerdings schon Ende vorigen Jahres nur noch geringen — Zentralbankguthaben des Lastenausgleichsfonds hat der Bankenapparat im zweiten Quartal somit allein durch die Kassentransaktionen der genannten Haushalte Mittel im Betrage von rd. 1,6 Mrd DM eingebüßt. Im ersten Quartal hatte er auf die gleiche Weise bereits 2,1 Mrd DM verloren, so daß sich für das gesamte erste Halbjahr ein Betrag von rd. 3,7 Mrd DM ergibt gegen etwa 0,8 bis 0,9 Mrd DM in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Verhältnismäßig hohe Ansprüche an die Liquidität des Bankenapparates wurden in den letzten Monaten ferner durch die Entwicklung des Bargeldumlaufs gestellt. Im Tagesdurchschnitt ist der Bargeldumlauf gegenüber dem jeweiligen Vormonat im April um 435 Mio DM, im Mai um 6 Mio DM, im Juni um 310 Mio DM und im Juli um 300 bis 350 Mio DM gestiegen. Für die unterschiedliche Zunahme in den Monaten April bis Juni spielte die Lage des Oster- bzw. Pfingstfestes die entscheidende Rolle (der Monat Mai lag zwischen diesen beiden Festen); für den Gesamtanstieg war die saisonale und konjunkturelle Zunahme der Lohn- und Gehaltssumme sowie — besonders im Juli — die ebenfalls weitgehend saisonale Intensivierung des Reiseverkehrs ausschlaggebend. Der Bargeldumlauf war Ende Juni auf fast 21,2 Mrd DM gestiegen gegen 19,4 Mrd DM am 30. Juni 1959 und 18,1 Mrd DM am 30. Juni 1958. Die stärkere Zunahme im letzten Jahr erklärt sich teilweise aus der Einführung der DM im Saargebiet im Juli 1959; sie hatte den Umlauf seinerzeit um etwa 300 Mio DM erhöht. Im übrigen war die Steigerung im Verhältnis zur Einkommensentwicklung, die über die reale Steigerung des Sozialprodukts im letzten Jahr wieder hinausging, im großen und ganzen normal. Im Tagesdurchschnitt des zweiten Quartals hat sich der Bargeldumlauf auf etwa 15 vH des für 1960 geschätzten Masseneinkommens gestellt; im zweiten Quartal von 1959 bzw. 1958 war die Relation fast die gleiche.

reserve betrachtet wird, so verringert, daß nur noch der kleinere Teil der in seinem Bestand befindlichen Handelswechsel rediskontiert werden könnte.

Betrachtet man die übrigen Faktoren, die in den letzten Monaten belastend auf die Bankenliquidität gewirkt haben, so ist an erster Stelle der Mittelentzug durch die Kassentransaktionen der großen öffentlichen Haushalte zu nennen. Wie im Abschnitt „Öffentliche Finanzen“ näher dargelegt, haben der Bund, die Länder und der Lastenausgleichsfonds zusammengenommen im zweiten Quartal, wenn auch anscheinend nicht mehr im Juli, wiederum erhebliche „inlandswirksame“ Kassenüberschüsse aufgewiesen und dem Bankenapparat demgemäß Mittel entzogen. Maßgebend hierfür waren nicht nur die Auslandszahlungen des Bundes, sondern

Auf der anderen Seite hatten die Banken in den letzten Monaten jedoch wieder erhebliche Liquiditätszuflüsse auf Grund der Überschüsse im Zahlungsverkehr mit dem Ausland zu verzeichnen. Die Bundesbank hat in den Monaten April bis Juni per Saldo für ungefähr 3,5 Mrd DM Gold bzw. Auslandsforderungen angekauft, im Juli für etwa 600 Mio DM; der Gegenwert ist auf diesem oder jenem Wege zu den Banken geflossen. Die Banken haben auf Grund der Devisenbewegungen sogar mehr Zentralbankgeld erhalten als dem Anstieg der Währungsreserven bei der Bundesbank entsprach, da dieser durch die Auslandszahlungen des Bundes herabgedrückt wurde, die bereits zu den die Bankenliquidität belastenden Kassentransaktionen der öffentlichen Haushalte gezählt wurden und infolgedessen bei der Ermittlung des „inlandswirksamen“ Devisenzugangs zu den Devisenzugängen bei der Bundesbank wieder hinzugeschlagen werden müssen.

Allerdings stecken im Devisenzugang bei der Bundesbank auch die auf der Repatriierung von Auslands-

guthaben beruhenden Beträge, die den Banken keine zusätzliche Liquidität zuführen, da sie nur auf eine Um-disposition bzw. auf den Einsatz vorhandener Reserven — eben der Auslandsguthaben — hinauslaufen. In den letzten Monaten waren diese Repatriierungen bekanntlich sehr beträchtlich. Sie betragen im April rd. 180 Mio DM, im Mai rd. 250 Mio DM, im Juni rd. 760 Mio DM und dürften auch im Juli angehalten haben, obwohl der Zwang zur Repatriierung in diesem Monat nicht mehr so stark war, da die Kreditinstitute zumindest in seinem letzten Drittel liquiditätsmäßig weniger unter Druck standen und die ohne weiteres repatriierbaren Auslandsguthaben bereits sehr zusammengeschrumpft sind. Aber selbst wenn man die zurückgeholten Auslandsguthaben außer Betracht läßt, sind den Banken aus den Überschüssen des Zahlungsverkehrs mit dem Ausland im zweiten Quartal rd. 2,8 Mrd DM und im Juli abermals einige hundert Mio DM zugeflossen, was auf Gründe zurückzuführen ist, auf die im Abschnitt „Außenhandel

-Zur Entwicklung der Bankenliquidität und der Inanspruchnahme des Zentralbankkredits durch die Kreditinstitute  
in Mio DM

Vorgänge	Veränderung im Vierteljahr bzw. Monat (berechnet auf der Basis von Durchschnitten aus den 4 Bankwochen- stichtagen der Monate bzw. Quartalschlußmonate)					
	1959	1960				
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	April	Mai	Juni
<b>A. Mittelzuflüsse bzw. -abflüsse bei den Kreditinstituten auf Grund von Veränderungen der folgenden Positionen</b>	Die Vorzeichen geben an, ob die Veränderungen der in der Vorspalte genannten Positionen Mittelzuflüsse (+) oder -abflüsse (—) beim Banksystem bewirkt haben <sup>o)</sup>					
I. Noten- und Münzumlauf	— 991	+ 572	— 758	— 346	— 82	— 330
II. Netto-Position inländischer Nichtbanken gegenüber der Deutschen Bundesbank <sup>1)</sup> davon: 1) Bund (ohne Sondervermögen), Länder und Lastenausgleichsbehörden 2) Sonstige <sup>2)</sup>	— 487 (— 873) (+ 386)	— 2 137 (— 2 048) (— 89)	— 968 (— 2 290) (+ 322)	+ 392 (+ 252) (+ 140)	— 147 (— 249) (+ 102)	— 1 213 (— 1 293) (+ 80)
III. Netto-Devisenankäufe bzw. -verkäufe der Deutschen Bundesbank <sup>3)</sup>	+ 2 348	+ 1 530	+ 3 567	+ 1 176	+ 959	+ 1 432
IV. Sonstige Faktoren <sup>4)</sup>	— 46	+ 33	+ 79	+ 29	+ 51	— 1
Gesamtwirkung der oben genannten Faktoren auf die Bankenliquidität	+ 824	— 2	+ 1 920	+ 1 251	+ 781	— 112
<b>B. Mittelzuflüsse bzw. -abflüsse bei den Kreditinstituten auf Grund der Offenmarktoperationen der Deutschen Bundesbank, gesamt</b>	+ 564	+ 824	— 447	— 558	— 153	+ 264
davon über Ankäufe bzw. Verkäufe von						
1) Geldmarkttiteln des Bundes aus der Umwandlung von Ausgleichs- forderungen der Bundesbank (Mobilisierungstitel),	(+ 632)	(+ 686)	(— 382)	(— 299)	(— 106)	(+ 23)
2) sonstigen Titeln	(— 68)	(+ 138)	(— 65)	(— 259)	(— 47)	(+ 241)
<b>C. Veränderung der Guthaben der Kreditinstitute bei der Deutschen Bundesbank, gesamt <sup>5)</sup></b>	+ 1 462	+ 2 026	+ 1 175	+ 54	+ 305	+ 816
<b>D. Veränderung der Zentralbankkredite an Kreditinstitute (Refinanzierungskredite)</b>	+ 74	+ 1 204	— 298	— 639	— 323	+ 664

<sup>o)</sup> Die Veränderungen der unter A und B in der Vorspalte der Tabelle genannten Vorgänge sind hier nur insoweit berücksichtigt, als sie mit einem Mittelzufluß bzw. -abfluß für die Kreditinstitute verbunden sind. Sie decken sich also nicht notwendig mit den Veränderungen der entsprechenden Positionen im Ausweis der Deutschen Bundesbank. Nähere Erläuterungen zu diesen Abweichungen s.: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Januar 1957, S. 8.

<sup>1)</sup> Saldo aus Guthaben und aufgenommenen Kassenkrediten (ohne die im Rahmen der Offenmarktpolitik angekauften Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen sowie ohne Ankaufszusagen für Schatzwechsel). — <sup>2)</sup> Einschließlich der Mindestreserveguthaben der Bundespost für die Postscheck- und Postsparkassenämter, da sie sich seit der Einführung der fakultativen zentralen Mindestreserverhaltung am 1. Mai 1958 von den übrigen Zentralbankeinlagen der Bundespost nicht mehr trennen lassen. — <sup>3)</sup> Einschließlich der Devisentransaktionen der Bundesbank mit den deutschen Geschäftsbanken im Zusammenhang mit „Geldexporten“. — <sup>4)</sup> Schwebende Verrechnungen; Sonderkredite an den Bund zur Erfüllung seiner Verpflichtungen gegenüber Währungsfonds und Weltbank sowie andere Positionen, die den obigen Faktoren nicht eindeutig zugerechnet werden können. — <sup>5)</sup> Ohne die Mindestreserveguthaben der Bundespost für die Postscheck- und Postsparkassenämter; vgl. dazu Anmerkung <sup>2)</sup>.

und Zahlungsbilanz“ näher eingegangen wird; die Entwicklung der Kapitalbilanz war danach entscheidend, während der Überschuß der Bilanz der laufenden Posten in den letzten Monaten eindeutig geringer war als vordem. Immerhin haben die Zahlungsbilanzüberschüsse, als Ganzes betrachtet, ihre Bedeutung als Quelle einer ständigen starken Liquidisierung des Bankenapparates nicht nur behauptet; diese Bedeutung ist sogar noch erheblich gewachsen. Es bedurfte scharfer, durch die Entwicklung der öffentlichen Finanzen wenigstens teilweise unterstützter Maßnahmen der Kreditpolitik, um sie zu kompensieren und damit den im Interesse der Dämpfung der Kreditexpansion erforderlichen Druck auf die Banken auszuüben.

Die Entwicklung der *Offenmarktgeschäfte der Bundesbank* spiegelte die bis weit in den Juli hinein ziemlich angespannte Lage der Banken und des Geldmarktes deutlich wider. Der Gesamtbetrag der von der Bank abgegebenen „Mobilisierungspapiere“ blieb von Ende April bis Ende Juni mit rd. 3,7 Mrd DM annähernd konstant, nachdem er sich im April — und zwar gegen Schluß dieses Monats — um gut 300 Mio DM erhöht hatte. Im Juli ging er, nach einem leichten Anstieg zum vorangegangenen Ultimo, der relativ festen Verfassung des Geldmarktes entsprechend, zunächst zurück. Gegen Ende des Monats, als sich der Markt überraschend verflüssigte, da sich herausstellte, daß in den ersten beiden Dekaden des Monats von den Banken doch mit einem zu hohen Reserve-Soll gerechnet worden war, nahm die Abgabe von Mobilisierungstiteln jedoch wieder zu, so daß am Schluß des Monats Mobilisierungspapiere im Betrage von 4,2 Mrd DM ausstanden. Umgekehrt ging der Betrag der von der Bank angekauften sonstigen Geldmarktpapiere etwa vom 10. des Monats Juli ab rasch zurück, nachdem er sich im Juni und Anfang Juli unter dem Einfluß der damaligen Versteifung des Marktes um ungefähr 250 Mio DM herum — gegen praktisch Null in der Zeit von Ende April bis Ende Mai — bewegt hatte. Es ist in Aussicht genommen, in den kommenden Monaten die Abgabe von Mobilisierungstiteln im Rahmen einer größeren Aktion zum Zwecke der Liquiditätsabschöpfung bzw. zur Neutralisierung neuer Liquiditätszuflüsse weiter voranzutreiben, und zwar auf der Basis einer Vereinbarung, nach der die im Bundesanleihekonsortium direkt oder indirekt vertretenen Kreditinstitute, eventuell in verschiedenen Tranchen, bis zu einer Mrd DM zweijährige Mobilisierungs-U-Schätze mit der Verpflichtung übernehmen sollen, sie während der Laufzeit zu behalten. Als Zinssatz ist der übliche Abgabesatz für derartige Papiere — zur Zeit  $5\frac{1}{2}\%$  — in Aussicht genommen.

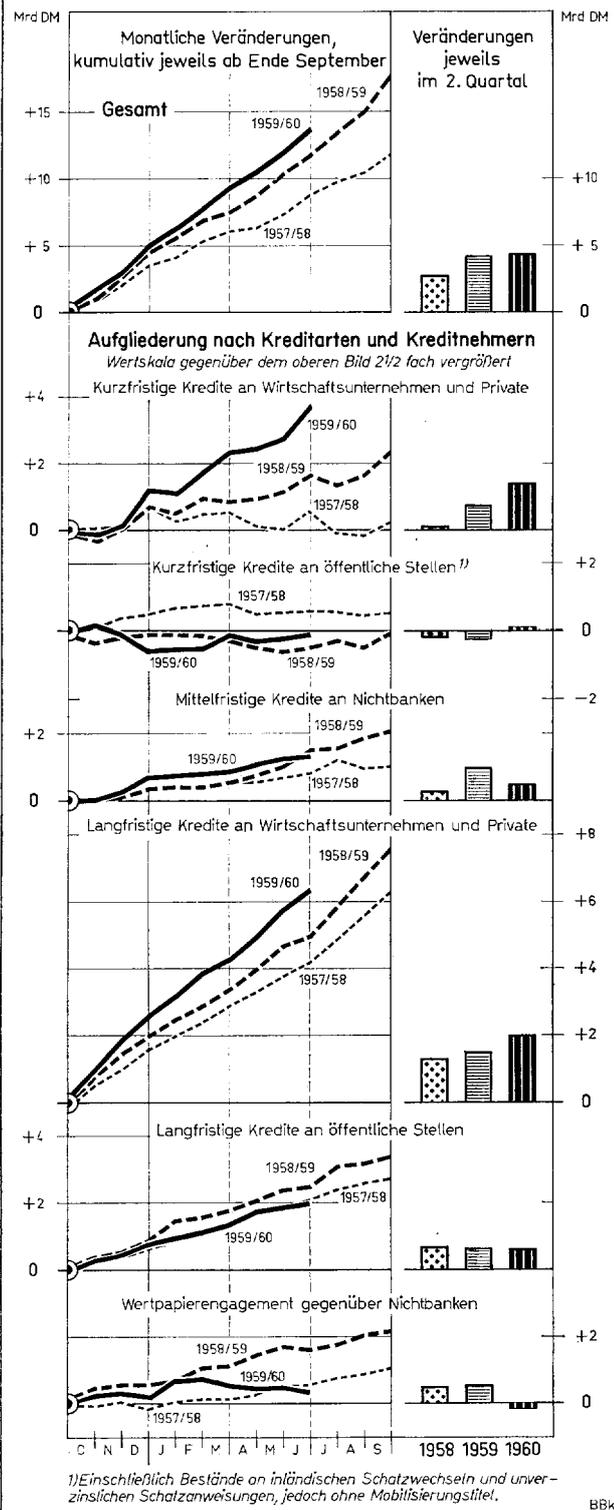
Auch im *Refinanzierungsgeschäft der Bundesbank* war die festere Verfassung des Geldmarktes im Verlaufe der letzten Monate deutlich zu spüren, so sehr auch der längerfristige Trend durch gelegentliche „Vorrats-Diskontierungen“ und durch die kurzfristigen Schwankungen im Geldbedarf der Banken zeitweilig verschleiert wurde. Im Durchschnitt der zwölf Bankwochenstichtage des Vierteljahres beliefen sich die Refinanzierungskredite der Bundesbank (rediskontierte Wechsel und Lombardkredite) im zweiten Quartal auf 1 822 Mio DM gegen 1 827 Mio DM im ersten, 1 329 Mio DM im vierten Quartal von 1959 und 806 Mio DM im zweiten Quartal von 1959. Auch im Juli waren die Refinanzierungskredite der Bundesbank im ganzen genommen verhältnismäßig groß, da die Kreditinstitute zunächst auf relativ hohe Reserveguthaben disponiert und ihre Wechseleinreichungen entsprechend bemessen hatten. Erst gegen Schluß des Monats ließ die Inanspruchnahme der Bundesbank nach, ohne jedoch sehr wesentlich unter den verhältnismäßig hohen Stand von Ende Juni zu sinken. Der Anfang des Monats in Kraft getretenen neuen Kürzung der Rediskontkontingente steht also, global betrachtet, nur ein geringer Rückgang der Wechseleinreichungen gegenüber, so daß der freie Rediskontspielraum der Banken zu einem erheblichen Teil reduziert wurde, so wie es dem Ziel der derzeitigen Liquiditätspolitik der Bundesbank entspricht.

#### **Kredite und Wertpapieranlagen der Banken**

Die Kreditexpansion der Banken war in den letzten Monaten noch immer beträchtlich; zumindest war sie nach wie vor stärker als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Der Abstand gegenüber dem Vorjahr hat sich jedoch weiter verringert. Er beruhte überdies — ebenso wie schon in den ersten Monaten des Jahres — ausschließlich auf einer größeren Zunahme der kurzfristigen Kredite, während die mittel- und langfristigen Kredite weiter schwächer zugenommen haben als in der gleichen Zeit von 1959 und die Wertpapieranlagen der Banken sogar abnahmen. Zusammengenommen betrug die Ausdehnung der Kredite und der Wertpapierbestände (aus den letzteren wurden, um Doppelzahlungen zu vermeiden, die Bestände an Bankschuldverschreibungen ausgeklammert) im zweiten Quartal rd. 4,4 Mrd DM gegen ungefähr ebensoviel im ersten Quartal und etwas weniger als 4,3 Mrd DM in der gleichen Zeit des Vorjahres. Im ersten Quartal war die Expansion dagegen noch um gut 1,3 Mrd DM über die des ersten Quartals von 1959 hinausgegangen.

Unter den *kurzfristigen Bankkrediten* haben vor allem die Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Pri-

## KREDIT- UND WERTPAPIERENGAGEMENT DER KREDITINSTITUTE GEGENÜBER NICHTBANKEN

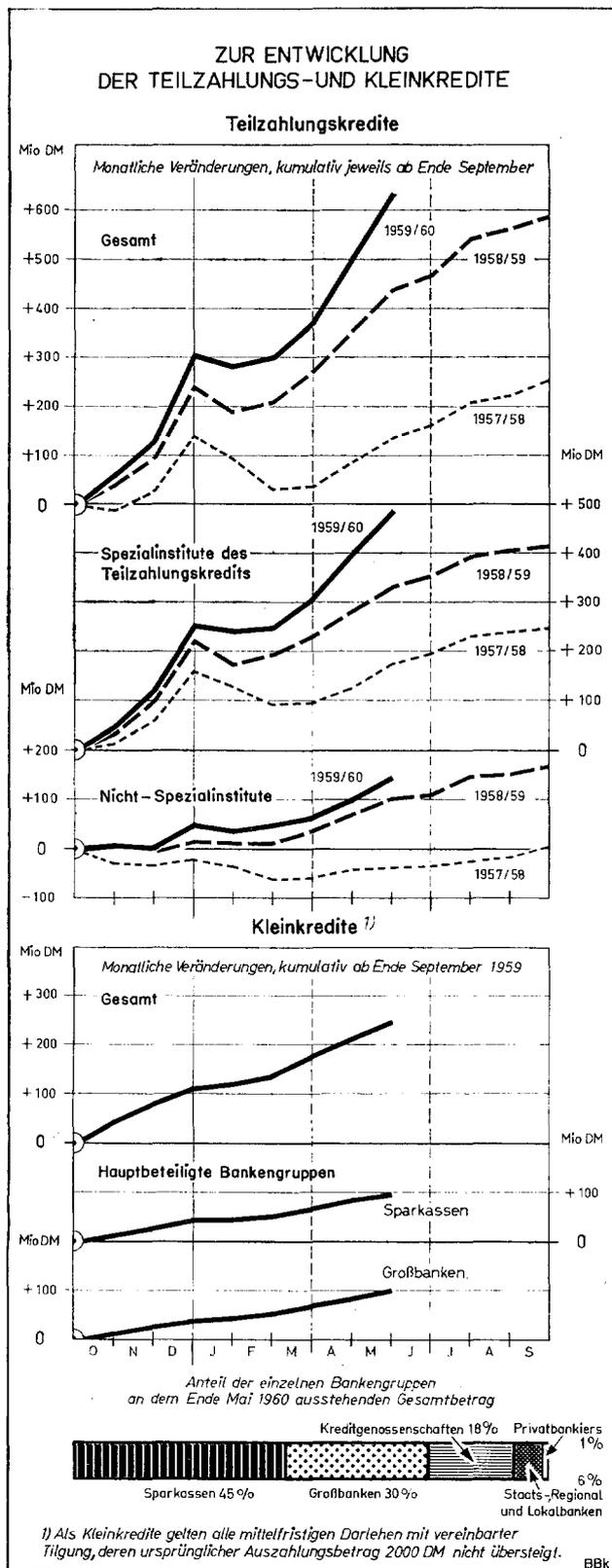


vate weiter stark zugenommen. Sie wuchsen im zweiten Quartal um fast 1,4 Mrd DM gegen etwas weniger als 1,2 Mrd DM im Vorvierteljahr und rd. 740 Mio DM im zweiten Quartal 1959. Abgesehen von den Schwierig-

keiten bei der Erlangung längerfristiger Kredite und der Tatsache, daß heute Zinserwägungen eher dafür sprechen, sich zunächst nur kurzfristig zu verschulden, dürfte dabei eine Rolle gespielt haben, daß, wie oben erwähnt, im ersten Halbjahr der Wirtschaft verhältnismäßig viel Mittel durch die Kassentransaktionen der öffentlichen Haushalte entzogen wurden oder, m. a. W., der ausbleibende „Rückfluß“ von Steuergeldern den Kreditbedarf mancher Unternehmen erhöhte, obwohl gleichzeitig die Devisenzuflüsse größer waren. Andererseits ist es natürlich ein Zeichen für den noch vorhandenen Kreditspielraum, daß derartige Mittelentzüge in vielen Fällen leicht durch einen entsprechenden Rückgriff auf den Bankkredit ausgeglichen werden konnten.

Das Volumen der an öffentliche Stellen gewährten Bankkredite (die im Rahmen der gesamten Kreditgewährung der Banken allerdings nur eine untergeordnete Rolle spielen) hat sich im zweiten Quartal kaum verändert. Einer Zunahme der Buchkredite um 36 Mio DM (entscheidend war dabei die an sich noch höhere Kreditgewährung der Verkehrs-Kredit-Bank an die Bundesbahn) stand ein Rückgang der durch die Übernahme von Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen gewährten Kredite im Betrage von 21 Mio DM gegenüber. Im entsprechenden Vorjahrsabschnitt waren die kurzfristigen Kredite an öffentliche Stellen allerdings um rd. 200 Mio DM gesunken, wodurch der Anstieg der Wirtschaftskredite (um, wie gesagt, 740 Mio DM) zu einem erheblichen Teil kompensiert worden war. Den Ausschlag hierfür hatte die damals mögliche Konsolidierung eines Teils der kurzfristigen Kredite an die Bundesbahn gegeben.

Die Zunahme der mittel- und langfristigen Kredite an Nichtbanken hat sich im Berichtsquartal, wie schon angedeutet, zumindest im Vergleich zur Vorjahrsentwicklung nicht weiter beschleunigt. Sie belief sich auf insgesamt rd. 3,2 Mrd DM und war damit abermals — wie schon im ersten Viertel d. J. — beinahe ebenso groß wie im entsprechenden Vorjahrsabschnitt. Gegenüber dem ersten Quartal 1960 hat sich die Ausdehnung dieser Kredite um eine dreiviertel Milliarde DM verstärkt, wofür überwiegend, wenn auch wohl nicht ausschließlich, Saisoneinflüsse maßgebend waren. Prozentual besonders stark erweitert wurden im Berichtsquartal die Teilzahlungs- und Kleinkredite, die zu einem erheblichen Teil (bei den statistisch erfaßten Kleinkrediten ist dies sogar ausschließlich der Fall) als mittelfristige Darlehen vergeben werden und die nach ihrer saisonüblichen Stagnation in den ersten Monaten des Jahres wieder eine kräftige Aufwärtsentwicklung zeigten. Allein die Teilzahlungskredite haben in den drei letzten Monaten, für die Angaben vorliegen (März bis Mai



d. J.), um 150 Mio DM zugenommen (gegen knapp 100 Mio DM bzw. 40 Mio DM in der entsprechenden Periode der beiden Vorjahre). Aber auch die Kleindarlehen sind in der gleichen Zeit um rd. 110 Mio DM

erhöht worden, obgleich für diese Form der Kredite keine seit längerem vereinbarten Kreditlinien bestehen, so daß sie an sich verhältnismäßig leicht eingeschränkt werden könnten. Die Werbung für Kleinkredite, die zum überwiegenden Teil der Konsumfinanzierung und der Effektenspekulation dienen, ist auch gegenwärtig noch recht lebhaft. Die hier für die Ausdehnung der Teilzahlungskredite angeführten Ziffern beziehen sich übrigens lediglich auf die als mittelfristig ausgewiesenen Kredite. Diese machen gut die Hälfte der gesamten Teilzahlungskredite der Banken aus, während der Rest auf formal kurzfristige Kredite entfällt. Freilich sind auch die kurzfristigen Teilzahlungskredite, die von März bis Mai d. J. um 200 Mio DM gewachsen sind (gegen rd. 130 Mio DM im entsprechenden Vorjahrsabschnitt und rd. 65 Mio DM in der gleichen Zeit von 1958), praktisch insoweit mittelfristig (d. h. mit einer Laufzeit von sechs Monaten bis vier Jahren), als sie in Wechselform gewährt werden, da hier von vornherein mehrere, sich aneinander anschließende Wechsel ausgestellt werden, die das Finanzierungsgeschäft materiell zu einem längerfristigen machen.

Die Bestände der Banken an Wertpapieren und Konsortialbeteiligungen sind in den letzten Monaten per Saldo gesunken, nachdem sie sich schon von Herbst v. J. bis zum Frühjahr d. J. nur schwach erhöht hatten. Der Rückgang der Bestände an in- und ausländischen Wertpapieren und Konsortialbeteiligungen (Bankschuldverschreibungen und Kassenobligationen inbegriffen) belief sich von Ende März bis Ende Juni d. J. auf insgesamt 160 Mio DM, verglichen mit einem Zugang um rd. 600 Mio DM im ersten Viertel d. J. und fast 1,6 Mrd DM im zweiten Quartal 1959. Klammert man aus diesen Ziffern die Bewegungen der Bestände an Bankschuldverschreibungen (auch soweit sie Kassenobligationen darstellen) aus, um auf diese Weise die Veränderung der über den Wertpapiererwerb erfolgten Kreditgewährung an die Nichtbankenkundschaft zu ermitteln, so ergibt sich für das Berichtsquartal — bei praktisch unveränderten Beständen an Bankschuldverschreibungen — etwa die gleiche Verminderung, also um rd. 160 Mio DM. Demgegenüber hatte der Erwerb von Emissionen der Nichtbanken im ersten Quartal d. J. betragsmäßig noch um rd. 325 Mio DM und im zweiten Quartal 1959 um rd. 550 Mio DM zugenommen. Die Abnahme des Wertpapierportefeuilles der Banken in der Berichtsperiode beschränkte sich fast ausschließlich auf festverzinsliche Werte; die Bestände der Banken an börsengängigen Dividendenwerten wurden indessen in jedem der zurückliegenden Monate höher ausgewiesen. Mit rd. 1,85 Mrd DM lagen sie Ende Juni um 190 Mio

**Zur Entwicklung der Aktiv- und Passivgeschäfte der Kreditinstitute \*)**  
in Mio DM

Posten	1959	1959				1960					Stand am Monatsende	
		1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj. <sup>P)</sup>	April	Mai	Juni <sup>P)</sup>		
<b>Kredite an Nichtbanken und Wertpapierbestände</b>		Zunahme (+) bzw. Abnahme (—)										
<b>Kurzfristige Kredite an</b>												
Wirtschaftsunternehmen und												
Private	+ 2 918	+ 171	+ 738	+ 763	+ 1 246	+ 1 168	+ 1 370	+ 121	+ 218	+ 1 031	38 062	
Öffentliche Stellen	— 211	+ 130	— 136	+ 58	— 263	+ 214	+ 36	— 52	+ 48	+ 40	571	
<b>Mittel- und langfristige Kredite an</b>												
Wirtschaftsunternehmen und												
Private	+ 10 513 <sup>4)</sup>	+ 1 534	+ 2 537	+ 3 176 <sup>4)</sup>	+ 3 266	+ 1 850	+ 2 494 <sup>4)</sup>	+ 901	+ 928 <sup>4)</sup>	+ 665	70 736	
Öffentliche Stellen	+ 3 503 <sup>4)</sup>	+ 983	+ 652 <sup>4)</sup>	+ 940 <sup>4)</sup>	+ 928	+ 563	+ 665 <sup>4)</sup>	+ 406	+ 191 <sup>4)</sup>	+ 68	18 984	
<b>Schatzwechsel und unverzinsliche</b>												
Schatzanweisungen												
inländischer Emittenten	— 1 704	+ 228	— 113	— 116	— 1 703	+ 563	+ 221	+ 211	— 33	+ 43	5 282	
darunter:												
Mobilisierungstitel <sup>1)</sup>	(— 1 385)	(+ 524)	(— 37)	(— 461) <sup>10)</sup>	(— 1 411)	(+ 306)	(+ 242)	(+ 322)	(— 45)	(— 35)	( 3 488)	
ausländischer Emittenten	+ 751 <sup>4)</sup>	+ 132	+ 260 <sup>4)</sup>	+ 47	+ 312	— 479	— 413	— 176	— 165	— 72	340	
Wertpapiere und Konsortialbeteiligungen <sup>2)</sup>	+ 4 960	+ 1 676	+ 1 552	+ 1 222	+ 510	+ 603	— 160	— 41	+ 2	— 121	18 789	
darunter:												
Bankschuldverschreibungen <sup>3)</sup>	(+ 3 079)	(+ 1 149)	(+ 1 003)	(+ 685)	(+ 242)	(+ 278)	(+ 4)	(+ 53)	(— 14)	(— 35)	(11 428)	
<b>Bankeinlagen und andere Passivposten</b>												
Sichteinlagen von												
Wirtschaftsunternehmen und												
Privaten	+ 3 047 <sup>4)</sup>	— 523	+ 1 477	+ 657	+ 1 436 <sup>4)</sup>	— 1 336	+ 832	+ 416	+ 675	— 259	25 253	
Öffentlichen Stellen	+ 224 <sup>4)</sup>	+ 23 <sup>4)</sup>	— 194	+ 55	+ 340	— 117	+ 46	— 180	+ 124	+ 102	3 248	
Termineinlagen von												
Wirtschaftsunternehmen und												
Privaten	+ 982	+ 113	— 32	+ 394	+ 507	+ 604	— 213	+ 330	+ 37	— 580	11 232	
Öffentlichen Stellen	+ 816	+ 11	+ 101	+ 309	+ 395	+ 57	+ 55	— 51	+ 239	— 133	7 983	
Spareinlagen von												
Wirtschaftsunternehmen und												
Privaten	+ 7 387	+ 2 075	+ 1 396	+ 1 537	+ 2 379	+ 1 958	+ 1 180	+ 427	+ 429	+ 324	45 101	
Öffentlichen Stellen	+ 779	+ 156	+ 273	+ 143	+ 207	+ 180	+ 199	+ 83	+ 75	+ 41	3 455	
Bei Nichtbanken aufgenommene												
Gelder und Darlehen	+ 1 333 <sup>4)</sup>	— 260	+ 224	+ 221 <sup>4)</sup>	+ 1 148	+ 76	+ 893	+ 413 <sup>4)</sup>	+ 305	+ 175	31 341	
darunter:												
mit Kündigungsfrist oder												
Laufzeit ab 6 Monate	(+ 1 258) <sup>4)</sup>	(— 173)	(+ 189)	(+ 205) <sup>4)</sup>	(+ 1 037)	(+ 88)	(+ 863)	(+ 408) <sup>4)</sup>	(+ 294)	(+ 161)	(30 848)	
Umlauf an Bankschuldverschreibungen <sup>3)</sup>	+ 5 824	+ 1 999	+ 1 500	+ 1 324	+ 1 001	+ 994	+ 612	+ 261	+ 219	+ 132	27 455	

\*) Nach der monatlichen Bilanzstatistik der Kreditinstitute. Die Angaben umfassen Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber inländischen und ausländischen Nichtbanken. — <sup>1)</sup> Das sind Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes aus dem Umtausch gegen einen entsprechenden Teilbetrag der Ausgleichsforderung der Bundesbank, deren Übernahme durch die Banken keine zusätzliche Kreditgewährung an Nichtbanken darstellt. — <sup>2)</sup> Einschließlich Kassenobligationen. — <sup>3)</sup> Ohne Schuldverschreibungen eigener Emissionen im Bestand der Kreditinstitute. — <sup>4)</sup> Statistisch bereinigt. — <sup>10)</sup> Teilweise geschätzt. — <sup>P)</sup> Vorläufig.

DM über dem Stand von Ende März und um 360 Mio DM über dem von Ende Dezember v. J. Den Ausweisungen liegen dabei die Bilanzwerte zugrunde, die im Falle der börsengängigen Dividendenwerte in der Regel weit unter den derzeitigen Kurswerten liegen dürften.

### Das Passivgeschäft der Banken

In der Entwicklung der Passivseite der Bankbilanzen war in den letzten Monaten vor allem eine über das saisonübliche Maß hinausgehende Abschwächung des Einlagenwachstums bemerkenswert, zumal sie in einem gewissen Gegensatz zur anhaltend kräftigen Kreditexpansion und den zeitweilig sehr hohen Devisen-

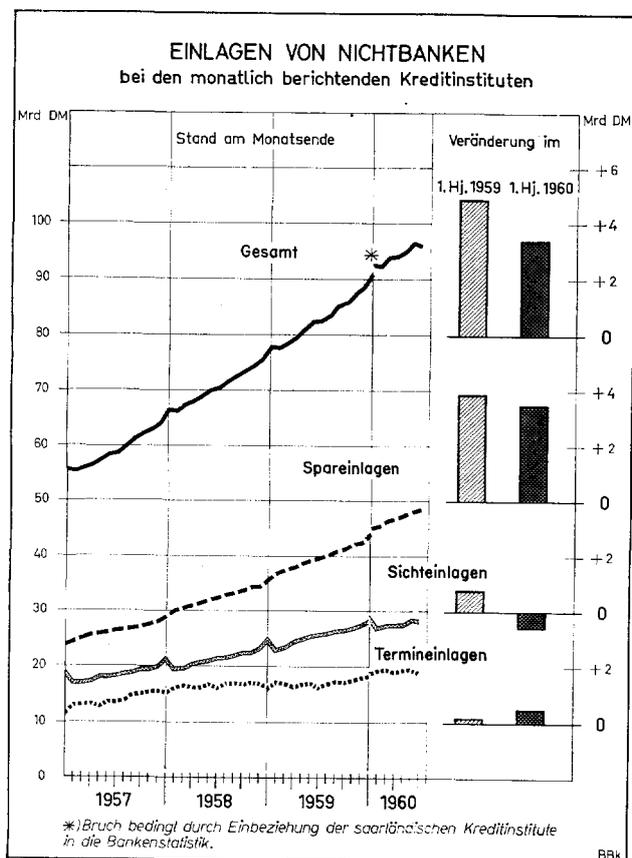
zuflüssen stand. Der Gesamtbetrag der von Nichtbanken bei den monatlich berichtenden Kreditinstituten unterhaltenen Sicht-, Termin- und Spareinlagen nahm im zweiten Quartal 1960 um rd. 2,1 Mrd DM zu gegen 3,0 Mrd DM in der entsprechenden Zeit von 1959 und rd. 2,4 Mrd DM im zweiten Vierteljahr 1958. Erstreckt man den Vergleich auf die erste Jahreshälfte (dessen Ergebnisse gewöhnlich weitgehend unter dem Einfluß einer saisonbedingten Abnahme der Sichteinlagen zu Beginn eines jeden Jahres stehen) und schließt man in ihn auch die Einlagen ausländischer Kreditinstitute bei den deutschen Geschäftsbanken ein, so treten die Unterschiede noch deutlicher hervor: Einem Gesamt-

zugang an Einlagen von gut 3,4 Mrd DM im laufenden Jahr stand ein solcher von reichlich 4,9 Mrd DM in der ersten Hälfte 1959 und etwa 3,8 Mrd DM im ersten Halbjahr 1958 gegenüber.

Die Erklärung für diese Entwicklung liegt hauptsächlich in dem — schon erwähnten — beträchtlichen Mittelabfluß auf die bei der Bundesbank geführten Konten des Bundes und der Länder sowohl im ersten als auch im zweiten Quartal dieses Jahres. Er war, wie oben im einzelnen belegt, um etwa  $3\frac{1}{4}$  Mrd DM größer als im ersten Halbjahr 1959 (wovon allerdings gut 400 Mio DM durch den gleichzeitigen Rückgang der Guthaben des Lastenausgleichsfonds kompensiert wurden). Besonders die Entwicklung der Sichteinlagen, in gewissem Umfang aber auch die der Termineinlagen, dürfte durch diese Vorgänge beeinflusst worden sein. Wie sich dabei die Verhältnisse bei den einzelnen Bankengruppen gestaltet haben, zeigt die nachstehende Tabelle, für die bei Abschluß des Berichts freilich nur Ergebnisse für die ersten fünf Monate d. J. vorlagen. Die Sicht- und Termineinlagen von Nichtbanken sind danach vor allem bei denjenigen Bankengruppen gesunken, bei denen der Anteil der „Großkunden“ relativ stark ist, also in erster Linie bei den Instituten des Kreditbankensektors. Die Sparkassen und Kreditgenossenschaften hatten demgegenüber wei-

ter einen beträchtlichen Zuwachs an Sicht- und Termineinlagen zu verzeichnen. Sicher wäre das Bild noch differenzierter, wenn in den Vergleich auch die Juni-Daten einbezogen werden könnten. Im Juni haben die Sicht- und Termineinlagen von Nichtbanken bei den monatlich berichtenden Banken um insgesamt 870 Mio DM abgenommen, die Einlagen von inländischen Wirtschaftsunternehmen und Privaten für sich genommen um rd. 790 Mio DM. Die hohen „inlandswirksamen“ Kassenüberschüsse vom Bund haben dabei sicher wieder eine große Rolle gespielt. Es kam jedoch hinzu, daß in diesem Monat, wohl unter dem Einfluß des am 3. Juni d. J. in Kraft getretenen Verzinsungsverbots, die Einlagen von Devisenausländern relativ stark zurückgegangen sind. Neben den (in der obenstehenden Gesamtziffer enthaltenen) Sicht- und Termineinlagen ausländischer Nichtbanken, die im Juni um fast 50 Mio DM abnahmen, sind in diesem Monat vor allem auch die Sicht- und Termineinlagen ausländischer Kreditinstitute bei den deutschen Geschäftsbanken gesunken, nämlich um rd. 85 Mio DM, so daß sich die Gesamtabnahme der Sicht- und Termineinlagen von Devisenausländern im Juni auf rd. 135 Mio DM stellte<sup>1)</sup>. Es ist anzunehmen, daß hiervon wieder in erster Linie die Kreditbanken betroffen wurden.

Aber auch die *Spareinlagen* sind in letzter Zeit nicht mehr so stark gewachsen wie im vergangenen Jahr. Mit insgesamt rd. 1,38 Mrd DM war ihr Anstieg im Berichtsquartal um fast 300 Mio DM geringer als im zweiten Quartal 1959, nachdem er schon im ersten Viertel des laufenden Jahres das Vorjahrsniveau nicht mehr erreicht hatte. Konnte die Verringerung im ersten Quartal noch weitgehend darauf zurückgeführt werden, daß zu Beginn des Jahres in sehr großem Umfang steuerbegünstigte Spareinlagen freigeworden waren (was gewöhnlich zu erheblichen Abhebungen führt), so bleibt für die Verminderung des Anstiegs im zweiten Quartal nur die Erklärung, daß sich die Ersparnisbildung in stärkerem Umfang anderen Anlageformen zuwandte oder gar nachließ. Wahrscheinlich war beides der Fall, wobei zur Begründung des letzteren auf die Ausführungen verwiesen sei, die im Abschnitt „Produktion und Märkte“ über die Entwicklung der Sparquote der privaten Haushalte gemacht werden. Allerdings entfällt ein nicht unbeträchtlicher Teil der oben für das zweite Quartal auf rd. 300 Mio DM bezifferten Abschwächung des Anstiegs der Spareinlagen auf die Konten von Wirtschaftsunternehmen und öf-



<sup>1)</sup> Diese Angaben aus der Bilanzstatistik weichen von den in der Tabelle VII. 4. (Statistischer Teil) ausgewiesenen Zahlen aus dem Auslandsstatus der Kreditinstitute ab, da in den monatlichen Zwischenbilanzen der Niederlassungen ausländischer Banken die Forderungen und Verpflichtungen gegenüber dem ausländischen Mutterinstitut und den ausländischen Schwesterfilialen — anders als im Auslandsstatus — nur saldiert ausgewiesen werden.

Zur Entwicklung der Einlagen von Nichtbanken bei den monatlich berichtenden Kreditinstituten \*)

Zunahme: + bzw. Abnahme: — in Mio DM

Einlagearten	Ende Dezember bis Ende Juni (Alle Banken-gruppen)	Ende Dezember bis Ende Mai								
		Alle Banken-gruppen	davon							
			Kredit-banken-gesamt	Groß-banken	Staats-Regional- und Lokal-banken	Sonstige Kredit-banken	Giro-zentralen	Spar-kassen	Kredit-genossen-schaften	Übrige Banken-gruppen
1959										
Sichteinlagen	+ 783	+ 447	— 427	(— 1)	(— 363)	(— 63)	— 119	+ 808	+ 240	— 55
Termineinlagen	+ 193	+ 784	+ 379	(+ 557)	(— 165)	(— 13)	+ 51	+ 381	+ 6	— 33
Summe	+ 976	+ 1 231	— 48	(+ 556)	(— 528)	(— 76)	— 68	+ 1 189	+ 246	— 88
Spareinlagen	+ 3 900	+ 3 370	+ 493	(+ 388)	(+ 64)	(+ 41)	+ 18	+ 2 144	+ 431	+ 284
Einlagen von Nichtbanken, gesamt	+ 4 876	+ 4 601	+ 445	(+ 944)	(— 464)	(— 35)	— 50	+ 3 333	+ 677	+ 196
1960										
Sichteinlagen	— 575	— 416	— 1 168	(— 451)	(— 592)	(— 125)	— 180	+ 707	+ 202	+ 23
Termineinlagen	+ 503	+ 1 217	+ 675	(+ 516)	(+ 117)	(+ 42)	— 69	+ 573	+ 55	— 17
Summe	— 72	+ 801	— 493	(+ 65)	(— 475)	(— 83)	— 249	+ 1 280	+ 257	+ 6
Spareinlagen	+ 3 517	+ 3 151	+ 418	(+ 244)	(+ 139)	(+ 35)	+ 8	+ 2 024	+ 448	+ 253
Einlagen von Nichtbanken, gesamt	+ 3 445	+ 3 952	— 75	(+ 309)	(— 336)	(— 48)	— 241	+ 3 304	+ 705	+ 259

\*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

fentlichen Stellen, deren Entwicklung oft wesentlich anders verläuft als die der Privaten. Der Zugang auf den Konten der Privaten hat sich dagegen besser gehalten. Aber auch hier blieb der Anstieg im zweiten Quartal mit etwa 1,15 Mrd DM um ungefähr 150 Mio DM hinter dem Anstieg in der entsprechenden Vorjahrsperiode zurück, obwohl von der Seite des Einkommens her die Voraussetzung für einen stärkeren Anstieg gegeben war. Wenn dabei — neben der erhöhten Konsumneigung — die Bevorzugung anderer Anlageformen eine Rolle gespielt haben sollte (wofür, wie gesagt, manches spricht), so wohl in erster Linie die in den letzten Monaten nicht geringe Beteiligung kleiner Sparer am Aktienwerb.

Weiter rückläufig war in den letzten Monaten der Netto-Erlös aus dem Absatz von Bankschuldverschreibungen, wobei den Ausschlag gab, daß die Banken als Käufer per Saldo gänzlich ausfielen und der Absatz sich daher im ganzen auf die bei der Nichtbankenkundschaft untergebrachten Beträge beschränkte. Der Gesamterlös aus dem Absatz von Bankschuldverschreibungen belief sich im Berichtsquartal auf etwas über 600 Mio DM gegen fast 1 Mrd DM im ersten Vierteljahr und rd. 1,5 Mrd DM im zweiten Quartal 1959. Läßt man den Absatz an Banken (der ja selbst wieder nur auf anderweitigen „originären“ Mittelzuflüssen basiert) außer Betracht, so ist dagegen im Vergleich zum Vorjahr kaum eine Abschwächung festzustellen. Mit den erwähnten 600 Mio DM war der Absatz von Bankschuldverschreibungen an die Nichtbankenkund-

schaft nämlich zwar um gut 100 Mio DM geringer als im ersten Quartal, aber doch um ebenfalls 100 Mio DM größer als im zweiten Vierteljahr 1959.

Erhebliche Mittel flossen den Banken in letzter Zeit wieder aus der Aufnahme längerfristiger Gelder und Darlehen bei Nichtbanken zu, nachdem sich der Zugang an derartigen (ganz überwiegend von den öffentlichen Haushalten für bestimmte Investitionszwecke bereitgestellten) Darlehen in den ersten Monaten des Jahres stark verringert hatte. An längerfristigen Geldern und Darlehen wurden bei Nichtbanken im zweiten Vierteljahr rd. 860 Mio DM aufgenommen gegen rd. 90 Mio DM im ersten Quartal und über 1 Mrd DM im vierten Quartal 1959. In den ersten drei Vierteljahren von 1959 hatten diese Verbindlichkeiten dagegen nur um etwa 1/4 Mrd DM zugenommen. Die Bereitstellung längerfristiger Gelder und Darlehen, an der hauptsächlich die Kreditinstitute mit Sonderaufgaben partizipieren, stellt seit einiger Zeit also wieder einen durchaus beachtlichen Teil des gesamten längerfristigen Fremdmittelaufkommens bei den Banken dar. Die Veränderung dürfte hauptsächlich mit Schwankungen im Abfluß öffentlicher Investitionsmittel und in der Einschaltung des Bankenapparates in ihren Einsatz zusammenhängen.

#### Die Entwicklung der Wertpapiermärkte

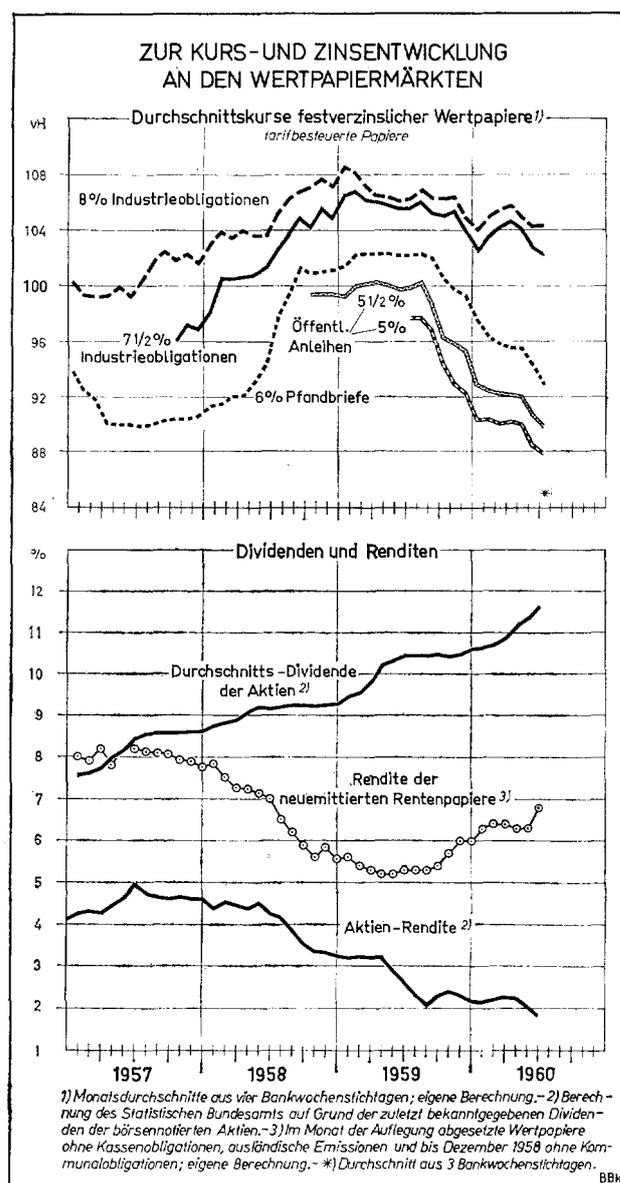
Die Entwicklung an den Wertpapiermärkten war in der Berichtsperiode dadurch gekennzeichnet, daß sich das Anlageinteresse des in- und ausländischen Publikums in noch stärkerem Maße als bisher auf den

Aktienmarkt konzentrierte, so daß die Kurse dort erneut hausseartig stiegen, während am Rentenmarkt trotz weitgehender Zurückhaltung der Emittenten die Baisse ihren Fortgang nahm.

Was zunächst die Entwicklung am Rentenmarkt angeht, so sind hier die Kurse — nach einer Periode relativer Stabilität im April — in der Folgezeit weiter abgesunken; auch die leichte Belebung, die sich in der zweiten Juni-Dekade, hauptsächlich auf Grund von Auslandsorders, einstellte, wurde schon nach kurzer Dauer von einer neuen Abwärtsbewegung abgelöst. Die empfindlichsten Kurseinbußen hatten die hochverzinslichen öffentlichen Anleihen und Industrieobligationen zu verzeichnen; sie gingen zumeist bis zu 3 Punkten und mehr zurück. Aber auch die übrigen Marktgebiete blieben von der Kursroute nicht verschont. So mußten die beiden Ende 1959 und Anfang 1960 begebenen Anleihen des Bundes auf 93 1/2 bzw. 95 3/4 vH, d. h. um rd. 2 Punkte unter den Einführungs- bzw. Emissionskurs, zurückgenommen werden. Für die Marktentwicklung am bedeutsamsten war jedoch, daß sich die Realkreditinstitute gezwungen sahen, die Netto-Verkaufskurse für ihre neuen 6 %igen Pfandbriefe und Kommunalobligationen, nachdem sie diese bereits im Mai auf 92 1/2 vH und teilweise noch darunter ermäßigt hatten, in Anpassung an die veränderte Marktlage abermals zu senken, und zwar bis auf 90 vH und weniger.

Unter dem Eindruck dieser Entwicklung ist im Juli eine Reihe von Realkreditinstituten zur Emission 7 %iger Pfandbriefe und Kommunalobligationen übergegangen, nachdem einige Institute bereits Ende Juni 7 %ige Titel dieser Art aus Resten früherer Emissionen zu pari abzüglich Bonifikation angeboten und glatt abgesetzt hatten. Der verhältnismäßig lange Zeit gescheute Übergang vom 6 %igen zum 7 %igen Wertpapiertyp wurde damit vollzogen. Die Abgabepreise für 7 %ige Papiere liegen gegenwärtig bei 99 bis 100 vH; für Banken sind sie unter Berücksichtigung der — an die Kundschaft nicht weiterzugehenden — Bonifikationen (in der Regel 2 1/4 vH) entsprechend niedriger. Seit dem Frühjahr des vergangenen Jahres hat sich der Kapitalzins somit wieder um rd. 2 % erhöht. Von dem 7 %igen Wertpapiertyp sollen dem Vernehmen nach im Juli schätzungsweise 100 Mio DM abgesetzt worden sein. Nach anfänglich glatter Unterbringung, wobei Umtauschoperationen eine gewisse Rolle gespielt haben, scheinen einige Institute bei der Abgabe der neuen Papiere neuerdings etwas zurückhaltender geworden zu sein, weil der höhere Zins bei den Darlehensnehmern offenbar auf zunehmenden Widerstand stößt und der Abschluß der entsprechenden Gegengeschäfte nicht mehr so leicht fällt wie vordem.

Symptomatisch hierfür ist u. a. die kürzlich erfolgte Erklärung des Gesamtverbandes Gemeinnütziger Wohnungsbaunternehmen, in der die Empfehlung ausgesprochen wurde, Bauvorhaben, deren Beleihung mehr als 6 1/2 % Darlehenszinsen erfordert, zurückzustellen. Es bleibt abzuwarten, wie weit dieser Empfehlung entsprochen wird. Immerhin haben sich mit dem Erscheinen der 7 %igen Neuemissionen für die umlaufenden älteren Rentenwerte zwangsläufig neue Kurskorrekturen nach unten ergeben, und ebenso mußten die Netto-Verkaufskurse für neue 6 %ige Pfandbriefe, die zur Zeit noch neben dem 7 %igen Pfandbrieftyp angeboten werden, weiter — auf 88 vH und darunter — zurückgenommen werden. In der letzten Juli-Dekade begann sich jedoch eine Erholung am Rentenmarkt abzuzeichnen, in deren Verlauf vor allem hochverzinsliche Industrieobligationen und öffentliche Anleihen ihre



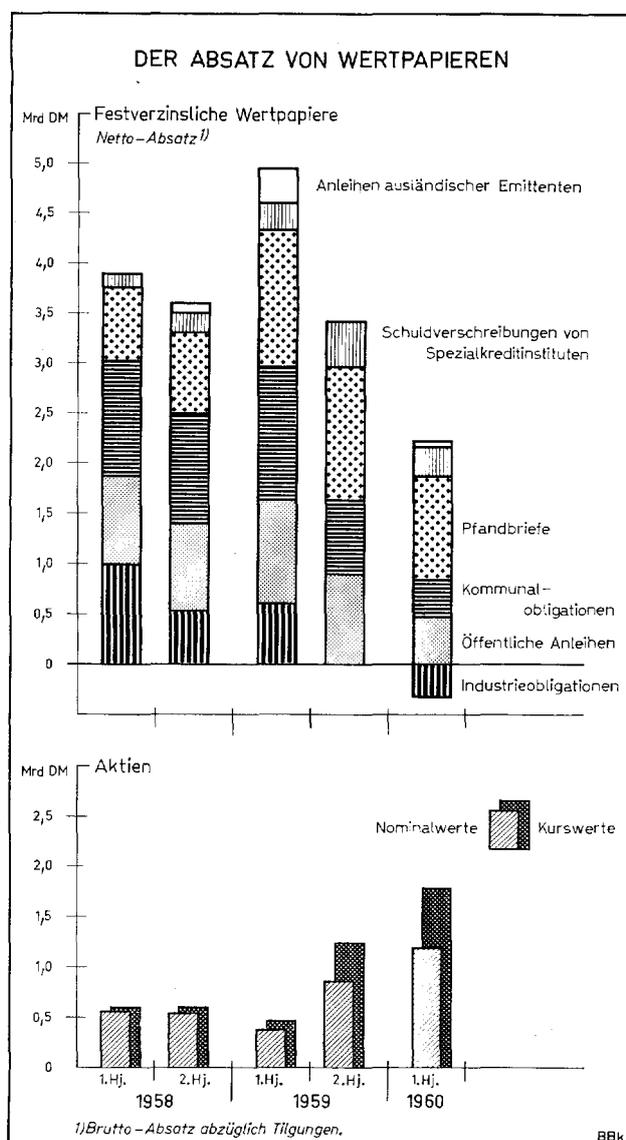
Kurse leicht verbessern konnten. So zog z. B. die 6<sup>0</sup>/<sub>10</sub>ige Bundesanleihe auf 97<sup>1</sup>/<sub>2</sub> vH an und liegt damit nur noch einen halben Punkt unter ihrem Emissionskurs.

Auf die *Ursachen der anhaltenden Baisse am Rentenmarkt* ist in diesen Berichten bereits bei früherer Gelegenheit ausführlich eingegangen worden. An erster Stelle ist die nach wie vor auf dem Markt lastende Ungewißheit über die weitere Entwicklung des Kapitalzinses zu nennen, die durch die jüngsten kreditpolitischen Maßnahmen und die nachfolgende Zinssteigerung neue Nahrung erhalten hat. Die bisher eingetretenen Kursverluste, die sich z. B. bei den 5<sup>0</sup>/<sub>10</sub>igen Emissionen des Vorjahres auf bis zu 10 Punkten und mehr gegenüber den ursprünglichen Emissionskursen beziffern, und die Befürchtung weiterer kreditpolitischer Maßnahmen, die neue Kurseinbußen nach sich ziehen könnten, haben es den potentiellen Anlegern geraten erscheinen lassen, zunächst weiterhin Zurückhaltung gegenüber den Rentenwerten zu üben, obwohl der Marktzins inzwischen die beachtliche Höhe von über 7<sup>0</sup>/<sub>10</sub> erreicht hat. Eine zusätzliche Belastung ist dem Rentenmarkt in den letzten Monaten dadurch erwachsen, daß viele Anleger, angelockt durch die raschen Kurssteigerungen am Aktienmarkt, Teile ihrer Bestände an festverzinslichen Wertpapieren abgestoßen und die Erlöse zum Erwerb von Aktien verwendet haben, um auf diese Weise ebenfalls an der Kurshausse der Aktien zu partizipieren. Von größter Bedeutung für die Entwicklung des Rentenmarktes war jedoch, daß die Kreditinstitute, die im vergangenen Jahr die bedeutendsten Anleger am Rentenmarkt gewesen waren — 1959 entfielen auf sie mehr als die Hälfte des Gesamtabsatzes an inländischen festverzinslichen Wertpapieren —, in den letzten Monaten im ganzen genommen nicht nur überhaupt keine Rentenwerte mehr gekauft, sondern derartige Titel sogar in beträchtlichem Umfang abgestoßen haben. Die Abgaben bezifferten sich im zweiten Vierteljahr 1960 auf fast 280 Mio DM, während im ersten Quartal die Bestände der Kreditinstitute an Rentenwerten umgekehrt noch um rd. 250 Mio DM zugenommen hatten. Im zweiten Quartal von 1959 hatten die Banken sogar noch für rd. 1,4 Mrd DM festverzinsliche Wertpapiere erworben. Ein erheblicher Teil der Abgaben im zweiten Quartal 1960 stammte von den Instituten des Sparkassensektors, die ein Jahr zuvor noch zu den bedeutendsten Käufern von Rentenwerten gezählt hatten. Die Sparkassen wurden hierzu vor allem durch die Ausweitung ihres eigenen Hypothekarkreditgeschäfts veranlaßt, die nicht zuletzt darauf beruhte, daß die Steigerung des Kapitalzinses am Rentenmarkt bei weit weniger gestiegenem Sparzins ihnen

vorübergehend einen beträchtlichen Konkurrenzvorsprung gegenüber den Pfandbriefinstituten verschafft hatte. Mit der ab 1. Juli d. J. in Kraft getretenen Heraufsetzung der Habenzinsen, durch die der Zinssatz für Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist um <sup>1</sup>/<sub>2</sub><sup>0</sup>/<sub>10</sub> auf 4<sup>0</sup>/<sub>10</sub> und der für Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist um <sup>3</sup>/<sub>4</sub><sup>0</sup>/<sub>10</sub> auf 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bzw. 5<sup>1</sup>/<sub>4</sub><sup>0</sup>/<sub>10</sub> erhöht wurde, ist der Konkurrenzvorsprung der Sparkassen inzwischen größtenteils weggefallen, so daß sich künftig auch die Sparkassen-Hypotheken verteuern werden.

Mit Rücksicht auf die geringe Aufnahmefähigkeit des Rentenmarktes haben die Emittenten ihre Ansprüche an den Markt in der Berichtsperiode erheblich einschränken müssen. Die *Emissionen neuer festverzinslicher Wertpapiere* erreichten im zweiten Quartal d. J. nur noch 865 Mio DM gegen 1,64 Mrd DM im Vorquartal und 3,0 Mrd DM im entsprechenden Vorjahrsabschnitt. Im Juni betrugen sie sogar nur 76 Mio DM, womit sie auf einen seit Mai 1956 nicht mehr verzeichneten Tiefstand gesunken sind. Der Absatz *neuer Rentenwerte* blieb hinter diesen Ziffern noch etwas zurück. Er stellte sich im zweiten Vierteljahr auf brutto 790 Mio DM und war damit um rd. 1 Mrd DM bzw. 2,1 Mrd DM niedriger als im Vorquartal bzw. im zweiten Vierteljahr von 1959. Der überwiegende Teil des Gesamtabsatzes, nämlich 647 Mio DM oder rd. 80 vH, entfiel auf die Emissionen der Realkreditinstitute. Von dem Rest in Höhe von 143 Mio DM stammten 110 Mio DM von Spezialkreditinstituten und 33 Mio DM von der öffentlichen Hand. In beiden Fällen handelte es sich hauptsächlich um Kassenobligationen, d. h. um Papiere mit einer Laufzeit von nur 3 bis 4 Jahren. Die Wirtschaft hat den Markt dagegen überhaupt nicht beansprucht, sondern im Gegenteil erneut umfangreiche Tilgungen vorgenommen. Diese beliefen sich auf rd. 210 Mio DM gegen rd. 140 Mio DM im Vorquartal. Zu einem erheblichen Teil handelte es sich dabei wieder um Anleiherückzahlungen auf Grund vorzeitiger Kündigungen von steuerbegünstigten hochverzinslichen Anleihen aus der Zeit des Kapitalmarktförderungsgesetzes.

Bei den *Realkreditinstituten*, die als einzige Emittentengruppe noch nennenswerte Beträge am Markt unterbringen konnten, war der Absatz von Schuldverschreibungen in den einzelnen Monaten des Berichtszeitraums stark rückläufig. Er sank von rd. 280 Mio DM im April auf 156 Mio DM im Juni ab. Im Monatsdurchschnitt des ersten Quartals von 1960 hatte er demgegenüber fast 300 Mio DM betragen, im Monatsdurchschnitt des Vorjahres sogar rd. 450 Mio DM. Ob und inwieweit die Absatzschumpfung bereits durch



das schwieriger gewordene Beleihungsgeschäft bedingt ist, läßt sich noch nicht übersehen. Die *Darlehenszusagen der Pfandbriefinstitute* blieben im Berichtsquartal mit rd. 600 Mio DM zwar um über 200 Mio DM hinter denen des entsprechenden Vorjahrszeitraums zurück (im Juni allein um gut 100 Mio DM), hielten sich aber noch auf der Höhe des Vorvierteljahres. Die *Darlehensauszahlungen*, die zumeist auf zeitlich weit zurückliegenden Zusagen basieren, haben demgegenüber in der Berichtsperiode weiter zugenommen. Sie stellten sich auf insgesamt rd. 530 Mio DM und gingen damit um rd. 80 Mio DM über die Ziffern des entsprechenden Vorjahrszeitraums hinaus. Der Betrag der *unerledigten Hypothekenzusagen der Realkreditinstitute* ist im zweiten Vierteljahr nur noch geringfügig gestiegen, und zwar um 28 Mio DM gegen 110 Mio DM im Vorquartal. Er stellte sich Ende Juni auf 2,28 Mrd DM und

entsprach damit etwa dem Stand, den er vor einem Jahr innegehabt hatte.

Im Gegensatz zu der Entwicklung bei den Pfandbriefinstituten hat die *Expansion des Darlehensgeschäfts bei den Sparkassen* zunächst weiter angehalten. Die von ihnen gegebenen *Darlehenszusagen* bezifferten sich im zweiten Quartal auf fast 810 Mio DM gegen 796 Mio DM im vorangegangenen Quartal und 754 Mio DM vor einem Jahr. Im Juni war dabei allerdings das Volumen der Neuzusagen mit 220 Mio DM erstmals seit längerer Zeit geringer als im Vorjahr (Juni 1959: 275 Mio DM). Da die Darlehensauszahlungen ständig erheblich hinter den laufenden Neuzusagen zurückgeblieben sind, hat sich der Bestand der noch nicht erledigten Hypothekenzusagen bei den Sparkassen außerordentlich stark erhöht. Er belief sich Ende Juni 1960 auf 2,53 Mrd DM und übertraf damit den Stand des entsprechenden Vorjahrszeitpunktes um rd. 770 Mio DM. Bei den Sparkassen und den Pfandbriefinstituten zusammen betrug der Bestand der noch offenen Hypothekenzusagen für den Wohnungsbau also 4,81 Mrd DM gegen 4,06 Mrd DM vor einem Jahr. Bei der Beurteilung dieses Standes, der zu mehr als der Hälfte auf Zusagen der Sparkassen beruht, ist allerdings zu berücksichtigen, daß wegen der inzwischen erfolgten Heraufsetzung der Spareinlagenzinsen möglicherweise ein gewisser Teil der Zusagen der Sparkassen nicht oder jedenfalls nicht in unmittelbarer Zukunft in Anspruch genommen werden wird, da die Darlehensnehmer nicht unbedingt damit rechnen können, die ihnen zugesagten Darlehen noch zu den bisher geltenden günstigeren Bedingungen zu erhalten.

Am Aktienmarkt sind die Kurse, die während der ersten vier Monate des Jahres nur verhältnismäßig geringe Veränderungen aufgewiesen hatten, im Mai und Juni in einem geradezu atemberaubenden Tempo gestiegen. Der vom Statistischen Bundesamt berechnete *Kursindex* (31. 12. 1953 = 100), der Ende März mit 520 Indexpunkten etwa den Stand vom Jahresbeginn innegehabt hatte, stieg im April auf 538, im Mai auf 607 und im Juni auf 708. Ihren Höhepunkt erreichte die Kursaufwärtsentwicklung am 7. Juli d. J. mit einem Kursstand von 729 Indexpunkten. In der Folgezeit fielen die Kurse bis zum 22. Juli auf 705 zurück.

Die wachsende Nachfrage der Anleger konzentrierte sich zunächst vornehmlich auf die führenden Standardwerte des Chemie- und Elektromarktes sowie auf die sog. Zusatzaktienanwärter. Im weiteren Verlauf wurden auch die übrigen Märkte von der Aufwärtsbewegung erfaßt. Besonders hohe Kursgewinne hatten vor allem solche Papiere zu verzeichnen, von denen sich ein großer Teil in festen Händen befindet und die infolge-

dessen nur einen relativ engen Markt haben. Kurs-sprünge von zum Teil mehreren hundert Punkten waren bei diesen Werten an manchen Tagen keine Seltenheit. Auch verschiedene „aufstockungsverdächtige“ Aktien erzielten teilweise extrem hohe Kursgewinne.

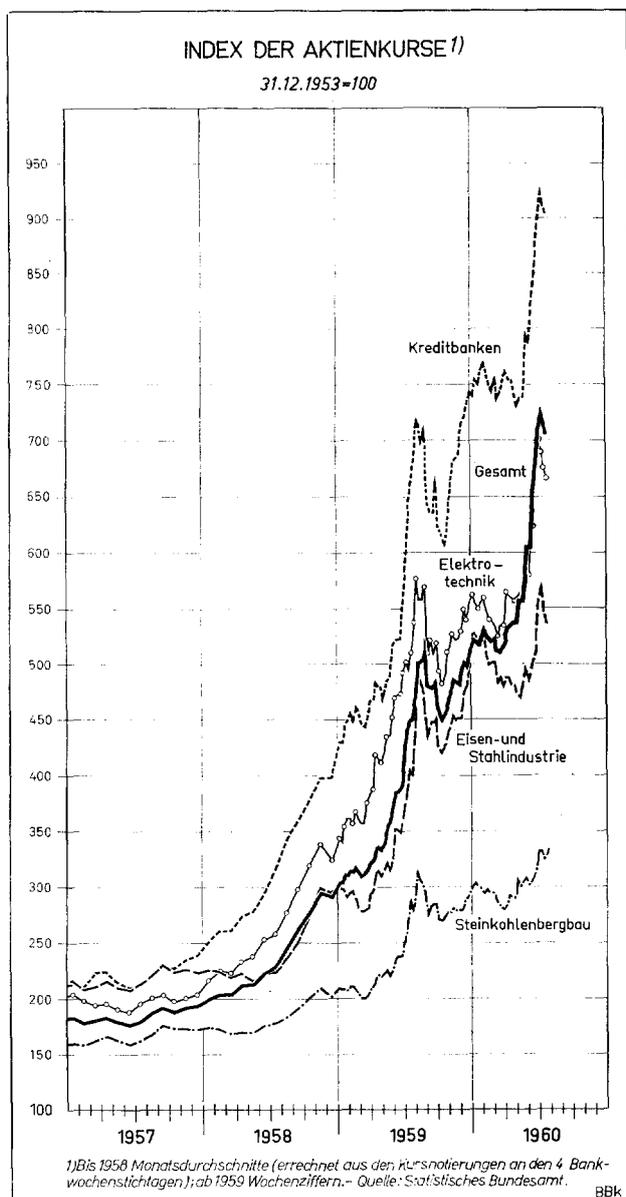
Die neuerliche Kurshausse, die in Bezug auf Tempo und Ausmaß in der deutschen Nachkriegsgeschichte ohne Beispiel ist, war um so bemerkenswerter, als sie zunächst weder durch die Verschärfung des kreditpoliti-schen Kurses noch durch politische Ereignisse noch auch durch die umfangreichen Kapitalerhöhungen in ihrem Verlauf gehemmt wurde. Eine wichtige Rolle haben für sie zweifellos die zahlreichen Jahresabschlüsse führender Gesellschaften gespielt, die häufig günstiger waren als zunächst erwartet und die in der Regel zu Dividendenaufstockungen führten. Abgesehen von den stimmungsmäßigen Impulsen, die hiervon ausgingen, haben die beträchtlichen Dividendenzahlungen sowie

andere mit den Jahresabschlüssen im Zusammenhang stehende Ausschüttungen wie Tantiemen u. dgl. die für Aktienkäufe verfügbaren Mittel offensichtlich nicht unerheblich verstärkt. Zusätzliche Anregungen boten die optimistische Beurteilung auch der künftigen Kon-junktorentwicklung sowie die Erwartung weiterer Aus-gaben von Gratisaktien und der Gewährung günstiger Bezugsrechte, zumal an die in Beratung befindliche „Große Aktienrechtsreform“, die den Aktionären bei der Gewinnverwendung künftig ein größeres Mit-spracherecht einräumen soll als bisher und überdies eine stärkere Offenlegung des Finanzstatus der Aktien-gesellschaften zum Ziele hat, derartige Hoffnungen geknüpft werden. Hinzu kam, daß sich ausländische Anleger wieder stärker für deutsche Aktienwerte zu interessieren begannen, zumal im Ausland zahl-reiche deutsche Aktien, zumindest bei den im Früh-jahr gegebenen Kursen, nach wie vor für bil-

Der Absatz von Wertpapieren <sup>1)</sup>  
in Mio DM

Zeit	Schuldverschreibungen inländischer Emittenten					Anleihen ausländischer Emittenten	Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	Aktien	Festverzinsliche Wertpapiere und Aktien insgesamt	
	Pfandbriefe	Kommunalobligationen	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Industrieobligationen	Anleihen der öffentlichen Hand					Sonstige Schuldverschreibungen
Brutto-Absatz										
1959 1. Vj.	838,0	806,8	194,5	283,8	640,2	0,0	124,6	2 887,9	279,3	3 167,2
2. „ Saarland <sup>2)</sup>	615,0	652,0	152,6	425,8	834,3	—	220,0	2 899,7	110,9	3 010,6
1948 - Mitte 1959	106,2	77,6	—	—	—	—	—	183,8	125,8	309,6
3. Vj.	756,9	416,6	299,8	127,8	462,4	0,0	—	2 063,5	552,0	2 615,5
4. „	733,9	410,7	183,2	81,3	603,3	0,8	—	2 013,2	315,0	2 328,2
1960 1. Vj.	625,5	258,8	257,6	27,5	572,3	—	44,8	1 786,5	645,4	2 431,7
2. „	452,6	194,1	109,4	—	33,3	—	—	789,4	555,9	1 345,3
April	187,7	91,0	33,4	—	28,5	—	—	340,6	235,7	576,3
Mai	156,2	55,9	57,2	—	3,1	—	—	272,4	144,6	417,0
Juni	108,7	47,2	18,8	—	1,7	—	—	176,4	175,6	352,0
Tilgung										
1959 1. Vj.	39,1	57,8	55,8	34,7	29,9	—	—	217,3	—	217,3
2. „ Saarland <sup>2)</sup>	53,3	72,1	9,1	57,3	413,1	—	—	604,9	—	604,9
1948 - Mitte 1959	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3. Vj.	49,0	44,5	1,6	78,9	113,3	0,1	—	287,4	—	287,4
4. „	90,1	48,8	42,9	134,9	46,9	3,7	—	367,3	—	367,2
1960 1. Vj.	33,2	42,3	47,9	142,3	57,0	—	—	322,7	—	322,7
2. „	19,6	41,8	20,5	208,9	60,8	0,1	—	351,7	—	351,7
April	14,0	23,9	3,4	111,6	2,1	—	—	155,0	—	155,0
Mai	1,7	3,9	10,2	89,7	1,7	—	—	107,2	—	107,2
Juni	3,9	14,0	6,9	7,6	57,0	0,1	—	89,5	—	89,5
Netto-Absatz <sup>3)</sup>										
1959 1. Vj.	798,9	749,0	138,7	249,1	610,3	0,0	124,6	2 670,6	279,3	2 949,9
2. „ Saarland <sup>2)</sup>	561,7	579,9	143,5	368,5	421,2	—	220,0	2 294,8	110,9	2 405,7
1948 - Mitte 1959	106,2	77,6	—	—	—	—	—	183,8	125,8	309,6
3. Vj.	707,9	372,1	298,2	48,9	349,1	— 0,1	—	1 776,1	552,0	2 328,1
4. „	643,8	361,9	140,3	— 53,6	556,4	— 2,9	—	1 645,9	315,0	1 960,9
1960 1. Vj.	592,3	216,5	209,7	—114,8	515,3	—	44,8	1 463,8	645,4	2 109,2
2. „	433,0	152,3	88,9	—208,9	— 27,5	— 0,1	—	437,7	555,9	993,6
April	173,7	67,1	30,0	—111,6	26,4	—	—	185,6	235,7	421,3
Mai	154,5	52,0	47,0	— 89,7	1,4	—	—	165,2	144,6	309,8
Juni	104,8	33,2	11,9	— 7,6	— 55,3	— 0,1	—	86,9	175,6	262,5

<sup>1)</sup> Ab 3. Vierteljahr 1959 einschl. Saarland. — <sup>2)</sup> Frankenbeträge umgerechnet im Verhältnis 100 Franken = 0,8507 DM. — <sup>3)</sup> D. h. Brutto-Absatz abzüglich Tilgung; negatives Vorzeichen bedeutet, daß im betr. Zeitraum die Tilgung von Wertpapieren den Neuabsatz übertraf.



liger gehalten wurden als vergleichbare ausländische Werte. Größere Bedeutung erlangten die Käufe durch Ausländer vor allem im Juni im Zusammenhang mit der — inzwischen weitgehend abgeklungenen — Spekulation auf eine Aufwertung der DM und mit dem Verzinungsverbot für den größten Teil der Auslandseinlagen bei Banken. Wie aus den Ziffern über die Entwicklung des Kapitalverkehrs mit dem Ausland hervorgeht, sind in diesem Monat per Saldo inländische Aktien und Investmentzertifikate im Betrage von 92 Mio DM durch ausländische Anleger gekauft worden, nachdem in den vorangegangenen fünf Monaten umgekehrt die Verkäufe deutscher Aktien seitens des Auslandes die gleichzeitigen Ankäufe um etwa den gleichen Betrag (96 Mio DM) übertroffen hatten. Seitens deutscher Kapitalanleger wurden im ersten Halbjahr 1960 per

Saldo für 411 Mio DM ausländische Aktien und Investmentzertifikate gekauft. Das Schwergewicht der Netto-Käufe lag dabei mit insgesamt 350 Mio DM eindeutig im ersten Quartal d. J., während sie sich im zweiten Quartal auf nur noch 61 Mio DM beliefen.

Das Angebot an neuen Aktien blieb in der Berichtsperiode hoch. Im zweiten Vierteljahr von 1960 bezifferte sich der Aktienabsatz auf nominell 556 Mio DM. Das war zwar etwas weniger als im vorangegangenen Vierteljahr, in dem 645 Mio DM untergebracht worden waren, jedoch wiederum bedeutend mehr als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres (110 Mio DM). Dem Kurswert nach erreichte der Aktienabsatz im zweiten Quartal 725 Mio DM gegen rd. 1,1 Mrd DM im Vorquartal, in dem Emissionen zu Überpari-Kursen eine weit größere Rolle spielten. Neben den regulären Kapitalerhöhungen gegen Bareinzahlung wurden im Berichtszeitraum erstmals in größerem Umfange Kapitalberichtigungen auf Grund des im vergangenen Dezember in Kraft getretenen Gesetzes über die Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln durchgeführt und dabei Aufstockungsaktien im Betrage von rd. 480 Mio DM emittiert.

Die Aktienrendite ist im Berichtsquartal verhältnismäßig stark gesunken, obwohl die Dividendenausschüttungen in der Berichtszeit fast durchweg höher waren als vordem. Die Durchschnittsdividende aller börsennotierten Aktien verbesserte sich von 10,88 % Ende März auf 11,64 % Ende Juni. Da jedoch die Dividendensteigerung durch den gleichzeitigen Kursanstieg bei weitem überkompensiert wurde, sank die durchschnittliche Aktienrendite im gleichen Zeitraum von 2,27 % auf 1,86 %. Die rechnerische Aktienrendite hat damit erstmals seit Ende 1952 die 2 %-Grenze unterschritten.

Das Tempo der bis Anfang Juli herrschenden Aktienhausse, die, wie bereits erwähnt, alle anderen Hausseperioden der Nachkriegszeit weit in den Schatten stellte, hat verschiedentlich zu Bedenken Anlaß gegeben. So hat der Bundeswirtschaftsminister, wie er in einer Presseverlautbarung erklärte, „in Besorgnis über die jüngste Kursentwicklung“ gemeinsam mit dem Präsidenten der Deutschen Bundesbank die Vorstände der deutschen Börsen empfangen, um mit ihnen die gegenwärtige Lage zu erörtern. An diese Besprechung sollen sich weitere Beratungen zwischen Bundesregierung und Bundesbank anschließen. Wenn sich auch nicht ohne weiteres nachweisen läßt, daß das Kursniveau im ganzen überhöht ist, so kann andererseits doch kaum zweifelhaft sein, daß die Kurse einzelner Aktien inzwischen teilweise erheblich über die Grenzen hinausgewachsen sind, die ihnen durch Rendite und Ertragskraft der betreffenden Unternehmen auch bei opti-

mistischer Beurteilung der zukünftigen Entwicklung gezogen sind. Die offenkundige, wenn auch vielfach nicht gern zugegebene Tatsache, daß diese Entwicklung nicht nur durch die allgemeine — im Hinblick auf die realen Möglichkeiten der Steigerung des Sozialprodukts viel zu starke — Kreditexpansion, sondern zum Teil auch durch spezielle, sichtlich der Effektspekulation dienende Bankkredite gefördert wurde, hat die Bundesbank veranlaßt, den Kreditinstituten mit einem Schreiben an die Spitzenverbände des Kreditgewerbes vom 12. Juli d. J. nahezulegen, gegenüber Kreditanträgen, die in erkennbarer Weise der Aktienspekulation oder dem Erwerb von Beteiligungen dienen, in Zukunft größte Zurückhaltung zu üben. Das Schreiben an die Spitzenverbände des Kreditgewerbes hat folgenden Wortlaut:

„Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank hat sich in seiner Sitzung vom 7. d. M. eingehend mit der jüngsten Entwicklung an den Aktienmärkten befaßt. Er beobachtet mit ernster Sorge die sprunghaften Kurssteigerungen zahlreicher Werte. Je mehr Aktienkurse sich über die durch die Rendite der Aktien und durch die Ertragskraft der Unternehmungen bestimmten realen Grenzen hinausentwickeln, um so größer ist die Gefahr von Rückschlägen mit den sich daraus ergebenden Folgen.

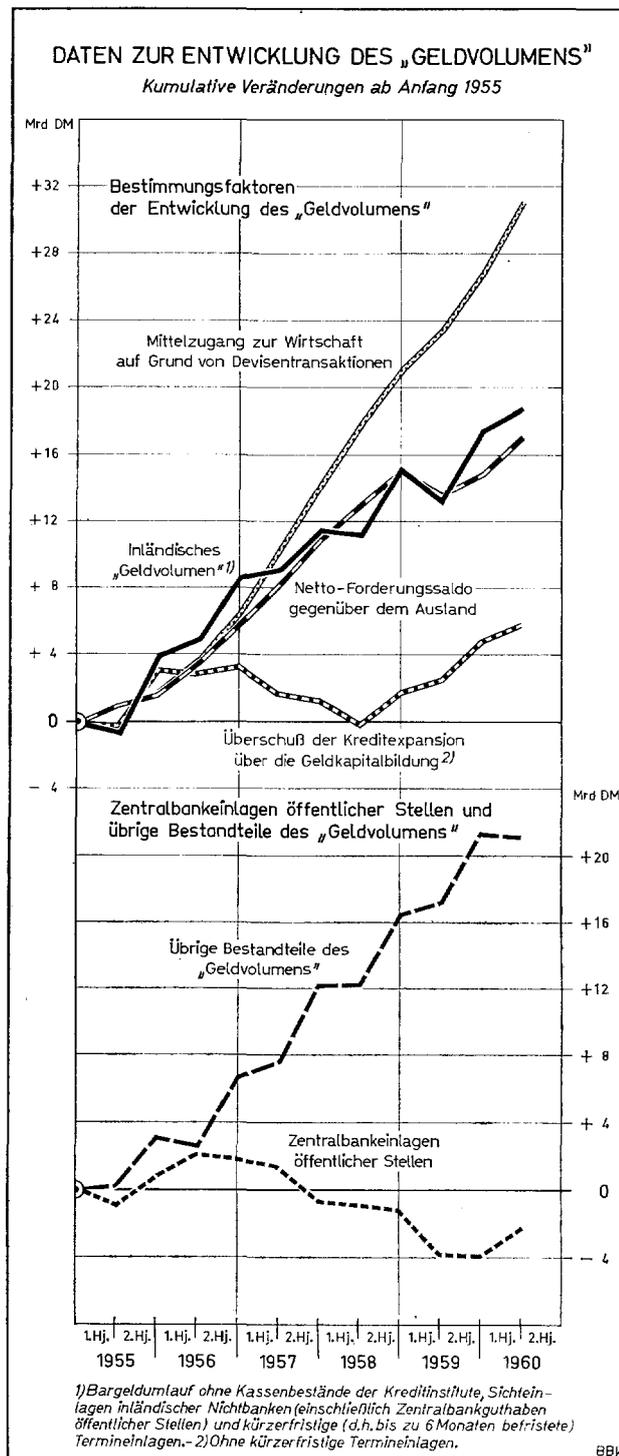
Wir legen den Kreditinstituten daher dringend nahe, dieser ungesunden Entwicklung nicht Vorschub zu leisten, sondern auf eine Mäßigung der Börsenentwicklung hinzuwirken. Wir haben Anhaltspunkte dafür, daß das Anwachsen gewisser Kreditengagements in erheblichem Umfange auf Börsendispositionen beruht. Es ist uns ferner bekannt, daß umfangreiche Interessenkäufe in erheblichem Maße mit Hilfe von Bankkrediten getätigt werden. Die Entwicklung einer Reihe von Millionenkredit-Engagements bietet hierfür deutliche Anhaltspunkte. Auch das Instrument der Kleinkredite wird offenbar von vielen Kreditnehmern zu Aktienspekulationen benutzt. Die Kreditinstitute können durch Zurückhaltung bei der Kreditgewährung wesentlich zu einem weniger hektischen Klima an den Aktienmärkten beitragen. Wir erwarten, daß die Kreditinstitute sich die Besorgnisse der Bundesbank auf diesem Gebiet zu eigen machen, und wären Ihnen dankbar, wenn Sie die Ihnen angeschlossenen Institute von unserem Schreiben unterrichten würden.“

#### Monetäre Gesamtanalyse

Einige der in den vorausgegangenen Abschnitten geschilderten Vorgänge sollen schließlich im folgenden noch unter einem besonderen Aspekt, nämlich dem der Entwicklung des „Geldvolumens“ auf Grund der verschiedenen auf sie einwirkenden expansiven und kontraktiven Tendenzen zusammengefaßt werden. Wir setzen damit die sogenannte „Monetäre Gesamtanalyse“ fort, die wir im Verlaufe der letzten Jahre mehrfach an dieser Stelle gegeben haben, zuletzt im Monatsbericht für Januar d. J.

Wie üblich fassen wir die wichtigsten Daten unserer Analyse in einer Tabelle zusammen (s. S. 19), wobei wir die Ergebnisse für die beiden ersten Quartale von 1960 nicht nur getrennt, sondern auch summiert ver-

öffentlichen, da es uns nicht nur wegen des Anschlusses an unsere früheren Analysen, sondern auch aus sachlichen Gründen zweckmäßig erscheint, das erste Halbjahr 1960 als Ganzes zu betrachten. Zur technischen Erläuterung sei vorausgeschickt, daß die Angaben der Übersicht sich von dem in den vorangegangenen Abschnitten gegebenen Zahlenmaterial einmal dadurch unterscheiden, daß sie — dem Zweck dieser Analyse entsprechend — auch die betreffenden Aktiva und



Passiva der Bundesbank enthalten. Schon aus diesem Grunde weichen also z. B. die Angaben über die Kreditgewährung etwas von den an früherer Stelle genannten Ziffern ab. Ferner sind in den nachstehenden Daten die statistisch erfaßten Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland in einer besonderen Position zusammengefaßt und demgemäß in den übrigen Positionen nicht enthalten, so daß sich die hier veröffentlichten Angaben über die Kreditgewährung, die Geldkapitalbildung, die Einlagenentwicklung usw. — von geringfügigen Ausnahmen abgesehen — nur auf das Geschäft mit der inländischen Nichtbankenkundschaft beziehen. Weitere Einzelheiten über die Abgrenzung der verschiedenen Positionen sind dem Monatsbericht für April 1959 (S. 15 u. 16) zu entnehmen.

Vorausgeschickt sei weiter, daß die Bank mit dieser Analyse in erster Linie statistisches Material bieten will. Die einzelnen Daten sind zwar unter bestimmten Gesichtspunkten bzw. Begriffen (wie z. B. „Geldkapitalbildung bei den Banken“, „Überschuß der inländischen Kreditgewährung bzw. der inländischen Geldkapitalbildung“, „Geldvolumen“) zusammengefaßt, aber es liegt der Bank fern, aus diesen Begriffen Dogmen zu machen. Niemand kann sich der Problematik dieser Begriffsbildungen mehr bewußt sein als wir selbst. Es kann daher durchaus offen bleiben, ob es im Lichte streng theoretischer Erwägungen zulässig ist, z. B. Kreditgewährung und Geldkapitalbildung so einander gegenüberzustellen, wie es hier geschehen ist. Auch wir kennen die möglichen Bedenken, obwohl sich bei der empirischen Analyse im Verlaufe der letzten Jahre die Wandlungen im Verhältnis dieser beiden Größen als recht aufschlußreich erwiesen haben. Wir präsentieren die folgenden Ziffern daher im wesentlichen auch nur als Arbeitsmaterial und sind demgemäß bestrebt, sie nach Möglichkeit so aufzugliedern, daß nach Belieben andere Kombinationen vorgenommen werden können. Für das „Geldvolumen“ z. B. geben wir selbst verschiedene Abgrenzungen, wobei wir uns übrigens im klaren sind, daß der Erkenntniswert dieses Begriffs in jeder Abgrenzung für die Analyse der Nachfrageentwicklung ein beschränkter ist. Nur unter diesen Vorbehalten sind die folgenden Darlegungen zu verstehen.

An der Spitze der das Geldvolumen ausweitenden Faktoren stand in den vergangenen Monaten, wie üblich, die *Kreditexpansion der Banken*. Mit rd. 8,3 Mrd DM war der Anstieg des inländischen Kreditvolumens im ersten Halbjahr 1960 um rd. 0,9 Mrd DM größer als im gleichen Vorjahrsabschnitt. In der ersten Hälfte der Jahre 1955 bis 1958 hatte er dem-

gegenüber nur jeweils etwa  $3\frac{3}{4}$  Mrd DM (1957) bis  $5\frac{3}{4}$  Mrd DM (1955) betragen. Die erneute Steigerung ist hauptsächlich auf das beträchtliche Wachstum der kurzfristigen Kredite zurückzuführen, die in der ersten Hälfte des laufenden Jahres um mehr als 2,8 Mrd DM zunahmen, während sie in der entsprechenden Zeit der Jahre 1955 bis 1959 niemals um wesentlich mehr als 1 Mrd DM ausgeweitet worden waren. Der Abstand ist noch größer, wenn man aus diesen Ziffern die (an Nichtbanken gewährten) Bundesbankkredite ausschaltet, da diese Kredite — es handelt sich bei ihnen fast ausschließlich um Kassenvorschüsse an Bund und Länder sowie um die Übernahme von Geldmarkt-titeln öffentlicher Emittenten — im ersten Halbjahr 1960 um 160 Mio DM zurückgingen, während sie im entsprechenden Vorjahrszeitraum um mehr als eine halbe Milliarde DM gestiegen waren. Bei den Geschäftsbanken allein hat sich die Expansion der kurzfristigen Kredite also noch mehr verstärkt als in den oben genannten Ziffern zum Ausdruck kommt. Die (ausschließlich von den Geschäftsbanken gewährten) mittel- und langfristigen Kredite an inländische Nichtbanken nahmen dagegen im bisherigen Verlauf des Jahres etwas weniger zu als in der gleichen Vorjahrszeit, und das Wertpapierengagement der Banken gegenüber inländischen Nichtbanken erhöhte sich nur noch um einen Bruchteil des Vorjahrsbetrages. Für nähere Einzelheiten sei auf die Tabelle verwiesen.

Der verstärkten Kreditexpansion stand allerdings eine ebenfalls höhere — das „Geldvolumen“ einengende — *Geldkapitalbildung* aus inländischen Quellen gegenüber, und zwar auch dann, wenn man die kurzfristigen (bis sechs Monate laufenden) Termineinlagen nicht zur „Geldkapitalbildung“ rechnet. Die gesamte inländische Geldkapitalbildung bei den Banken einschließlich der kurzfristigen Termineinlagen belief sich im ersten Halbjahr 1960 auf fast 7,1 Mrd DM; sie war damit um rd. 1 Mrd DM größer als im Vorjahr. Ohne die kurzfristigen Termineinlagen, die sich seit der Jahreswende um über eine viertel Milliarde DM (gegen beinahe 600 Mio DM im Vorjahr) verminderten, betrug die inländische Geldkapitalbildung im ersten Halbjahr 1960 fast 7,4 Mrd DM; das Plus gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit macht bei dieser Abgrenzung nur rd. 650 Mio DM aus. In jedem Falle hat sich aber das Aufkommen an längerfristigen Mitteln bei den Banken weiter erhöht, obwohl in seinem wichtigsten Bereich, nämlich bei der Zunahme der Spareinlagen, eine Abschwächung zu verzeichnen war. Außer der umfangreicheren Aufnahme längerfristiger Gelder und Darlehen bei Nichtbanken trug hierzu vor allem die weitere Aufstockung des Eigenkapitals und

**Zur Entwicklung der Geldversorgung \*)**  
Zunahme (+) bzw. Abnahme (—) in Mio DM

Posten	Jährlich			Jahr	Vierteljährlich				1. Hj.
	1957	1958	1959		1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	
<b>I. Bankkredite an inländische Nichtbanken, gesamt</b>	+ 9 983	+12 542	+18 096	1958 +2 528 1959 +2 682 1960 +4 068	+2 678 +4 761 +4 261 P)	+2 812 +5 500	+4 524 +5 153	+5 206 +7 443 +8 329 P)	
1) Kurzfristige Kredite (einschließlich Bestände an inländischen Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen, jedoch ohne „Mobilisierungstitel“ <sup>1)</sup> ), gesamt	+ 2 588	+ 301	+ 3 003	1958 + 100 1959 - 171 1960 +1 462	- 51 +1 243 +1 386 P)	- 451 + 994	+ 703 + 937	+ 49 +1 072 +2 848 P)	
davon: Kreditinstitute (ohne Bundesbank)	+ 2 724	+ 91	+ 2 316	1958 + 113 1959 + 12 1960 +1 577	- 181 + 498 +1 431 P)	- 471 +1 173	+ 630 + 633	- 68 + 510 +3 008 P)	
Bundesbank <sup>2)</sup>	- 136	+ 210	+ 687	1958 - 13 1959 - 183 1960 - 115	+ 130 + 745 - 45	+ 20 - 179	+ 73 + 304	+ 117 + 562 - 160	
darunter: Sonderkredite an den Bund zur Erfüllung seiner Verpflichtungen gegenüber Währungsfonds, Weltbank und Europäischem Fonds <sup>3)</sup>	( — )	(+ 271)	(+ 549)	1958 (+ 92) 1959 ( — ) 1960 (+ 37)	(+ 126) ( — ) (+ 89)	(+ 53) (+ 514)	( — ) (+ 35)	(+ 218) ( — ) (+ 126)	
2) Mittel- und langfristige Kredite an inländische Nichtbanken	+ 7 284	+10 544	+13 479	1958 +2 139 1959 +2 374 1960 +2 307	+2 283 +3 069 +2 973 P)	+2 819 +4 026	+3 303 +4 010	+4 422 +5 443 +5 280 P)	
3) Bestände an inländischen Wertpapieren und Konsortialbeteiligungen (ohne Bankschuldverschreibungen <sup>4)</sup> )	+ 161	+ 1 697	+ 1 614	1958 + 289 1959 + 479 1960 + 299	+ 446 + 449 - 98 P)	+ 444 + 480	+ 518 + 206	+ 735 + 928 + 201 P)	
<b>II. Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten aus inländischen Quellen, gesamt</b>	+13 557	+11 598	+15 187	1958 +3 943 1959 +3 378 1960 +3 928	+2 423 +2 728 +3 149 P)	+2 667 +3 486	+2 565 +5 595	+6 366 +6 106 +7 077 P)	
1) Spareinlagen <sup>5)</sup> von Inländern	+ 5 085	+ 6 737	+ 8 146	1958 +1 909 1959 +2 223 1960 +2 115	+1 299 +1 650 +1 359 P)	+1 429 +1 661	+2 100 +2 612	+3 208 +3 873 +3 474 P)	
2) Termineinlagen von Inländern, gesamt darunter: mit Kündigungsfrist bzw. Laufzeit von 6 Monaten und mehr	+ 3 565	+ 1 013	+ 1 678	1958 + 872 1959 + 119 1960 + 628	+ 55 + 32 - 188 P)	+ 564 + 641	- 478 + 886	+ 927 + 151 + 440 P)	
3) Umlauf an inländischen Bankschuldverschreibungen (ohne Bestände der Kreditinstitute <sup>6)</sup> )	+ 969	+ 1 057	+ 2 744	1958 + 368 1959 + 846 1960 + 710	+ 91 + 506 + 606 P)	+ 282 + 637	+ 316 + 755	+ 459 +1 352 +1 316 P)	
4) Bei inländischen Nichtbanken aufgenommene längerfristige Gelder und Darlehen	+ 3 093	+ 1 667	+ 1 246	1958 + 464 1959 - 174 1960 + 84	+ 596 + 159 + 854 P)	+ 222 + 218	+ 385 +1 043	+1 060 - 15 + 938 P)	
5) Kapital und Rücklagen der Kreditinstitute	+ 845	+ 1 124	+ 1 373	1958 + 330 1959 + 364 1960 + 391	+ 382 + 381 + 518 <sup>15)</sup>	+ 170 + 329	+ 242 + 299	+ 712 + 745 + 909 <sup>15)</sup>	
<b>I. v. II. Überschub der inländischen Kreditgewährung (+) bzw. der inländischen Geldkapitalbildung (—)</b>	- 3 574	+ 944	+ 2 909	1958 -1 415 1959 - 696 1960 + 140	+ 255 +2 033 +1 112 P)	+ 145 +2 014	+1 959 - 442	-1 160 +1 337 +1 252 P)	
<b>III. Netto-Forderungssaldo gegenüber dem Ausland (Bundesbank und Geschäftsbanken)</b>	+ 5 066	+ 4 218	- 261	1958 + 681 1959 -1 538 1960 + 313	+1 490 + 168 +1 980 P)	+1 317 + 8	+ 730 +1 101	+2 171 -1 370 +2 293 P)	
nachrichtlich: Mittelzugang (+) zur Wirtschaft auf Grund von Devisentransaktionen <sup>7)</sup>	(+ 7 833)	(+ 6 816)	(+ 5 699)	1958 (+1 521) 1959 (+1 191) 1960 (+1 612)	(+2 129) (+1 153) (-2 676 P)	(+1 932) (+1 528)	(+1 234) (+1 827)	(+3 650) (+2 344) (+4 288 P)	
<b>IV. Sonstige Einflüsse<sup>8)</sup></b>	- 180	- 1 007	- 649	1958 - 523 1959 - 408 1960 - 946	- 249 - 866 - 969 P)	- 542 - 717	+ 307 +1 342	- 772 -1 274 -1 915 P)	
<b>V. Bargeldumlauf<sup>9)</sup> und Sichteinlagen inländischer Nichtbanken, gesamt (Saldo I bis IV)</b>	+ 1 312	+ 4 155	+ 1 999	1958 -1 257 1959 -2 642 1960 - 493	+1 496 +1 335 +2 123 P)	+ 920 +1 305	+2 996 +2 001	+ 289 -1 307 +1 630 P)	
davon: Bargeldumlauf <sup>9)</sup>	+ 1 585	+ 1 479	+ 1 429	1958 + 489 1959 + 87 1960 + 121	+ 289 + 406 + 507 P)	+ 345 + 554	+ 356 + 382	+ 778 + 493 + 628 P)	
Sichteinlagen inländischer Nichtbanken darunter: Zentralbankguthaben inländischer öffentlicher Stellen <sup>10)</sup>	- 273	+ 2 676	+ 570	1958 -1 746 1959 -2 729 1960 - 614	+1 207 + 929 +1 616 P)	+ 575 + 751	+2 640 +1 619	- 539 -1 800 +1 002 P)	
darunter: Zentralbankguthaben inländischer öffentlicher Stellen <sup>10)</sup>	(- 2 606)	(- 616)	(- 2 686)	1958 (- 579) 1959 (-2 237) 1960 (+ 779)	(+ 237) (- 370) (+ 773)	(- 304) (- 14)	(+ 30) (- 65)	(- 342) (-2 607) (+1 552)	
<b>VI. Termineinlagen von Inländern mit Kündigungsfrist bzw. Laufzeit von weniger als 6 Monaten</b>	+ 1 605	- 481	+ 129	1958 + 23 1959 - 217 1960 + 264	- 583 - 372 - 536 P)	+ 385 + 404	- 306 + 314	- 560 - 589 - 272 P)	
<b>VII. Inländisches „Geldvolumen“ gemäß V, zuzüglich der Termineinlagen mit Kündigungsfrist bzw. Laufzeit von weniger als 6 Monaten (V + VI)</b>	+ 2 917	+ 3 674	+ 2 128	1958 -1 234 1959 -2 859 1960 - 229	+ 913 + 963 +1 587 P)	+1 305 +1 709	+2 690 -2 315	- 321 -1 896 +1 358 P)	

\*) Die Angaben der Übersicht beziehen sich auf das Bundesgebiet (bis Dezember 1959 ohne Saarland) einschl. Berlin (West). Sie beruhen auf der „Zusammengefaßten statistischen Bilanz der Kreditinstitute einschl. der Deutschen Bundesbank“ (vgl. Tabelle I, 1 im Anhang). Außer in der „Konsolidierung“ der Ziffern der Kreditinstitute mit denen der Bundesbank liegt eine zweckbedingte Besonderheit der Tabelle darin, daß die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland — mit Ausnahme der nicht zu ermittelnden DM-Noten und -Münzen sowie Bankschuldverschreibungen in Händen von Ausländern — in einem Gesamtsaldo zusammengefaßt und demgemäß in den übrigen Positionen nicht enthalten sind. — <sup>1)</sup> Das sind Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes aus dem Umlauf gegen einen entsprechenden Teilbetrag der Ausgleichsforderung der Bundesbank, deren Übernahme durch die Banken keine zusätzliche Kreditgewährung an Nichtbanken darstellt. Eliminierung aus den Bankbeständen teilweise auf Grund von Schätzungen. — <sup>2)</sup> Neben den — darunter stehenden — Sonderkrediten an den Bund sind hierin im wesentlichen enthalten die als Buchkredite gewährten Kassenkredite der Bundesbank an öffentliche Stellen sowie die durch die Hereinnahme von Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen (nicht Mobilisierungstitel) in den Bestand der Bundesbank gewährten Kredite. — <sup>3)</sup> Diese Kredite gemäß § 20, 2 Bundesbank-Gesetz führen zur Inanspruchnahme von Devisen bei der Bundesbank und haben insoweit keinen unmittelbaren Einfluß auf den heimischen Geldkreislauf. — <sup>4)</sup> Die Bankbestände an fremden Bankschuldverschreibungen stellen keine unmittelbare Kreditgewährung an Nichtbanken, sondern einen Bestandteil der Interbankverschuldung dar. — <sup>5)</sup> Die Ausgleichs- bzw. Entschädigungsgutschriften für Vertriebene bzw. Altspare sind nur insoweit berücksichtigt, als Deckungsforderungen gegen den Lastenausgleichsfonds eingelöst wurden. — <sup>6)</sup> Saldiert mit den Beständen der Kreditinstitute aus eigenen und fremden Bankschuldverschreibungen; die im Rahmen der Altspareentschädigung ausgegebenen Schuldverschreibungen sind nur insoweit berücksichtigt, als Deckungsforderungen gegen den Lastenausgleichsfonds eingelöst wurden. — <sup>7)</sup> Veränderung des Netto-Forderungssaldos der Banken gegenüber dem Ausland nach Ausschaltung der Netto-Auslandszahlungen öffentlicher Stellen (nur effektive Zahlungen aus Guthaben und Kreditaufnahme ohne Garantie- und Akkreditivstellung) sowie der Zinserträge der Bundesbank aus ihren Auslandsanlagen. — <sup>8)</sup> D. s. Aktiva: Münzgutschriften zugunsten des Bundes, Ausgleichsforderungen, Grundstücke und Gebäude, „sonstige“ Aktiva; Passiva: Gegenwertkonten bei der Bundesbank, Saldo der Interbankverschuldung, „sonstige“ Passiva. — <sup>9)</sup> Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute, jedoch einschl. der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen. — <sup>10)</sup> Einschl. der zeitweilig in Ausgleichsforderungen angelegten Guthaben deutscher öffentlicher Stellen sowie — bis Ende 1958 — der Einlagen der Dienststellen der ehemaligen Besatzungsmächte. — <sup>15)</sup> Teilweise geschätzt. — P) Vorläufig.

der Rücklagen der Banken bei. Nach vorläufigen Berechnungen stellte sich diese in der ersten Jahreshälfte auf gut 900 Mio DM gegen rd. 750 Mio DM im ersten Halbjahr 1959.

Trotz ihrer beachtlichen Verstärkung blieb jedoch die Geldkapitalbildung wieder weit hinter der Kreditexpansion zurück. Unter Einbeziehung der kurzfristigen Termineinlagen in die Geldkapitalbildung war der Differenzbetrag mit rd.  $1\frac{1}{4}$  Mrd DM zwar etwas geringer als in der Vergleichsperiode von 1959 (rd. 1,34 Mrd DM); unter Ausschluß dieser Einlagen ging er jedoch mit knapp 1 Mrd DM über den Betrag der entsprechenden Vorjahrszeit (rd. 750 Mio DM) hinaus. In der ersten Hälfte der Jahre 1955 bis 1958 war dagegen umgekehrt die Geldkapitalbildung regelmäßig größer gewesen als die Kreditexpansion (was an sich auch der Saisontendenz entspricht), und zwar im Extrem mit einem Betrage von beinahe  $2\frac{1}{2}$  Mrd DM (1957).

Eine gewisse Korrektur dieses Bildes würde sich vielleicht ergeben, wenn es möglich wäre, die in der Tabelle unter Position IV „Sonstige Einflüsse“ subsumierten, den übrigen Faktoren nicht eindeutig zurechenbaren Bewegungen der Bankbilanzen unter den hier zugrunde liegenden Gesichtspunkten näher aufzuschlüsseln. Im ersten Halbjahr 1960 haben diese Einflüsse, wie der Tabelle zu entnehmen ist, stark kontraktiv auf das Geldvolumen gewirkt, d. h. die in ihnen enthaltenen Passivposten sind per Saldo bedeutend stärker gestiegen als die entgegengesetzten Aktiva. Womit das im einzelnen zusammenhängt, läßt sich nicht eindeutig feststellen. Immerhin ist bekannt, daß dabei die Bewegungen des statistisch nicht auflösbaren Saldos der Interbankverschuldung<sup>1)</sup> eine wichtige Rolle spielten. Von Bedeutung kann ferner gewesen sein, daß in der Rubrik „Sonstige Einflüsse“ die Gewinne der Banken bis zu ihrem offenen Ausweis erfaßt werden und diese wahrscheinlich größer waren als im Vorjahr. Ein erheblicher Teil der „Sonstigen Einflüsse“ dürfte also der Sache nach der „Geldkapitalbildung bei den Banken“ zuzuordnen sein, so daß, wenn eine nähere statistische Erfassung dieser Posten möglich wäre, der Überschuß der Kreditgewährung über die Geldkapitalbildung wahrscheinlich geringer sein würde als in der Tabelle angegeben, ohne jedoch völlig zu verschwinden.

Expansiv hat auf das Geldvolumen in der ersten Hälfte d. J. ferner — anders als im Vorjahr — der wieder recht hohe Netto-Forderungssaldo der Banken und der Bundesbank gegenüber dem Ausland gewirkt. Der

<sup>1)</sup> Vgl. dazu die Position „Saldo aus Forderungen und Verpflichtungen zwischen Kreditinstituten“ in der „Zusammengefaßten statistischen Bilanz der Kreditinstitute . . .“ (Tabelle I. 1. im Statistischen Teil dieses Berichts) sowie die methodischen Erläuterungen im Monatsbericht für November 1959, S. 10.

Aktivsaldo des Bankenapparates (einschließlich der Bundesbank) aus Forderungen und Verpflichtungen gegenüber dem Ausland hat sich im ersten Halbjahr 1960 um 2,3 Mrd DM erhöht gegenüber einer Abnahme um fast 1,4 Mrd DM im entsprechenden Zeitraum von 1959 und einer Zunahme von je etwa 1,8 bis 2,4 Mrd DM in der ersten Hälfte der drei davor liegenden Jahre. Im Vergleich zu diesen drei Jahren war die Verstärkung also nicht erheblich. Für den Rückgang im Vorjahr hatte den Ausschlag gegeben, daß der Bund zu Lasten seiner bei der Bundesbank unterhaltenen Guthaben ungewöhnlich hohe Auslandszahlungen geleistet und dabei im ganzen mehr Devisen beansprucht hatte als dem Bankenapparat an Devisen zugeflossen waren. Aber auch die Netto-Devisenabgaben der Wirtschaft an die Banken waren damals vorübergehend niedrig gewesen. In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres beliefen sie sich dagegen auf fast 4,3 Mrd DM gegen etwa 2,3 Mrd DM in der gleichen Zeit von 1959 und etwa 3,7 bis 3,9 Mrd DM in der ersten Hälfte der Jahre 1958 und 1957. Der Mittelzugang zur Wirtschaft auf Grund des Zahlungsverkehrs mit dem Ausland (einschließlich der fremden Truppendienststellen im Gebiet der Bundesrepublik) hat sich in letzter Zeit also auch im Vergleich zu den Jahren 1957 und 1958 verstärkt. Wie im Abschnitt „Außenhandel und Zahlungsbilanz“ näher dargelegt, war dafür jedoch nicht die Entwicklung der Leistungsbilanz, sondern die der Kapitalbilanz entscheidend, wobei spekulative Tendenzen eine Rolle spielten.

Das gesamte inländische „Geldvolumen“ hat sich im bisherigen Verlauf des Jahres infolge des Übergewichts der geschilderten expansiven Bestimmungsfaktoren über die kontraktiven Faktoren wieder erhöht, nachdem es sich in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres vorübergehend vermindert hatte. Zählt man zum „Geldvolumen“ außer dem Bargeldumlauf (unter Abzug der Kassenbestände der Banken) sämtliche Sichteinlagen von inländischen Nichtbanken (also auch die öffentlichen Zentralbankguthaben), so belief sich die Zunahme (wie Position V der Tabelle zeigt) auf gut 1,6 Mrd DM, verglichen mit einem Rückgang um 1,3 Mrd DM in der ersten Hälfte des Vorjahres und einer Erhöhung um knapp 250 Mio DM im entsprechenden Zeitraum von 1958. Unter Einschluß der kurzfristigen Termineinlagen, die wegen ihres „geldähnlichen“ Charakters dem „Geldvolumen“ vielfach zugerechnet werden (Position VII der Tabelle), steht einer Steigerung um beinahe 1,4 Mrd DM in der ersten Hälfte des laufenden Jahres eine Schrumpfung um fast 1,9 bzw. 0,3 Mrd DM in der entsprechenden Zeit der beiden Vorjahre gegenüber.

Wie an früheren Stellen des Berichts schon angedeutet, vollzogen sich dabei jedoch sehr interessante *Verschiebungen innerhalb des „Geldvolumens“*. So sind in den ersten sechs Monaten d. J. bei einem Anstieg des gesamten „Geldvolumens“ (einschließlich der kürzerfristigen Termineinlagen) um, wie gesagt, fast 1,4 Mrd DM allein die Zentralbankeinlagen inländischer öffentlicher Stellen um fast 1,6 Mrd DM gewachsen. Die übrigen Bestandteile des „Geldvolumens“, unter denen der Bargeldumlauf und die Sichteinlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten weitaus am bedeutendsten sind, haben sich also, zusammengenommen, trotz der starken Gesamtzunahme des „Geldvolumens“ nicht erhöht, sondern sie sind um fast 200 Mio DM geschrumpft. In der ersten Hälfte des vergangenen Jahres waren umgekehrt die öffentlichen Zentralbankeinlagen bedeutend stärker zurückgegangen als das gesamte „Geldvolumens“, so daß die übrigen Bestandteile des „Geldvolumens“ um 0,7 bzw. um 1,3 Mrd DM (je nachdem, ob man die kürzerfristigen Termineinlagen zum „Geldvolumens“ rechnet oder nicht) zugenommen hatten. Die damals erfolgte Auskehrung des „Juliussturms“ war hauptsächlich für jene Entwicklung bestimmend. Der größte Teil der auf diese Weise zum Einsatz kommenden Mittel ging zwar ins Ausland und berührte die innere Zirkulation nicht oder doch nicht unmittelbar. Betrachtet man die Kassentransaktionen der öffentlichen Haushalte, die ihre Kassenmittel ganz oder teilweise bei der Bundesbank unterhalten, in ihrer Gesamtheit, so haben sie dem inneren Kreislauf

sogar auch damals Mittel entzogen, und zwar auch dann, wenn man von ihrer Kreditaufnahme bei Banken absieht. Dieser Mittelentzug war jedoch, wie schon in anderem Zusammenhang erwähnt, geringfügig im Vergleich zu dem während der ersten Hälfte dieses Jahres. Die expansiven Einflüsse auf das „Geldvolumens“ (Bargeldumlauf, gesamte Sichteinlagen und kurzfristige Termineinlagen) fanden also im ersten Halbjahr 1960 fürs erste ausschließlich auf den Zentralbankkonten des Bundes und der Länder ihren Niederschlag, woraus sich die in anderem Zusammenhang geschilderte leichte Abnahme oder, besser gesagt, Stagnation der betreffenden Kreditoren bei den Geschäftsbanken erklärt.

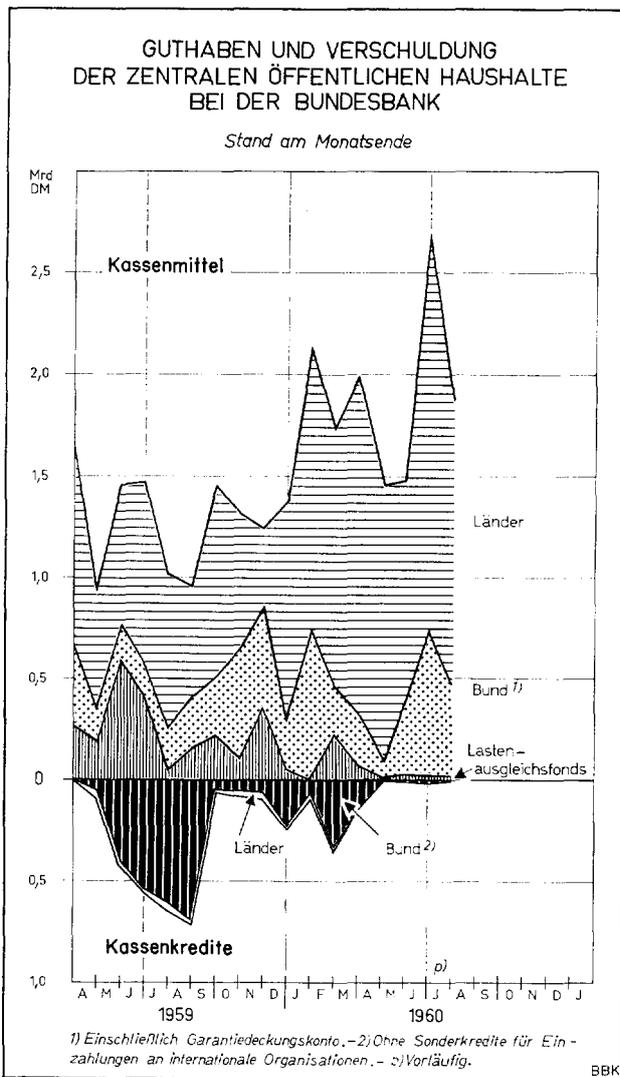
Bei dem Umfang, den die liquiden Mittel der Wirtschaft in den letzten Jahren erreicht haben, hat diese Entwicklung für den Gang der Konjunktur allerdings kaum eine Rolle gespielt. Überhaupt wurde an dieser Stelle schon verschiedentlich davor gewarnt, die Bedeutung der Veränderungen des sogenannten „Geldvolumens“, besonders wenn sie quantitativ nur gering sind, zu überschätzen. Häufig ziehen solche Änderungen nur entsprechende Schwankungen in der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes nach sich, vor allem dann, wenn die Elastizität des Bankkredits groß bleibt und die kontraktiven Tendenzen nur als vorübergehend empfunden werden. Zur Zeit ist in diesem Zusammenhang besonders gravierend, daß der Geldentzug, der im letzten Halbjahr mit der Kassenentwicklung eines Teils der öffentlichen Haushalte verbunden war, kaum als ein längerfristiger Faktor angesehen werden kann.

## Öffentliche Finanzen

Die Kassenentwicklung der öffentlichen Haushalte war in den letzten Monaten, wie schon im voranstehenden Abschnitt angedeutet, durch die hohen Steuereinnahmen bestimmt, die die — allerdings nicht ausschließlich real, sondern zum Teil nur nominal bedingte — Steigerung der Einkommen und der Umsätze mit sich brachte. Die meisten Haushalte konnten auf Grund dieser über Erwarten günstigen Entwicklung ihrer ordentlichen Einnahmen auf eine weitere Kreditaufnahme entweder ganz, zumindest aber in der ursprünglich vorgesehenen Höhe verzichten; der Bund war darüber hinaus sogar in der Lage, fürs erste wieder gewisse Guthaben zu bilden, ebenso wie die Länder ihre beträchtlichen Kassenreserven, die sie zum Teil schon im letzten Rechnungsjahr angesammelt hatten, weiter erhöhen konnten, obwohl die Lohn- und Gehaltsaufbesserungen im öffentlichen Dienst und die offensicht-

lich weiter gewachsenen Aufwendungen für Investitionszwecke erhebliche Anforderungen an sie stellten.

Vom Standpunkt der Bankenliquidität und der Geldversorgung der Wirtschaft hat die Kassenentwicklung der großen öffentlichen Haushalte in den letzten Monaten also, statistisch betrachtet, nicht expansiv, sondern kontraktiv gewirkt. Wie erwähnt, beruhte diese Entwicklung auf einem Anstieg der Steuereinnahmen, der sichtlich im Zeichen der allgemeinen Aufblähung der Umsätze und der Einkommen auf der Basis einer starken Kreditexpansion und hoher Devisenzugänge stand. Den Erfordernissen einer auf Wahrung des wirtschaftlichen Gleichgewichts bedachten Konjunkturpolitik hätte es entsprochen, wenn der beträchtliche Niederschlag, den die monetäre Expansion — verstärkt durch die Wirkung der Steuerprogression — in den öffentlichen Einnahmen fand, in weit stärkerem Maße, als es tatsächlich der Fall war, zur Reserve-



bildung bzw. Schuldentilgung verwandt worden wäre, anstatt daß er über hohe Ausgaben der öffentlichen Hand in den Kreislauf zurückgeleitet wurde. Ziel einer solchen Politik hätte es sein müssen, die öffentlichen Ausgaben schwächer anwachsen zu lassen, als das reale Sozialprodukt gesteigert werden kann, um auf diese Weise Raum für die überproportionale Zunahme anderer Ansprüche an die volkswirtschaftliche Produktionsleistung zu schaffen. In Wirklichkeit jedoch dürfte die Erhöhung der öffentlichen Ausgaben auch in diesem Jahr wieder über das erzielbare Wachstum des volkswirtschaftlichen Angebots hinausgehen, sind doch allein die für Bund und Länder in den Haushaltsplänen für 1960 vorgesehenen Inlandsausgaben um rd. 10 vH höher veranschlagt als die Ist-Ausgaben des vergangenen Rechnungsjahres.

#### Die Steuereinnahmen

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder (ohne Saarland) haben mit über 6 Mrd DM im Juni

und mit rd. 13,3 Mrd DM im gesamten zweiten Vierteljahr einen neuen Höchststand erreicht. Mit dem zuletzt genannten Betrag wurden die Einnahmen des Vorvierteljahres um 0,6 Mrd DM und diejenigen des zweiten Vierteljahres von 1959 um 1,9 Mrd DM oder fast 17 vH übertroffen. Die relativ stärkste Zunahme wiesen die Erträge aus der Einkommensbesteuerung auf: sie waren um rd. 26 vH höher als im zweiten Quartal von 1959, wobei allein das Lohnsteueraufkommen um 35 vH über den Vorjahrsstand hinausging (der freilich infolge der letzten Steuersenkung ungewöhnlich niedrig gewesen war), während der Ertrag der veranlagten Einkommensteuer um fast 29 vH und der der Körperschaftsteuer um rd. 19 vH größer war als im zweiten Quartal von 1959. Bemerkenswert ist ferner, daß die Einnahmen aus der Umsatzsteuer (einschließlich Umsatzausgleichsteuer) um fast 1/2 Mrd DM (oder 14,4 vH) über den Betrag des zweiten Quartals von 1959 hinausgingen. Dem absoluten Betrage nach war dieser — bei unveränderten Steuersätzen erzielte — Anstieg stärker als je zuvor, und die Zuwachsrates lag dicht bei den im letzten Boom (d. h. 1955 und Anfang 1956) erreichten Steigerungssätzen. Verhältnismäßig gering war dagegen die Zunahme bei einzelnen Verbrauchssteuern, wie etwa bei der Tabaksteuer (3 vH), doch sind die Einnahmen aus anderen Verbrauchsabgaben, wie z. B. der Mineralölsteuer und den Zöllen, überdurchschnittlich stark gewachsen, so daß das Aufkommen aus den gesamten Verbrauchsteuern und den Zöllen um fast 11 vH höher war als im gleichen Quartal des Vorjahres.

Der besonders kräftige Anstieg der Erträge aus der Einkommensbesteuerung hatte zur Folge, daß die Länder, denen fast zwei Drittel dieser Erträge zufließen, in stärkerem Maße begünstigt wurden als der Bund. Es kam hinzu, daß die ausschließlich den Ländern zustehenden Steuern — vor allem die Kraftfahrzeugsteuer und die Vermögensteuer — in den letzten Monaten nach den bisher vorliegenden Anhaltspunkten ebenfalls sehr ertragreich waren. Von den gesamten Mehreinnahmen gegenüber dem zweiten Quartal von 1959, die, wie erwähnt, rd. 1,9 Mrd DM ausmachten, sind dem Bund rd. 1,1 Mrd DM oder 58 vH, den Ländern rd. 0,8 Mrd DM oder rd. 42 vH zugute gekommen, während der Anteil des Bundes am Steueraufkommen des letzten Rechnungsjahres rd. 65 vH und der der Länder rd. 35 vH betragen hatte.

#### Der Bundeshaushalt

Unter dem Einfluß der hohen Einnahmen und einer zunächst relativ starken Zurückhaltung bei der Ausschöpfung der diesjährigen Ausgabeansätze hat der Bundeshaushalt im ersten Rechnungsvierteljahr 1960

(April bis Juni) mit einem Kassenüberschuß in Höhe von 456 Mio DM abgeschlossen, nachdem er in jedem der vorangegangenen fünf Vierteljahre Defizite von zum Teil beträchtlichem Umfang aufgewiesen hatte. Im Vergleich zum ersten Quartal des letzten Rechnungsjahres sind seine Kasseneingänge um 1 365 Mio DM, seine Kassenausgänge dagegen nur um 182 Mio DM gestiegen. Der ungewöhnlich hohe Stand der diesjährigen Kasseneingänge war in erster Linie durch die hohen Steuermehreinnahmen bedingt, die, wie erwähnt, reichlich 1,1 Mrd DM ausmachten. Eine Rolle spielte ferner, daß der Bund auf Mittel der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Höhe von 172 Mio DM zurückgriff. Dabei handelt es sich um einen langfristigen Schuldbuchkredit<sup>1)</sup>, den der Bund auf Grund einer gesetzlichen Ermächtigung im Jahre 1953 in Anspruch genommen, dann aber im März 1954 aus Kassenmitteln getilgt hatte mit der Maßgabe, daß er im Bedarfsfall wiederum auf diese Kreditquelle zurückgreifen könne. Daß die Ausgaben im Vergleich zu den Einnahmen im abgelaufenen Quartal nur verhältnismäßig wenig zugenommen haben, obwohl einzelne Ausgabeposten, wie die Zuschüsse an die Sozialversicherungen, die persönlichen Ausgaben (einschließlich der Versorgungsbezüge) und auch die Verteidigungsausgaben, ihr vorjähriges

<sup>1)</sup> Da der Kredit aus den Beitragseinnahmen der Arbeitslosenversicherung stammt, ist er in unserer Kassenrechnung den Kasseneinnahmen und nicht der Kreditmarktverschuldung des Bundes zugerechnet worden.

Niveau übertroffen haben, lag zum Teil daran, daß der Bund kaum größere einmalige Zahlungen zu leisten hatte, während er z. B. im Juni v. J. durch die vorzeitige Schuldentilgung an Großbritannien (265 Mio DM) belastet gewesen war. Entscheidend war jedoch, daß zumindest im April und im Mai die Betriebsmittelzuweisungen an die Ressorts relativ knapp gehalten wurden, weil der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1960 und andere Gesetze (Novelle zur Kriegsopferversorgung und zum Besoldungsgesetz) noch nicht verabschiedet waren und die Chancen, in diesem Rechnungsjahr außerordentliche Finanzierungsmittel durch Rückgriff auf die Kreditmärkte zu erhalten, mit Recht nur gering eingeschätzt wurden, so daß es ratsam erschien, nach Möglichkeit zunächst eine kleine Kassenreserve zu bilden.

Im Juni setzte dann ein kräftiger Anstieg der Ausgaben ein, der sich — nach den vorliegenden Teilangaben — im Juli fortgesetzt hat. Die gesamten Kassenausgänge sind im Juli um rd. 230 Mio DM (8 vH) über den Betrag vom Juli v. J. (abzüglich der darin enthaltenen Sonderaufwendungen für die wirtschaftliche Rückgliederung des Saarlandes) hinausgegangen, obwohl eine Anfang Juli fällige größere Zahlung für die Tilgung der amerikanischen Nachkriegswirtschaftshilfe in diesem Jahr kassenmäßig bereits Ende Juni geleistet worden war. Ins Gewicht fiel vor allem, daß Ende Juli erstmals Mittel für die — mit Wirkung vom 1. Juni d. J.

Zur kassenmäßigen Entwicklung des Bundeshaushalts \*)  
in Mio DM

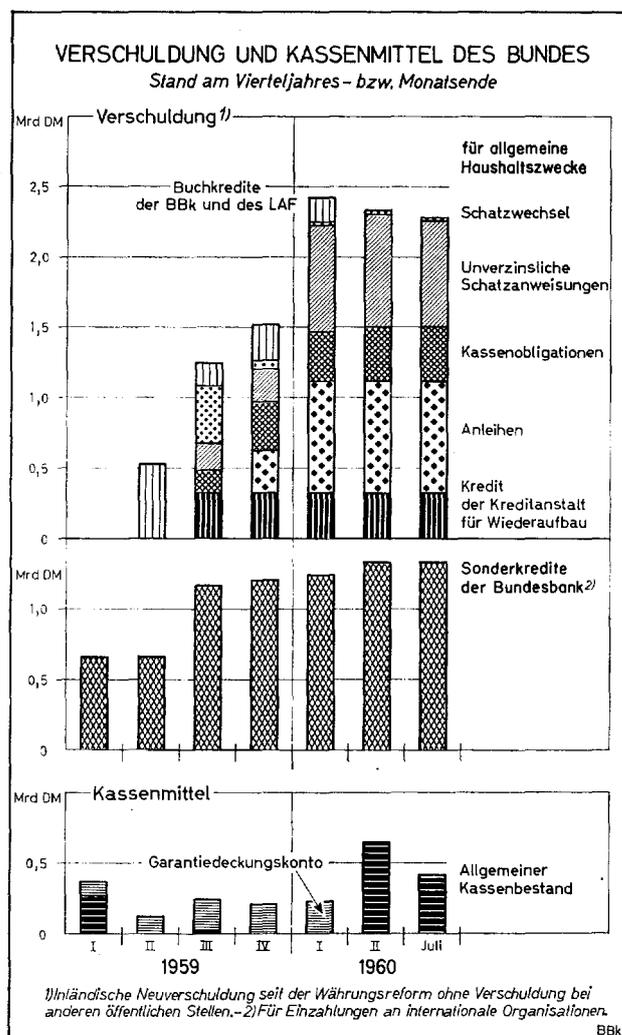
	Rechnungsjahre						
	1958/59	1959/60		1960			
	Gesamt	Gesamt	darunter April/Juni	April	Mai	Juni	April/Juni gesamt
<b>I. Kassentransaktionen, gesamt</b>							
1) Eingänge	31 614	35 079	8 208	2 895	2 926	3 752	9 573
2) Ausgänge	34 640	38 163	8 935	2 941	2 906	3 270	9 117
3) Überschuß (+) bzw. Fehlbetrag (—)	— 3 026	— 3 084	— 727	— 46	+ 20	+ 482	+ 456
<b>II. Finanzierung</b>							
Zunahme (+) bzw. Abnahme (—)							
1) der Kassenmittel	— 2 788	— 143	— 257	— 180	+ 271	+ 358	+ 449
2) der Sonderkredite der Bundesbank für Einzahlungen an internationale Organisationen	+ 179	+ 586	—	+ 15	+ 59	+ 15	+ 89
3) der sonstigen Kreditaufnahmen (netto)	—	+ 2 427	+ 536	— 139	+ 150	— 102	— 91
a) Kassenkredite der Bundesbank und des Lastenausgleichsfonds	—	+ 178	+ 536	— 178	+ 150	— 150	— 178
b) Geldmarktverschuldung	—	+ 778	—	+ 11	— 2	+ 47	+ 56
c) Anleihen und Kassenobligationen	—	+ 1 146	—	+ 28	+ 2	+ 1	+ 31
d) Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau	—	+ 325	—	—	—	—	—
4) Saldo der Verrechnungen mit dem Lastenausgleichsfonds <sup>1)</sup>	— 59	+ 72	+ 66	+ 10	— 42	+ 37	+ 5
5) Saldo (1 -/. 2 -/. 3 + 4)	— 3 026	— 3 084	— 727	— 46	+ 20	+ 482	+ 456

<sup>1)</sup> Zur methodischen Abgrenzung vgl. Tab. VI, 4 des Statistischen Teils. — <sup>2)</sup> Aus der Weiterleitung der auf dem Konto der Bundeshauptkasse eingehenden Lastenausgleichsabgaben.

— erhöhten Renten im Rahmen der Kriegsoferversorgung, also auch für Nachzahlungen auf Rechnung der Monate Juni und Juli, bereitgestellt werden mußten. Allein hieraus erklären sich Mehrausgaben im Betrage von rd. 200 Mio DM. Aber auch sonst haben die Ausgaben im Vergleich zum vergangenen Jahr zugenommen, und zwar stärker als die Einnahmen, so daß der Bundeshaushalt im Juli mit einem Fehlbetrag von etwa 180 Mio DM abschloß, während er im letzten Jahr im „allgemeinen Haushalt“ (d. h. ohne die Aufwendungen für die Saarrückgliederung) einen Fehlbetrag von rd. 110 Mio DM aufgewiesen hatte.

Die Kassenmittel, über die der Bund am Ende des ersten Rechnungsvierteljahres verfügte, beliefen sich auf gut 700 Mio DM. Bei der Beurteilung dieses Betrages hat man sich zu vergegenwärtigen, daß die Ausgaben im Monatsdurchschnitt zur Zeit reichlich 3 Mrd DM betragen und daß in den Juni ein „großer“ Steuertermin fiel, von dessen Erträgen auch ein Teil der Ausgaben der nachfolgenden Monate zu finanzieren ist. Im Vergleich zum 31. März d. J., als der Bund bei der Bundesbank Guthaben in Höhe von rd. 260 Mio DM aufwies (freilich im wesentlichen nur in Gestalt des zweckgebundenen Garantiedeckungskontos, das im April zugunsten des allgemeinen Kassenbestandes aufgelöst wurde), gleichzeitig aber Kassenkredite in Höhe von rd. 150 Mio DM aufgenommen hatte, hat sich seine Position gegenüber der Bundesbank bis Ende Juni um rd. 600 Mio DM verbessert.

Die gesamte Kreditmarktverschuldung des Bundes, die im letzten Rechnungsjahr von Quartal zu Quartal gewachsen war, hat im ersten Quartal des laufenden Rechnungsjahres leicht abgenommen. Sieht man von den für seine Einzahlungen an internationale Organisationen bei der Bundesbank beanspruchten Sonderkrediten ab, so betrug der Rückgang 91 Mio DM. Die Kreditmarktverschuldung ist damit von 2 428 Mio DM auf 2 337 Mio DM gesunken. Im einzelnen stand dabei dem Abbau der bei der Bundesbank in Anspruch genommenen Buchkredite (149 Mio DM) und der vom Lastenausgleichsfonds aus seinem Guthaben bei der Bundesbank gewährten Kassenhilfe (30 Mio DM) ein Anstieg seiner Geld- und Kapitalmarktverschuldung gegenüber. Der Umlauf an unverzinslichen Schatzanweisungen des Bundes ist im ersten Rechnungsquartal um 56 Mio DM und der an Kassenobligationen um 31 Mio DM gestiegen. Im Verlauf des Juli ist die Verschuldung weiter zurückgegangen, da in diesem Monat ein Teil (61 Mio DM) der im vergangenen Jahr im Zusammenhang mit den Aufwendungen für die wirtschaftliche Rückgliederung des Saarlandes begebenen unverzinslichen Schatzanweisungen



gen (insgesamt 168 Mio DM) getilgt werden mußte; ein zweiter Teilbetrag (21 Mio DM) ist im September fällig.

Was die weitere Entwicklung der Kreditmarktverschuldung anlangt, so ist bekanntlich nach dem diesjährigen Haushaltsplan, der sich auf zwölf Monate bezieht (April 1960 bis März 1961), eine Bruttokreditaufnahme in Höhe von 1 475 Mio DM veranschlagt. Rein rechnerisch ergibt sich hieraus für die neun Monate des Rumpfrechnungsjahres 1960 (April bis Dezember) ein Betrag von rd. 1,1 Mrd DM. Wieviel tatsächlich in diesem Zeitraum erforderlich sein wird, ist nicht bekannt, zumal häufig größere Zahlungen erst gegen Ende des Rechnungsjahres anfallen. Es ist allerdings anzunehmen, daß ein großer Teil der in Aussicht genommenen Kreditaufnahme durch die Entwicklung der Steuereinnahmen entbehrlich wird. Trotzdem würde noch ein erheblicher Kreditbedarf verbleiben, wenn Ausgaben in der im Budget veranschlagten Höhe getätigt würden. Da unter den derzeitigen Verhältnissen mit der Möglichkeit einer Beschaffung von Kreditmit-

teln im erforderlichen Umfang aber nicht ohne weiteres gerechnet werden kann, ist in der Ausgabegestaltung jedoch nach wie vor stärkste Zurückhaltung geboten.

### Lastenausgleichsfonds

Die Kassenentwicklung des Lastenausgleichsfonds hat sich mit dem Beginn des neuen Rechnungsjahres wieder etwas verschlechtert. Nachdem der Fonds im vierten Rechnungsvierteljahr 1959/60 (Januar bis März) noch einen geringen Überschuß (7 Mio DM) erzielen konnte, ist im ersten Quartal des Rumpfrechnungsjahres 1960 ein Kassendefizit in Höhe von 70 Mio DM entstanden. Der Fehlbetrag war damit zwar wesentlich geringer als vor einem Jahr — von April bis Juni 1959 hatten die Ausgaben die Einnahmen um 143 Mio DM übertroffen —, doch sind die zu Beginn des Rechnungsjahres noch vorhandenen Kassenreserven des Fonds weitgehend aufgezehrt worden. Ende Juni beliefen sie sich nur noch auf 36 Mio DM gegen 105 Mio DM am 31. März d. J. Im Juli, der für den Lastenausgleichsfonds ein „einnahmeschwacher Monat“ ist, sind sie auf nur noch 20 Mio DM zurückgegangen, und außerdem hat der Fonds bei Kreditinstituten Darlehen im Betrage von 38 Mio DM aufgenommen.

Der Fehlbetrag des ersten Rechnungsquartals war weitgehend durch den vergleichsweise niedrigen Stand der ordentlichen Einnahmen bedingt. Anders als bei den übrigen Haushalten sind die Einnahmen des Lastenausgleichsfonds im Vergleich zum Vorjahr nicht nur nicht gewachsen, sondern sogar zurückgegangen. Die Eingänge aus den Abgaben lagen mit 520 Mio DM beträchtlich unter ihrem Vorjahrsstand (583 Mio DM). Das liegt einmal daran, daß sich die Abgaben — im Gegensatz zu den Bundes- und Ländersteuern — auf eine feste Bemessungsgrundlage, nämlich den Stand des abgabepflichtigen Vermögens im Zeitpunkt der Währungsreform, beziehen, im Falle der Hypothekengewinnabgabe sogar auf eine schrumpfende Steuerbasis. Hinzu kommt, daß infolge des gestiegenen Zinsniveaus die vorzeitigen Ablösungen nicht mehr so ergebnisbringend sind wie noch vor Jahresfrist und daß die hohen Ablösungen früherer Jahre das laufende Aufkommen merklich schmälern. In Anpassung an diese Entwicklung wurden auch die Ausgaben beschränkt. Dieser Bestrebung kam entgegen, daß die Hausratentschädigung weitgehend abgewickelt ist und zur Zeit erheblich weniger Mittel erfordert als vor einem Jahr und daß mit dem stärkeren Übergang zur Hauptentschädigung die Eingliederungsdarlehen an Bedeutung verlieren. Aus diesen Gründen konnten die Aufwendungen für die Hauptentschädigung und die Unterhaltshilfe

### Einnahmen und Ausgaben des Lastenausgleichsfonds in Mio DM

	April/Juni		Veränderung 1960 gegen 1959
	1959	1960	
<b>I. Ordentliche Einnahmen <sup>1)</sup></b>			
1) Lastenausgleichsabgaben	583	520	— 63
a) laufende Abgaben	486	444	— 42
b) vorzeitige Ablösungen	97	76	— 21
2) Zuschüsse von Bund und Ländern	274	294	+ 20
3) Übrige Einnahmen <sup>2)</sup>	72	93	+ 21
<b>Gesamte ordentl. Einnahmen (1 bis 3)</b>	<b>929</b>	<b>907</b>	<b>— 22</b>
<b>II. Ausgaben <sup>3)</sup></b>			
1) Entschädigungszahlungen, gesamt	491	463	— 28
darunter:			
a) Hauptentschädigung	99	184	+ 85
b) Hausratentschädigung	249	127	— 122
2) Unterhaltshilfe	213	271	+ 58
3) Eingliederungshilfen, gesamt	259	208	— 51
darunter:			
Darlehen für den Wohnungsbau	169	136	— 33
4) Zinsen und Verwaltungskosten	10	14	+ 4
5) Kreditrückzahlung an den Bund	150	37	— 113
<b>Gesamte Ausgaben (1 bis 5)</b>	<b>1 123</b>	<b>993</b>	<b>— 130</b>
<b>III. Fehlbetrag (I — II)</b>	<b>— 194</b>	<b>— 86</b>	<b>+ 108</b>
<b>Rechnungsabgrenzung <sup>4)</sup></b>	<b>+ 51</b>	<b>+ 16</b>	<b>— 35</b>
<b>IV. Kassenfehlbetrag</b>	<b>— 143</b>	<b>— 70</b>	<b>+ 73</b>

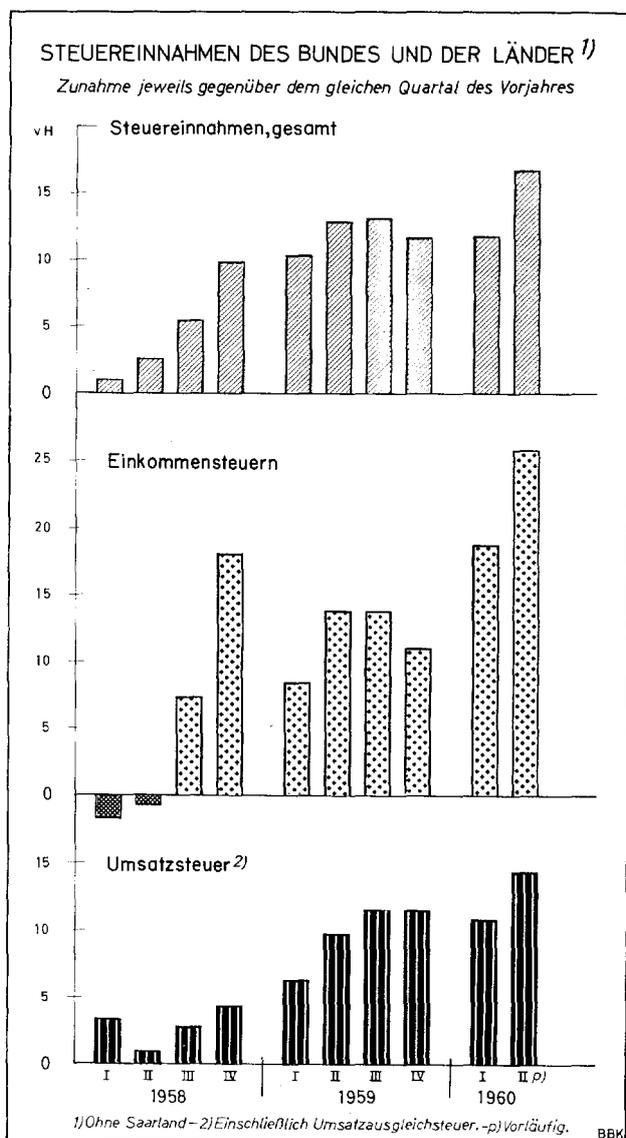
Quelle: Bundesausgleichsamt (I bis III) und Deutsche Bundesbank (IV). — <sup>1)</sup> Ohne Einnahmen aus Kreditmarktmitteln. — <sup>2)</sup> Hauptsächlich Zinsen und Tilgungen aus früher gewährten Darlehen. — <sup>3)</sup> Ohne Ausgaben für die Tilgung von Kreditmarktmitteln und für Kurspflege. — <sup>4)</sup> Hauptsächlich durch zeitliche Abweichungen zwischen kassenmäßigen Eingängen bzw. Auszahlungen und deren Verbuchung bedingt.

bei rückläufigen Gesamtausgaben nicht unbeträchtlich gesteigert werden.

Die diesjährige Kreditermächtigung des Lastenausgleichsfonds in Höhe von 200 Mio DM, die sich, ebenso wie die des Bundes, auf zwölf Monate bezieht, ist zur Zeit mit 88 Mio DM ausgenutzt. Davon wurden 50 Mio DM als Vorgriff bereits am Ende des letzten Rechnungsjahres in Anspruch genommen; weitere 38 Mio DM sind im Juli hinzugekommen. Ob es möglich sein wird, den verbleibenden Betrag voll auszuschnöpfen, ist angesichts der Lage an den Kreditmärkten keineswegs sicher.

### Die Länderhaushalte

Die Länder waren, wie oben dargestellt, in der Berichtsperiode in besonderem Maße durch die Entwicklung des Steueraufkommens begünstigt. Im ersten Rechnungsquartal 1960 (April bis Juni) flossen ihnen im Vergleich zum Vorjahr Mehreinnahmen aus den Ländersteuern im Betrage von nahezu 800 Mio DM (rd. 20 vH) zu gegen 500 Mio DM (rd. 15 vH) in der gleichen Zeit von 1959. Gleichzeitig haben sich allerdings auch wesentliche Ausgabeposten in der laufenden Rechnung erhöht. So dürften die Personalausgaben (einschließlich der Nachzahlungen für das erste Kalendervierteljahr) um etwa 250 Mio DM über die Aufwendungen in der vorjährigen Vergleichsperiode hinausgegangen sein. Ebenso haben die Wiedergutmachungsleistungen wach-



sende Mittel erfordert, und schließlich sind die Zahlungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs gestiegen, da die Länder auf Grund einer im Dezember 1956 vorgenommenen Änderung des Grundgesetzes einen — jeweils durch Landesrecht bestimmten — festen Anteil an dem Aufkommen der Einkommensbesteuerung an die Kommunen weiterleiten müssen. Insgesamt haben jedoch die Ausgabesteigerungen die Mehreinnahmen nicht aufgezehrt. Die Überschüsse in der laufenden Rechnung haben sich vielmehr weiter erhöht. Die Länder waren daher in der Lage, ihre gesamten Investitionsaufwendungen (einschließlich der Darlehen zur Förderung der privaten Investitionstätigkeit), soweit hierfür nicht Investitionsdarlehen der zentralen Haushalte zur Verfügung standen, aus eigenen laufenden Einnahmen zu finanzieren und darüber hinaus ihre Kassenreserven in Fortsetzung der seit Herbst 1959 zu beobachtenden Tendenz weiter anzureichern.

Entgegen der sonst in den ersten Monaten des Rechnungsjahres üblichen Entwicklung sind ihre Guthaben bei der Bundesbank sehr kräftig, nämlich um gut 300 Mio DM, gestiegen. Ende Juni erreichten sie mit 1 956 Mio DM einen neuen Höchststand, der um mehr als 1 Mrd DM über dem vergleichbaren Vorjahrsstand lag. Gleichzeitig stellten sich die Verpflichtungen der Länder aus der Aufnahme fremder Mittel auf etwa 4,4 Mrd DM. Die Kreditmarktverschuldung der Länder ist zwar im ersten Rechnungsquartal von 1960 um rd. 110 Mio DM vermindert worden, da aber die Tilgungen in den Vorvierteljahre unbedeutend gewesen waren, war die Verschuldung Ende Juni 1960 nur um rd. 175 Mio DM geringer als am gleichen Tage des Vorjahres.

Daß es konjunkturpolitisch dringend erwünscht wäre, wenn die Verschuldung auch im weiteren Verlauf des Rechnungsjahres nicht erhöht, sondern weiter vermindert würde, liegt auf der Hand. Bei der gegenwärtigen Höhe der Steuereinnahmen dürfte das kaum auf Schwierigkeiten stoßen, besonders wenn man die Investitionsaufwendungen, die im vergangenen Rechnungsjahr um rd. 14 vH auf 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Mrd DM gewachsen sind, nicht weiter steigert, sondern den derzeitigen konjunkturellen Erfordernissen entsprechend einschränkt.

#### Die Gemeindehaushalte

Auch die kommunalen Haushalte standen in der Berichtsperiode im Zeichen steigender Einnahmen. Im ersten Kalendervierteljahr 1960 war die Zunahme ihres Steueraufkommens zwar nicht mehr so hoch gewesen wie vordem, was hauptsächlich auf eine Pause in der Veranlagung der Gewerbesteuer zurückzuführen war. Mit der Wiederaufnahme der Veranlagung dürfte sich jedoch der Anstieg des Aufkommens wieder verstärkt haben. Auf der anderen Seite waren die Gemeinden im Vierteljahr April bis Juni durch die Lohn- und Gehaltserhöhungen relativ stark belastet. Dem absoluten Betrage nach waren die zusätzlichen Ausgaben hierfür mit etwa 150 bis 200 Mio DM zwar geringer als die der Länder, gemessen an der Steuerkraft der Gemeinden schlugen sie aber erheblich stärker zu Buche als bei jenen. Gleichzeitig sind die Investitionsausgaben noch über das hohe im letzten Rechnungsjahr erreichte Niveau hinaus gewachsen. Um in dieser Hinsicht freie Hand zu behalten, haben die Gemeinden im zweiten Quartal wieder sehr lebhaften Gebrauch von den sich ihnen bietenden Verschuldungsmöglichkeiten gemacht und fremde Mittel im Betrage von rd. 300 Mio DM in Anspruch genommen gegen rd. 160 Mio DM im gleichen Quartal von 1959. Ihre Kreditmarktverschuldung hat damit einen neuen

Zur Entwicklung der öffentlichen Verschuldung\*)  
in Mio DM

	Stand am Monatsende								
	1957	1958		1959			1960		
	Dez.	Juni	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
<b>I. Kreditnehmer</b>									
1) Öffentliche Haushalte i. e. S., gesamt	10 267	11 542	12 775	13 462	14 652	15 685	16 261	17 536	17 630
a) Bund									
(1) Sonderkredite für Einzahlungen an internationale Organisationen <sup>1)</sup> (im Gesamtbetrag nicht berücksichtigt)	( 391)	( 609)	( 662)	( 662)	( 662)	(1 175)	(1 211)	(1 248)	(1 336)
(2) Sonstige Verschuldung	—	—	—	—	536	1 253	1 512	2 427	2 337
b) Lastenausgleichsfonds	592	631	685	964	1 202	1 296	1 313	1 357	1 353
c) Länder	3 225	3 631	4 190	4 358	4 614	4 586	4 536	4 552	4 440 <sup>18)</sup>
d) Gemeinden	6 450	7 280	7 900	8 140	8 300	8 550	8 900	9 200 <sup>9)</sup>	9 500 <sup>18)9)</sup>
2) Bundesbahn und Bundespost, gesamt	6 560	7 665	8 682	9 060	9 283	9 335	9 748	9 958	10 358
a) Bundesbahn	3 933	4 563	5 234	5 452	5 521	5 515	5 770	5 805	6 154 <sup>10)</sup>
b) Bundespost	2 627	3 102	3 448	3 608	3 762	3 820	3 978	4 153	4 204
Gesamt (1 + 2)	16 827	19 207	21 457	22 522	23 935	25 020	26 009	27 494	27 988
<b>II. Schuldarten</b>									
1) Buchkredite der Bundesbank									
a) im Rahmen der allgemeinen Kreditplafonds in Anspruch genommen	84	52	87	4	552	61	245	149	—
b) Sonderkredite an den Bund <sup>1)</sup> (im Gesamtbetrag nicht berücksichtigt)	( 391)	( 609)	( 662)	( 662)	( 662)	(1 175)	(1 211)	(1 248)	(1 336)
2) Direktausleihungen der Kreditinstitute <sup>2)</sup>	8 064	9 606	10 865	11 593	11 723	12 694	13 190	13 768	14 200 <sup>18)</sup>
3) Geldmarktpapiere <sup>3)</sup>	2 478	2 353	2 208	1 879	2 013	2 248	2 144	2 512	2 606
4) Anleihen, verzinsl. Schatzanweisungen und Kassenobligationen <sup>4)</sup>	2 530	3 403	4 318	4 974	5 423	5 729	6 244	6 752	6 723
5) Alle übrigen Schulden <sup>5)</sup> darunter: Kassenhilfe des Lasten- ausgleichsfonds an den Bund	3 671	3 793	3 979	4 072	4 224	4 288	4 186	4 313	4 459
	( — )	( — )	( — )	( — )	( — )	( 110)	( — )	( 30)	( — )
Gesamt (1 bis 5)	16 827	19 207	21 457	22 522	23 935	25 020	26 009	27 494	27 988
<b>III. Unterbringung</b>									
1) Bundesbank <sup>6)</sup> (ohne Sonderkredite)	304	175	207	4	748	191	325	204	41
2) Kreditinstitute, gesamt	11 304	13 309	15 293	16 278	16 733	18 265	18 748	19 593	19 832 <sup>18)</sup>
a) Direktausleihungen <sup>2)</sup>	8 064	9 606	10 865	11 593	11 723	12 694	13 190	13 768	14 200 <sup>18)</sup>
b) Bestand an Geldmarkttiteln	1 750	1 801	1 867	1 571	1 495	1 840	1 595	1 860	1 887 <sup>18)</sup>
c) Bestand an Kassenobligationen <sup>7)</sup>	—	—	—	222	402	621	936	884	790 <sup>18)</sup>
d) Bestand an Anleihen und verzinslichen Schatzanweisungen <sup>7)</sup>	1 490	1 902	2 561	2 892	3 113	3 110	3 027	3 081	2 955 <sup>18)</sup>
3) Nichtbanken <sup>8)</sup>	5 219	5 723	5 957	6 240	6 454	6 564	6 936	7 697	8 115
Gesamt (1 bis 3)	16 827	19 207	21 457	22 522	23 935	25 020	26 009	27 494	27 988

\*) Die Angaben beziehen sich auf die inländische Neuverschuldung seit der Währungsreform und lassen die gegenseitige Verschuldung der genannten Stellen, mit Ausnahme der Kassenhilfe des Ausgleichsfonds an den Bund (vgl. Anmerkung 6) und der von Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungsträgern an die Bundesbahn gewährten Kredite, außer Betracht. — <sup>1)</sup> Internationaler Währungsfonds, Weltbank und Europäischer Fonds. — <sup>2)</sup> Ohne Ausleihungen der Lastenausgleichsbank an den Lastenausgleichsfonds aus der Weiterleitung von 7f-Darlehen und des Erlöses der von der Bank begebenen Anleihen und Kassenobligationen (in Pos. II, 5 bzw. 4 enthalten), ferner ohne die aus öffentlichen Mitteln gewährten Darlehen an die Gemeinden (Betrag geschätzt); hieraus sowie aus der Ausschaltung der an sonstige inländische und ausländische öffentliche Stellen gewährten Kredite erklären sich die Abweichungen von den Angaben der Tab. III A 1 des Statistischen Teils. — <sup>3)</sup> Schatzwechsel, unverzinsliche Schatzanweisungen, Steuergutscheine und Warenwechsel der Bundesbahn; ohne aus der Umwandlung von Ausgleichsforderungen stammende Titel. — <sup>4)</sup> Abzüglich der Anleihenstücke im eigenen Bestand der Emittenten. — <sup>5)</sup> Hauptsächlich Darlehen von privaten Kapitalsammelstellen und — im Falle der Bundesbahn — auch von Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen, und zwar auch soweit letztere durch Hingabe von Schuldtiteln gesichert sind. — <sup>6)</sup> Buchkredite und Bestand der Bundesbank an Geldmarktpapieren und Anleihen sowie Kassenhilfen des Lastenausgleichsfonds an den Bund, die aus bei der Bundesbank unterhaltenen Guthaben des Fonds gewährt wurden (und beim Fonds noch zu den Kassenmitteln gezahlt werden.) — <sup>7)</sup> Einschließlich der Bestände an Anleihen und Kassenobligationen der Lastenausgleichsbank (Beträge geschätzt); hieraus erklären sich die Abweichungen von den Angaben der Tab. III A 2 des Statistischen Teils. — <sup>8)</sup> Öffentliche und private Stellen (als Differenz ermittelt.) — <sup>9)</sup> Ohne Saarland. — <sup>10)</sup> Ab Mai 1960 einschl. Saarland. — <sup>18)</sup> Zum Teil geschätzt.

Höchststand erreicht. Mit rd. 9,5 Mrd DM hat sie Ende Juni d. J. den vergleichbaren Vorjahrsstand um rd. 1,2 Mrd DM übertroffen, während die Zunahme in den vorangegangenen zwölf Monaten rd. 1 Mrd DM betragen hatte.

Ein erheblicher Teil der im letzten Quartal (ebenso wie schon in früheren Zeiträumen) in Anspruch genommenen Kreditmittel ist offensichtlich über den gleichzeitigen Finanzierungsbedarf hinausgegangen, so daß die finanziellen Reserven der Gemeinden erneut gestiegen sind. Die ständige Zunahme dieser Reserven, unter denen die unverausgabten Anleihemittel von besonderer Bedeutung sind, hängt zum Teil mit den Vorschriften des kommunalen Haushaltsrechts zusammen, die eine vorsorgliche Kreditaufnahme begünstigen. Sie dürfte sich jedoch auch daraus erklären, daß die kommunalen Investitionsprojekte wegen der Anspannung in der Bauwirtschaft häufig langsamer durchgeführt werden als ursprünglich beabsichtigt. In jedem Falle reflektiert diese Kreditaufnahme nach wie vor einen steigenden Trend der kommunalen Investitionsabsichten und den Versuch, ihre Realisierung finanziell nach Möglichkeit zu sichern. Im übrigen mehren sich die Beispiele dafür, daß der verhältnismäßig weite finanzielle Spielraum, über den die Kommunen gegenwärtig verfügen, sie geneigt macht, Bauprojekte sogar bei steigenden Kosten durchzuführen.

#### Rentenversicherungen und Arbeitslosenversicherung

Die gesetzlichen *Rentenversicherungen* sind in den vergangenen Monaten durch die kräftige Zunahme der Arbeitseinkommen ebenfalls begünstigt worden. Das hatte zur Folge, daß die Einnahmen fürs erste etwas stärker zugenommen haben als die Ausgaben und die Überschüsse daher höher blieben, als in Anbetracht der starken Ausgabesteigerung zu erwarten gewesen wäre. Wie die nunmehr vorliegenden Angaben für das erste Kalendervierteljahr 1960 zeigen, hat sich bei den Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten (Angaben für die mit ständig wachsenden Bundeszuschüssen operierende Knappschaftsversicherung stehen noch nicht zur Verfügung) in diesem Vierteljahr die Zunahme des Beitragsaufkommens unter dem Einfluß des hohen Beschäftigungsstandes und der beachtlichen Lohn- und Gehaltserhöhungen weiter verstärkt. Mit insgesamt 3,1 Mrd DM ging es um rd. 320 Mio DM (reichlich 11 vH) über seinen Vorjahrsstand hinaus. Da die — mit der Entwicklung der allgemeinen Bemessungsgrundlage gekoppelten — Zuschüsse des Bundes zu Beginn des Jahres wiederum heraufgesetzt wurden, war der Anstieg der Einnahmen größer als der der Ausgaben, obwohl auch diese hauptsächlich wegen der er-

neuten Anpassung der Bestandsrenten und der wachsenden Zahl der Rentenfälle um rd. 260 Mio DM höher waren als im ersten Quartal von 1959. Die Versicherungsträger haben infolgedessen einen Einnahmeüberschuß von zusammen rd. 190 Mio DM erzielt gegen rd. 140 Mio DM in der entsprechenden Vorjahrsperiode. Die für das zweite Vierteljahr verfügbaren Teilangaben sprechen dafür, daß sich diese Tendenz fortgesetzt hat. Zwar war die Zuwachsrate des Beitragsaufkommens nicht ganz so groß wie im ersten Quartal, jedoch waren die Mehreinnahmen dem absoluten Betrage nach wiederum größer als die zusätzlichen Rentenausgaben, und es spricht alles dafür, daß der Überschuß erneut über den des Vorjahres (138 Mio DM) hinausgegangen ist. Ob dies auch im weiteren Verlauf des Jahres der Fall sein wird, bleibt abzuwarten, da neue Belastungen aus der — inzwischen verabschiedeten — Neuregelung der Fremd- und Auslandsrenten bevorstehen, die mit Wirkung vom 1. Januar 1959 in Kraft getreten ist. Allerdings wird sich die Mehrbelastung hieraus aus technischen Gründen weitgehend in das kommende Jahr verschieben, so daß — zumindest vorübergehend — die Chance für eine weitere Erhöhung der Rechnungsüberschüsse gegeben ist.

Sehr ausgeprägt ist die Tendenz zu einer echten Verbesserung der Finanzentwicklung bei der *Arbeitslosenversicherung*, bei der vor allem die starke Abnahme der Unterstützungszahlungen zu Buche schlägt. Zusammen mit dem Anstieg der Beitragseinnahmen hatte dies zur Folge, daß die Arbeitslosenversicherung im Vierteljahr Januar bis März zum ersten Male seit der Währungsreform praktisch ohne Fehlbetrag abschloß, während sie im gleichen Quartal von 1959 ein Defizit von 330 Mio DM aufgewiesen hatte. Im zweiten Quartal war die Verbesserung gegenüber dem Vorjahr nicht mehr so ausgeprägt wie im ersten, da der Stand der Arbeitslosigkeit schon vor Jahresfrist sehr niedrig gewesen war und sich der Ausgaberrückgang daher in engeren Grenzen hielt, jedoch war der Überschuß mit 244 Mio DM um mehr als 100 Mio DM höher als im entsprechenden Vorjahrszeitraum.

Über die Verwendung der im ersten Halbjahr erzielten Überschüsse — schätzungsweise 350 Mio DM bei den Rentenversicherungen und rd. 240 Mio DM bei der Arbeitslosenversicherung — stehen nur Teilangaben zur Verfügung. Danach haben sich im Vergleich zur Anlagepolitik des Jahres 1959, auf die im April d. J. an dieser Stelle eingegangen wurde<sup>1)</sup>, gewisse Änderungen ergeben. So hat die Arbeitslosenversicherung, nachdem sie 1958 und mehr noch 1959 einen beträchtlichen Teil

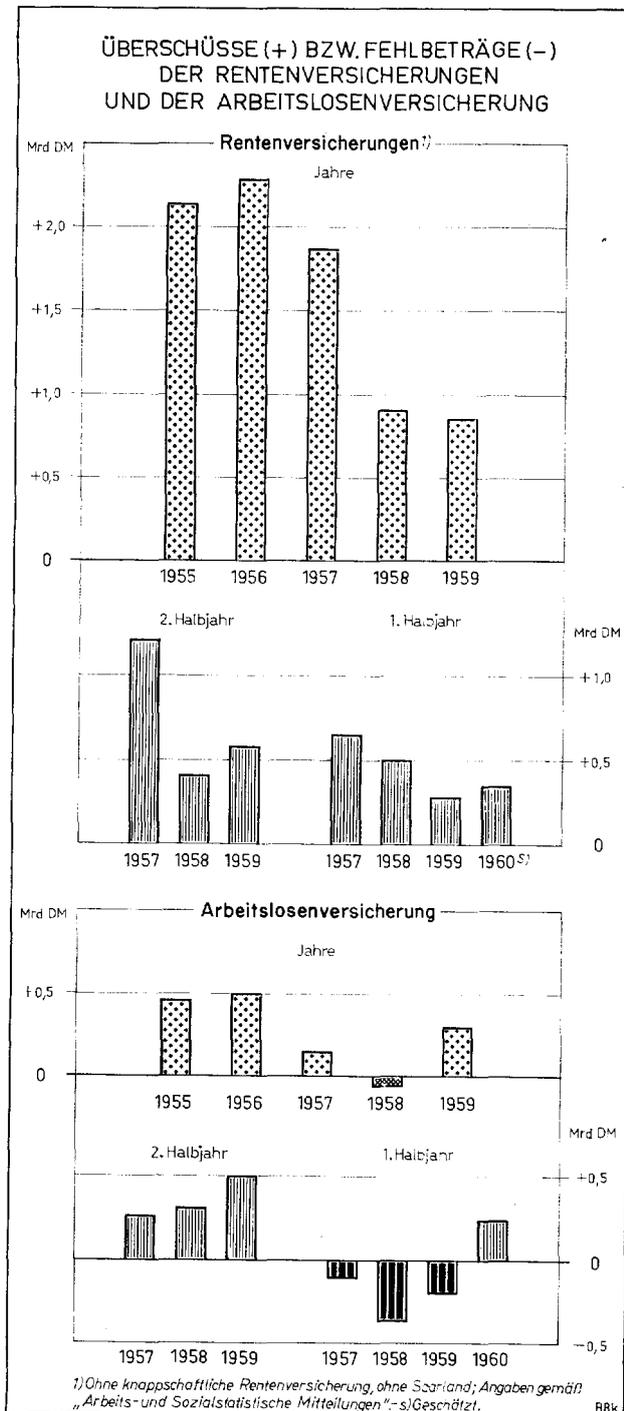
<sup>1)</sup> Vgl.: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 12. Jg., Nr. 4, April 1960 S. 23.

Zur Entwicklung der öffentlichen Finanzen  
in Mio DM

	1958		1959				1960					
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März <sup>1)</sup>	April	Mai	Juni <sup>12)</sup>
<b>Einlagen der öffentlichen Haushalte bei der Bundesbank<sup>1)</sup></b>												
Gesamt	4 076	4 054	1 692	1 638	1 505	1 419	2 019	2 725	2 019	1 484	1 500	2 725
Bund <sup>2)</sup>	3 440	3 487	404	148	281	243	261	710	261	81	352	710
Lastenausgleichsfonds	74	0	267	427	229	63	75	26	75	19	27	26
NATO-Mächte <sup>3)</sup>	10	10	6	121	2	0	0	0	0	0	0	0
Länder	517	526	979	899	963	1 070	1 654	1 956	1 654	1 362	1 097	1 956
Gemeinden u. Sozialversicherungen	35	31	36	43	30	43	29	33	29	22	24	33
<b>Einlagen öffentlicher Stellen bei Kreditinstituten<sup>1)</sup></b>												
Gesamt	11 420	11 995	12 138	12 318	12 825	13 768	14 386	14 687	14 386	14 239	14 676	14 687
Sichteinlagen	2 665	3 046	3 023	2 829	2 884	3 224	3 202	3 249	3 202	3 022	3 146	3 249
Termineinlagen	6 823	6 835	6 846	6 947	7 256	7 651	7 928	7 983	7 928	7 878	8 116	7 983
Spareinlagen	1 932	2 114	2 269	2 542	2 685	2 893	3 256	3 455	3 256	3 339	3 414	3 455
<b>Verschuldung der öffentlichen Haushalte<sup>1)</sup></b>												
<b>Inländische Kreditmarktverschuldung<sup>4)</sup></b>												
Gesamt	12 791	13 485	14 171	15 372	16 915	17 492	18 843	...	18 843	.	.	...
darunter:												
Bund	662	662	662	1 198	2 428	2 723	3 675	3 673	3 675	3 551	3 759	3 673
Lastenausgleichsfonds	618	685	964	1 202	1 296	1 313	1 357	1 353	1 357	1 356	1 356	1 353
Länder <sup>5)</sup>	3 864	4 190	4 358	4 614	4 586	4 536	4 552 <sup>6)</sup>	...	4 552 <sup>6)</sup>	.	.	...
Gemeinden <sup>5)</sup>	7 600	7 900	8 140	8 300	8 550	8 900	9 200 <sup>6)</sup>	...	9 200 <sup>6)</sup>	.	.	...
Ausgleichsforderungen												
Gesamt	20 442	20 470	20 538	20 526	20 616	20 560	20 608	20 564	20 608	20 608	20 612	20 564
Bund	10 767	10 856	10 924	10 967	11 057	11 061	11 109	11 116	11 109	11 109	11 109	11 116
Länder	9 675	9 614	9 614	9 559	9 559	9 499	9 499	9 448	9 499	9 499	9 503	9 448
Deckungsforderungen (Lastenausgleichsfonds)	.	.	2 283	.	.	.	...	.	...	.	.	.
Auslandsverschuldung												
Bund	7 792	7 798	7 781	6 869	6 717	6 695	6 660	...	6 660	.	.	...
Länder	180	179	166	166	165	165	...	...	...	.	.	...
<b>Verschuldung öffentlicher Unternehmen<sup>1)</sup></b>												
Bundesbahn <sup>4)</sup>	4 760	5 234	5 452	5 521	5 515	5 770	5 805	6 154	5 805	5 846	6 065 <sup>13)</sup>	6 154
Bundespost <sup>7)</sup>	3 198	3 448	3 608	3 762	3 820	3 978	4 153	4 204	4 153	4 147	4 173	4 204
<b>Einnahmen aus Steuern und Abgaben<sup>11)</sup></b>												
<b>Steuereinnahmen von Bund und Ländern</b>												
Gesamt <sup>8)</sup>	10 761	11 688	11 380	11 425	12 186	13 055	12 720	13 330 <sup>9)</sup>	5 435	3 471	3 794 <sup>9)</sup>	6 064 <sup>9)</sup>
darunter:												
Einkommensteuern <sup>9)</sup>	4 294	4 875	4 432	4 386	4 891	5 418	5 266	5 517	3 108	963	1 010	3 545
Umsatzsteuer	3 217	3 454	3 402	3 393	3 589	3 856	3 772	3 880	1 137	1 306	1 288	1 286
Verbrauchssteuern und Zölle	2 403	2 416	2 513	2 551	2 648	2 704	2 574	2 824	869	897	1 000	927
Lastenausgleichsabgaben	480	561	649	581	521	589	542	517	73	83	386	48
Gemeindesteuern	1 789	2 096	2 027	2 082	2 143	2 346	2 151	...	.	.	.	.
<b>Bundeshaushalt</b>												
Kasseneingänge	7 850	8 250	7 888	8 208	8 809	9 108	8 954	9 573	3 394	2 895	2 926	3 752
Kassenausgänge	7 797	8 172	11 059	8 935	9 901	9 431	9 896	9 117	3 712	2 941	2 906	3 270
Kassenüberschuß (+) bzw. -fehlbetrag (-)	+ 53	+ 78	-3 171	-727	-1 092	-323	-942	+ 456	-318	-46	+ 20	+ 482
<b>Lastenausgleichsfonds</b>												
Kasseneingänge <sup>10)</sup>	833	902	923	852	869	1 000	872	869	178	170	561	138
Kassenausgänge <sup>10)</sup>	862	1 124	850	995	1 056	1 303	865	939	306	266	340	333
Kassenüberschuß (+) bzw. -fehlbetrag (-)	- 29	- 222	+ 73	- 143	- 187	- 303	+ 7	- 70	- 128	- 96	+ 221	- 195
<b>Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten<sup>11)</sup></b>												
Beitragsaufkommen	2 813	2 868	2 778	2 865	3 014	3 164	3 099	3 124	1 009	953	1 111	1 060
Rentenzahlungen	3 092	3 107	3 251	3 262	3 292	3 318	3 472	3 481	1 272	1 159	1 161	1 161
<b>Arbeitslosenversicherung</b>												
Beitragsaufkommen	380	375	347	396	396	410	399	425	137	126	155	144
Unterstützungszahlungen	125	170	581	138	77	96	365	77	119	32	26	19

Angaben für frühere Monate und Erläuterungen: Tabellen Nr. VI, Öffentliche Finanzen, im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes und früherer Hefte.

<sup>1)</sup> Stand am Vierteljahres- bzw. Monatsende. — <sup>2)</sup> Einschließlich des Garantiedeckungskontos, das im Ausweis der Deutschen Bundesbank unter den Verbindlichkeiten aus dem Auslandsgeschäft nachgewiesen wird. — <sup>3)</sup> Nur insoweit, als aus Bundesmitteln gespeist. — <sup>4)</sup> Hierin sind außer den Einlagen der vorstehend aufgeführten Haushalte auch die Einlagen der Bundesbahn, der Bundespost und sonstiger öffentlicher Unternehmen (soweit diese keine eigene Rechtspersönlichkeit besitzen) sowie allhierher Dienststellen enthalten. — <sup>5)</sup> Neuverschuldung seit der Währungsreform; ohne die Anleihen im eigenen Bestand. — <sup>6)</sup> Zum Teil geschätzt. — <sup>7)</sup> Ohne Verschuldung beim Bund, ohne Auslandsverschuldung und ohne rückständige Zahlungsverpflichtungen; jedoch einschließlich der bei Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen aufgenommenen Kredite. — <sup>8)</sup> Ohne Verschuldung bei öffentlichen Haushalten, ohne Auslandsverschuldung, ohne Anleihen im eigenen Bestand und ohne rückständige Zahlungsverpflichtungen. — <sup>9)</sup> Im Gegensatz zu den bisher veröffentlichten Zahlen einschl. Einnahmen aus Umsatzausgleichsteuer und Zöllen für Rüstungseinführen. — <sup>10)</sup> Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Kapitalertragsteuer. — <sup>11)</sup> Eingänge auf bzw. Ausgänge aus dem bei der Bundesbank unterhaltenen Konto des Bundesausgleichsamts abzüglich der Verschuldungstransaktionen. — <sup>12)</sup> Ohne Saarland. — <sup>13)</sup> Monate mit vergleichbaren Steuerterminen. — <sup>14)</sup> Ab Mai 1960 einschl. Saarland. — <sup>15)</sup> Vorläufig.



ihrer längerfristigen Anlagen liquidiert und dementsprechend ihre kurzfristigen Reserven erheblich angereichert hatte, im ersten Halbjahr 1960 wieder in stärkerem Umfang längerfristige Anlagen vorgenommen, auch wenn man dabei von der bereits oben erwähnten Übernahme von Schuldbuchforderungen des Bundes im Betrage von 172 Mio DM absieht, zu der die Bundesanstalt auf Grund einer früheren Abmachung verpflichtet war. Außerdem hat sie seit dem Beginn des Jahres — anfänglich zu Lasten ihrer Bankeinlagen und später

aus den laufenden Überschüssen — größere Posten an Geldmarkttiteln erworben, darunter auch einen gewissen Betrag an Mobilisierungstiteln. Die (noch unvollständigen) Angaben für die Rentenversicherungen lassen demgegenüber vermuten, daß in diesem Bereich die Wertpapierkäufe zumindest in den ersten Monaten des Jahres wesentlich niedriger geblieben sind als im zweiten Halbjahr von 1959 und daß gleichzeitig die liquiden Geldanlagen, namentlich bei den Banken, wieder größere Bedeutung erlangt haben.

#### Bundesbahn und Bundespost

Abschließend sei kurz auf die beiden großen Bundesunternehmen — die Bundesbahn und die Bundespost — eingegangen, deren Verschuldung im Rahmen der gesamten öffentlichen Verschuldung eine bedeutende Rolle spielt. Sie ist auch von April bis Juni weiter gestiegen, während die der öffentlichen Haushalte im engeren Sinne nahezu konstant blieb, da die starke Zunahme der kommunalen Verschuldung durch die Tilgungen bei Bund und Ländern bis auf einen kleinen Betrag kompensiert wurde.

Was zunächst die *Bundesbahn* anlangt, so war der Anstieg der Verschuldung im Berichtszeitraum — um 350 Mio DM — sehr hoch, jedoch handelt es sich hierbei zum Teil um eine Reaktion auf das relativ geringe Wachstum im Vorvierteljahr. Immerhin ist die Kreditmarktverschuldung im gesamten ersten Halbjahr um 385 Mio DM gestiegen gegen 287 Mio DM in der gleichen Zeit von 1959. Das ist um so bemerkenswerter, als sich die Betriebsrechnung der Bundesbahn in den ersten fünf Monaten d. J. (Angaben für Juni liegen noch nicht vor) stark verbessert hat, weil nicht nur die Betriebseinnahmen stark gewachsen sind — der Güterverkehr brachte Mehreinnahmen von 256 Mio DM oder 15 vH —, sondern auch der Anstieg der Aufwendungen für Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten durch einen weiteren Personalabbau gebremst werden konnte (was für die im zweiten Halbjahr anfallenden Aufwendungen aus der Erhöhung der Beamtengehälter freilich nicht mehr gelten dürfte). Die Gewinn- und Verlustrechnung schloß zwar auch in diesen Monaten mit einem Verlust ab, der aber wesentlich geringer war als im Jahr zuvor.

Der verstärkte Rückgriff auf die Kreditmärkte hing in erster Linie damit zusammen, daß die Bundesbahn seit dem Beginn des laufenden Rechnungsjahres noch keine Finanzierungshilfen aus dem Bundeshaushalt erhalten hat, während ihr in den Monaten April bis Juni 1959 vom Bund rd. 200 Mio DM zugeflossen waren. Die eingangs erwähnte Verbesserung der Bundesfinanzen hat also einen erhöhten Kreditbedarf der Bundes-

*Betriebsrechnung der Bundesbahn*  
in Mio DM

Erträge / Aufwendungen	Januar/Mai		Zunahme (+), Ab- nahme (-) 1960 gegen 1959
	1959	1960	
1) Erträge gesamt	2 724	2 955	+ 231
a) Personenverkehr	820	797	- 23
b) Güterverkehr	1 701	1 957	+ 256
c) Sonstige	203	201	- 2
2) Aufwendungen, gesamt	2 707	2 701	- 6
a) Personalausgaben <sup>1)</sup>	1 703	1 707	+ 4
b) Laufende Sachausgaben	495	485	- 10
c) Abschreibungen	509	509	± 0
3) Überschuß (1 -/. 2)	+ 17	+ 254	+ 237

<sup>1)</sup> Ohne die in der Gewinn- und Verlustrechnung nachgewiesenen betriebsfremden Versorgungslasten.

bahn ausgelöst, der angesichts der bestehenden Kapitalmarktengenzunächst weitgehend in kurzfristiger Form — Kassenvorschüsse der Deutschen Verkehrskredit-Bank und Emission von Geldmarktitteln — gedeckt werden mußte. Mit dem für die nächsten Monate zu erwartenden Eingang an Bundesdarlehen wird der Bedarf der Bundesbahn an Kreditmarktmitteln voraussichtlich wieder etwas zurückgehen. Da aus den Bundesmitteln aber nur ein Teil der Investitionsausgaben gedeckt werden kann, wird die Bahn auch in Zukunft weitere Kreditmarktmittel benötigen, zumal die Betriebsrechnung, die nunmehr auch durch die — am 1. Juni d. J. in Kraft getretene — Erhöhung der Beamtgehälter

und der Versorgungsbezüge belastet ist, sich kaum mehr in so starkem Umfang verbessern dürfte wie bis dahin.

Die Kreditmarktverschuldung der *Bundespost* ist dagegen im zweiten Vierteljahr nur geringfügig gestiegen. Im gesamten ersten Halbjahr war der Zuwachs mit 226 Mio DM um rd. 90 Mio DM niedriger als in der entsprechenden Vorjahrszeit. Anders als der Bahn ist es der Post gelungen, ausschließlich längerfristige Kredite aufzunehmen und den Umlauf ihrer unverzinslichen Schatzanweisungen vorübergehend abzubauen. Sie konnte sich dabei weitgehend auf das Mittelaufkommen bei den Postscheckkassen und den Postsparkassen stützen, die ihr in dem angegebenen Zeitraum Darlehen im Betrage von 162 Mio DM zur Verfügung stellten. Der geringere Kreditbedarf der Post stand in unmittelbarem Zusammenhang mit der beträchtlichen Verbesserung ihrer Erfolgsrechnung, die im ersten Quartal — Angaben für das zweite Quartal liegen noch nicht vor — mit einem Gewinn in Höhe von 70 Mio DM abschloß, während im ersten Vierteljahr von 1959 noch ein kleiner Verlust (4 Mio DM) entstanden war. Auch hier gab die günstige Entwicklung der Erträge, und zwar insbesondere der Fernsprechgelder, den Ausschlag. Mit der Erhöhung der Beamtgehälter ab Juni d. J. wird sich die Post freilich, ebenso wie die Bundesbahn, wesentlich höheren Belastungen gegenübersehen.

### Produktion und Märkte\*)

Die Konjunktorentwicklung stand in den letzten Monaten weiter im Zeichen der durch die Übernachfrage herbeigeführten Spannungen und der damit verbundenen Gefahren. Auf einzelnen Gebieten ist der starke Nachfrageanstieg zwar einer wesentlich ruhigeren Zunahme gewichen, ja zum Teil sogar zum Stillstand gekommen. Das gilt namentlich für diejenigen Bereiche, in denen die Nachfragehausse während der ersten Stadien des Booms weitgehend auf Lageraufstockungen beruht hatte. Ferner sind in den stark kredit- und zinsabhängigen Bereichen des Baumarkts, wie im Wohnungsbau, zumindest in den Bauplanungen die ersten Wirkungen der wesentlich verschlechterten Finanzierungsbedingungen zu spüren, wenn dies den Gang der Baukonjunktur in der diesjährigen Saison auch nicht mehr beeinflussen wird. In anderen Bereichen jedoch, so vor allem in den Investitionsgüterindustrien, nimmt die Nachfrage mit unveränderter Stärke zu, und zwar nicht nur auf Grund des vielfach erhöhten heimischen Investitionsdranges, sondern auch auf Grund der

im allgemeinen noch recht lebhaften Auslandsnachfrage. Neue Impulse empfängt die Konjunktur schließlich durch den unter dem Einfluß der Lohn- und Gehaltserhöhungen beschleunigt wachsenden Endverbrauch. Auf der anderen Seite hat allerdings die Produktion, trotz des allenthalben fühlbaren Arbeitskraftengpasses, beträchtlich zugenommen. Entlastend wirkte teilweise ferner die anhaltend starke Zunahme des Imports, zumal sie neuerdings die Erhöhung der Ausfuhr nicht unerheblich übertraf. Daß das allgemeine Preisniveau bisher nicht mehr stieg, sondern unter dem Einfluß von Preisrückgängen im Bereich der Ernährungswirtschaft in den letzten Monaten relativ stabil blieb, ja zeitweilig sogar leicht zurückging, ist weitgehend dieser Ausweitung des Angebots zu danken. Freilich wird es zunehmend schwieriger, die heimische Produktion im bisherigen Ausmaß weiter zu steigern. Schon in den letzten Monaten hat sich, konjunkturell betrachtet, die

\*) Alle in diesem Berichtsteil angegebenen Zahlen beziehen sich, soweit nicht anders vermerkt, auf das Bundesgebiet ohne Berlin (West) und ohne Saarland.

Zunahme merklich verlangsamt. Um so dringlicher ist es daher, daß die Ansätze zur Verlangsamung des Nachfrageanstiegs verstärkt und verbreitert werden, da es sonst schwierig werden könnte, das Preisniveau vor einer ausgeprägteren Erhöhung zu bewahren.

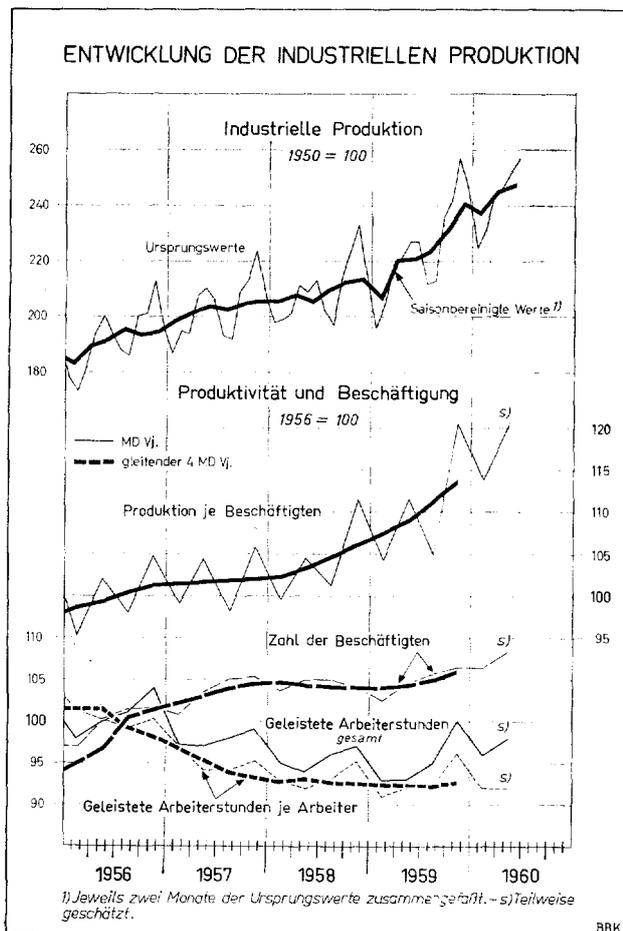
### Die Produktionsausweitung

Was die Produktionsausweitung anlangt, so sind in den letzten Monaten zumindest in der Industrie, für die umfassende aktuelle Angaben vorliegen, beachtliche Erfolge erzielt worden. Der vom Statistischen Bundesamt errechnete *Produktionsindex* war im zweiten Quartal um 8 vH höher als im ersten; diese Zunahme war zwar in der Hauptsache saisonbedingt, dennoch bleibt sie im Vergleich zu manchen früheren Jahren bemerkenswert, weil die Produktion in diesem Winter nicht im gleichen Maße wie sonst eingeschränkt worden war. Den entsprechenden Vorjahrsstand übertraf der Index im zweiten Quartal dieses Jahres um 11,8 vH.

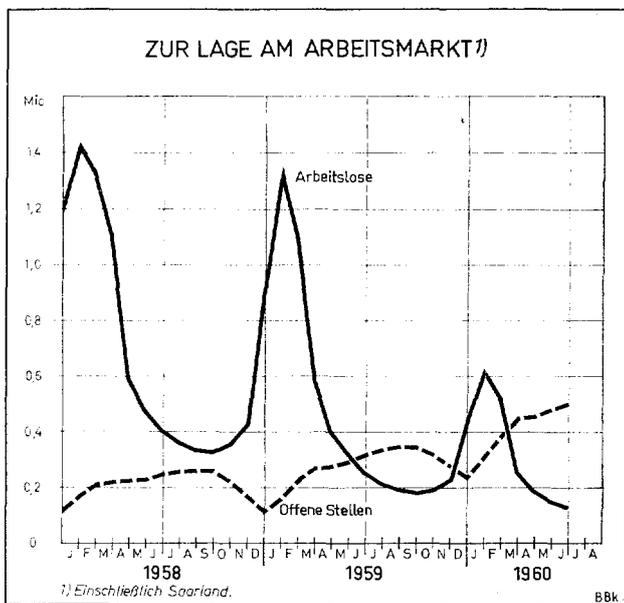
Allerdings war die konjunkturelle Ausweitung in den letzten Monaten bei weitem nicht mehr so stark wie in der Zeit von Mitte 1959 bis zum Frühjahr d. J. Das zeigt sich nicht nur in der Tatsache, daß die eben

erwähnte „Zuwachsrate“ für das zweite Quartal, wenn auch noch immer hoch, so doch bereits niedriger war als im ersten Quartal, in dem sie 13,4 vH betragen hatte, sondern auch in der Entwicklung der von uns berechneten saisonbereinigten Werte. Die von Saisonschwankungen bereinigte Indexziffer war im Monatsdurchschnitt des zweiten Vierteljahres um nur 3 vH höher als im Monatsdurchschnitt des vierten Quartals von 1959, während sie sich vom zweiten zum vierten Quartal des vergangenen Jahres um knapp 9 vH erhöht hatte. Kapazitätsengpässe haben dabei höchstens in Einzelfällen das Entwicklungstempo beeinträchtigt. Nach Erhebungen des Münchener Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung stellte sich die *Kapazitätsausnutzung* der Industrie im Frühjahr d. J. auf durchschnittlich 89 vH gegen 86 vH in der gleichen Zeit des Vorjahres. Es bestand also ein gewisser, zum Teil saisonbedingter Kapazitätsspielraum, und auch in der Zwischenzeit dürfte sich das Bild in dieser Hinsicht kaum entscheidend geändert haben, zumal die vorhandenen Kapazitäten ständig erweitert werden.

Eine fühlbare Bremse bildete jedoch der *Arbeitskräftemangel* zusammen mit der praktischen Unmöglichkeit, die tariflich vereinbarte, im Verlauf der letzten Jahre stark verkürzte Arbeitszeit durch Überstunden nennenswert zu erweitern. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen war Ende März mit 257 000 um 337 000 niedriger als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres<sup>1)</sup>. Bezogen auf die Zahl der Beschäftigten ergab das eine „Arbeitslosenquote“ von nur noch 1,3 vH, d. h. im Bestand der Arbeitslosen lag praktisch kaum mehr eine Reserve. Tatsächlich war die Zahl der bei den Arbeitämtern gemeldeten offenen Stellen mit 453 000 schon damals erheblich höher als die Zahl der registrierten Arbeitslosen. Seitdem ist die Lage noch prekärer geworden. Ende Juni d. J. stellte sich die Arbeitslosenziffer auf 134 000 oder 0,7 vH der unselbständigen Erwerbspersonen. Die Zahl der offenen Stellen betrug gleichzeitig 504 000, d. h. sie war nahezu viermal so hoch wie die Arbeitslosenziffer. Zusätzliche Arbeitskräfte waren also aus dem heimischen Reservoir nur insoweit zu gewinnen, als die Zahl der Erwerbspersonen wuchs. Das war jedoch nur in verhältnismäßig geringem Umfang der Fall, da in diesem Frühjahr ein relativ schwacher Geburtenjahrgang ins Erwerbsleben trat und die Zahl der Erwachsenen, die neu eine Erwerbstätigkeit aufnahmen, bei weitem nicht mehr an die in anderen Jahren heranreichte. Auch die Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte brachte nur eine geringfügige Entlastung. Im bisherigen Verlauf dieses Jahres sind dem



<sup>1)</sup> Alle Angaben über den Arbeitsmarkt schließen das Saarland, nicht dagegen Berlin (West) ein.



Arbeitsmarkt der Bundesrepublik etwa 76 000 im Ausland angeworbene Arbeitskräfte zugeführt worden gegen 45 000 in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Gesamtzahl der ausländischen Arbeitskräfte in der Bundesrepublik dürfte damit auf 200 bis 250 000 gestiegen sein, während beispielsweise in der Schweiz rd. 400 000 Ausländer beschäftigt sind. Die Ursache hierfür liegt sicher zum Teil darin, daß auch die ausländischen Arbeitsmärkte unergiebig geworden und namentlich Facharbeiter so gut wie nicht zu haben sind. Eine große Rolle spielten aber auch Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Unterkünften für die ausländischen Arbeiter sowie Bedenken der Wirtschaft wegen der mit der Einstellung verbundenen zusätzlichen Kosten und Unbequemlichkeiten und vielleicht auch administrative Hemmnisse.

Hinzu kam, wie erwähnt, die geringe Elastizität der Arbeitszeit. Die effektive Arbeitszeit ist zwar trotz der immer neuen Vereinbarungen über die Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit gegenüber dem vergangenen Jahr offenbar nicht weiter gesunken, aber auch kaum gestiegen. In der Industrie hatte die durchschnittliche Arbeitszeit pro Woche im Februar d. J., dem letzten Monat, für den Angaben vorliegen, 43,5 Stunden betragen gegen 43,0 Stunden im Februar 1959, aber schätzungsweise 47 Stunden im Februar 1955. Unter Berücksichtigung der bezahlten Feiertage und des Urlaubs gehört die Bundesrepublik heute zu den Ländern mit der kürzesten Arbeitszeit in Europa, während sie vor Jahren noch im oberen Teil der Skala rangiert hatte.

Mehr denn je hängt unter diesen Umständen die Ausweitung der Produktion von der Produktivitätsentwicklung ab, die zu fördern zur Zeit auch das Haupt-

ziel der regen Investitionstätigkeit mit einem nach wie vor relativ hohen Anteil an Rationalisierungsinvestitionen darstellt. Tatsächlich ist es zumindest der Industrie auch in den letzten Monaten gelungen, in dieser Hinsicht Fortschritte zu erzielen. Jedoch ist hier gleichfalls eine gewisse Verlangsamung unverkennbar. Das Produktionsergebnis je Beschäftigten übertraf in der Industrie im zweiten Quartal das Ergebnis der entsprechenden Vorjahrszeit um rd. 7 vH; im ersten Quartal hatte die Zuwachsrate 8,2 vH, im vierten Quartal von 1959 8,6 vH betragen. Die Tatsache, daß eine Steigerung der Kapazitätsauslastung nicht mehr im gleichen Maße möglich ist wie in den ersten Stadien des Booms, ist dabei nicht ohne Einfluß gewesen.

Dabei war die Industrie anderen Wirtschaftszweigen gegenüber in den letzten Monaten insofern im Vorteil, als es ihr — in der Regel wohl auf Grund höherer Lohnzahlungen und besserer sonstiger Arbeitsbedingungen — gelang, den bei weitem größten Teil des Neuzugangs an Arbeitskräften an sich zu ziehen, ja darüber hinaus sogar ihren Beschäftigtenstand auf Kosten anderer Wirtschaftszweige zu erweitern. Nach den letztverfügbaren Angaben — sie beziehen sich auf Mai d. J. — waren in der Industrie zu diesem Zeitpunkt mit rd. 7,75 Millionen etwa 300 000 mehr Arbeitskräfte beschäftigt als im Mai 1959. Damit hat sich die Beschäftigung in der Industrie annähernd ebenso stark erhöht wie die Gesamtbeschäftigung. Global betrachtet, sind also alle übrigen Wirtschaftszweige im Kampf um die Arbeitskräfte „leer ausgegangen“. Das gilt besonders für die Bauwirtschaft und die dienstleistenden Gewerbebranchen, in denen der Personalmangel immer kritischer wird und in denen die Produktionsleistung daher nur noch mit größten Schwierigkeiten gesteigert werden kann. Aber auch in der Industrie selbst ist die Lage sehr unterschiedlich. So waren vor allem einige Verbrauchsgüterindustrien, die im vergangenen Jahr noch etwas im Konjunkturschatten gestanden und infolgedessen einen Teil ihrer Arbeitskräfte an andere Industriezweige verloren hatten, nun, nachdem sich die Konjunktur auch für sie gebessert hat, nicht in der Lage, Arbeitskräfte im benötigten Umfang zurückzugewinnen, so daß der Arbeitermangel auch bei ihnen, ebenso wie in der Bauwirtschaft, die Produktionssteigerung in besonderem Maße erschwerte.

Eine recht beachtliche weitere Steigerung hatte in den letzten Monaten jedoch die Einfuhr aufzuweisen. Wie im Abschnitt über Außenhandel und Zahlungsbilanz näher dargelegt, ist dabei vor allem die Einfuhr an industriellen Halb- und Fertigwaren gewachsen; sie war im ersten Halbjahr um 2,6 Mrd DM oder ein gutes

**Zur Entwicklung von Produktion, Umsatz und Beschäftigung  
Bundesgebiet ohne Berlin (West)**

	1959						1960					Veränderung 2.Vj. 1960 gegen 2.Vj. 1959 in vH <sup>P)</sup>
	April	Mai	Juni	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	April	Mai <sup>P)</sup>	Juni <sup>P)</sup>	1. Vj.	2. Vj. <sup>P)</sup>	
										Monatsdurchschnitte		
<b>Index der Industrieproduktion <sup>1)</sup></b> (arbeitstäglich, 1936 = 100) <sup>2)</sup>												
Gesamt	246	252	252	250	244	276	274	279	284	258	279	+ 11,8
Bauwirtschaft	243	283	270	265	266	252	275	283	302	185	287	+ 8,1
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	235	241	246	241	242	254	270	277	283	253	277	+ 14,9
Investitionsgüterindustrien	327	333	337	332	314	370	376	385	400	358	387	+ 16,4
darunter:												
Maschinenbau	288	298	296	294	273	315	319	317	345	301	327	+ 11,4
Fahrzeugbau	650	632	661	648	584	709	791	837	823	761	817	+ 26,2
Verbrauchsgüterindustrien	221	219	215	218	216	248	242	246	229	230	239	+ 9,4
darunter:												
Textilindustrie	193	186	196	192	191	218	210	215	200	211	208	+ 8,7
<b>Steinkohlenbergbau (Tsd t) <sup>3)</sup></b>												
Förderung, förderfähig	532,7	554,4	548,0	545,0	531,5	556,4	544,0	536,5	527,5	554,9	536,0	— 1,7
Haldenbestände (Steinkohle und -koks) <sup>4)</sup>	17 049	17 357	17 803	17 803	18 360	17 883	16 268	15 912	15 411	16 517	15 411	— 13,4
Steinkohleinfuhr (ohne Koks)	824	651	724	733	510	417	549	553	680	424	594	— 19,0
<b>Eisen- und Stahlindustrie (Tsd t)</b>												
Roheisenerzeugung, kalendertäglich <sup>5)</sup>	57,1	55,6	61,0	57,9	62,0	64,8	68,8	71,0	68,6	70,2	69,5	+ 20,0
Rohstahlerzeugung, arbeitstäglich <sup>5)</sup>	94,9	103,1	101,7	99,9	99,5	105,2	110,8	114,6	114,4	111,2	113,3	+ 13,4
Walzstahlfertigerzeugnisse <sup>6)</sup>												
Lieferungen	1 381	1 239	1 404	1 341	1 487	1 544	1 768	1 874	1 720	1 839	1 787	+ 33,3
Auftragseingänge	1 675	1 533	1 714	1 641	1 753	1 880	1 943	1 876	1 790	1 945	1 870	+ 14,0
Auftragsbestände <sup>4)</sup>	3 373	3 634	3 901	3 901	4 516	6 326	6 437	6 351	6 354	6 359	6 354	+ 62,9
<b>Auftragseingang bei der Industrie<sup>1)</sup></b> (Werte; kalendermonatlich in vH des Umsatzes von 1954)												
Gesamt	180	164	180	175	179	199	194	208	...	190	201 <sup>x)</sup>	+ 16,9 <sup>x)</sup>
Grundstoffindustrien	170	156	176	167	181	186	185	191	...	178	188 <sup>x)</sup>	+ 15,3 <sup>x)</sup>
Investitionsgüterindustrien	195	179	196	190	203	237	240	250	...	240	245 <sup>x)</sup>	+ 31,0 <sup>x)</sup>
darunter:												
Maschinenbau	185	170	196	184	194	233	252	270	...	253	261 <sup>x)</sup>	+ 46,6 <sup>x)</sup>
Fahrzeugbau	265	219	230	238	227	251	237	257	...	263	247 <sup>x)</sup>	+ 2,1 <sup>x)</sup>
Verbrauchsgüterindustrien	173	155	164	164	140	165	144	176	...	136	160 <sup>x)</sup>	— 2,4 <sup>x)</sup>
darunter:												
Textilindustrie	181	145	141	156	137	155	130	152	...	126	141 <sup>x)</sup>	— 13,5 <sup>x)</sup>
<b>Bauwirtschaft</b>												
<b>Geleistete Arbeitsstunden (Mio) <sup>8) 9)</sup></b>												
Gesamt	238,5	232,7	246,4	239,2	247,4	219,5	220,8	235,3	232,5	159,7	229,5	— 4,1
Wohnungsbauten	111,5	108,8	114,7	111,7	109,5	93,8	93,5	99,2	...	65,2	96,4 <sup>x)</sup>	— 12,3 <sup>x)</sup>
Öffentliche und Verkehrsbauten	76,4	74,5	79,0	76,6	81,5	73,4	72,0	76,5	...	51,7	74,3 <sup>x)</sup>	— 1,6 <sup>x)</sup>
Gewerbliche und industrielle Bauten	42,2	40,5	43,5	42,1	47,2	45,3	47,0	49,7	...	38,9	48,4 <sup>x)</sup>	+ 16,9 <sup>x)</sup>
Geplanter Bauaufwand für genehmigte Hochbauten (Mio DM) <sup>1)</sup>												
Gesamt	1 873,3	1 883,7	2 101,5	1 952,8	2 063,1	2 027,4	1 989,0	2 230,6	...	1 673,9	2 109,8 <sup>x)</sup>	+ 12,3 <sup>x)</sup>
Wohngebäude	1 269,7	1 244,7	1 375,1	1 296,5	1 348,7	1 251,9	1 289,5	1 434,5	...	1 045,3	1 362,0 <sup>x)</sup>	+ 8,3 <sup>x)</sup>
Übrige Gebäude	603,6	639,0	726,4	656,3	714,4	775,5	699,5	796,1	...	628,6	747,8 <sup>x)</sup>	+ 20,4 <sup>x)</sup>
Wohnungsbaubypotheken von Kapital-sammelstellen (Mio DM) <sup>7) 8) 1)</sup>												
Monatliche Zusagen	902,4	670,6	817,1	796,7	775,0	687,5	785,1	819,1	717,0	815,3	773,7	— 2,9
Monatliche Auszahlungen	487,5	462,3	546,4	498,7	643,5	708,9	569,7	612,6	628,6	521,4	603,6	+ 21,0
<b>Umsätze im Einzelhandel (1954 = 100) <sup>2)</sup></b> Werte												
Gesamt	140	140	136	139	137	178	159	152	144	136	152	+ 9,3
davon:												
Nahrungs- und Genußmittel	138	137	138	138	140	162	159	145	146	139	150	+ 8,7
Bekleidung, Wäsche und Schuhe	133	141	121	132	117	187	156	153	132	118	147	+ 11,4
Hausrat und Wohnbedarf	150	145	148	148	160	214	159	163	150	145	157	+ 6,1
Sonstiges	157	143	149	150	147	186	169	165	156	151	163	+ 8,7
<b>Arbeitsmarkt (Tsd) <sup>9)</sup></b> Arbeitslose <sup>4)</sup>												
Gesamt	400,9	324,9	259,3	259,3	187,2	443,3	188,8	153,2	134,4	256,6	134,4	— 48,2
Männer	218,4	175,3	138,6	138,6	102,1	312,1	107,7	85,1	75,3	161,7	75,3	— 45,7
Frauen	182,5	149,6	120,7	120,7	85,1	131,2	81,1	68,1	59,1	94,9	59,1	— 51,0
Unselbständig Beschäftigte <sup>4)</sup>	.	.	19 939,4	19 939,4	20 135,4	19 852,0	.	.	20 270,6	20 031,4	20 270,6	+ 1,7

Angaben für frühere Monate und Erläuterungen: Tabellen Nr. VIII (Produktion und Märkte) im Statistischen Teil des vorliegenden Hefes. — <sup>1)</sup> Ohne Saarland. — <sup>2)</sup> Originalbasis 1950 = 100. — <sup>3)</sup> Einschließlich Saarland. — <sup>4)</sup> Stand jeweils am Monats- bzw. Vierteljahresende. — <sup>5)</sup> Ohne gesamtes Halbzeug, Breitband und Stahlrohre einschl. Vorprodukte sowie einschl. Halbzeug für Röhrenwerke. — <sup>6)</sup> 1959 ohne, 1960 mit Saarland. — <sup>7)</sup> Ohne Lebensversicherungen. — <sup>8)</sup> Bauhauptgewerbe insgesamt. — <sup>9)</sup> Einschl. Berlin (West). — <sup>P)</sup> Vorläufig. — <sup>x)</sup> April/Mai.

Drittel höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Offensichtlich wird bei vielen Produkten, die im Inland zur Zeit nur mit langen Lieferfristen zu erhalten sind, verstärkt auf das ausländische Angebot zurückgegriffen. Dies gilt nicht zuletzt für Investitionsgüter, wie z. B. Maschinen und elektrotechnische Erzeugnisse, bei denen bis vor kurzem der Anteil der Einfuhr an den gesamten Käufen durch Inländer noch relativ niedrig gewesen war, nun aber deutlich steigende Tendenz aufweist. Für die Angebotslage auf einzelnen Märkten war diese Entwicklung zweifellos von Bedeutung. Im allgemeinen ist jedoch der Anteil der Einfuhr am volkswirtschaftlichen Gesamtangebot, trotz seiner beachtlichen Steigerung im Laufe der letzten Jahre — der Anteil der gesamten Importe am Bruttosozialprodukt belief sich im Jahre 1958 auf 13,5 vH und dürfte im Jahre 1960 etwa 16 vH erreichen —, zu gering, als daß die Zunahme der Einfuhr Entscheidendes zur Milderung der volkswirtschaftlichen Spannungen hätte beitragen können, zumal sie nur insoweit zur Entlastung beiträgt, als sie nicht durch die gleichzeitige Zunahme der Ausfuhr kompensiert wird.

#### Die Nachfrageentwicklung

##### *Teilweise Abschwächung der Lagerdispositionen*

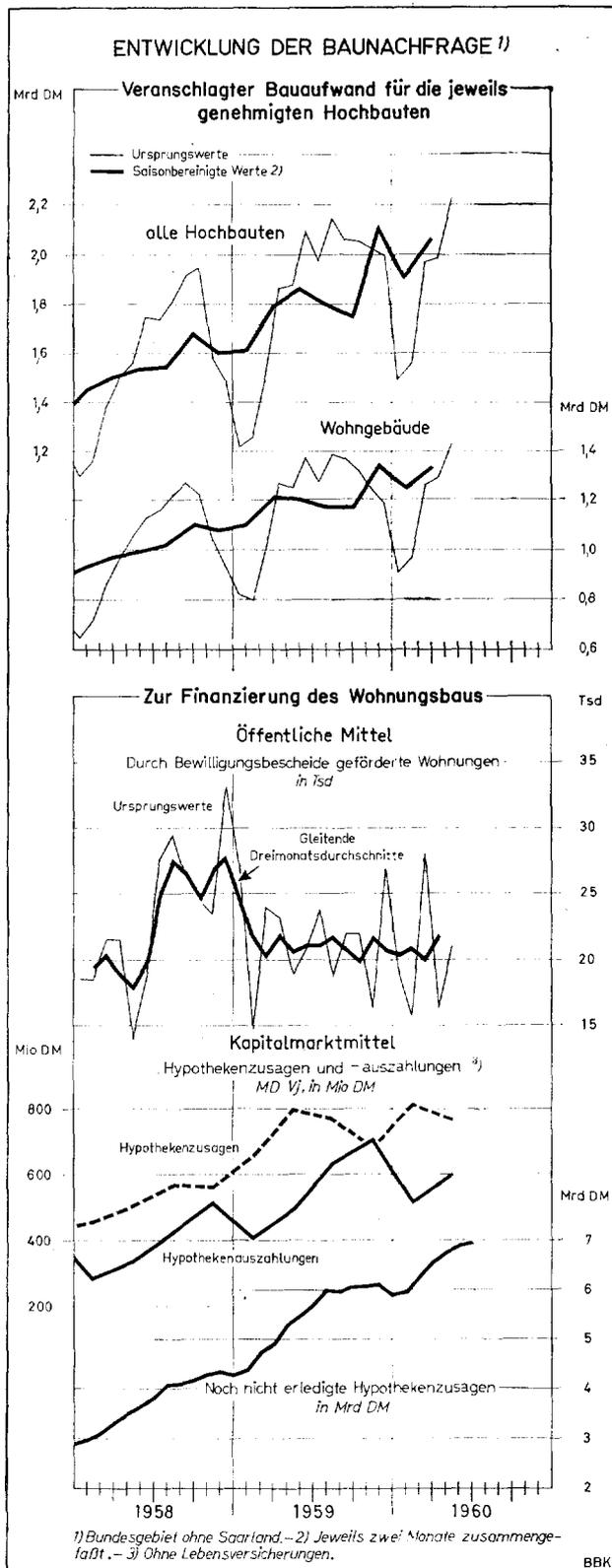
In der Nachfrageentwicklung haben sich Entlastungstendenzen bisher da bemerkbar gemacht, wo der Aufschwung in erster Linie auf Lageraufstockungen beruht hatte, ohne daß jedoch von einem allgemeinen Umschwung des sogenannten Lagerzyklus oder auch nur von einem stärkeren Rückgang der Nachfrage in den betroffenen Bereichen die Rede sein könnte. Am ehesten läßt sich eine Abschwächung der Nachfrage im *Stahlsektor* feststellen. Im Durchschnitt der Monate Mai und Juni wurden bei der Walzstahlindustrie Inlandsaufträge in Höhe von gut 1,4 Mio t gebucht gegen 1,7 Mio t im Durchschnitt der Monate März und April und 1,5 Mio t im Durchschnitt von Januar und Februar. Die Bestellungen sind damit ungefähr auf die Höhe des laufenden Verbrauchs der Stahlverarbeiter gesunken, während sie bis dahin merklich größer gewesen waren, weil der Handel und die Verarbeiter ihre Lagerbestände aufgefüllt hatten. Für das Nachlassen der Aufträge ist nicht zuletzt maßgebend, daß das Angebot an den internationalen Stahlmärkten erheblich zugenommen hat, da in den Vereinigten Staaten von Amerika der „Lager-Boom“, der für die Zeit nach der Beendigung des Stahlarbeiterstreiks vielfach erwartet worden war, ausblieb und die amerikanische Stahlindustrie statt dessen unter ausgesprochenen Absatzschwierigkeiten leidet. Die deutsche Industrie sieht sich daher einer beträchtlichen ausländischen Konkurrenz gegen-

über, die ihre Wirkung auf die Eindeckungen ihrer Abnehmer selbstverständlich nicht verfehlt. Auf der anderen Seite ist es jedoch wenig wahrscheinlich, daß es in nächster Zeit zu einem neuen Lagerabbau auf seiten der deutschen Stahlbezieher kommt. Die Lagerbestände des Handels und der Weiterverarbeiter sind trotz der Auffüllung, die sie im Vergleich zu ihrem Stand bei Beginn des vergangenen Jahres erfuhren, nach wie vor nicht groß; ihre „Reichweite“, in „Produktionstagen“ gemessen, betrug (nach Berechnungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung) Ende Mai 84 gegen 111 im zweiten Quartal von 1958.

Auch in einigen *Verbrauchsgüterindustrien* hat sich der Auftragseingang in den letzten Monaten anscheinend auf einem Niveau gehalten, das unter Berücksichtigung der üblichen Saisonschwankungen unter dem früherer Spitzenmonate liegt. Das hängt damit zusammen, daß sich der Einzelhandel in den Frühjahrsmonaten verhältnismäßig reichlich eingedeckt hatte und die Umsatzentwicklung, obwohl durchaus gut, nicht in allen Sparten — besonders da nicht, wo das regnerische und kalte Wetter der letzten Wochen abträglich wirkte — den in der Regel sehr hochgespannten Erwartungen entsprach. Die Möglichkeit ist jedoch nicht von der Hand zu weisen, daß sich unter dem Einfluß einer weiteren beträchtlichen Zunahme des privaten Verbrauchs auch die Auftragserteilung des Handels wieder verstärkt.

##### *Bisher keine Entspannung auf dem Baumarkt*

Im Bereich der Bauwirtschaft, deren lebhafter Aufschwung vor zwei Jahren die Periode der gegenwärtigen Hochkonjunktur einleitete, ist bisher noch kaum ein Abklingen der effektiven Nachfrage festzustellen. Allerdings deuten sich für einen späteren Zeitraum teilweise doch allmählich Grenzen für die Fortsetzung des gegenwärtigen Booms an. Besonderes Interesse verdienen in diesem Zusammenhang die neuesten Ziffern über die Entwicklung der *Baugenehmigungen für Wohnungen*. In den Monaten April und Mai d. J. — neuere Angaben liegen im Augenblick noch nicht vor — war die Zahl der Wohnungen, für die von seiten der Baubehörden Genehmigungen erteilt wurden, mit 100 700 um fast 4 000 kleiner als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Der dabei veranschlagte Bauaufwand, auf den es wegen der ständig besseren Ausstattung der Wohnungen bei der Abschätzung der voraussichtlichen Bauleistungen mehr ankommt als auf deren Zahl, war allerdings noch um 8 vH höher als damals, doch dürfte diese Zunahme im wesentlichen der inzwischen eingetretenen Steigerung der Baukosten entsprechen; dem Volumen nach sind also die Bauplanungen der letzten



Monate im Bereich des Wohnungsbaus nicht mehr größer gewesen als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Dieses Resultat ist sicher zu einem erheblichen Teil auf die Bremswirkung zurückzuführen, die von der Verknappung und Verteuerung der längerfristigen Finan-

zierungsmittel ausgegangen ist. Effektiv eingeschränkt wurden allerdings bis vor kurzem nur die von staatlichen Stellen zugesagten Mittel. Von den Ländern — über deren Bewilligungsstellen der größte Teil der staatlichen Wohnungsbau Mittel fließt — sind in den ersten fünf Monaten d. J. um rd. ein Viertel weniger Darlehen und Zuschüsse bewilligt worden als in der gleichen Zeit des Vorjahres; die Zahl der damit geförderten Wohnungen ist freilich nur um 7 vH zurückgegangen, da durch den Übergang zur sog. Mischfinanzierung pro Wohnungseinheit weniger öffentliche Mittel benötigt werden. Die Substitution eines Teils der staatlichen Darlehen durch Kapitalmarktmittel — deren Nettozinssatz durch sog. „Aufwendungsbeihilfen“ dem niedrigeren Niveau der für staatliche Kredite geltenden Zinssätze angeglichen wird — konnte allerdings nur so lange größere Fortschritte machen, als die Kapitalmarktmittel selbst nicht knapp waren. Bis vor kurzem war dies auch nicht der Fall, haben doch die Kapitalsammelstellen selbst im Durchschnitt der Monate März bis Mai noch um 9 vH mehr Hypothekenzusagen für den sozialen Wohnungsbau erteilt als in der gleichen Zeit des Vorjahres, und zwar ohne Beeinträchtigung des freifinanzierten Wohnungsbaus, für den im gleichen Zeitraum um 22 vH mehr Hypotheken zugesagt wurden. Inzwischen sind jedoch die Schwierigkeiten in der Beschaffung längerfristiger Finanzierungsmittel bei den vom Wertpapierabsatz abhängigen Grundkreditinstituten so groß geworden, daß sich diese im Eingehen weiterer Hypothekenengagements wachsende Zurückhaltung auferlegen mußten. Da auch die Sparkassen und Bausparkassen im Gegensatz zur bisherigen Entwicklung ihre Hypothekenzusagen nicht mehr erhöht haben, war der Gesamtbetrag an zugesagten Hypotheken im Juni um 12 vH niedriger als im gleichen Vorjahrsmonat.

Es wäre allerdings verfrüht, auf Grund dessen noch für diese Saison mit einer Entspannung im Wohnungsbausektor oder gar auf dem gesamten Baumarkt zu rechnen. Einmal wird sich der Wohnungsbau noch einige Zeit auf die bereits erteilten Aufträge und Finanzierungszusagen stützen können. Der sogenannte Bauüberhang ist gegenwärtig im Wohnungsbau, ebenso wie im sonstigen Hochbau, größer denn je. Für Ende 1959 hatte das Bundesministerium für Wohnungsbau für das Bundesgebiet (ohne Saarland und ohne Berlin) einen Überhang von 576 000 im Bau befindlichen und genehmigten, aber noch nicht begonnenen Wohnungen ermittelt. Dieser Überhang ist, wie die regelmäßig erfragte Reichweite der Auftragsbestände der Bauunternehmen zeigt, inzwischen weiter gewachsen und dürfte am Ende des Jahres 1960 noch immer höher sein als vor einem

Jahr. Auf der Finanzierungsseite spiegelt sich die ungewöhnliche Höhe dieses Nachfrageüberhangs in den von den Kapitalsammelstellen erteilten, aber von den Bauherrn noch nicht in Anspruch genommenen Hypothekenzusagen wider. Ende Juni d. J. betragen diese — selbst unter Ausschluß der zur Zeit noch nicht bekannten Ziffer für die Lebensversicherungen — fast 7,0 Mrd DM; das entspricht etwa dem 13fachen Betrag der monatsdurchschnittlichen Hypothekenauszahlungen im Jahre 1959 gegenüber einer „Reichweite“ von gut sieben Monaten Ende 1957 (gemessen an den Auszahlungen in diesem Jahr).

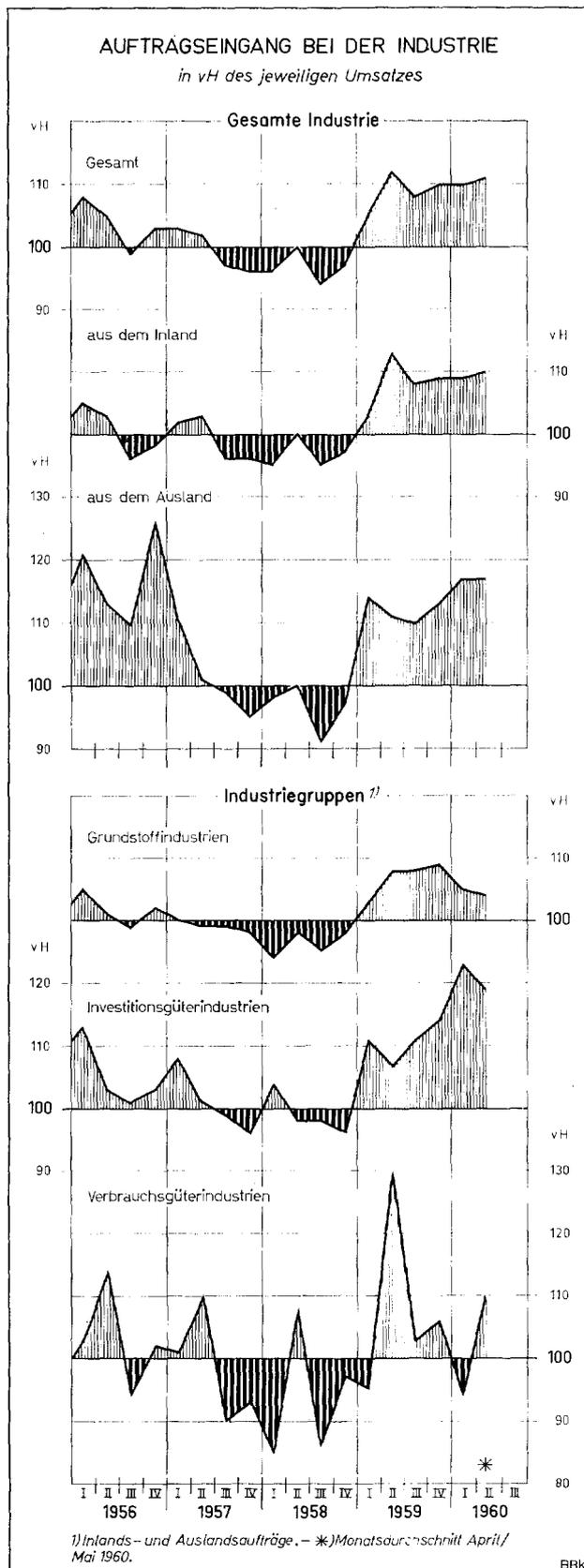
Im übrigen würde ein Rückgang des Wohnungsbaus die Baukonjunktur als Ganzes nur insoweit „abkühlen“, als er nicht durch eine Zunahme der Nachfrage in den andern Sektoren des Baumarktes kompensiert wird. Zur Zeit ist hier die Nachfrageentwicklung jedoch noch recht lebhaft. Der veranschlagte Bauaufwand für genehmigte Nichtwohngebäude war im April und Mai um rd. 20 vH höher als in der entsprechenden Vorjahrszeit; im ersten Quartal 1960 hatte sich die Zuwachsrate zwar auf 37 vH belaufen, doch bezieht sich dieser Wert auf ein konjunkturell viel niedrigeres Vorjahrsniveau als bei den April- und Maizahlen. Von einer verlangsamten Zunahme der Bauplanungen kann also in diesem Bereich kaum die Rede sein. Am wenigsten gilt dies für öffentliche Bauten, für die im April und Mai Baugenehmigungen mit einem um 24 vH höheren Bauaufwand erteilt wurden als in der gleichen Zeit des Vorjahres; aber auch bei den gewerblichen Bauten betrug die Zuwachsrate des veranschlagten Bauaufwandes in diesen beiden Monaten noch 19 vH.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Bauwirtschaft, wie schon in anderem Zusammenhang angedeutet, in mancher Hinsicht Schwierigkeiten hat, ihre Produktionsleistung weiter zu erhöhen. Im Mai und Juni war die Produktion des Bauhauptgewerbes, gemessen am Index des Statistischen Bundesamtes, nur noch um 6 vH höher als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Den entscheidenden Engpaß bildete der Mangel an Arbeitskräften. Mit der wachsenden Anspannung der Arbeitsmarktlage in den übrigen Wirtschaftszweigen hat eine Abwanderung von bisher im Bau tätigen Arbeitnehmern in andere Industriezweige eingesetzt, die größer ist als der — bisher ohnehin nicht sehr große — Zugang an Bauarbeitern aus dem Ausland. Die Zahl der im Bauhauptgewerbe Beschäftigten war daher Mitte d. J. (ohne Saarland) mit 1 370 000 um 22 000 kleiner als vor einem Jahr. Eine Verlängerung der effektiven Arbeitszeit war überdies auch hier nicht zu erreichen. Die wichtigste Chance für eine Ent-

spannung von der Produktionsseite her bieten daher die Erhöhung der Produktivität sowie eine über das Vorjahr möglichst noch hinausgehende Aufrechterhaltung der Bautätigkeit im Winter. Gelingt es, hier weitere Fortschritte zu erzielen, so könnten in der nächsten Saison die Spannungen in der Bauwirtschaft merklich nachlassen, doch ist es zu früh, in dieser Hinsicht bereits jetzt eine zuverlässige Prognose abzugeben.

#### *Ungeschwächte Nachfragesteigerung bei Ausrüstungsgütern*

Wohl am stärksten fällt unter den Faktoren, die die volkswirtschaftliche Nachfrage steigern, zur Zeit der Drang nach Ausrüstungsinvestitionen ins Gewicht; er ist weitgehend durch die Verknappung und Verteuerung der Arbeitskraft bedingt. Die Inlandsbestellungen bei den Investitionsgüterindustrien übertrafen in den Monaten April und Mai den entsprechenden Vorjahrsstand — ebenso wie im Durchschnitt des ersten Quartals — um 33 vH. Im Maschinenbau, der für die Produktion von Ausrüstungsgütern besonders typisch ist, belief sich die Steigerungsrate in den Monaten April und Mai sogar auf 50 vH. Mit diesem kräftigen Nachfragezuwachs vermochte die Produktion der Investitionsgüterindustrien trotz gleichfalls überdurchschnittlicher Erhöhung — der Vorjahrsstand wurde im ersten Halbjahr 1960 um gut 16 vH übertroffen — nicht Schritt zu halten. Der Überhang an unerledigten Aufträgen nahm daher weiter zu, anscheinend sogar in rascherem Tempo als im vergangenen Jahr. Der Auftragszugang aus dem Inland übertraf bei den Investitionsgüterindustrien zumindest während der ersten fünf Monate dieses Jahres die gleichzeitigen Umsätze um reichlich ein Fünftel; das bedeutet, daß sich die Auftragsbestände in dieser Zeit etwa um den Wert eines durchschnittlichen Monatsumsatzes und damit fast ebenso stark wie im ganzen Jahr 1959 vermehrten. Besonders stark war das Mißverhältnis zwischen Leistungsfähigkeit und Nachfrage bei den eigentlichen Investitionsgüterproduzenten. Beim Maschinenbau, der unter den Investitionsgüterindustrien einerseits die stärkste Nachfragesteigerung, andererseits aber — vom Schiffbau und Stahlbau abgesehen — die geringste Produktionszunahme aufzuweisen hatte, haben sich die Auftragsbestände in den Monaten Januar bis Mai 1960 um etwa das 1,7fache eines Monatsumsatzes erhöht, nachdem die Zunahme in den zwölf Monaten des vergangenen Jahres ungefähr das 1,4fache des gleichen Betrages ausgemacht haben dürfte. Außerdem nahmen auch bei anderen Investitionsgüterzweigen, namentlich bei der Elektrotechnischen Industrie, die Auftragsbestände in den letzten Monaten rascher als vorher zu. Nur im



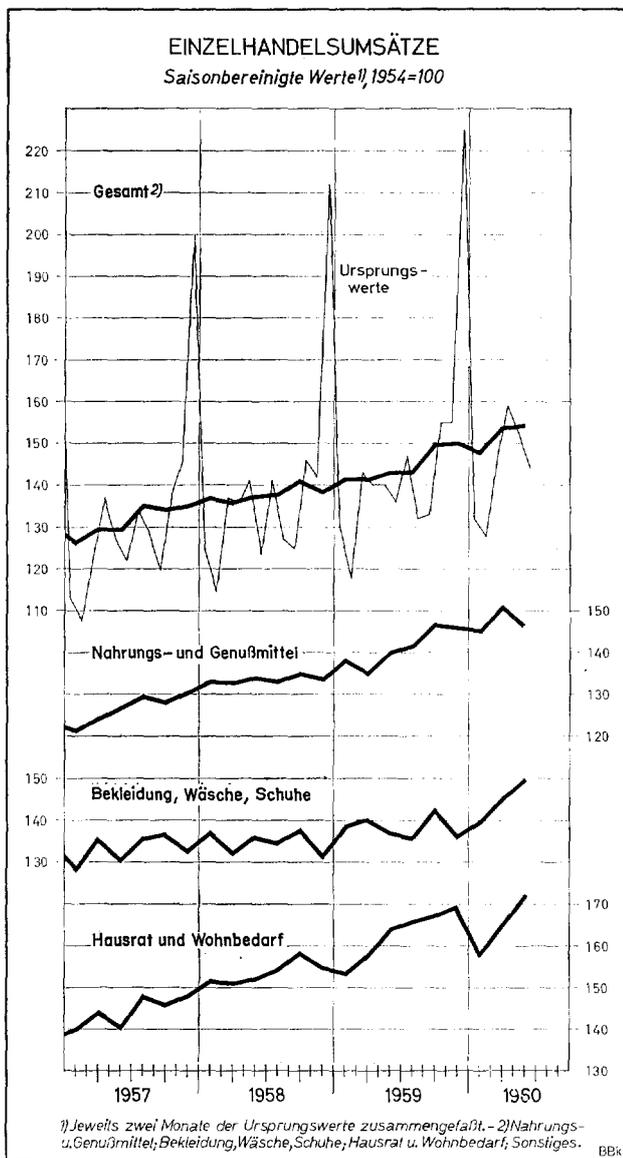
Fahrzeugbau, der um 27 bis 28 vH mehr produzierte, gleichzeitig (in den Monaten März bis Mai) aber we-

niger Aufträge erhielt als vor einem Jahr, konnte der Auftragsüberhang etwas abgebaut werden. Mit den im allgemeinen übermäßig wachsenden Auftragsbeständen haben sich nicht nur die Lieferfristen erheblich verlängert, es nehmen auch die Anzeichen dafür zu, daß die Verkäufer die für sie günstige Marktlage in stärkerem Maße für Preiserhöhungen nutzen.

#### Beschleunigtes Wachstum des privaten Verbrauchs

Typisch für die gegenwärtige Konjunkturlage ist ferner, daß in den letzten Monaten die Hochkonjunktur in zunehmendem Maße auf die Konsumgütermärkte übergegriffen hat. Der *private Verbrauch*, der in den ersten Stadien des Aufschwungs nur mit einiger Verzögerung der Aufwärtsentwicklung in den anderen Bereichen gefolgt war, hat sich seit dem Frühjahr merklich belebt. Das deutlichste Symptom hierfür bilden die Einzelhandelsumsätze, die im Durchschnitt der Monate März bis Juni eine Steigerungsrate (berechnet gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit) von 8 vH aufwiesen gegen 5 vH im Januar und Februar sowie im Monatsdurchschnitt des Jahres 1959. Bezeichnenderweise profitierten von der Verbrauchsbelebung vor allem diejenigen Branchen, die lange Zeit im „Konjunkturschatten“ gestanden hatten, so namentlich der Einzelhandel mit Bekleidung, Wäsche und Schuhen, während die Umsätze an längerlebigen Konsumgütern — wie elektrotechnische Erzeugnisse und Möbel — nur verhältnismäßig schwach gestiegen und die Umsätze an Rundfunk-, Fernseh- und Phonoartikeln im ersten Halbjahr 1960 sogar etwas unter den vergleichbaren Vorjahrsstand gesunken sind. Diejenigen Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte, die sich nicht in den Umsätzen des Einzelhandels niederschlagen, dürften im Verlaufe des Jahres sogar noch etwas stärker als die Einzelhandelsumsätze gewachsen sein, und zwar vor allem gewisse Ausgaben für den Verkehr (Haltung eigener Kraftfahrzeuge) sowie für Erholung und Unterhaltung. Nach unserer vorläufigen Berechnung waren jedenfalls die gesamten Verbrauchsausgaben im zweiten Quartal 1960 um gut 9 vH höher als in der gleichen Vorjahrszeit, während sich im ersten Vierteljahr 1960 und im Durchschnitt des Jahres 1959 die Zuwachsrate auf rd. 6 vH gestellt hatte.

Die jüngste Verbrauchsbelebung beruht zum großen Teil auf dem beschleunigten Anstieg des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte. Namentlich das *Arbeitseinkommen* hat seit Beginn dieses Jahres weit stärker zugenommen als im Vorjahr. So war die Brutto-lohn- und -gehaltssumme im ersten Quartal d. J. um 10,4 vH höher als in der gleichen Vorjahrszeit, die Nettolohn- und -gehaltssumme um 8,9 vH. Diese Stei-



gerung war allerdings zum Teil durch die — als einmalig zu bezeichnende — starke Erhöhung des Beschäftigtenstandes in den Wintermonaten bedingt. Für das zweite Quartal (für das hinreichende Angaben noch nicht vorliegen) wird aus diesem Grunde mit etwas niedrigeren Zuwachsraten zu rechnen sein, wengleich alles darauf hindeutet, daß die Durchschnittsverdienste stärker gestiegen sind als in den ersten Monaten d. J. Von Bedeutung war dabei vor allem, daß im zweiten Vierteljahr 1960 — nach den hier vorliegenden Einzeldaten — die Tariflöhne und -gehälter für rd. 7 Millionen Beschäftigte um durchschnittlich knapp 6 vH heraufgesetzt wurden, während sie im ersten Quartal für 3,9 Millionen Beschäftigte um gut 6 vH erhöht worden waren. In diesen Zahlen sind jeweils auch die verhältnismäßig geringen Stundenlohnsteigerungen enthalten, die zum Ausgleich für tariflich vereinbarte Arbeitszeitverkür-

zungen gewährt wurden — z. B. im zweiten Quartal 2,3 vH Stundenlohnerhöhungen für die Arbeiter der Bekleidungs- und Schuhindustrie sowie der Chemischen Industrie. Sieht man von diesen Lohnausgleichsregelungen ab, so gingen die bei Neuabschlüssen vereinbarten Verdiensterhöhungen im zweiten Vierteljahr merklich über den oben erwähnten Durchschnittssatz hinaus; sie betragen beispielsweise bei den 1,3 Millionen Beamten 7,7 vH und bei den rd. 700 000 Arbeitnehmern der Metallindustrie in Baden-Württemberg 8,0 bis 8,3 vH. Zum Beginn des dritten Quartals hat sich der Lohnauftrieb eher noch verstärkt. Mit Wirkung vom 1. Juli sind für insgesamt 2,6 Millionen Beschäftigte der Metallverarbeitenden Industrien sowie der Eisen schaffenden Industrie Tariflohnerhöhungen um 8,5 bis 8,7 vH in Kraft getreten. Außerdem sind zur Zeit für knapp 2 Millionen Beschäftigte die alten Lohn- und Gehaltstarife gekündigt und für weitere 2,5 bis 3,0 Millionen Beschäftigte auf Grund der tariflichen Vereinbarungen im weiteren Verlauf des Jahres noch Kündigungen möglich. Im dritten Vierteljahr 1960 werden ferner die Einkommensübertragungen wieder stärker zunehmen, da vom 1. Juni ab die Kriegsoffizierrenten — mit einem Mehraufwand von rd. 900 Mio DM im Jahr — aufgebessert wurden und entsprechende Nachzahlungen Ende Juli d. J. erfolgten. Im zweiten Quartal sind dagegen ebenso wie schon im ersten die Einkommensübertragungen trotz höherer Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherungen nur verhältnismäßig wenig gestiegen, da im Vergleich zum Vorjahr sowohl die Leistungen der Arbeitslosenversicherung als auch die laufenden Übertragungen des Lastenausgleichsfonds zurückgegangen sind.

Zur Beschleunigung des privaten Verbrauchs hat in den letzten Monaten neben der Einkommensentwicklung auch die Entwicklung der *Spartätigkeit* der privaten Haushalte beigetragen. Schon im ersten Quartal d. J. war der Gesamtbetrag der laufenden Ersparnis der privaten Haushalte mit 3,6 Mrd DM um rd. 300 Mio DM oder rd. 7 vH niedriger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Bei gleichzeitig steigender Tendenz der verfügbaren Einkommen ist die Sparquote, d. h. die Ersparnis der privaten Haushalte, gemessen an ihrem verfügbaren Einkommen, von knapp 11 vH im ersten Vierteljahr 1959 auf rd. 9 vH im ersten Quartal 1960 zurückgegangen. Im zweiten Vierteljahr hat sich diese Tendenz offenbar fortgesetzt. Zwar lassen sich bisher noch nicht alle Komponenten der Spartätigkeit in diesem Zeitraum übersehen, doch ist es nach den vorliegenden Einzelangaben so gut wie sicher, daß die weitere Abnahme des Kontensparens und des Wertpapiersparens durch die Zunahme der

Tariflohnerhöhungen im Bundesgebiet <sup>1)</sup>

Zeit	Zahl der Beschäftigten, für die Tariflohnerhöhungen in Kraft getreten sind		Ausmaß der jeweiligen Tariflohnerhöhung in vH			Tariflohnniveau <sup>2)</sup>			
	insgesamt in Tsd	in vH der tarifstatistisch erfaßten Beschäftigten <sup>3)</sup>	Stundenverdienste	Lohnausgleich für Arbeitszeitverkürzung	Wochenverdienste	Stundenverdienste		Wochenverdienste	
						Ende 1956 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in vH	Ende 1956 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in vH
1957	12 030	75	8,8	3,6	5,2	106,7	+ 6,7	104,0	+ 4,0
1958	14 920	92	7,0	1,7	5,3	113,7	+ 6,6	109,1	+ 4,9
1959 <sup>4)</sup>	12 490	76	6,5	1,3	5,2	119,5	+ 5,1	113,4	+ 3,9
1959 1. Vj.	4 180	26	2,7	2,2	0,5	114,5	+ 4,9	109,2	+ 2,9
April	950	6	4,7	0,6	4,1	114,8	+ 4,0	109,5	+ 2,1
Mai	3 080	19	3,8	0,5	3,3	115,6	+ 3,8	110,2	+ 1,9
Juni	2 750	17	5,0	0,1	4,9	116,6	+ 4,3	111,1	+ 2,6
2. Vj.	6 640	41	4,5	0,3	4,2	116,6	+ 4,3	111,1	+ 2,6
3. „	3 750	23	5,0	0,3	4,7	117,9	+ 4,7	112,3	+ 3,0
4. „	3 660	22	6,0	1,4	4,6	119,5	+ 5,1	113,4	+ 3,9
1960 1. Vj.	3 880	23	6,6	0,6	6,0	121,3	+ 5,9	115,0	+ 5,3
April	2 190	13	5,7	0,7	5,0	122,2	+ 6,4	115,8	+ 5,8
Mai	2 410	14	5,8	0,1	5,7	123,3	+ 6,7	116,7	+ 5,9
Juni <sup>5)</sup>	2 550	15	5,1	0,4	4,7	124,2	+ 6,5	117,6	+ 5,9
2. Vj. <sup>6)</sup>	7 080	42	5,6	0,4	5,2	124,2	+ 6,5	117,6	+ 5,9

<sup>1)</sup> Zu den Tariflohnerhöhungen werden hier auch die Erhöhungen der Verdienste der Angestellten und Beamten gerechnet. Wird für Angestellte und Beamte die Arbeitszeit verkürzt, ohne daß die Monatsverdienste geändert werden, so wird eine entsprechende Erhöhung der Stundenverdienste und ein entsprechender Lohnausgleich unterstellt. — <sup>2)</sup> Insgesamt werden die Tarifverträge von etwa 85 vH aller unselbständig Beschäftigten erfaßt. — <sup>3)</sup> Stand jeweils am Ende des angegebenen Zeitraums. — <sup>4)</sup> Abweichungen der Jahresergebnisse von den Summen bzw. dem Durchschnitt der Vierteljahrsverträge ergeben sich daraus, daß in den Jahresergebnissen bei mehrfachen Lohnerhöhungen im Laufe eines Jahres die Beschäftigten nur einmal und die Lohnerhöhungen mit ihrem jährlichen Gesamtbetrag erfaßt werden; bei der Zusammenfassung der Monatsergebnisse zu Vierteljahrsverträgen wird entsprechend verfahren. — <sup>5)</sup> Vorläufig.

Spartätigkeit bei Bausparkassen und Versicherungen nicht ausgeglichen werden konnte. Schließlich hat auch die verstärkte Aufnahme von Teilzahlungs- und Kleinkrediten in erheblichem Umfange zur Verringerung der gesamten Spartätigkeit der privaten Haushalte beigetragen.

*Noch relativ hohe Exportaufträge*

Ziemlich hoch ist nach den letzten Angaben auch noch die Auslandsnachfrage, wenn sie auch seit Beginn des Jahres nicht mehr gewachsen zu sein scheint. Die bei der Industrie eingehenden Auslandsaufträge übertrafen in den Monaten April und Mai den entsprechenden Vorjahrsstand um rd. 20 vH gegen 26 vH im ersten Quartal 1960. Wie im Berichtsteil über Außenhandel und Zahlungsbilanz näher dargelegt wird, war demgegenüber die gesamte Ausfuhr im zweiten Vierteljahr 1960 nur um rd. 14 vH höher als in der entsprechenden Vorjahrszeit gegen 28 vH im ersten Quartal d. J. Die verlangsamte Zunahme dürfte damit zusammenhängen, daß durch die weitgehende Ausschöpfung der inländischen Produktionsreserven auch die Exportsteigerung schwieriger wird. Damit ist zugleich allerdings auch das Mißverhältnis zwischen laufendem Auftragseingang und Lieferungen bestehen geblieben; die Bestände an unerledigten Exportorders dürften weiter zugenommen haben. Die Auftragseingänge aus dem Ausland übertrafen die gleichzeitigen Lieferungen an das Ausland in den Monaten April und Mai — ebenso wie im ersten

Quartal 1960 — um 17 vH gegenüber 12 vH im Jahre 1959. Unter der Annahme, daß diese Relation auch im Juni annähernd unverändert geblieben ist, sind die Bestände an Exportorders im ersten Halbjahr 1960 in der Höhe eines vollen Monatsumsatzes gewachsen. Bei einzelnen Branchen, die von der Investitionskonjunktur im Ausland besonders begünstigt wurden, war die Diskrepanz zwischen Aufträgen und Lieferungen erheblich größer. So gingen im Monatsdurchschnitt April und Mai die Auftragseingänge im Maschinenbau um 42 vH und in der Elektrotechnischen Industrie um 24 vH über die laufenden Lieferungen hinaus.

**Preisentwicklung**

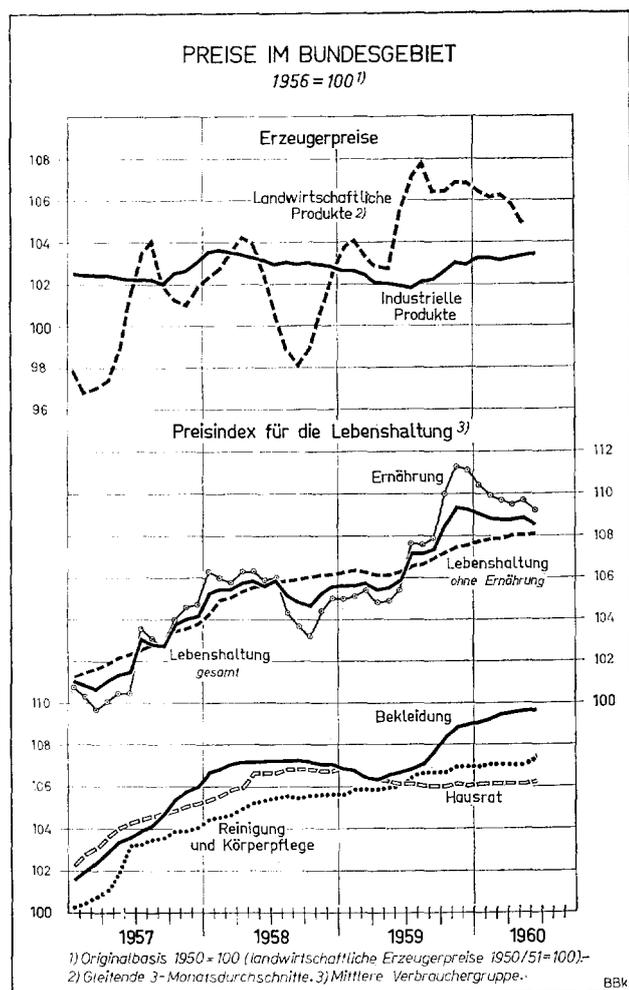
Die Preisentwicklung war auch in den letzten Monaten durch sehr divergierende Tendenzen gekennzeichnet. Einerseits setzte sich sowohl bei den Dienstleistungen als auch bei den gewerblich erzeugten Produkten der Preisanstieg fort, wenn auch im letzteren Falle nur in verhältnismäßig schwachem Maße; andererseits wurden die im vergangenen Herbst und Winter infolge der vorangegangenen Dürre stark erhöhten Preise für bestimmte Agrarprodukte weiter abgebaut. Im Preisindex für ausgewählte Grundstoffe und im Preisindex für die Lebenshaltung hatten die Preissenkungen, verstärkt zum Teil durch saisonmäßige Einflüsse, auch im zweiten Quartal das Übergewicht, so daß diese Indizes in den Monaten April bis Juni um 0,2 vH zurück-

gingen. In den nächsten Monaten dürfte allerdings die nachgebende Tendenz der landwirtschaftlichen Preise, wenn überhaupt, so nur noch abgeschwächt anhalten. Für die Entwicklung der Lebenshaltungskosten wird dies gegebenenfalls von um so größerer Bedeutung sein, als sie schon wegen der ab 1. August d. J. gesetzlich zugelassenen Erhöhung der Wohnungsmieten steigen dürften.

Auf der Erzeugerstufe sanken die *landwirtschaftlichen Preise* von April bis Juni um 2,5 vH. Dafür war vor allem die Preisabschwächung bei pflanzlichen Produkten maßgebend, die — nach dem anomal hohen Preisstand während der Herbst- und Wintermonate — beträchtlich stärker als saisonüblich war. Bei Obst und Gemüse führte die sehr reichliche Marktbelieferung im Juni zu besonders starken Preisrückgängen (um 33 bzw. 26 vH). Die Erzeugerpreise für Obst sind wieder annähernd auf das Vorjahrsniveau gefallen; die Gemüsepreise lagen sogar um 23 vH unter der damaligen Höhe, während sie noch vor wenigen Monaten um 50 bis 100 vH über den entsprechenden Vorjahrsstand hinausgegangen waren. Auch bei Speisekartoff-

feln sind Preissenkungen erzielt worden, wengleich sie sich infolge des relativ späten Anfangs der Frühkartoffelernte erst im Juli stärker durchsetzen konnten. Im Gesamtdurchschnitt sind die Erzeugerpreise pflanzlicher Produkte bis Juni d. J. wieder annähernd auf den Preisstand vor Beginn der durch die Dürreperiode im Vorjahr ausgelösten Preissteigerungswelle zurückgegangen. In Anbetracht der relativ guten Ernteaussichten wird sich der Preisrückgang bei diesen Produkten in den nächsten Monaten weiter fortsetzen, jedoch dürfte er kaum über das saisonübliche Maß hinausgehen. Nicht so günstig war die Preisentwicklung bei den tierischen Produkten. Hier setzten sich seit Mai Preissteigerungen durch, die teilweise stärker als saisonüblich waren. Die Schlachtrinderpreise erhöhten sich von März bis Juni, in dem in der Regel der Höchststand des Jahres erreicht wird, um reichlich 6 vH. Sie waren in diesem Monat zum ersten Male seit Oktober 1959 höher als vor einem Jahr. Im Juli gingen die Preise zwar bereits merklich zurück, sie hielten sich jedoch weiter über dem vergleichbaren Vorjahrsstand. Besonders kräftig — um 14 vH — zogen im Mai und Juni die Schweinepreise an, da die Angebotssteigerung hinter dem wachsenden Fleischverbrauch zurückblieb. Der Auftrieb an den Großmärkten war in den beiden Monaten um 4 bzw. 5 vH höher als vor einem Jahr. Gleichzeitig wurde Schweinefleisch eingeführt, das aber nur zum Teil auf den Markt kam; der Rest dürfte von der Einfuhr- und Vorratsstelle eingelagert worden sein; die Einlagerungsbestände an Schweinefleisch (in Hälften und in Konserven) haben sich nämlich von Anfang April bis Anfang Juni um 4 000 t auf 32 500 t erhöht, ohne daß auf den Inlandsmärkten Aufkäufe erfolgten.

Bei den *Erzeugerpreisen industrieller Produkte* hat sich der seit Mitte 1959 zu verzeichnende leichte Preisanstieg fortgesetzt; insgesamt ist der Index von März bis Juni um 0,4 vH gestiegen, und zwar vor allem wegen der Preiserhöhungen für Investitionsgüter, während im Grundstoffbereich und bei den Produkten der Nahrungs- und Genussmittelindustrien die Preise stabil geblieben sind; im Bergbau haben sie sich, der Saisontendenz entsprechend, sogar etwas zurückgebildet. Die Preissteigerungen beschränkten sich mithin weitgehend auf diejenigen Branchen, die von der Hochkonjunktur besonders begünstigt sind. So sind die Preise der Investitionsgüterindustrien im zweiten Quartal 1960 um 0,6 vH gestiegen — im Maschinenbau allein um 1,0 vH —; sie übertrafen damit im Juni den entsprechenden Vorjahrsstand um 1,1 vH. Statistisch erfaßt wurden dabei lediglich die Veränderungen der Listenpreise, während andere Änderungen in den Preisbedingungen,



Zur Preisentwicklung<sup>1)</sup>

	1959	1960	Juni 1960 gegen Juni 1959 p)	Veränderung gegenüber dem Vormonat <sup>2)</sup>					
	Juni	Juni p)		Jan. 1960	Febr. 1960	März 1960	Apr. 1960	Mai 1960	Juni p) 1960
	1950 = 100			vH					
<b>Binnenmarkt</b>									
Grundstoffpreise insgesamt	131	132	+ 1,3	- 0,1	- 0,6	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	- 0,2
davon: industrieller Herkunft	145	147	+ 1,4	+ 0,5	- 0,0	- 0,2	+ 0,5	- 0,2	+ 0,0
darunter: Mauerziegel	133	138	+ 3,4	± 0	± 0	± 0	+ 1,6	+ 0,3	± 0
Kupfer (Halbzeug)	110	121	+10,2	+ 1,3	- 0,3	- 3,8	+ 3,5	- 4,6	+ 1,0
land-, forst- und plantagenwirtschaftlicher Herkunft	118	119	+ 1,1	- 0,8	- 1,2	- 0,2	- 0,3	+ 0,2	- 0,4
darunter: Baumwolle	81	87	+ 7,4	+ 5,9	- 0,6	- 0,2	- 0,9	+ 1,0	- 0,6
Rohwolle, ausländische	58	61	+ 5,5	+ 0,3	- 4,3	+ 0,2	+ 3,4	- 2,3	- 1,2
Rohholz (Stamm), inländisches	176	185	+ 5,3	+ 0,3	+ 0,2	- 0,1	- 1,8	- 0,9	± 0
Rohkautschuk	94	120	+28,4	- 2,5	- 0,9	+ 2,6	+ 1,0	+ 6,7	- 2,4
Speisekartoffeln	129	157	+22,1	+ 2,6	- 5,6	- 5,5	- 4,1	+ 3,8	+ 8,6
Schweine	108	105	- 2,3	- 1,1	- 4,8	- 3,7	- 3,6	+ 2,9	+10,5
Erzeugerpreise der Industrie insgesamt	124	125	+ 1,5	+ 0,2	- 0,0	- 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1
darunter: Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	137	138	+ 1,2	+ 0,3	+ 0,1	- 0,2	+ 0,3	- 0,2	+ 0,0
darunter: Eisen- und Stahlindustrie	199	198	- 0,3	- 0,0	± 0	± 0	± 0	- 0,1	± 0
NE-Metallindustrie	103	112	+ 8,3	+ 0,4	- 0,1	- 2,7	+ 2,6	- 3,0	- 0,6
Papierherzeugung	127	128	+ 0,6	- 0,0	± 0	+ 0,0	± 0	+ 0,3	+ 0,6
Investitionsgüterindustrien	133	134	+ 1,1	+ 0,3	- 0,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1
darunter: Maschinenbau	142	145	+ 1,7	+ 0,3	- 0,0	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,1
Fahrzeugbau	109	108	- 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	± 0
Verbrauchsgüterindustrien	98	103	+ 5,1	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,7	- 0,0
darunter: Textilindustrie	82	89	+ 9,6	+ 1,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 1,6	- 0,1
Schuhindustrie	110	117	+ 6,3	+ 2,1	± 0	- 0,1	- 0,2	- 1,0	+ 0,0
Holzverarbeitung	129	132	+ 2,1	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1
Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte <sup>3)</sup>									
insgesamt	134	134	- 0,2	- 0,3	- 0,5	+ 0,1	+ 0,8	- 2,1	- 1,3
davon: Pflanzliche Produkte	155	159	+ 2,6	+ 4,7	- 0,2	+ 2,3	+ 3,0	- 6,8	- 6,9
Tierische Produkte	124	122	- 1,8	- 3,3	- 0,7	- 1,4	- 0,8	+ 1,2	+ 2,4
Einzelhandelspreise insgesamt	111	113	+ 1,5	- 0,2	- 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,2	- 0,2
darunter: Lebensmittelgeschäfte	113	115	+ 1,8	- 0,5	- 0,3	- 0,1	- 0,0	+ 0,3	- 0,7
darunter: Gemüsegeschäfte	143	172	+20,3	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,6	+ 1,7	+ 3,5	- 5,7
Geschäfte für Textilwaren und Schuhwerk	98	100	+ 1,8	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Geschäfte für Hausrat und Wohnbedarf	122	122	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 0,1
darunter: Geschäfte für Eisenwaren	144	146	+ 1,0	± 0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1
Möbel	122	122	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0
Elektrogeräte (ohne Rundfunkgeräte)	107	106	- 1,0	+ 0,0	- 0,9	- 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,1
Preisindex für die Lebenshaltung									
insgesamt	120	122,6	+ 2,6	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,0	+ 0,1	- 0,2
darunter: Ernährung	126	130,2	+ 3,6	- 0,6	- 0,5	- 0,2	- 0,2	+ 0,2	- 0,5
Heizung und Beleuchtung	143	146,2	+ 2,3	+ 0,3	+ 0,1	- 0,0	- 0,7	- 0,0	+ 0,2
Hausrat	112	111,8	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	± 0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0
Bekleidung	104	106,9	+ 2,8	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0
Reinigung und Körperpflege	114	116,1	+ 1,4	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,4
Bildung und Unterhaltung	123	125,9	+ 2,6	+ 0,9	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	± 0
Verkehr	137	137,8	+ 0,9	+ 0,4	± 0	± 0	± 0	+ 0,2	± 0
<b>Weltmarkt <sup>4)</sup></b>									
Preisindex des „Volkswirt“ <sup>5)</sup>									
insgesamt	96	95	- 0,8	+ 0,5	- 0,7	- 0,4	- 0,3	+ 0,6	- 0,9
davon: Nahrungsmittel	97	92	- 5,3	- 0,2	- 1,0	- 0,9	- 1,5	- 0,2	- 0,9
Gewerbliche Rohstoffe	96	98	+ 1,5	+ 0,7	- 0,3	- 0,2	+ 0,3	+ 0,9	- 0,8
Moody's Index	93	90	- 3,1	+ 1,0	- 0,9	- 0,4	+ 1,7	- 0,1	- 0,9
Reuter's Index	80	82	+ 2,2	+ 1,2	- 1,0	- 1,1	+ 0,6	+ 0,1	- 1,9

<sup>1)</sup> Angaben für frühere Monate und Erläuterungen: Tabellen VIII, 6 (Großhandels- und Erzeugerpreise) sowie 7 (Verbraucherpreise und Löhne) im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes. — <sup>2)</sup> Berechnet von R. Schulze. — <sup>3)</sup> Errechnet unter Berücksichtigung von zwei Dezimalstellen der Indizes. — <sup>4)</sup> Veränderung in vH errechnet auf Grund der Indizes auf Originalbasis mit einer Dezimalstelle. — <sup>5)</sup> Originalbasis 1950/51 = 100. — p) Vorläufig.

wie z. B. in der Rabattgewährung, mit denen in der Regel früher als bei den Listenpreisen eine Anpassung an die Marktlage vorgenommen wird, unberücksichtigt blieben. Dies mag mit ein Grund dafür sein, daß die statistisch erfaßten Preissteigerungen bei den sog. traditionellen Verbrauchsgütern — bei denen sich mit dem rasch wechselnden Produktionsprogramm auch die Listenpreise häufig ändern — seit längerem stärker in Erscheinung getreten sind als bei den Investitionsgüterindustrien, obgleich die Nachfrage relativ schwächer zugenommen hat. Die Preise der Verbrauchsgüterindustrien erhöhten sich im zweiten Quartal um 1 vH; sie übertrafen damit im Juni 1960 den entsprechenden Vorjahrsstand um 5 vH.

Außerhalb der Industrie im engeren Sinne waren vor allem wieder in der *Bauwirtschaft* beträchtliche Preissteigerungen zu verzeichnen. Der vom Statistischen Bundesamt berechnete Preisindex für den Wohnungsbau hat sich von Februar bis Mai um 3,2 vH auf 131 (1954 = 100) erhöht; der entsprechende Vorjahrsstand wurde damit um 8,2 vH übertroffen. Der Anstieg der Preise für Bauleistungen hat sich demnach weiter beschleunigt, denn in den vorangegangenen drei Quartalen war der Index von Quartalsmitte zu Quartalsmitte jeweils nur um knapp 2 vH gestiegen; die Anhebung der Bauarbeiterlöhne ab Mai d. J. und die Verteuerung wichtiger Baumaterialien dürften dafür auf der Kostenseite, der wachsende Überhang an unerledig-

ten Aufträgen auf der Nachfrageseite maßgebend gewesen sein.

Auf der *Verbraucherstufe* sind die Preise für Ernährungsgüter in letzter Zeit nicht so stark wie auf der Erzeugerstufe zurückgegangen. Beträchtlich gesunken sind nach dem Preisindex für die Lebenshaltung lediglich die Gemüsepreise. Auch die Preise für Butter und Schweineschmalz haben weiter nachgegeben und im Juni um 8 bzw. 12 vH unter Vorjahrshöhe gelegen. Hingegen ist Obst bis Juni für den Konsumenten kaum billiger geworden; Fleisch ist in den letzten Monaten, der Tendenz auf der Erzeugerstufe folgend, wieder merklich im Preis gestiegen. In den übrigen Bereichen der Lebenshaltung waren die Preise, soweit sie industriell erzeugte Verbrauchsgüter betreffen, weitgehend stabil; Hausrat und Bekleidung waren im Juni nur geringfügig — um 0,1 bzw. 0,2 vH — teurer als im März d. J. Auch in den Gruppen „Bildung und Unterhaltung“, „Reinigung und Körperpflege“ sowie „Verkehr“ war die Aufwärtsbewegung meist schwächer als vorher. Der Gesamtindex für die Lebenshaltung ist infolgedessen von März bis Juni um 0,2 vH zurückgegangen. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Preise der Dienstleistungen, die in den letzten Monaten relativ stark angezogen haben, im Preisindex für die Lebenshaltung entweder überhaupt nicht oder aber mit einem im Hinblick auf die heutigen Verbrauchsgewohnheiten wahrscheinlich zu geringen Gewicht berücksichtigt werden.

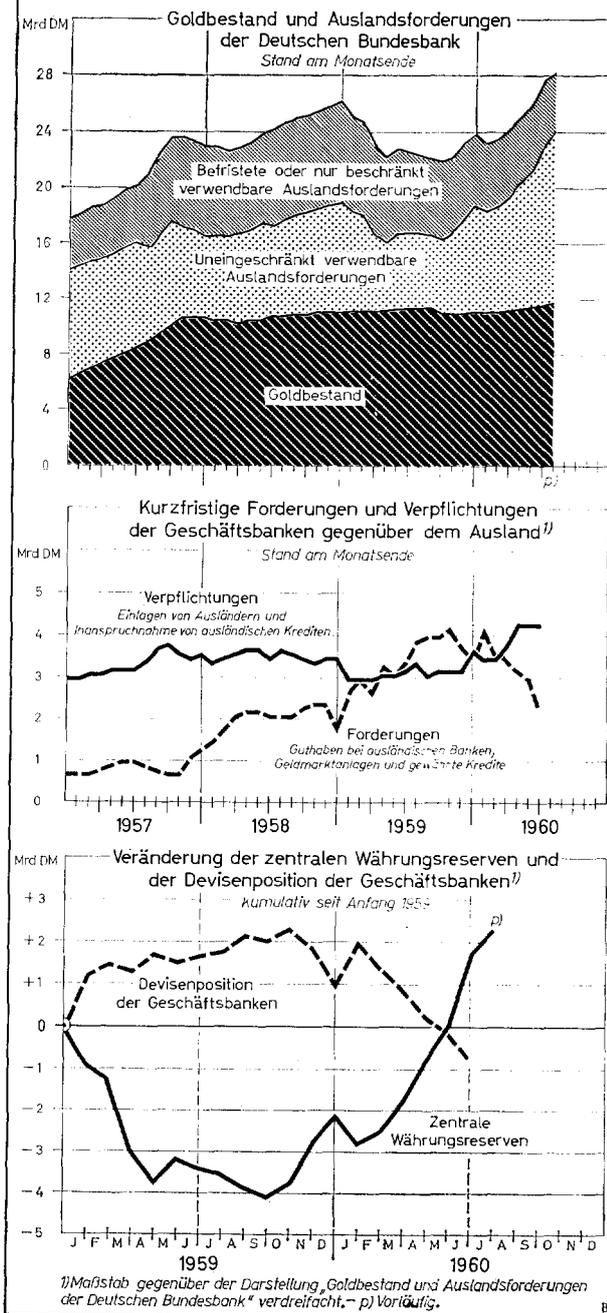
## Außenhandel und Zahlungsbilanz

### Allgemeiner Überblick

Die Entwicklung der Zahlungsbilanz stand in den letzten Monaten im Zeichen außerordentlich hoher Gold- und Devisenzugänge bei der Bundesbank. Sie betragen im April knapp 1 Mrd DM, im Mai etwa 800 Mio DM, im Juni 1,7 Mrd DM und im Juli, soweit sich bisher übersehen läßt, rd. 600 Mio DM. Eine große Rolle spielte dabei, daß die deutschen Geschäftsbanken unter dem Einfluß des auf sie ausgeübten Liquiditätsdrucks und des wachsenden Zinsgefälles zwischen der Bundesrepublik und dem Ausland, besonders den Vereinigten Staaten von Amerika, einen großen Teil ihrer kurzfristigen Auslandsguthaben zurückriefen. Im zweiten Quartal, bis zu dessen Schluß umfassende Angaben vorliegen, entfielen von dem insgesamt 3,5 Mrd DM betragenden Gold- und Devisenzugang bei der Bundesbank nicht weniger als 1,2 Mrd DM allein auf diese Quelle. Auch der Zugang von eigentlichem Auslandsgeld bzw. die Inanspruchnahme ausländischer Kredite

war beträchtlich. Typisch hierfür war nicht nur die Erhöhung der Auslandsverbindlichkeiten der deutschen Geschäftsbanken um ungefähr 450 Mio DM in den Monaten April, Mai und Juni, sondern insbesondere auch die erhebliche Diskrepanz zwischen dem Überschuß der Leistungs- und Kapitalbilanz und dem — wesentlich höheren — Devisenzugang bei der Bundesbank. Erfahrungsgemäß kommt hierin — abgesehen von etwaigen Fehlern in der Zahlungsbilanzstatistik — vor allem die nicht in den Bankbilanzen erscheinende direkte Kreditaufnahme der Wirtschaft im Ausland zum Ausdruck, mag sie nun die Form von reinen Finanztransaktionen haben oder auf einer Verschiebung der sogenannten terms of payment beruhen. Der ungeklärte Restposten der Zahlungsbilanz war im zweiten Quartal mit nahezu 1,2 Mrd DM aktiv, während er in den beiden vorangegangenen Vierteljahren zusammengekommen mit knapp 300 Mio DM passiv gewesen war. Das steigende deutsche Zins-

## ZENTRALE WÄHRUNGSRESERVEN UND DEISENPOSITION DER GESCHÄFTSBANKEN



niveau hat diese Entwicklung sicher erheblich gefördert. Von großem Einfluß waren zeitweilig aber auch Spekulationen auf eine Aufwertung der DM, die das Ausland noch über die aus dem wachsenden Zinsgefälle sich ergebenden Anreize hinaus veranlaßten, DM-Guthaben bzw. -Forderungen zu begründen und eigene DM-Verpflichtungen möglichst rasch zu tilgen. Besonders im Juni war diese Tendenz unverkennbar. Bundesregierung und Bundesbank haben deshalb am 16. Juni d. J., wie schon im letzten Monatsbericht ver-

merkt, in einer gemeinsamen Erklärung die hie und da zirkulierenden Gerüchte über eine eventuelle Änderung des Wechselkurses der DM kategorisch dementiert, um einem weiteren Zustrom von spekulativem Auslandsgeld die Grundlage zu entziehen.

Tatsächlich ist diese Erklärung nicht ohne Wirkung geblieben. In den letzten Tagen des Juni begann der Devisenzustrom zur Bundesbank nachzulassen, so daß er im Juli um 1,1 Mrd DM niedriger war als im Juni. Die Verminderung der rein spekulativen Geldbewegungen hat dabei zweifellos eine große Rolle gespielt. Aber es kamen noch andere, ihrer grundsätzlichen Bedeutung wegen vielleicht bemerkenswertere Faktoren hinzu, so einmal der Umstand, daß die Repatriierung der kurzfristigen Auslandsguthaben der Geschäftsbanken wesentlich geringere Beträge umfaßt haben dürfte als im Vormonat, weil diese Guthaben nunmehr auf einen Stand gesunken sind, auf dem sie weitgehend zur Abwicklung des laufenden Zahlungsverkehrs benötigt werden, und dann vor allem, daß der Überschuß der laufenden Posten der Zahlungsbilanz, der bereits im zweiten Quartal einen beachtlichen Rückgang aufwies, anscheinend weiter abgenommen hat, wenn auch zum Teil aus saisonalen Gründen. Durch Kapitalzuflüsse der verschiedensten Art dürften diese Tendenzen jedoch weiter kompensiert oder gar überkompensiert worden sein. Im folgenden wird auf diese Entwicklung, soweit sie sich bereits überblicken läßt, näher eingegangen.

Der Gold- und Devisenbestand der Bundesbank ist mit den Zugängen im Juli, die absolut betrachtet natürlich nach wie vor beträchtlich waren, auf 28,3 Mrd DM gewachsen gegen 27,7 Mrd DM am 30. Juni, 24,2 Mrd DM am 31. März und 21,9 Mrd DM am 30. September 1959, dem Zeitpunkt, von dem an er nach einem drei Vierteljahre währenden scharfen Rückgang wieder zu steigen begonnen hatte. Bei der Beurteilung des Juli-Standes ist zu berücksichtigen, daß hiervon rd. 4,1 Mrd DM auf Forderungen entfallen, die nicht ohne weiteres mobilisierbar sind, weil sie auf befristeten Krediten beruhen. Neben den Bonds und Notes der Weltbank, die die Bundesbank bereits am 30. Juni d. J., d. h. vor der neuerlichen Kreditgewährung an dieses Institut, besaß und die immerhin den Vorteil haben, daß für sie ein beachtlicher internationaler Markt vorhanden ist, sind in diesem Zusammenhang insbesondere die bilateralen Forderungen an frühere EZU-Mitgliedsländer im Betrage von 2,3 Mrd DM zu nennen, die bei der Auflösung der Europäischen Zahlungsunion entstanden waren. In Betracht zu ziehen ist bei der Beurteilung der Währungsreserven der Bundesbank ferner, daß die Devisenposition der Geschäftsbanken im Verlaufe dieses Jahres wieder stark passiv geworden ist, und zwar

vor allem wegen der aus Zins- und Liquiditätsgründen vorgenommenen weitgehenden Verlagerung ihrer kurzfristigen Auslandsguthaben auf die Bundesbank. Die kurzfristigen Auslandsanlagen der Geschäftsbanken stellten sich nämlich am 30. Juni auf nur noch knapp 2,3 Mrd DM gegen fast 4 Mrd DM am 30. September 1959. Gleichzeitig sind ihre Auslandsverbindlichkeiten von 3,2 Mrd DM auf 4,3 Mrd DM gewachsen. Im Saldo war die Devisenposition der Kreditinstitute Mitte d. J. also mit rd. 2 Mrd DM passiv, während sie am 30. September 1959 mit rd. 750 Mio DM aktiv gewesen war. Dem Gold- und Devisenzugang in Höhe von rd. 5,7

Mrd DM, den die Bundesbank in diesem Zeitraum aufwies, stand mithin eine Verschlechterung der Devisenposition der Geschäftsbanken um etwa 2,8 Mrd DM gegenüber, so daß bei Zusammenfassung der beiden Positionen ein Zugang von 2,9 Mrd DM verbleibt.

Selbstverständlich ist auch dieser Zufluß beträchtlich. Die Bundesbank hat dieser Entwicklung Rechnung getragen, indem sie Mitte Juli d. J. der Weltbank, wie schon angedeutet, einen neuen, und zwar diesmal längerfristigen (wenn auch durchaus fungiblen) Kredit zur Verfügung stellte, und zwar im Betrage von rd. 1 Mrd DM. Die Einzelheiten dieser Transaktion werden am

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz \*) +)

in Mio DM

Zeit	II. Leistungs- und Kapitalbilanz													III. Restposten der Zahlungsbilanz (I./II.) <sup>7)</sup>
	I. Saldo der Devisenbilanz <sup>1)</sup>	Saldo der laufenden Posten					Saldo des Kapitalverkehrs (eigene Leistungen: —, fremde Leistungen: +)					Saldo der Leistungs- und Kapitalbilanz		
		Saldo des Waren- und Dienstleistungsverkehrs			Saldo der unentgeltlichen Leistungen	Langfristig <sup>2)</sup>			Kurzfristig					
		Insgesamt	Insgesamt	Handelsbilanz <sup>3)</sup>		Dienstleistungsbilanz <sup>4)</sup>	Insgesamt	Privat	Öffentlich	Insgesamt	darunter Devisenposition der Geschäftsbanken <sup>5)</sup>			
1956	+5 087	+4 417	+5 522	+2 897	+2 625	-1 105	+ 121	- 556	+ 130	- 686	+ 677	+ 912	+4 538	+ 549
1957	+5 121	+5 866	+7 513	+4 083	+3 430	-1 647	-2 440	- 726	+ 133	- 859	-1 714	- 25	+3 426	+1 695
1958	+3 188	+6 231	+7 880	+4 954	+2 926	-1 649	-2 389	-1 875	- 526	-1 349	- 514	- 734	+3 842	- 654
1959	-2 101	+4 541	+7 177	+5 361	+1 816	-2 636	-6 133	-3 759	-1 325	-2 434	-2 374	-1 035	-1 592	- 509
1959 1. Vj.	-2 943	+1 213	+1 856	+1 191	+ 665	- 643	-4 109	-1 340	- 514	- 826	-2 769	-1 335	-2 896	- 47
2. "	- 423	+1 077	+1 688	+1 295	+ 393	- 611	-1 179	- 991	- 500	- 491	- 188	- 353	- 102	- 321
3. "	- 665	+ 563	+1 354	+1 212	+ 142	- 791	-1 527	-1 082	- 207	- 875	- 445	- 381	- 964	+ 299
4. "	+1 930	+1 688	+2 279	+1 663	+ 616	- 591	+ 682	- 346	- 104	- 242	+1 028	+1 034	+2 370	- 440
1960 1. Vj.	+ 364	+1 707	+2 287	+1 417	+ 870	- 580	-1 499	- 709	- 534	- 175	- 790	+ 120	+ 208	+ 156
2. " P)	+3 454	+ 738	+1 496	+ 872	+ 624	- 758	+1 524	- 374	- 131	- 243	+1 898	+1 619	+2 262	+1 192
1959 April	- 748	+ 198	+ 379	+ 335	+ 44	- 181	- 807	- 300	- 215	- 85	- 507	- 397	- 609	- 139
Mai	+ 553	+ 429	+ 578	+ 467	+ 111	- 149	+ 181	- 133	- 40	- 93	+ 314	+ 177	+ 610	- 57
Juni	- 228	+ 450	+ 731	+ 493	+ 238	- 281	- 553	- 558	- 245	- 313	+ 5	- 133	- 103	- 125
Juli	- 138	- 157	+ 308	+ 368	- 60	- 465	- 410	- 187	- 10	- 177	- 223	- 111	- 567	+ 429
Aug.	- 313	+ 237	+ 429	+ 359	+ 70	- 192	- 645	- 270	- 153	- 117	- 375	- 385	- 408	+ 95
Sept.	- 214	+ 483	+ 617	+ 485	+ 132	- 134	- 472	- 625	- 44	- 581	+ 153	+ 115	+ 11	- 225
Okt.	+ 308	+ 627	+ 810	+ 567	+ 243	- 183	- 428	- 97	- 18	- 79	- 331	- 266	+ 199	+ 109
Nov.	+ 961	+ 833	+ 963	+ 680	+ 283	- 130	+ 323	- 72	- 66	- 6	+ 395	+ 449	+1 156	- 195
Dez.	+ 661	+ 228	+ 506	+ 416	+ 90	- 278	+ 787	- 177	- 20	- 157	+ 964	+ 851	+1 015	- 354
1960 Jan	- 643	+ 338	+ 522	+ 281	+ 241	- 184	-1 267	- 276	- 210	- 66	- 991	-1 006	- 929	+ 286
Febr.	+ 289	+ 509	+ 710	+ 396	+ 314	- 201	- 239	- 259	- 231	- 28	+ 20	+ 629	+ 270	+ 19
März	+ 718	+ 860	+1 055	+ 740	+ 315	- 195	+ 7	- 174	- 93	- 81	+ 181	+ 497	+ 867	- 149
April	+ 988	+ 167	+ 586	+ 310	+ 276	- 419	+ 517	- 199	- 169	- 30	+ 716	+ 634	+ 684	+ 304
Mai	+ 781	+ 384	+ 545	+ 393	+ 152	- 161	+ 201	- 122	- 57	- 65	+ 323	+ 363	+ 585	+ 196
Juni <sup>P)</sup>	+1 685	+ 187	+ 365	+ 169	+ 196	- 178	+ 806	- 53	+ 95	- 148	+ 859	+ 622	+ 993	+ 692

\*) Vom Tage der wirtschaftlichen Eingliederung des Saarlandes an (6. 7. 1959) einschl. der Transaktionen des Saarlandes mit dem Ausland. — +) Vgl. auch Tab. VII, 2 und 5 im Statistischen Teil des vorliegenden Berichts. — 1) Veränderung des Goldbestandes und der Auslandsforderungen (netto) der Deutschen Bundesbank (Zugang: +); ab Januar 1959 einschl. der Veränderungen auf den Akkreditivdeckungskonten sowie einschl. der Veränderungen des größten Teils der Verpflichtungen aus „Einlagen ausländischer Einleger“. — 2) Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik; Einfuhr cif, Ausfuhr fob; 1957 und 1958 einschl. nachträglich gemeldeter und daher in der amtlichen Außenhandelsstatistik für diese Jahre nicht erfaßter Einfuhren der Bundesregierung. — 3) Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten. jedoch einschl. des Saldos des Transithandels sowie einschl. sonstiger, den Warenverkehr betreffender Ergänzungen. — 4) Einschl. der Einnahmen aus Warenlieferungen und Dienstleistungen für ausländische Streitkräfte. — 5) Für die Aufgliederung in „Privat“ und „Öffentlich“ ist maßgebend, welchem der beiden Sektoren die an der jeweiligen Transaktion beteiligte inländische Stelle angehört. — 6) Saldo aus der Veränderung der kurzfristigen Auslandsforderungen und -verpflichtungen (Zunahme der Forderungen und Abnahme der Verpflichtungen: —). — 7) Saldo der nicht erfaßbaren Posten und der statistischen Ermittlungsfehler; hauptsächlich bedingt durch Veränderungen in den terms of payment. — P) Vorläufig.

Schluß dieses Abschnitts mitgeteilt. Der Sinn der Operation ist, die Nutzung eines Teils der relativ hohen Devisenreserven der Bundesbank für Zwecke der Entwicklungshilfe zu ermöglichen, ohne dabei jedoch auf diejenigen Garantien in Bezug auf Sicherheit und Mobilität zu verzichten, auf denen eine Notenbank bei der Anlage ihrer Währungsguthaben bestehen muß.

### Rückgang des Überschusses der laufenden Posten der Zahlungsbilanz

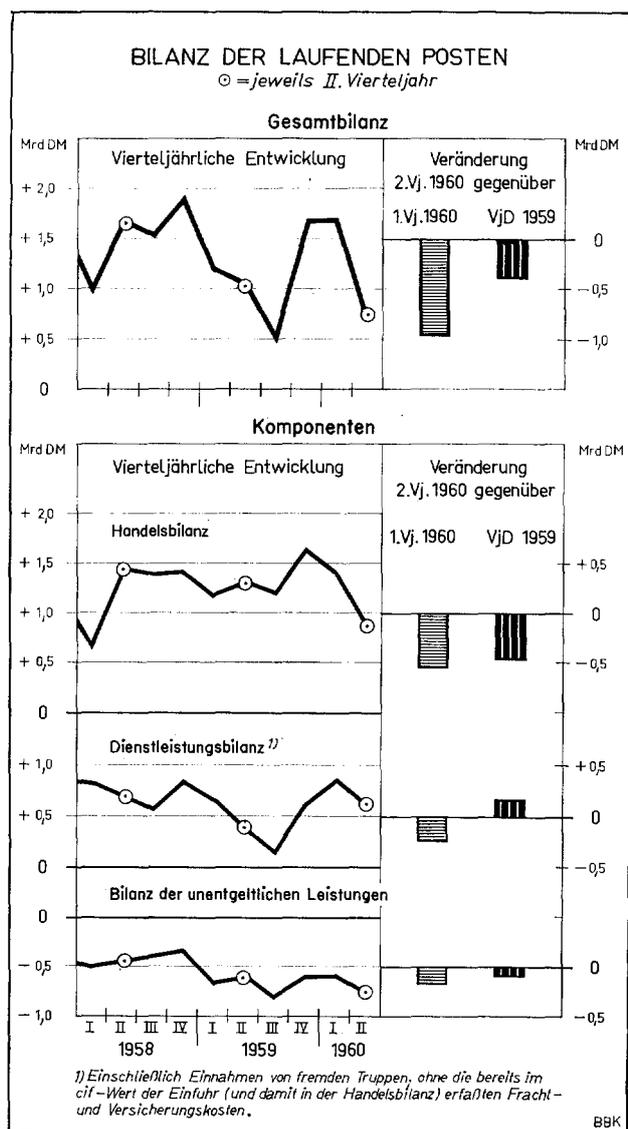
Einer der interessantesten Züge der Zahlungsbilanzentwicklung der letzten Monate war, wie bereits erwähnt, die starke Verringerung des Überschusses der laufenden Posten. Im zweiten Quartal 1960 stellte sich dieser Überschuß auf rd. 740 Mio DM gegen 1,7 Mrd DM im ersten Quartal, nahezu ebenfalls 1,7 Mrd DM im vierten Quartal von 1959, rd. 560 Mio DM im dritten Quartal von 1959 (die Sonderzahlungen des Bundes

an Frankreich im Zusammenhang mit der Rückgliederung des Saarlandes hatten den Überschuß damals stark herabgedrückt) und gut 1 Mrd DM im zweiten Quartal von 1959. Die schon seit 1958 im Gegensatz zu einer weitverbreiteten Meinung deutlich festzustellende tendenzielle Verminderung der Leistungsbilanzüberschüsse hat sich damit in den letzten Monaten wieder fortgesetzt, nachdem sie im ersten Quartal vorübergehend einem Anstieg gewichen war, der von manchen Seiten bereits als Tendenzwandel gedeutet wurde. Der gesamten Zahlungsbilanz vermochte diese Entwicklung allerdings nicht ihren Stempel aufzudrücken, da die Kapitalbilanz im zweiten Quartal nicht passiv war, sondern im Gegenteil mit einem hohen Aktivsaldo (1,5 Mrd DM) abschloß und der Saldo der ungeklärten Posten mit fast 1,2 Mrd DM ebenfalls aktiv war. Auch im Juli scheint dies bis zu einem gewissen Grade der Fall gewesen zu sein.

### Verminderter Ausfuhrüberschuß . . .

Entscheidend für die Verringerung des Überschusses der laufenden Posten der Zahlungsbilanz im Verlauf der letzten Monate war der Rückgang des Ausfuhrüberschusses. Der Aktivsaldo der Handelsbilanz betrug im zweiten Vierteljahr rd. 870 Mio DM gegen 1,4 Mrd DM im ersten Quartal und nahezu ebensoviel im Vierteljahrsdurchschnitt von 1959; auch im Vergleich zum zweiten Quartal von 1959 allein war der Überschuß der Monate April bis Juni d. J. um etwa 425 Mio DM niedriger.

Diese Abnahme hängt einmal damit zusammen, daß sich das Wachstum der Exporte in den letzten Monaten deutlich verlangsamt hat. Insgesamt betrug der Wert



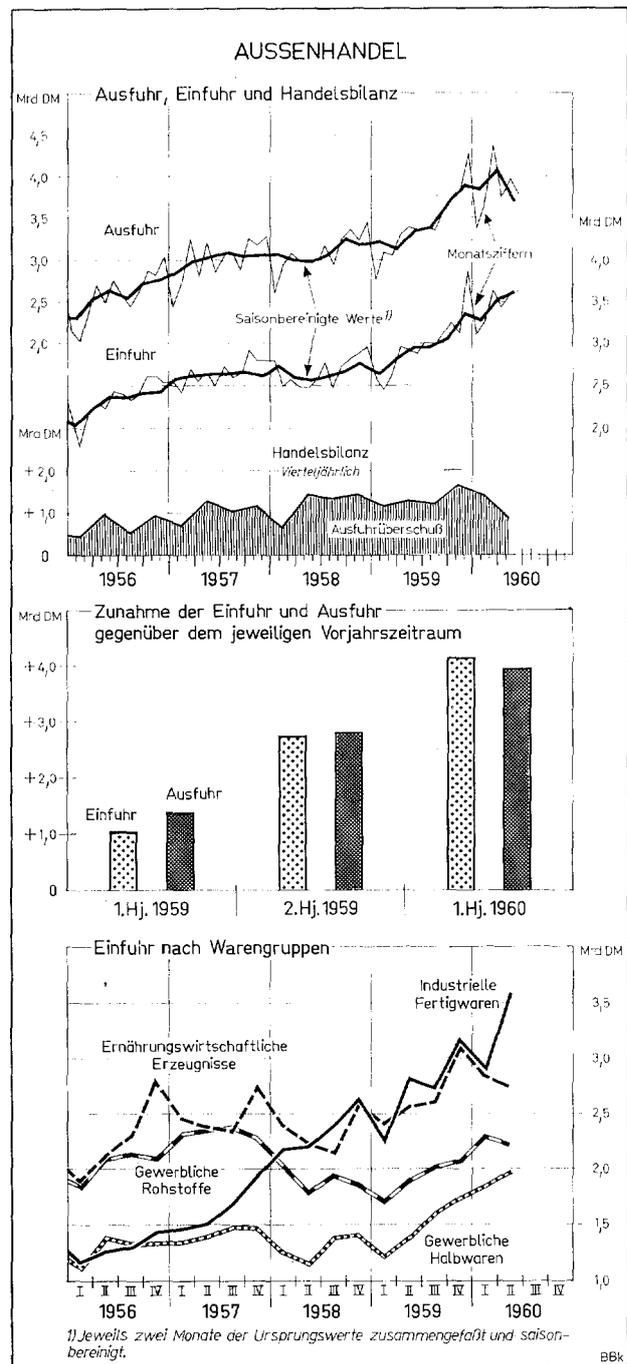
### Zur Entwicklung des Außenhandels

Zeit	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo	Ausfuhr	Einfuhr
	Mio DM			2. Vj. 1959 = 100	
1959 1. Vj.	8 909	7 718	+1 191	89	88
2. "	10 061	8 766	+1 295	100	100
3. "	10 308	9 096	+1 212	102	104
4. "	11 906	10 243	+1 663	118	117
1960 1. Vj.	11 420	10 003	+1 417	113	114
2. "	11 508	10 636	+ 872	114	121

der *Ausfuhr* im zweiten Quartal 11,5 Mrd DM gegen 11,4 Mrd DM im vorangegangenen Quartal und 11,9 Mrd DM in den letzten drei Monaten von 1959. Gegenüber dem zweiten Quartal des vergangenen Jahres haben sich die deutschen Auslandslieferungen zwar erneut stark erhöht, nämlich um 1,4 Mrd DM oder reichlich 14 vH, doch war die Jahreszuwachsrate nur noch halb so hoch wie im ersten Quartal dieses Jahres. Noch deutlicher spiegelt sich die — zumindest fürs

erste — eingetretene Verringerung des Ausfuhrwachstums in der Entwicklung der saisonbereinigten Ausfuhrwerte wider, die, wie das nebenstehende Schaubild zeigt, neuerdings sogar einen Rückgang aufweisen. Der Grund für die Verzögerung des Ausfuhrwachstums dürfte in der Hauptsache darin zu suchen sein, daß sich die deutsche Exportindustrie den Grenzen genähert hat, die einer Ausweitung ihrer Lieferungen durch die Kapazitätsanspannung gesetzt sind, obwohl es möglich ist, daß in diesem Zusammenhang auch Zufallseinflüsse im Auslieferungsrhythmus von Großobjekten eine Rolle spielen. Die Aufträge aus dem Ausland waren dagegen weiter relativ hoch. In den Monaten April und Mai — neuere Ergebnisse stehen noch nicht zur Verfügung — übertrafen sie um rd. 20 vH ihren entsprechenden Vorjahrsstand. Gleichzeitig gingen sie um 15 und 18 vH über die jeweiligen Lieferungen hinaus, d. h. um kaum weniger als in den ersten drei Monaten des Jahres, in denen sie den Umsatz um 17 vH übertroffen hatten, und um mehr als im letzten Quartal des vergangenen Jahres, in dem sie 113 vH des gleichzeitigen Umsatzes ausgemacht hatten. Was die Ausfuhrentwicklung im einzelnen anlangt, so ergibt sich für das zweite Quartal ein weitaus stärker differenziertes Bild als vordem. Im Investitionsgüterexport hatten zum Beispiel die Exporte von Maschinen sowie von feinmechanischen und optischen Erzeugnissen weiter einen relativ starken Aufschwung (zumindest im Vergleich zum zweiten Quartal des vergangenen Jahres) zu verzeichnen, während der Export anderer Investitionsgüter nur verhältnismäßig schwach zugenommen hat. Insgesamt haben sich die Investitionsgüterexporte im zweiten Quartal gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres weniger erhöht als die Exporte von Grundstoffen und von Verbrauchsgütern. Dementsprechend ist der Anteil der Investitionsgüterindustrien an der Gesamtausfuhr, der, nach jahrelanger Ausweitung, im Zuge der allgemeinen Ausfuhr-expansion bereits im vergangenen Jahr abgenommen hatte, weiter zurückgegangen.

Ausschlaggebend für die Verringerung des Aktivsaldos der Handelsbilanz war jedoch die Entwicklung der *Einfuhr*. Hier ist von einer Verlangsamung des Anstiegs kaum etwas zu spüren, besonders, wenn man in Rechnung stellt, daß die Importe in der ersten Hälfte des Jahres saisonüblich eher geringer sind als in der zweiten. Die Einfuhren haben im zweiten Quartal von 1960 mit reichlich 10,6 Mrd DM einen Stand erreicht, der um fast 400 Mio DM über ihrem — stark saisonal beeinflussten — bisherigen Vierteljahres-Höchststand im vierten Quartal von 1959 lag und über



ihren Stand im zweiten Quartal von 1959 um rd. 1,9 Mrd DM oder gut 21 vH hinausging.

In gewissem Umfang war diese Zunahme dadurch beeinflusst, daß in den letzten Monaten verhältnismäßig hohe Einfuhren von Rüstungsgütern registriert wurden, wobei es sich zu einem erheblichen Teil um Einfuhren über ausländische Militärdienststellen handelte, über die vielfach nicht Zug um Zug, sondern in gewissen Abständen abgerechnet wird. In den Einfuhrziffern für das zweite Quartal waren jedenfalls wesentlich mehr Rüstungseinfuhren enthalten als im ersten

Quartal d. J. oder im zweiten Quartal des vergangenen Jahres. Ein nicht unerheblicher Teil der Verringerung, die der Ausfuhrüberschuß im zweiten Quartal d. J. gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres aufwies, war dementsprechend durch Rüstungseinfuhren bedingt, die keine kontinuierliche Aufwärtsbewegung aufweisen und in den nächsten Monaten das Volumen der Gesamteinfuhr wieder herabdrücken können. Aber auch abgesehen von der Zunahme der Rüstungseinfuhren ist der Ausfuhrüberschuß in den letzten Monaten zurückgegangen, da die sonstigen Einfuhren ebenfalls stärker zugenommen haben als

*Einfuhr nach Warengruppen*  
2. Vierteljahr 1959 = 100

Zeit	Ernährungswirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft			
		Insgesamt	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren
1959 1. Vj.	95	85	90	88	80
2. "	100	100	100	100	100
3. "	102	105	106	116	97
4. "	122	115	109	126	113
1960 1. Vj.	111	116	121	134	103
2. "	107	127	117	143	127

die Ausfuhr, nämlich um 19 vH, während die Ausfuhr, wie erwähnt, im zweiten Quartal 1960 um rd. 14 vH höher war als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Diese Zunahme ist um so bemerkenswerter, als die Einfuhr von Rohstoffen und von Ernährungsgütern, wie der vorstehenden Tabelle entnommen werden kann, in letzter Zeit bei weitem nicht mehr so stark gestiegen ist wie vordem. Die Ausweitung der Halb- und Fertigwarenimporte ist jedoch nach wie vor beträchtlich. Hohe Wachstumsraten waren vor allem bei bestimmten Vorerzeugnissen sowie bei der Einfuhr von Maschinen und bei fast allen Verbrauchsgütern zu verzeichnen, also bei solchen Gütern, bei denen die zunehmende Produktionsanspannung in der Bundesrepublik eine besondere Rolle gespielt haben dürfte. Der Anteil der Auslandswaren an der inländischen Marktversorgung hält sich zwar, insgesamt gesehen, in verhältnismäßig engen Grenzen, jedoch hat er sich im Laufe dieses Jahres spürbar ausgeweitet. Betrachtet man zum Beispiel das Verhältnis der Importe zum Inlandsumsatz der entsprechenden Industrien, so betrug diese Relation in den ersten fünf Monaten d. J. bei den Investitionsgütern 7,6 vH gegen 6,8 vH im vergangenen Jahr und bei den Verbrauchsgütern 10,1 vH gegen 8,9 vH im Jahre 1959.

*... und verminderter Überschuß  
der Dienstleistungsbilanz*

In der Dienstleistungsbilanz, in der bei der laufenden Berichterstattung die in den Einfuhr-cif-Wer-

ten (und damit auch in der Handelsbilanz) erfaßten Fracht- und Versicherungskosten nicht enthalten sind, ist der Überschuß im zweiten Vierteljahr ebenfalls zurückgegangen; er stellte sich auf rd. 620 Mio DM gegen 870 Mio DM in den ersten drei Monaten von 1960. Im einzelnen hängt dies vor allem damit zusammen, daß sich das Defizit in der Kapitalertragsbilanz von rd. 60 Mio DM im ersten auf mehr als 200 Mio DM im zweiten Quartal erhöht hat. Abgesehen von den vertraglich fälligen Zinszahlungen des Bundes auf die Schulden aus der amerikanischen Nachkriegswirtschaftshilfe erklärt sich die Zunahme hauptsächlich aus dem Anstieg des Transfers von Gewinnen und Dividenden. Weiter ist zu erwähnen, daß der Passivsaldo der Reiseverkehrsbilanz — der saisonalen Entwicklung entsprechend — gestiegen ist. Nach ersten Schätzungen dürfte er sich auf 150 Mio DM belaufen haben, verglichen mit 100 Mio DM im ersten Vierteljahr und einem geringfügigen Aktivsaldo im letzten Quartal von 1959. Im Juli scheint sich diese Passivierung verstärkt fortgesetzt zu haben.

Im Vergleich zu dem entsprechenden Vorjahrsabschnitt war der Überschuß der Dienstleistungsbilanz in den beiden ersten Quartalen des laufenden Jahres gleichwohl etwas höher, und zwar um jeweils gut 200 Mio DM. Dies liegt außer an den weiter — wenn auch wesentlich langsamer — wachsenden Einnahmen von den im Bundesgebiet stationierten Truppen der NATO-Mächte daran, daß die Dienstleistungsüberschüsse in den ersten Monaten des Jahres 1959 durch einen Sonderfaktor, nämlich durch die „Ablösungszahlungen“ des deutschen Bergbaus für Kohleeinfuhr-Lizenzen, in erheblichem Umfang reduziert worden waren.

*Passivsaldo der Bilanz der unentgeltlichen Leistungen  
erneut gestiegen*

Für den Rückgang des Überschusses der Bilanz der laufenden Posten ist ferner von Bedeutung, daß sich das Defizit der unentgeltlichen Leistungen im zweiten Quartal 1960 erneut beträchtlich erhöht hat; es stellte sich auf rd. 760 Mio DM gegen 580 Mio DM im ersten Quartal und gut 600 Mio DM im entsprechenden Zeitabschnitt des Vorjahres. Maßgebend war dabei die Entwicklung der individuellen Wiedergutmachungsleistungen, d. h. der Zahlungen an im Ausland ansässige Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung. Hierfür wurden in den Monaten April bis Juni rd. 450 Mio DM aufgewandt gegenüber 320 Mio DM im zweiten Vierteljahr von 1959. Im bisherigen Verlauf von 1960 erreichten diese Zahlungen mit 900 Mio DM mehr als zwei Drittel der im ganzen Jahr 1959 erbrachten individuellen Wiedergutmachungsleistungen (1,3 Mrd

Zur Außenwirtschaftslage \*)  
in Mio DM

	1959							1960			
	2. Vj.			3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.				
	Insgesamt	April	Mai				Insgesamt(*)	April	Ma	Juni(*)	
<b>Außenhandel</b>											
Monatsdurchschnitte bzw. Monate											
Alle Länder <sup>1)</sup> )											
Ausfuhr (fob)	3 354	3 306	3 386	3 369	3 436	3 968	3 807	3 836	3 742	3 980	3 786
Einfuhr (cif)	2 922	2 971	2 919	2 876	3 032	3 414	3 335	3 545	3 432	3 587	3 617
Saldo <sup>2)</sup> )	+ 432	+ 335	+ 467	+ 493	+ 404	+ 554	+ 472	+ 291	+ 310	+ 393	+ 169
Ländergruppen <sup>3)</sup> )											
EWA-Länder:											
Ausfuhr	2 328	2 336	2 287	2 360	2 406	2 730	2 665	...	2 701	2 925	...
Einfuhr	2 014	2 034	2 004	2 002	2 069	2 355	2 326	...	2 422	2 469	...
Saldo <sup>4)</sup> )	+ 314	+ 302	+ 283	+ 358	+ 337	+ 375	+ 339	...	+ 279	+ 456	...
Dollar-Länder:											
Ausfuhr	509	465	554	507	534	621	582	...	518	484	...
Einfuhr	635	672	645	587	671	734	719	...	697	759	...
Saldo <sup>5)</sup> )	- 126	- 207	- 91	- 80	- 137	- 113	- 137	...	- 179	- 275	...
Sonstige Länder:											
Ausfuhr	501	490	529	485	479	599	550	...	512	560	...
Einfuhr	270	263	267	282	289	322	282	...	305	351	...
Saldo <sup>6)</sup> )	+ 231	+ 227	+ 262	+ 203	+ 190	+ 277	+ 268	...	+ 207	+ 209	...
Austauschrelation (terms of trade)											
1954 = 100											
Durchschnittswerte der Ausfuereinheit	102,9	103,0	102,9	102,8	102,1	102,0	102,6	...	102,3	104,4	...
Durchschnittswerte der Einfuhreinheit	91,8	92,2	91,6	91,6	91,8	91,6	92,1	...	91,9	93,5	...
Austauschrelation <sup>7)</sup> )	112,1	111,7	112,3	112,1	111,2	111,3	111,4	...	111,4	111,6	...
<b>Goldbestand und Auslandsforderungen<sup>8)</sup>) der Deutschen Bundesbank<sup>9)</sup>)</b>											
Stand am Ende des Berichtszeitraums											
Goldbestand und uneingeschränkt verwendbare Auslandsforderungen (netto)											
Insgesamt	+16 842	+16 109	+16 694	+16 842	+16 397	+18 779	+19 465	+22 988	+20 475	+21 256	+22 988
darunter:											
Goldbestand	+11 355	+11 248	+11 272	+11 355	+11 009	+11 077	+11 214	+11 643	+11 357	+11 511	+11 643
US-\$ (einschl. can. \$)	+ 5 661	+ 5 142	+ 5 618	+ 5 661	+ 5 370	+ 7 278	+ 7 729	+10 733	+ 8 687	+ 9 181	+10 733
Befristete oder nur beschränkt verwendbare Auslandsforderungen (netto)											
Insgesamt	+ 5 741	+ 6 149	+ 6 117	+ 5 741	+ 5 521	+ 5 069	+ 4 747	+ 4 678	+ 4 725	+ 4 725	+ 4 678
darunter:											
Bilaterale Forderungen aus früheren Krediten an die EZU	+ 3 813	+ 3 921	+ 3 912	+ 3 813	+ 3 621	+ 3 159	+ 2 978	+ 2 835	+ 2 918	+ 2 917	+ 2 835
Schuldverschreibungen der Weltbank	+ 1 378	+ 1 378	+ 1 378	+ 1 378	+ 1 496	+ 1 496	+ 1 391	+ 1 491	+ 1 416	+ 1 451	+ 1 491
Zweckgebundene Guthaben bei ausländischen Banken und zweckgebundene Geldmarktanlagen	+ 441	+ 707	+ 706	+ 441	+ 353	+ 353	+ 353	+ 353	+ 353	+ 353	+ 353
Konsolidierungskredite an ausländische Zentralbanken	+ 223	+ 236	+ 224	+ 223	+ 188	+ 175	+ 143	+ 131	+ 144	+ 141	+ 131
<b>Zahlungsbilanz</b>											
Monatsdurchschnitte bzw. Monate											
I. Saldo der Devisenbilanz <sup>10)</sup> ) (Überschuß: +)	- 141	- 748	+ 553	- 228	- 222	+ 643	+ 121	+ 1 151	+ 988	+ 781	+ 1 685
II. Saldo der Leistungs- und Kapitalbilanz	- 34	- 609	+ 610	- 103	- 321	+ 790	+ 69	+ 754	+ 684	+ 585	+ 993
1. Laufende Posten	+ 359	+ 198	+ 429	+ 450	+ 188	+ 563	+ 569	+ 246	+ 167	+ 384	+ 187
davon: Waren- und Dienstleistungsverkehr	+ 563	+ 379	+ 578	+ 731	+ 451	+ 760	+ 762	+ 499	+ 586	+ 545	+ 365
Unentgeltliche Leistungen (eigene Leistungen: -)	- 204	- 181	- 149	- 281	- 263	- 197	- 193	- 253	- 419	- 161	- 178
2. Kapitalverkehr (eigene Leistungen: -)	- 393	- 807	+ 181	- 553	- 509	+ 227	- 500	+ 508	+ 517	+ 201	+ 806
davon: Langfristig	- 330	- 300	- 133	- 558	- 361	- 115	- 236	- 125	- 199	- 122	- 53
Kurzfristig	- 63	- 507	+ 314	+ 5	- 148	+ 342	- 264	+ 633	+ 716	+ 323	+ 859
III. Saldo der nicht erfaßbaren Posten und der statistischen Ermittlungsfehler <sup>11)</sup> ) (I - II)	- 107	- 139	- 57	- 125	+ 99	- 147	+ 52	+ 397	+ 304	+ 196	+ 692

Angaben für frühere Monate und Erläuterungen: Tabellen Nr. VII, Außenwirtschaft, im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes.

<sup>1)</sup> Die Angaben dieser Tabelle beziehen sich vom Tage der wirtschaftlichen Eingliederung des Saarlandes an (6. 7. 1959) auf das Bundesgebiet einschl. Saarland.

<sup>2)</sup> Die Daten sind mit den im Rahmen des Bundesbankausweises angegebenen Zahlen nicht ganz identisch, da der Goldbestand und die Auslandsforderungen hier entsprechend den Vorschriften des Internationalen Währungsfonds für die Aufstellung von Zahlungsbilanzen zum Paritätskurs angegeben sind, während sie im Bundesbankausweis zum Jahresende nach dem Niederwertprinzip und für das laufende Jahr jeweils zum Tageskurs berechnet werden. Darüber hinaus bestehen bei den Verpflichtungen gewisse Unterschiede in Bezug auf die Abgrenzung der zu berücksichtigenden Positionen; so können in der Zahlungsbilanz zur Zeit mangels statistischer Unterlagen über die Umsätze noch nicht alle in der Position „Einlagen ausländischer Einleger“ des Bundesbankausweises erfaßten Verpflichtungen berücksichtigt werden; von Anfang 1959 ab ist jedoch der größte Teil dieser Verpflichtungen einbezogen.

<sup>3)</sup> Einschl. Schiffsbedarf usw. — <sup>4)</sup> Ausfuhrüberschuß (+), Einfuhrüberschuß (-). — <sup>5)</sup> Einfuhr aus Einkaufsländern, Ausfuhr nach Käuferländern. — <sup>6)</sup> Durchschnittswerte der Ausfuereinheit in vH der Durchschnittswerte der Einfuhreinheit. — <sup>7)</sup> Guthaben auf laufenden Fremdwährungskonten und DM-Konten sowie befristete oder nur beschränkt verwendbare Forderungen, abzüglich der entsprechenden Verpflichtungen. — <sup>8)</sup> Veränderung des Goldbestandes sowie der Auslandsforderungen und -verpflichtungen der Deutschen Bundesbank (vgl. Anm. <sup>2)</sup>). — <sup>9)</sup> Hauptsächlich bedingt durch Veränderungen in den terms of payment. — <sup>10)</sup> Teilweise vorläufig.

DM). Seit dem Jahre 1951 — für die vorangegangenen Jahre liegen keine Angaben vor — sind für solche Leistungen insgesamt 6,4 Mrd DM aufgewendet worden. Zusammen mit den Leistungen auf Grund des Wiedergutmachungsabkommens mit dem Staat Israel ergibt sich ein Betrag von reichlich 8,6 Mrd DM.

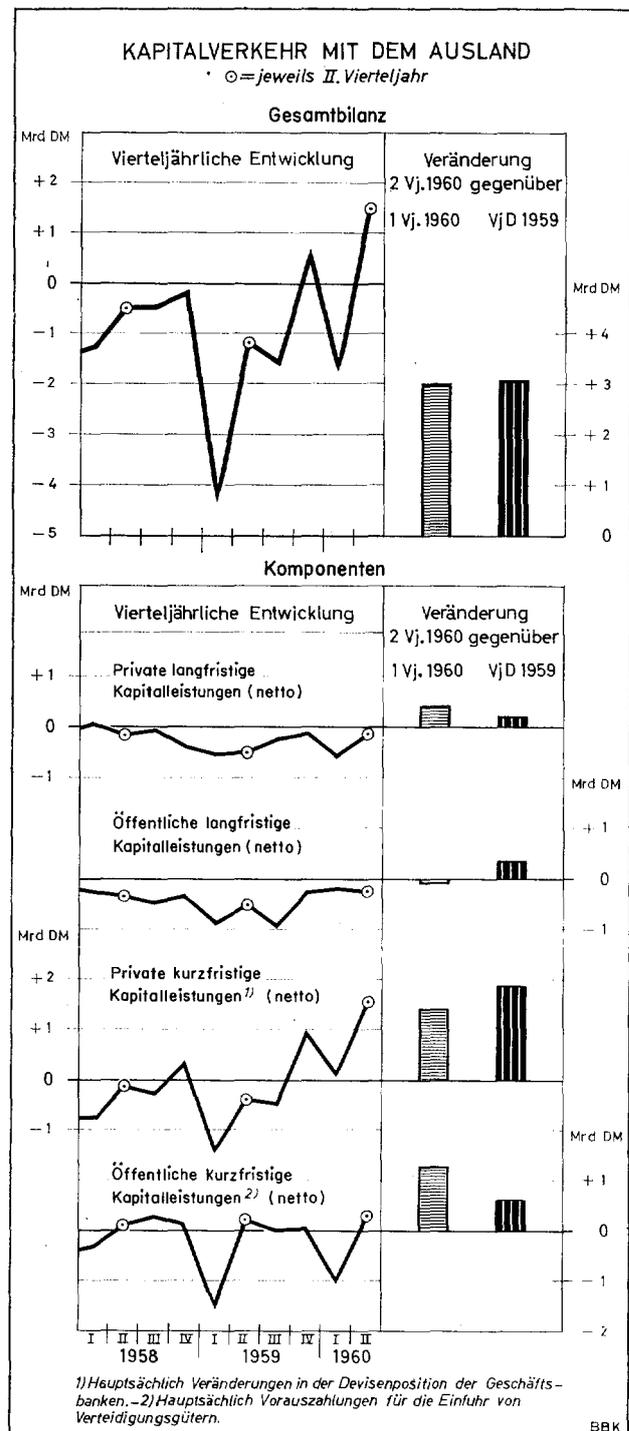
Unter den sonstigen unentgeltlichen Leistungen ist zu erwähnen, daß der Bund in der Berichtsperiode die letzte der vorgesehenen drei Raten von jeweils 141 Mio DM (12 Mio £) zu den Unterhaltskosten der im Bundesgebiet stationierten britischen Truppen zahlte (die ersten beiden Raten wurden im Frühjahr 1959 entrichtet). Diese Leistungen — sie belaufen sich auf nunmehr insgesamt 423 Mio DM — basieren auf dem im März 1959 vom Bundestag verabschiedeten Gesetz über eine Devisenhilfe an Großbritannien.

### Jedoch hoher Aktivsaldo der Kapitalbilanz

Der Verringerung des Überschusses der laufenden Posten der Zahlungsbilanz stand in den letzten Monaten, wie in großen Zügen schon eingangs dargelegt, ein erheblicher Kapitalzustrom gegenüber. In diesem Zusammenhang ist einmal der hohe Aktivsaldo der statistisch nicht näher erfaßbaren Posten der Zahlungsbilanz (und der etwaigen statistischen Ermittlungsfehler) zu nennen, der überwiegend auf direkten, nicht über den Bankenapparat gehenden Kreditaufnahmen der Wirtschaft beruhen dürfte. Aber auch die Bilanz der statistisch erfaßten Kapitalbewegungen wies im zweiten Quartal einen hohen Aktivsaldo auf, während sie in den letzten Jahren normalerweise mit einem beträchtlichen Passivsaldo abschloß; sogar im ersten Quartal des laufenden Jahres hatte sich trotz der schon damals fühlbar werdenden Kreditrestriktionen noch ein erhebliches Defizit ergeben. Faßt man die kurzfristigen und langfristigen Kapitalbewegungen zusammen, so war die Bilanz des statistisch erfaßten Kapitalverkehrs im zweiten Quartal mit gut 1,5 Mrd DM aktiv gegenüber einem Passivsaldo von nahezu 1,5 Mrd DM im ersten Quartal, einem Aktivsaldo von rd. 680 Mio DM im vierten Quartal von 1959 und einem Passivsaldo von 6,8 Mrd DM in den ersten drei Vierteljahren des vergangenen Jahres.

### Der langfristige Kapitalverkehr

Der langfristige Kapitalverkehr ist dabei, soweit sich feststellen läßt, passiv geblieben, d. h. aus der Bundesrepublik ist auch im zweiten Vierteljahr mehr langfristiges Kapital ins Ausland geflossen, als aus dem Ausland hereinströmte. Mit nur etwa 370 Mio DM war der Abfluß jedoch weit geringer als zuvor, hatte er doch im ersten Quartal reichlich 700 Mio DM und im



Vierteljahrsdurchschnitt von 1959 940 Mio DM betragen.

In diesem Zusammenhang ist vor allem auf die Wertpapiertransaktionen zu verweisen. Wie die folgende Zahlenübersicht im einzelnen erkennen läßt, ist die Kapitalbilanz im zweiten Quartal durch Wertpapiertransaktionen per Saldo nicht mehr belastet worden; es war im Gegenteil ein Kapitalimport in Höhe von 130 Mio DM (netto) zu verzeichnen. Demgegenüber

waren im ersten Quartal die Käufe von ausländischen Wertpapieren durch Inländer per Saldo noch um rd. 340 Mio DM höher gewesen als die gleichzeitigen Käufe von inländischen Papieren durch ausländische Interessenten. Ausschlaggebend hierfür waren die Veränderungen im Handel mit Dividendenpapieren. Während deutsche Investoren in den ersten drei Monaten von 1960 für den Erwerb von ausländischen Dividendenpapieren 350 Mio DM (netto) ausgegeben haben, reduzierten sie ihre Käufe im zweiten Quartal auf 60 Mio DM. Auf der anderen Seite hat das Ausland, das im ersten Quartal seinen Besitz an deutschen Dividendenpapieren verminderte, im zweiten Vierteljahr — mit Schwergewicht im Juni — seine Anlage in solchen Papieren wieder erhöht, und zwar um rd. 90 Mio DM. Infolgedessen ergab sich in diesem Bereich in der Zeit

von April bis Juni eine — wenn auch nur geringfügige — Nettokapitaleinfuhr, während die Bilanz in den ersten drei Monaten d. J. durch Transaktionen in Dividendenpapieren noch in Höhe von rd. 440 Mio DM belastet worden war. Hierauf ist es in erster Linie zurückzuführen, daß bei den gesamten langfristigen privaten Kapitalleistungen im zweiten Vierteljahr nur eine Kapitalausfuhr in Höhe von rd. 130 Mio DM (netto) zu verzeichnen war gegenüber rd. 530 Mio DM im ersten Quartal und rd. 340 Mio DM im Vierteljahrsdurchschnitt von 1959, obgleich der Kapitalexport in der Form von Krediten und Darlehen — nicht zuletzt infolge der Gewährung eines 147 Mio DM-Kredits an die Türkei durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau — weiter zugenommen hat.

Bis zu einem gewissen Grade hat der Abnahme der

Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland  
in Mio DM

Positionen <sup>1)</sup>	1958	1959				1960		
	Insgesamt	Insgesamt	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
<b>A. Transaktionen in ausländischen Wertpapieren</b>								
1) Käufe von ausländischen Wertpapieren durch Inländer	381	1 997	449	609	588	351	564	339
davon: a) Dividendenpapiere	( 194)	(1 391)	( 289)	( 290)	( 526)	( 286)	( 491)	( 301)
b) Festverzinsliche Wertpapiere	( 187)	( 606)	( 160)	( 319)	( 62)	( 65)	( 73)	( 38)
2) Verkäufe von ausländischen Wertpapieren durch Inländer	104	569	89	135	134	211	202	300
davon: a) Dividendenpapiere	( 46)	( 398)	( 37)	( 67)	( 113)	( 181)	( 141)	( 240)
b) Festverzinsliche Wertpapiere	( 58)	( 171)	( 52)	( 68)	( 21)	( 30)	( 61)	( 60)
Nettokäufe (—) bzw. -verkäufe (+) von ausländischen Wertpapieren durch Inländer	— 277	—1 428	— 360	— 474	— 454	— 140	— 362	— 39
davon: a) Dividendenpapiere	(— 148)	(— 993)	(— 252)	(— 223)	(— 413)	(— 105)	(— 350)	(— 61)
b) Festverzinsliche Wertpapiere	(— 129)	(— 435)	(— 108)	(— 251)	(— 41)	(— 35)	(— 12)	(+ 22)
<b>B. Transaktionen in inländischen Wertpapieren<sup>2)</sup></b>								
1) Käufe von inländischen Wertpapieren durch Ausländer	1 803	2 528	404	644	830	650	518	709
davon: a) Dividendenpapiere	( 796)	( 1 902)	( 291)	( 459)	( 692)	( 460)	( 288)	( 521)
b) Festverzinsliche Wertpapiere	( 1 007)	( 626)	( 113)	( 185)	( 138)	( 190)	( 230)	( 188)
2) Verkäufe von inländischen Wertpapieren durch Ausländer	1 277	2 063	443	523	634	463	498	539
davon: a) Dividendenpapiere	( 587)	( 1 293)	( 209)	( 301)	( 433)	( 350)	( 380)	( 433)
b) Festverzinsliche Wertpapiere	( 690)	( 770)	( 234)	( 222)	( 201)	( 113)	( 118)	( 106)
Nettokäufe (+) bzw. -verkäufe (—) von inländischen Wertpapieren durch Ausländer	+ 526	+ 465	— 39	+ 121	+ 196	+ 187	+ 20	+ 170
davon: a) Dividendenpapiere	(+ 209)	(+ 609)	(+ 82)	(+ 158)	(+ 259)	(+ 110)	(— 92)	(+ 88)
b) Festverzinsliche Wertpapiere	(+ 317)	(— 144)	(— 121)	(— 37)	(— 63)	(+ 77)	(+ 112)	(+ 82)
<b>C. Saldo (A + B)</b>								
davon: a) Dividendenpapiere	(+ 61)	(— 384)	(— 170)	(— 65)	(— 154)	(+ 5)	(— 442)	(+ 27)
b) Festverzinsliche Wertpapiere	(+ 188)	(— 579)	(— 229)	(— 288)	(— 104)	(+ 42)	(+ 100)	(+ 104)

<sup>1)</sup> Dividendenpapiere einschl. Investmentzertifikate. — <sup>2)</sup> Einschl. deutscher Auslandsbonds.

privaten Leistungen allerdings der Anstieg der *staatlichen* Kapitalleistungen entgegengewirkt. Die Aufwendungen der öffentlichen Hand stellten sich in der Berichtsperiode auf rd. 240 Mio DM gegen 175 Mio DM im vorangegangenen Quartal und rd. 490 Mio DM im zweiten Vierteljahr von 1959 (zu der letztgenannten Ziffer ist anzumerken, daß sie stark durch die vorzeitige Tilgung von Schulden aus der britischen Nachkriegswirtschaftshilfe — 265 Mio DM — beeinflusst war). Im Zeitraum April/Juni wurde einmal die fünfte und letzte Rate von 63 Mio DM auf den insgesamt 315 Mio DM betragenden Kapitalanteil der Bundesrepublik an der Europäischen Investitionsbank errichtet. Weiter waren beim Internationalen Währungsfonds auf Grund von DM-Ziehungen 88 Mio DM einzuzahlen; davon entfielen 44 Mio DM auf Argentinien, 38 Mio DM auf Brasilien und 6 Mio DM auf Island. Unter den sonstigen Leistungen des Bundes seien noch die Tilgungen auf Grund der Londoner Schuldenabkommen (68 Mio DM) sowie die Kreditgewährung an Jugoslawien (20 Mio DM) erwähnt. Im letztgenannten Fall handelte es sich um die Bereitstellung eines weiteren Teilbetrages des 240 Mio DM-Kredits, der Jugoslawien im Rahmen des 1956 getroffenen Abkommens über wirtschaftliche Zusammenarbeit zur Verfügung gestellt wurde; der auf Grund dieser Kreditzusage bisher insgesamt aufgewendete Betrag stellt sich auf 215 Mio DM.

#### Der kurzfristige Kapitalverkehr

Die Bilanz der kurzfristigen Kapitalbewegungen, die im ersten Vierteljahr d. J. mit einem Passivsaldo von

knapp 800 Mio DM abgeschlossen hatte, wies im zweiten Quartal einen Überschuß von 1,9 Mrd DM auf. Der Umschwung war sowohl durch die Entwicklung der Vorauszahlungen des Bundes für Verteidigungseinfuhren als auch durch Veränderungen in der Devisenposition der Geschäftsbanken bedingt. Die Auslandsforderungen des Bundes auf Grund von Waffenvorauszahlungen, die in den ersten drei Monaten von 1960 nicht unerheblich gestiegen waren — was eine Belastung der Kapitalbilanz bedeutete, da diese Zahlungen praktisch eine Kreditgewährung an die Lieferländer darstellen —, nahmen in der Berichtsperiode wieder ab. Der Rückgang erklärt sich dadurch, daß die Einfuhr von bereits früher bezahlten Gütern höher war als die neuen Zahlungen.

Wesentlich stärker schlugen die Veränderungen in der Devisenposition der Kreditinstitute zu Buche. Auf Grund einer Abnahme der kurzfristigen Auslandsanlagen (um 1,2 Mrd DM auf 2,3 Mrd DM) und eines gleichzeitigen Anstiegs der Auslandsverbindlichkeiten (um rd. 440 Mio DM auf 4,3 Mrd DM) waren im zweiten Quartal Devisenzuflüsse bei der Bundesbank in Höhe von 1,6 Mrd DM zu verzeichnen gegenüber 120 Mio DM im ersten Quartal. Zusammen mit der Verschlechterung der Devisenposition der Banken im letzten Quartal von 1959, die reichlich eine Milliarde DM ausmachte, belief sich damit der Devisenzugang auf Grund von Veränderungen im Auslandsstatus der Geschäftsbanken seit Ende September vorigen Jahres auf annähernd 2,8 Mrd DM, was, wie in anderem Zusam-

Zur Entwicklung der Devisenposition der Geschäftsbanken  
in Mio DM

Positionen	Stand am 31. 12. 1958 <sup>1)</sup>	Veränderungen im Vierteljahr <sup>2)</sup>						Stand am 30. 6. 1960 <sup>1)</sup>
		1959				1960		
		1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	
<b>A. Kurzfristige Auslandsforderungen</b>								
Guthaben bei ausländischen Banken, insgesamt	559	+ 833	+ 359	+ 206	— 861	+ 262	— 709	850
davon: Täglich fällige Gelder	( 431)	(+ 55)	(+ 176)	(+ 184)	(+ 36)	(+ 120)	(— 435)	( 624)
Termingelder	( 128)	(+ 778)	(+ 183)	(+ 22)	(— 897)	(+ 142)	(— 274)	( 226)
Geldmarktanlagen	481	+ 139	+ 270	+ 13	+ 296	— 422	— 482	342
Kurzfristige Kredite	879	— 154	— 20	+ 175	+ 59	+ 146	+ 13	1 087
<b>Kurzfristige Auslandsforderungen, insgesamt</b>	<b>1 919</b>	<b>+ 818</b>	<b>+ 609</b>	<b>+ 394</b>	<b>— 506</b>	<b>— 14</b>	<b>— 1 178</b>	<b>2 279</b>
<b>B. Kurzfristige Auslandsverpflichtungen</b>								
Einlagen von Ausländern, insgesamt	2 893	— 396	+ 394	+ 58	+ 479	— 30	+ 108	3 488
davon: DM	(2 802)	(— 401)	(+ 287)	(+ 27)	(+ 407)	(— 128)	(+ 146)	(3 095)
Ausländische Währung	( 91)	(+ 5)	(+ 107)	(+ 31)	(+ 72)	(+ 98)	(— 38)	( 393)
Kurzfristige Kredite	577	— 121	— 138	— 45	+ 49	+ 136	+ 333	802
<b>Kurzfristige Auslandsverpflichtungen, insgesamt</b>	<b>3 470</b>	<b>— 517</b>	<b>+ 256</b>	<b>+ 13</b>	<b>+ 528</b>	<b>+ 106</b>	<b>+ 441</b>	<b>4 290</b>

<sup>1)</sup> Weitere Bestandsangaben sind aus der Tabelle VII, 4 im Statistischen Teil dieses Berichts zu ersehen. — <sup>2)</sup> Nach Ausschaltung statistisch bedingter Zu- und Abgänge.

menhang bereits erwähnt, ungefähr der Hälfte des in der gleichen Periode bei der Notenbank insgesamt zu verzeichnenden Devisenzustroms entspricht.

Wie die Tabelle „Zur Entwicklung der Devisenposition der Geschäftsbanken“ zeigt, ist die Abnahme der Auslandsaktiva im zweiten Vierteljahr (um 1,2 Mrd DM) in erster Linie auf die Verminderung der Guthaben bei ausländischen Banken, vor allem der täglich fälligen Gelder, zurückzuführen. Mit 850 Mio DM haben diese Guthaben Ende Juni 1960 einen Stand erreicht, der angesichts der Notwendigkeit, in gewissem Umfang „working balances“ im Ausland zu unterhalten, nicht mehr wesentlich reduziert werden dürfte. Ebenfalls stark zurückgegangen sind die Geldmarktanlagen, während die kurzfristigen Kredite leicht zugenommen haben. Infolge dieser unterschiedlichen Entwicklung sind die Forderungen aus der Kreditgewährung — sie beliefen sich am 30. Juni 1960 auf knapp 1,1 Mrd DM — zum bedeutendsten Aktivum unter den Auslandsforderungen der Geschäftsbanken geworden.

Die Auslandspassiva haben im abgelaufenen Quartal um rd. 440 Mio DM zugenommen. Beachtung verdient dabei, daß der Anstieg der Verbindlichkeiten nicht so sehr auf den Zustrom von Auslandsgeld, der sich am ehesten in der Entwicklung der Einlagen von Ausländern widerspiegelt, sondern auf die gestiegene Inanspruchnahme ausländischer Kreditfazilitäten durch den deutschen Bankenapparat zurückzuführen ist. Die Kreditinanspruchnahme hat sich in der Zeit von April bis Juni um rd. 330 Mio DM auf 800 Mio DM erhöht; demgegenüber sind die Einlagen von Ausländern nur um rd. 110 Mio DM gestiegen.

#### Bundesbank-Kredit an die Weltbank

Im allgemeinen Überblick dieses Berichtsabschnitts wurde bereits erwähnt, daß die Bundesbank der Weltbank Mitte Juli über die bestehenden Engagements hinaus einen weiteren Kredit im Betrage von rd. 1 Mrd DM zur Verfügung stellte. Über diese neue Kreditoperation wurde die Öffentlichkeit durch eine Presseverlautbarung der Weltbank unterrichtet, in der es hieß:

„Die Weltbank hat die Aufnahme eines Kredits bei der Deutschen Bundesbank in US-Dollar und Deutscher Mark im Gegenwert von rund 240 Mio \$ vereinbart. Es handelt sich hierbei nicht nur um den größten Kredit, der jemals von der Weltbank außerhalb der Vereinigten Staaten aufgenommen wurde, sondern überhaupt um die größte Kreditaufnahme seitens der Weltbank seit der Ausgabe von Bonds im Betrage von 250 Mio \$ in den Vereinigten Staaten im Sommer 1947. Die neue Anleihe wird mit 4½% jährlich verzinst; sie ist rückzahlbar in Raten bis zu einer Laufzeit von zwölf Jahren.

Während der letzten drei Jahre war Deutschland die Hauptquelle für die von der Weltbank aufgenommenen Gelder; es hat mehr als die Hälfte des in diesem Zeitraum aufgenommenen Nettobetrages von rund 1,3 Mrd \$ (einschließlich des

heute bekanntgegebenen Kredits) aufgebracht. Von der fundierten Schuld der Weltbank befinden sich schätzungsweise etwa 60% außerhalb der Vereinigten Staaten in den Händen von Investoren aus mehr als vierzig Ländern.

Der genannte Kredit ist die zwölfte direkte Kredittransaktion zwischen der Bundesbank und der Weltbank und erhöht den Gesamtbetrag dieser Kredite auf einen Gegenwert von fast 600 Mio \$ netto. Es handelt sich zugleich um die langfristige Kreditaufnahme der Weltbank bei der Bundesbank; die bisherigen Transaktionen sahen Laufzeiten von drei Jahren oder weniger vor. Abgesehen von diesen direkten Kreditaufnahmen hat die Bundesbank reguläre Emissionen von Weltbank-Bonds im Betrage von über 40 Mio \$ erworben.

Neben ihren Transaktionen mit der Bundesbank hat die Weltbank in Deutschland im Jahre 1959 einen Betrag von DM 200 Mio durch die Emission einer langfristigen Anleihe

#### Finanzielle Leistungen der Bundesrepublik Deutschland an internationale Organisationen in Mio DM

Organisationen	Gesamtbetrag	Effektive Leistungen nach dem Stand vom 30. 6. 1960	Feststehende künftige Leistungen
Weltbank, insgesamt	3 375	2 107	1 268
Bareinzahlungen auf den deutschen Kapitalanteil <sup>1)</sup>	441	310	131
Übernahme von Schuldverschreibungen der Weltbank durch die Deutsche Bundesbank	2 679	1 575	1 104
davon: in DM	( 900)	( 300)	( 600)
in US-Dollar <sup>2)</sup>	(1 779)	(1 275)	( 504)
Emission einer Weltbankanleihe auf dem inländischen Kapitalmarkt	200	200	—
Unterbeteiligungen deutscher Geschäftsbanken bei sonstigen Weltbankanleihen	55	22	33
Internationaler Währungsfonds, insgesamt	1 278	1 278	—
davon: Bareinzahlungen auf die deutsche Quote <sup>3)</sup> <sup>4)</sup>	( 860)	( 860)	( — )
Einzahlungen auf Grund von DM-Ziehungen einzelner Mitgliedsländer	( 418)	( 418)	( — )
Internationale Finanz-Corporation Kapitalanteil	15	15	—
Europäische Investitionsbank Bareinzahlungen auf den deutschen Kapitalanteil <sup>5)</sup>	315	315	—
Europäischer Fonds Beitragszahlungen im Zusammenhang mit Kreditgewährungen des Fonds <sup>6)</sup> <sup>7)</sup>	27	27	—
EWG-Entwicklungsfonds für die assoziierten überseeischen Gebiete Beitragszahlungen	840	189	651
Insgesamt	5 850	3 931	1 919

<sup>1)</sup> Der Kapitalanteil beläuft sich auf insgesamt 4 410 Mio DM (= 1 050 Mio US-\$), von dem 10 vH (= 441 Mio DM) in bar einzuzahlen sind, während der Rest Haftungskapital darstellt. — <sup>2)</sup> Einschl. der an einen öffentlichen Fonds abgegebenen Schuldverschreibungen. — <sup>3)</sup> Einschl. einer Ziehung der Türkei im Jahre 1953 (18 Mio DM), die auf die Rückkaufverpflichtungen der Bundesrepublik angerechnet wurde. — <sup>4)</sup> Die deutsche Quote beläuft sich auf insgesamt 3 307,5 Mio DM (= 787,5 Mio US-\$), von der 25 vH (= 827 Mio DM) in Gold und US-Dollar und 1 vH (= 33 Mio DM) in DM bar eingezahlt wurden. — <sup>5)</sup> Der gesamte Kapitalanteil beträgt 1 260 Mio DM (= 300 Mio RE); davon waren 315 Mio DM (= 25 vH) in bar einzuzahlen, während der Rest Haftungskapital darstellt. — <sup>6)</sup> Einschl. der Ausgleichszahlung in Höhe von 3,8 Mio DM auf Grund der am 1. 2. 1960 neu festgesetzten Beitragsverpflichtung für die Bundesrepublik. — <sup>7)</sup> Maximal können 210 Mio DM (= 50 Mio RE) abgerufen werden.

am deutschen Markt aufgenommen. Ferner haben deutsche Geldinstitute Schuldverschreibungen aus dem Portefeuille der Weltbank in Höhe von über 13 Mio \$ angekauft.

Das neue Darlehen besteht aus zwei Tranchen, von denen die eine über 120 Mio US-\$, die andere über 500 Mio DM lautet; jede Tranche wird, beginnend vom 8. Jahre ab, in 10 gleichen halbjährlichen Raten zurückgezahlt, wobei die letzten Raten in 12 Jahren fällig werden. Ein weiteres bemerkenswertes Merkmal dieser Anleihe liegt darin, daß der Weltbank für den Abruf der Gelder ein Jahr zur Verfügung steht. Bis zum Abruf der Gelder wird die Weltbank eine Bereitstellungsprovision von  $\frac{3}{4}\%$  zahlen. Zinsen in Höhe von  $4\frac{1}{2}\%$  jährlich sind jeweils von den einzelnen Abrufterminen ab zahlbar."

Insgesamt gesehen haben damit die Bundesbank, die deutschen Geschäftsbanken und die Zeichner der am deutschen Kapitalmarkt begebenen DM-Anleihe der Weltbank diesem Institut bisher Kredite (einschl. Kreditzusagen) in Höhe von mehr als 2,9 Mrd DM zur Verfügung gestellt; davon waren bis Mitte d. J. 1,8 Mrd DM effektiv in Anspruch genommen. In diesen Ziffern sind die Leistungen der Bundesrepublik auf Grund der vertraglichen Verpflichtung, einen Teil ihres Kapitalanteils bei der Weltbank in bar einzuzahlen, nicht enthalten. Diese Einzahlungsverpflichtung beläuft sich auf insgesamt 441 Mio DM, von denen der überwiegende

Teil (310 Mio DM) bis Mitte 1960 entrichtet war; die noch ausstehenden Zahlungen sind gemäß den vertraglichen Vereinbarungen bis 1963 zu erbringen.

Neben den Leistungen an die Weltbank hat die Bundesrepublik auf Grund ihrer Mitgliedschaft in anderen internationalen Organisationen Mittel im Betrage von 2,5 Mrd DM effektiv zur Verfügung gestellt bzw. bindend zugesagt. Gesondert erwähnt seien dabei die Einzahlungen beim Internationalen Währungsfonds (1,3 Mrd DM) und die Beiträge zum Entwicklungsfonds der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für die assoziierten überseeischen Gebiete (840 Mio DM). Weitere Einzelheiten können der vorstehenden Tabelle entnommen werden.

Faßt man alle diese Transaktionen zusammen, die im Rahmen der Zahlungsbilanz teils bei den Auslandsforderungen der Bundesbank, teils in der Kapitalbilanz und — soweit es sich um die Beiträge an den EWG-Entwicklungsfonds handelt — in der Bilanz der unentgeltlichen Leistungen ausgewiesen werden, so ergibt sich ein Gesamtbetrag von nahezu 5,9 Mrd DM, von dem bis zum 30. Juni 1960 gut 3,9 Mrd DM effektiv eingezahlt waren.

# Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung im Jahre 1959

Mit der vorliegenden Untersuchung über die Vermögensbildung und ihre Finanzierung in der Bundesrepublik im Jahre 1959 setzt die Bundesbank die Reihe der Aufsätze fort, die sie seit 1954 jährlich zu diesem Thema veröffentlicht hat. Die Berechnungsmethode und die Art der Darstellung blieben im wesentlichen unverändert. Eine gewisse Verfeinerung erfolgte insofern, als bei der Berechnung des Absatzes und des Erwerbs von Wertpapieren für das Jahr 1959 erstmals nicht mehr die Nominalwerte der Neuemissionen, sondern deren Kurswerte zu Grunde gelegt wurden. Für die früheren Jahre wurde die Nominalwertrechnung beibehalten, da damals die Differenzen zwischen Nominal- und Kurswerten der Neuemissionen nicht sehr erheblich waren und sich bei den einzelnen Wertpapierarten weitgehend saldierten.

Die in den Vorjahren publizierten Zahlenangaben über die Vermögensbildung und ihre Finanzierung mußten teilweise — insbesondere infolge einer erneuten Revision der Sozialproduktsberechnung durch das Statistische Bundesamt — korrigiert werden. Für 1959 hat das Statistische Bundesamt bisher nur „erste vorläufige“ Zahlen über das Sozialprodukt veröffentlicht, die zum Teil noch revidiert werden dürften. Soweit auf Grund der inzwischen eingegangenen neueren Zahlenunterlagen diese Korrekturen schon abzusehen sind, wurden sie in der vorliegenden Untersuchung bereits berücksichtigt. Daraus erklären sich auch weitgehend die Abweichungen gegenüber den im Monatsbericht der Deutschen Bundesbank für Februar 1960 und im Geschäftsbericht für das Jahr 1959 veröffentlichten Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Als Anhang zu diesem Aufsatz werden Übersichten über die Vermögensbildung und ihre Finanzierung veröffentlicht, die Aufschluß über die finanziellen Veränderungen aller Sektoren in jedem Jahr seit 1950 geben. Alle Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet ohne Berlin (West) und ohne das Saarland.

## I. Vermögensbildung, Ersparnis und Finanzierungssalden

### Starker Anstieg der Vermögensbildung

Die Vermögensbildung in der Bundesrepublik belief sich im Jahre 1959 nach vorläufigen Berechnungen auf 44,0 Mrd DM gegen 39,2 Mrd DM im Jahre 1958 und 39,5 Mrd DM im Jahre 1957. Sie war damit um gut 12 vH größer als im Vorjahr, während sich das gesamte Sozialprodukt lediglich um rd. 8 vH erhöhte. Der Anteil der Nettovermögensbildung am Netto-sozialprodukt stieg dementsprechend von 18,9 vH im Jahre 1958 auf 19,6 vH im abgelaufenen Jahr, womit er allerdings noch merklich hinter dem bisherigen Höchststand (21,1 vH im Jahre 1955) zurückblieb.

Das Plus, das die Vermögensbildung im Jahre 1959 gegenüber dem Vorjahr aufwies, entfiel in vollem Umfang auf die Anlageinvestitionen. Mit 56,8 Mrd DM gingen die *Brutto-Anlageinvestitionen* im Berichtsjahr um 6,9 Mrd DM oder 13,7 vH über die des Vorjahres hinaus, in dem sie nur um 7,0 vH gestiegen waren. Besonders zu Buch schlug dabei die Entwicklung der Bauinvestitionen, die sich im Jahre 1959 um 18,3 vH gegen 8,0 vH im Jahre 1958 erhöhten. Prozentual betrachtet, stand dabei die Zunahme der Bautätigkeit im öffentlichen Sektor an der

Spitze; die Ausgaben für eigene Bauten der öffentlichen Hand überschritten im Jahre 1959 ihren Vorjahrsstand um gut 20 vH. Dem absoluten Betrage nach entfiel jedoch der größte Teil der Zunahme auf den Wohnungsbau, während sich der gewerbliche Bau nur verhältnismäßig schwach ausweitete. Auch die Aus-rüstungsinvestitionen waren im Jahre 1959 größer als 1958, wenngleich die Steigerungsrate erheblich hinter der der Bauinvestitionen zurückblieb; mit einem Gesamt-betrag von 28,0 Mrd DM übertrafen sie ihren Vorjahrs-wert um 9,4 vH. Die Zunahme der gesamten Brutto-Anlageinvestitionen ging beträchtlich über die gleichzeitige Erhöhung des laufenden Anlageverschleißes hinaus. Bringt man die dafür erforderlichen Ersatz-investitionen mit dem Betrag der vom Statistischen Bundesamt ermittelten gesamtwirtschaftlichen Abschreibungen von den Brutto-Anlageinvestitionen in Abzug, so ergeben sich für das Jahr 1959 *Netto-An-lageinvestitionen* in Höhe von 36,1 Mrd DM gegen 30,1 Mrd DM im Vorjahr.

Die Vermögensbildung in Form von Vorratsinvestitionen und von zusätzlichen Forderungen an die übrige Welt war im Jahre 1959 nicht so hoch wie im Vorjahr. Die Zunahme der *Lagerbestände* dürfte in der Berichtsperiode etwa rd. 3 Mrd DM betragen haben

Tab. 1: Die Vermögensbildung in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1959<sup>1)</sup>

Arten der Vermögensbildung	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959 <sup>P)</sup>	Veränderung	
											1958 gegenüber 1957	1959 <sup>P)</sup> gegenüber 1958
	Mrd DM										vH	
1. Brutto-Anlageinvestitionen	18,3	22,5	25,9	29,3	32,9	41,0	45,0	46,7	49,9	56,8	+ 7,0	+13,7
davon:												
a) Ausrüstungsinvestitionen	( 9,4)	(12,1)	(14,2)	(15,4)	(17,5)	(21,9)	( 23,7)	( 24,2)	( 25,6)	(28,0)	(+ 6,0)	(+ 9,4)
b) Bauinvestitionen	( 8,9)	(10,4)	(11,7)	(14,0)	(15,5)	(19,1)	( 21,3)	( 22,5)	( 24,3)	(28,8)	(+ 8,0)	(+18,3)
2. Abschreibungen	10,1	11,9	13,3	13,4	13,6	14,8	16,6	18,3	19,9	20,7	+ 8,4	+ 4,3
3. Netto-Anlageinvestitionen (1 -/. 2)	8,2	10,5	12,5	15,9	19,3	26,2	28,5	28,3	30,1	36,1	+ 6,1	+20,0
4. Vorratsinvestitionen	3,5	3,6	5,6	2,1	3,4	6,0	4,3	5,3	3,2	3,0	-39,7	- 6,2
5. Sachvermögensbildung insgesamt (3+4)	11,7	14,2	18,2	18,0	22,7	32,2	32,8	33,6	33,3	39,1	- 1,2	+17,4
davon:												
a) Unternehmen <sup>2)</sup>	( 9,7)	(11,7)	(15,3)	(14,5)	(19,0)	(27,4)	( 27,4)	( 28,2)	( 26,9)	(31,5)	(- 4,6)	(+16,7)
b) öffentliche Haushalte <sup>2)</sup>	( 2,0)	( 2,5)	( 2,9)	( 3,5)	( 3,8)	( 4,8)	( 5,3)	( 5,4)	( 6,3)	( 7,6)	(+16,6)	(+20,4)
6. Nettozuwachs der Forderungen an die übrige Welt	0,3	3,1	2,8	4,0	3,6	2,3	4,4	5,9	5,9	4,9	+ 0,5	-17,2
davon:												
a) an das Ausland	(-0,3)	( 2,4)	( 2,2)	( 3,7)	( 3,2)	( 2,2)	( 4,4)	( 6,0)	( 6,1)	( 4,6)	(+ 2,2)	(-24,5)
b) an Berlin (West) und das Währungsgebiet der DM-Ost	( 0,6)	( 0,7)	( 0,6)	( 0,4)	( 0,4)	( 0,1)	(-0,0)	(-0,1)	(-0,2)	( 0,3)	.	.
7. Nettovermögensbildung (5+6)	12,0	17,2	21,0	22,0	26,3	34,5	37,2	39,5	39,2	44,0	- 0,9	+12,2
desgl. in vH des Netto sozialprodukts zu Marktpreisen	13,8	16,1	17,2	16,6	18,4	21,1	20,7	20,2	18,9	19,6	.	.

<sup>1)</sup> Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — <sup>2)</sup> Einschl. Nettoerwerb bzw. -verkauf von Grundstücken und sonstigem Anlagevermögen. — <sup>P)</sup> Vorläufig.

gegenüber 3,2 Mrd DM im Vorjahr<sup>1)</sup>). Die leichte Abnahme hängt hauptsächlich damit zusammen, daß den Aufstockungen im Bereich des Handels und bei Vorprodukten in der verarbeitenden Industrie ein erheblicher Abbau der Fertigwarenbestände bei den Produzenten gegenüberstand. Der jährliche *Forderungszuwachs* gegenüber dem Ausland hat sich von 6,1 Mrd DM 1958 auf 4,6 Mrd DM verringert. Es ist dies die erste Abnahme seit 1955. Sie ist einmal darauf zurückzuführen, daß sich im Vergleich zu 1958 der Saldo des Waren- und Dienstleistungsverkehrs mit dem Ausland um 550 Mio DM verminderte, und zum anderen darauf, daß die unentgeltlichen Leistungen an das Ausland beträchtlich zunahmten<sup>2)</sup>. Im Zahlungsverkehr des Bundesgebiets mit Berlin (West) und dem Währungsgebiet der DM-Ost ergab sich nach unseren Berechnungen im Jahre 1959 ein Nettozugang an Forderungen in Höhe von 0,3 Mrd DM anstelle einer Zunahme der Verpflichtungen von 0,2 Mrd DM im vorangegangenen Jahr.

#### Veränderungen in der Struktur der Ersparnisbildung

An der Steigerung der gesamten Ersparnis — die mit der gesamten Vermögensbildung identisch ist — waren die einzelnen Sektoren — d. h. private Haus-

halte, Unternehmen und öffentliche Haushalte — in recht unterschiedlichem Maße beteiligt. Die absolut und relativ stärkste Zunahme wies die *Ersparnis der öffentlichen Haushalte* auf<sup>1)</sup>. Der Überschuß der laufenden Einnahmen über die laufenden (vermögensunwirksamen) Ausgaben betrug in diesem Jahr 16,6 Mrd DM gegen 13,4 Mrd DM im Vorjahr; er ist damit innerhalb eines Jahres um 24 vH gestiegen, d. h. doppelt so stark wie die Gesamtersparnis. Die Tendenz eines rückläufigen Anteils des Staates an der gesamten Ersparnisbildung, die von 1957 an zu verzeichnen war, hat sich also im Berichtsjahr nicht mehr fortgesetzt vielmehr stieg diese Quote 1959 auf knapp 38 vH gegen gut 34 vH im Vorjahr; sie blieb allerdings auch in diesem Jahre erheblich unter dem Höchststand von 49 vH im Jahre 1953. Diese Zunahme der laufenden Ersparnis — an der hauptsächlich die Gebietskörperschaften, die Sozialversicherungen dagegen nur wenig teilhatten — ist darauf zurückzuführen, daß die Einnahmen, insbesondere die Steuern, stärker gewachsen sind als die vermögensunwirksamen Ausgaben (namentlich die persönlichen Ausgaben), so daß wesentlich mehr Mittel als im Vorjahr für die Finanzierung der

<sup>1)</sup> Genauere Zahlen über die Lagerinvestitionen im Jahre 1959 liegen noch nicht vor. Das Statistische Bundesamt bezifferte die Zunahme in seiner ersten vorläufigen Berechnung mit 2,5 Mrd DM, doch ist erfahrungsgemäß gerade bei dieser Angabe mit wesentlichen Korrekturen zu rechnen.

<sup>2)</sup> Wegen Abweichungen von der Zahlungsbilanz vgl. Anmerkung auf S. 59.

<sup>1)</sup> Es handelt sich hierbei um einen Fachausdruck, der nicht etwa mit einer budgetmäßigen Ersparnis oder mit Kassenüberschüssen gleichzusetzen ist. In der Ersparnis der öffentlichen Haushalte sind neben den kurz- und längerfristigen Geldanlagen die eigenen Investitionen und die gewährten Darlehen enthalten, soweit diese vermögenswirksamen Vorgänge aus laufenden Einnahmen finanziert wurden.

eigenen Investitionen und für die Darlehensgewährung sowie für Geldanlagen verwendet werden konnten.

Die laufende Ersparnis der privaten Haushalte erhöhte sich im Jahre 1959 etwa in dem gleichen Maße wie die gesamte Ersparnis. Mit 14,3 Mrd DM übertraf sie den Vorjahrsstand um 1,6 Mrd DM oder 12,6 vH; ihr Anteil an der gesamten Ersparnis blieb mit 32,6 vH gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert. Der Anstieg des Anteils der privaten Haushalte an der Gesamtersparnis, der für die letzten Jahre kennzeichnend war — von 19 vH bzw. 28 vH in den Jahren 1956 bzw. 1957 auf 32,5 vH im Jahre 1958 —, hat sich also im Berichtsjahr nicht fortgesetzt, jedoch kann daraus nicht

auf eine Verminderung der Sparneigung der privaten Haushalte geschlossen werden. Prozentual gesehen, war der Zuwachs der Ersparnis der privaten Haushalte gegenüber dem Vorjahr im Jahre 1959 kaum schwächer als 1958. Er übertraf die gleichzeitige Zunahme des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte um nahezu das Doppelte. Die Sparquote — d. h. der Anteil der Ersparnis am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte — erhöhte sich deshalb von 8,6 vH im Jahre 1958 auf 9,1 vH im Jahre 1959. Wenn dennoch der Anteil der privaten Ersparnis an der Gesamtersparnis im Jahre 1959 nicht weiter stieg, so hing dies vor allem damit zusammen, daß die Ersparnis der übrigen Sek-

Tab. 2: Die Ersparnisbildung in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1959<sup>1)</sup>

Sektoren	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959 <sup>p)</sup>	Veränderung	
											1958 gegenüber 1957	1959 <sup>p)</sup> gegenüber 1958
<b>1. Laufende Ersparnis</b>												
Mrd DM												
Private Haushalte	2,0	2,3	4,3	5,4	6,7	6,9	7,0	11,1	12,7	14,3	+14,6	+12,6
Unternehmen (Nichtentnommene Gewinne) <sup>2)</sup>	4,7	7,5	8,4	5,8	7,8	13,6	14,7	14,0	13,3	13,9	- 6,0	+ 5,1
Öffentliche Haushalte (Überschuß der laufenden Rechnung) <sup>3)</sup>	3,4	6,1	8,0	10,8	11,9	14,1	15,6	14,8	13,4	16,6	- 9,1	+23,8
davon:												
Gebietskörperschaften <sup>4)</sup>	( 2,3)	( 4,2)	( 6,3)	( 8,3)	( 9,0)	(10,8)	(11,9)	(12,1)	(11,3)	(14,5)	(- 6,5)	(+27,8)
Sozialversicherungen	( 1,2)	( 1,8)	( 1,7)	( 2,4)	( 2,8)	( 3,3)	( 3,7)	( 2,7)	( 2,1)	( 2,2)	(-21,0)	(+ 2,4)
Saldo der Vermögensübertragungen des Auslands und Berlins (West) <sup>5)</sup>	1,8	1,3	0,2	0,0	-0,0	-0,1	-0,2	-0,3	-0,3	-1,0	.	.
Insgesamt	12,0	17,2	21,0	22,0	26,3	34,5	37,2	39,5	39,2	44,0	- 0,9	+12,2
vH												
Private Haushalte	17,0	13,4	20,7	24,7	25,3	20,0	18,9	28,1	32,5	32,6	.	.
Unternehmen (Nichtentnommene Gewinne) <sup>2)</sup>	39,0	43,8	39,9	26,3	29,7	39,4	39,7	35,3	33,9	31,7	.	.
Öffentliche Haushalte (Überschuß der laufenden Rechnung) <sup>3)</sup>	28,7	35,2	38,3	49,0	45,2	40,8	41,8	37,4	34,3	37,9	.	.
davon:												
Gebietskörperschaften <sup>4)</sup>	(18,8)	(24,6)	(30,3)	(37,9)	(34,4)	(31,3)	(31,9)	(30,6)	(28,9)	(32,9)	.	.
Sozialversicherungen	( 9,9)	(10,6)	( 8,0)	(11,1)	(10,8)	( 9,5)	( 9,9)	( 6,8)	( 5,4)	( 4,9)	.	.
Saldo der Vermögensübertragungen des Auslands und Berlins (West) <sup>5)</sup>	15,3	7,6	1,1	0,0	-0,2	-0,2	-0,4	-0,8	-0,7	-2,2	.	.
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	.	.
<b>2. Ersparnis einschl. Vermögensübertragungen</b>												
Mrd DM												
Private Haushalte	2,0	2,3	4,4	6,1	8,0	7,4	7,4	11,4	13,5	15,4	+18,1	+13,8
Unternehmen <sup>2)</sup>	4,8	7,5	8,3	5,7	7,8	13,4	14,5	14,8	14,9	14,6	+ 0,8	- 2,1
Öffentliche Haushalte <sup>3)</sup>	5,2	7,4	8,3	10,1	10,5	13,7	15,2	13,3	10,8	14,0	-19,1	+29,9
davon:												
Gebietskörperschaften <sup>4)</sup>	( 4,0)	( 5,7)	( 6,7)	( 7,7)	( 7,7)	(10,5)	(11,6)	(10,7)	( 8,7)	(11,9)	(-18,6)	(+36,5)
Sozialversicherungen	( 1,1)	( 1,8)	( 1,6)	( 2,4)	( 2,8)	( 3,2)	( 3,7)	( 2,6)	( 2,1)	( 2,1)	(-21,0)	(+ 2,2)
Insgesamt	12,0	17,2	21,0	22,0	26,3	34,5	37,2	39,5	39,2	44,0	- 0,9	+12,2
vH												
Private Haushalte	17,1	13,5	20,9	27,9	30,5	21,4	19,9	28,9	34,4	34,9	.	.
Unternehmen <sup>2)</sup>	39,7	43,4	39,7	25,9	29,6	38,9	39,1	37,4	38,0	33,2	.	.
Öffentliche Haushalte <sup>3)</sup>	43,2	43,1	39,4	46,2	39,9	39,7	41,0	33,7	27,6	31,9	.	.
davon:												
Gebietskörperschaften <sup>4)</sup>	(33,7)	(32,8)	(31,8)	(35,3)	(29,2)	(30,4)	(31,1)	(27,0)	(22,3)	(27,0)	.	.
Sozialversicherungen	( 9,5)	(10,3)	( 7,6)	(10,9)	(10,7)	( 9,3)	( 9,9)	( 6,7)	( 5,3)	( 4,9)	.	.
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	.	.

<sup>1)</sup> Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — <sup>2)</sup> Einschl. öffentlicher Unternehmen und Erwerbsbetriebe sowie Bundesbahn und Bundespost; im Einkommenskonto der Unternehmen als Rest ermittelt. — <sup>3)</sup> Der Überschuß ist errechnet aus den laufenden Einnahmen abzüglich der laufenden (d. h. vermögensunwirksamen) Ausgaben. — <sup>4)</sup> Einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen. — <sup>5)</sup> Insbesondere Auslandshilfe und Restitutionsen. Im Jahre 1959 einschl. der unentgeltlichen Leistungen an Frankreich im Zusammenhang mit der Saarrückgliederung. — <sup>p)</sup> Vorläufig.

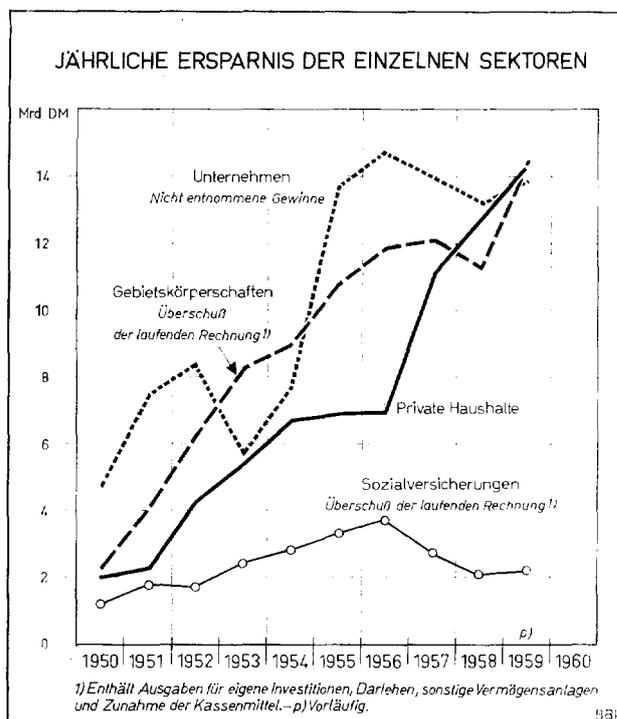
toren — insbesondere die der öffentlichen Haushalte — 1959 ebenfalls zunahm, während sie in den vorangegangenen beiden Jahren rückläufig gewesen war.

Am schwächsten hat sich im Jahre 1959 die laufende Ersparnis der Unternehmen, d. h. die Summe der nichtentnommenen Gewinne, erhöht. Nach unserer vorläufigen Berechnung (deren Ergebnisse allerdings gerade in diesem Punkte mit relativ hohen Fehler-Margen behaftet sind) beliefen sich die nichtentnommenen Gewinne im Jahre 1959 auf 13,9 Mrd DM gegenüber 13,3 Mrd DM im Vorjahr. Der absolute Rückgang der Vorjahre hat sich damit nicht mehr fortgesetzt, jedoch ist der Anteil der nichtentnommenen Gewinne an der gesamten Vermögensbildung auch 1959 gesunken; er betrug 32 vH gegen 34 vH im Vorjahr und 40 vH im Jahre 1956. Die Entwicklung der nichtentnommenen Gewinne steht in einem gewissen Gegensatz zu der Tendenz der Gesamtgewinne im Jahre 1959, die nach unserer Schätzung um etwa 9 vH gestiegen sind<sup>1)</sup>. Der Grund hierfür ist einmal darin zu sehen, daß sich im Jahre 1959 die von den Unternehmen gezahlten direkten Steuern weit mehr erhöhten als die Gewinne, nämlich um 2,2 Mrd DM oder rd. 16 vH auf 16,8 Mrd DM. Zum anderen dürften aber auch die Gewinnentnahmen der Selbständigen beträchtlich größer gewesen sein, was sicher nicht nur mit wachsenden Verbrauchsausgaben, sondern auch mit einer Zunahme der Ersparnisse der Selbständigen außerhalb ihrer Geschäftssphäre zusammenhängen dürfte<sup>2)</sup>.

Die Anteile der Sektoren an der gesamten Vermögensbildung verschieben sich allerdings wesentlich, wenn man berücksichtigt, in welchem Umfang die laufende Ersparnis der einzelnen Sektoren durch Vermögensübertragungen erhöht oder verringert wurde. Die Summe bzw. der Saldo aus der laufenden Ersparnis und den Vermögensübertragungen stellt den Betrag an Finanzierungsmitteln dar, der den einzelnen Sektoren ohne Kreditaufnahme für die Sach- und Geldvermögensbildung zur Verfügung steht. Da sich die Vermögensübertragungen in den letzten Jahren, per Saldo betrachtet, in unentgeltlichen Zuwendungen mit Vermögenscharakter — wie z. B. die Hauptentschädigung im Rahmen des Lastenausgleichs — von den öffentlichen Haushalten an die übrigen Sektoren, einschließlich des Auslands, niederschlugen, ist bei dieser Betrachtungsweise der Anteil der öffentlichen Haushalte an der Ge-

<sup>1)</sup> Unsere Berechnung des Einkommens der Unternehmen und der nichtentnommenen Gewinne bezieht sich auf alle Unternehmen einschließlich des Einkommens der Selbständigen sowie des Einkommens aus Vermögen. Das Statistische Bundesamt weist dagegen getrennt von dem Einkommen der privaten Haushalte nur das Einkommen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (Kapitalgesellschaften u. ä.) aus, auf das nur etwa ein Drittel des Unternehmenseinkommens nach unserer Definition entfällt.

<sup>2)</sup> Diese Ersparnis ist ebenso wie die Ersparnis der Unselbständigen in der Ersparnis der privaten Haushalte mit enthalten.



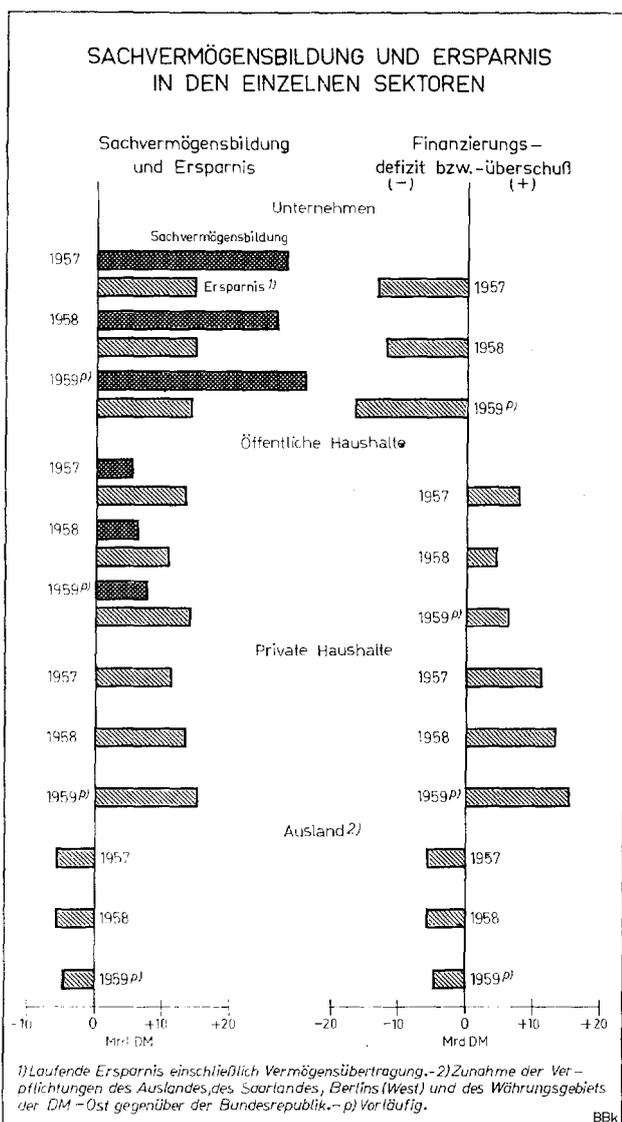
samtersparnis niedriger und der der übrigen Sektoren entsprechend höher. Für 1959 beläuft sich beispielsweise der Anteil der Ersparnis der öffentlichen Haushalte unter Berücksichtigung der Vermögensübertragungen auf 32 vH, ohne diese dagegen auf 38 vH. Umgekehrt steigt bei dieser Abgrenzung der Anteil der privaten Haushalte im Jahre 1959 auf 35 vH und der der Unternehmen auf 33 vH. An der oben beschriebenen Veränderung gegenüber dem Vorjahr — Erhöhung des Anteils des Staates, annähernd gleichbleibende Quote der privaten Haushalte und verringerte Quote der Unternehmen — ändert sich aber auch bei Zugrundelegung dieser anderen Abgrenzung nichts Wesentliches.

#### *Finanzierungssalden der Sektoren*

Die Sachvermögensbildung der Unternehmen ist erfahrungsgemäß immer weit größer als der Betrag der den Unternehmen zur Verfügung stehenden eigenen Mittel, während es sich bei den öffentlichen Haushalten, erst recht aber bei den privaten Haushalten — letzteren wird definitionsgemäß überhaupt keine Sachvermögensbildung zugerechnet —, umgekehrt verhält. Das Finanzierungsdefizit der Unternehmen war 1959 erheblich größer als im Vorjahr; dementsprechend haben sich auch die Finanzierungsüberschüsse der übrigen inländischen Sektoren erhöht. Maßgebend hierfür war, daß der konjunkturelle Aufschwung, der vor allem in einer starken Ausweitung der Investitionen der Unternehmen seinen Niederschlag fand, die Unternehmen zu einer beträchtlichen Nettoverschuldung bei den übr-

gen inländischen Sektoren zwang. Das *Finanzierungsdefizit der Unternehmen* belief sich 1959 auf 16,9 Mrd DM; es war damit um nahezu 5 Mrd DM höher als im Vorjahr. Eine derart starke Expansion des Nettofinanzierungsbedarfs der Wirtschaft war bisher in keinem der letzten zehn Jahre, auf die sich unsere Untersuchung erstreckt, zu beobachten. In früheren Aufschwungsjahren hat er sich höchstens um 2 bis 3 Mrd DM erweitert; in Jahren der Konjunkturspannung war er verschiedentlich sogar rückläufig. Die *Finanzierungsüberschüsse der privaten und öffentlichen Haushalte* haben im Jahre 1959 um jeweils fast 2 Mrd DM, insgesamt also um knapp 4 Mrd DM, zugenommen. Sie beliefen sich damit zusammen auf 21,8 Mrd DM und übertrafen das Finanzierungsdefizit der Unternehmen um 4,9 Mrd DM. Das bedeutet, daß im Inland ein Überschuß der gesamten Ersparnis über die Nettoinvestition in dieser Höhe verblieb, der dem Zuwachs an Forderungen gegenüber dem Ausland sowie

gegenüber Berlin (West) und dem Währungsgebiet der DM-Ost entspricht. Dieser Zuwachs an Forderungen der Bundesrepublik gegenüber der übrigen Welt war im Jahre 1959 insgesamt um 1,0 Mrd DM niedriger als im Vorjahr, wobei der Forderungszuwachs gegenüber dem Ausland sogar um 1,5 Mrd DM geringer war, während sich gegenüber Berlin (West) und dem Währungsgebiet der DM-Ost in diesem Jahr im Gegensatz zum Vorjahr per Saldo ein Zuwachs an Forderungen ergab. Was die Zunahme an Forderungen gegenüber dem Ausland anlangt, so ist hier nicht nur die Abnahme an sich erwähnenswert, sondern auch die Tatsache, daß dieser Forderungszuwachs zu einem weit größeren Teil als vordem aus echtem langfristigen Kapitalexport und aus Schuldentilgungen bestand, während die Devisenreserven — in denen sich in früheren Jahren der Zuwachs an Forderungen vorwiegend niedergeschlagen hatte — im Jahre 1959, als Ganzes betrachtet, abgenommen haben<sup>1)</sup>.



## II. Geldvermögensbildung und Kreditaufnahme

Die Finanzierungssalden der einzelnen Sektoren geben an, in welchem Umfange die *Netto-Verschuldung* oder die *Netto-Forderungen* eines Sektors gewachsen sind, wobei in jedem Sektor die Zunahme der Forderungen gegen die Zunahme der Verbindlichkeiten aufgerechnet wird. Wie sich in den wichtigsten Sektoren — Unternehmen, öffentlichen Haushalten und privaten Haushaltungen — die Forderungen und Verpflichtungen im einzelnen entwickelt haben und welche strukturellen und institutionellen Veränderungen dabei zu beobachten waren, wird weiter unten dargelegt. Vorweg sollen jedoch an Hand einer Analyse der Gesamtzahlen über die Geldvermögensbildung und Kreditaufnahme aller sog. nichtfinanziellen Sektoren<sup>2)</sup> die wichtigsten gemeinsamen Tendenzen festgehalten werden.

### Nichtfinanzielle Sektoren insgesamt

Jedem Zuwachs von Forderungen eines Sektors steht ein Zuwachs an Verpflichtungen bei einem anderen Sektor gegenüber<sup>3)</sup>; dementsprechend ist auch die Summe des Forderungszuwachses und des Zuwachses an Verpflichtungen aller Sektoren gleich hoch. Der

<sup>1)</sup> Über die in diesem Zusammenhang wichtigen Einzelheiten, insbesondere über die Transaktionen einmaliger Natur, die dabei eine Rolle spielten, informiert der Aufsatz: Die Entwicklung der Zahlungsbilanz im Jahre 1959, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 12. Jg. Nr. 3, März 1960. Abweichungen von den dort aufgeführten Zahlen erklären sich hauptsächlich aus einer unterschiedlichen regionalen Abgrenzung (mit bzw. ohne Berlin (West) und Saarland) sowie daraus, daß in der Zahlungsbilanz vom „Spezialhandel“, in der hier veröffentlichten Berechnung dagegen vom „Generalhandel“ ausgegangen wird.

<sup>2)</sup> Private Haushalte, Unternehmen, Öffentliche Haushalte, übrige Welt (Ausland, Berlin (West) und Währungsgebiet der DM-Ost).

<sup>3)</sup> Die Veränderungen der Forderungen und Verpflichtungen innerhalb eines Sektors werden soweit wie möglich gegeneinander aufgerechnet (konsolidiert); nur bei einzelnen Positionen (z. B. Absatz und Erwerb von Wertpapieren) geschieht dies nicht.

weitaus größte Teil der Forderungen der privaten Haushalte, der Unternehmen, der öffentlichen Haushalte und auch der „restlichen Welt“ richtet sich allerdings nicht unmittelbar an einen dieser sog. nichtfinanziellen Sektoren, sondern an Finanzierungsinstitutionen (Banken, Versicherungen und Bausparkassen), ebenso wie vorwiegend bei diesen Kredite aufgenommen werden. In den folgenden Darlegungen werden die Forderungen und Verpflichtungen dieser als „Vermittler“ fungierenden Finanzierungsinstitutionen nicht weiter behandelt, da es sich nur um die Gegenposten der Veränderungen der Forderungen und Verpflichtungen der nichtfinanziellen Sektoren handelt, die hier allein näher erörtert werden<sup>1)</sup>.

Die Gesamtsumme des Zuwachses an Forderungen (= Geldvermögensbildung) und an Verpflichtungen (= Kreditaufnahme) der nichtfinanziellen Sektoren war im Jahre 1959 mit 35,6 Mrd DM wesentlich höher als 1958 (29,4 Mrd DM) und 1957 (31,5 Mrd DM). Diese Ausweitung ist ein Zeichen dafür, daß sich die finanziellen Verflechtungen erheblich intensiviert haben, teils weil sich die Finanzierungssalden der einzelnen Sektoren vergrößerten, teils weil auch innerhalb der Sektoren infolge der sehr unterschiedlichen finanziellen Lage der einzelnen Einheiten — Unternehmen, Gebietskörperschaften oder private Haushalte — sowohl die Geldvermögensbildung als auch die Kreditaufnahme gewachsen sind.

Was die Struktur der Geldvermögensbildung anlangt, so ist vor allem bemerkenswert, daß sich der Anteil der bei Banken angelegten Mittel im Jahre 1959 wesentlich verringert hat; er belief sich auf 42 vH der gesamten Geldvermögensbildung gegen 51 vH im Vorjahr. Vor allem öffentliche Gelder sind in diesem Jahr weit weniger im Bankensystem angelegt worden als im Vorjahr. Besonders wichtig war in diesem Zusammenhang, daß 1959 die Sichteinlagen des Bundes bei der Bundesbank stark abgebaut wurden, weshalb der Zuwachs der Position „Bargeld und Sichteinlagen“ im Berichtsjahr insgesamt nur 1,6 Mrd DM betrug gegen 4,2 Mrd DM im Vorjahr. Eine Rolle spielte ferner, daß die vom Staat an die Banken zur Weiterleitung an bestimmte Kreditnehmer gegebenen längerfristigen Mittel niedriger waren als im Vorjahr, so daß der Gesamtbetrag der „sonstigen“ an Banken gegebenen Mittel im Berichtsjahr mit 4,1 Mrd DM nur wenig höher war als im Vorjahr und niedriger als im Jahre 1957. Allerdings handelt es sich hierbei lediglich um eine Ver-

änderung in der Technik der Weitergabe — an die Stelle der in früheren Jahren sehr weitgehenden Einschaltung der Banken ist mehr und mehr, insbesondere im Rahmen der Wohnungsbauförderung, die direkte Kreditgewährung des Staates getreten —; der Umfang der Darlehen staatlicher Stellen ist jedenfalls im Jahre 1959 nicht zurückgegangen, sondern im Gegenteil nicht unbedeutend gestiegen. Hauptsächlich aus diesem Grunde haben sich die „sonstigen Forderungen“ aller nichtfinanziellen Sektoren (Ziff. I/8 in Tabelle 3) im

Tab. 3: Geldvermögensbildung und Kreditaufnahme der nichtfinanziellen Sektoren \*)<sup>1)</sup>

Positionen	1957	1958	1959 <sup>p)</sup>	1957	1958	1959 <sup>p)</sup>
	Mrd DM			vH		
<b>I. Geldvermögensbildung</b>						
1. Bargeld und Sichteinlagen	1,1	4,2	1,6	3,4	14,4	4,6
2. Termineinlagen	3,2	0,6	1,2	10,2	2,0	3,4
3. Spareinlagen	4,8	6,5	7,9	15,3	22,1	22,3
4. Sonstige an Banken gegebene Mittel *)	5,0	3,8	4,1	15,8	12,8	11,7
An Banken gegebene Mittel (Summe 1 bis 4)	(14,1)	(15,1)	(14,9)	(44,7)	(51,3)	(42,0)
5. Geldanlage bei Bausparkassen *)	2,7	3,1	3,9	8,5	10,7	10,9
6. Geldanlage bei Versicherungen *) <sup>5)</sup>	2,0	2,2	2,9	6,4	7,6	8,1
7. Erwerb von Wertpapieren	3,4	3,5	5,1	10,7	11,7	14,2
Längerfristige Geldanlage bei Kapitalsammelstellen und in Wertpapieren (Summe 2 bis 7)	(21,1)	(19,7)	(25,1)	(66,9)	(66,9)	(70,6)
8. Sonstige Forderungen *)	9,3	5,5	8,8	29,7	18,7	24,8
Summe (1 bis 8)	31,5	29,4	35,6	100,0	100,0	100,0
<b>II. Kreditaufnahme</b>						
1. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank *)	5,1	3,2	-2,1	16,3	10,9	-5,9
2. Kurzfristige Bankkredite	3,2	1,1	4,6	10,2	3,9	13,0
3. Längerfristige Bankkredite *)	7,5	10,7	14,0	23,7	36,4	39,4
4. Auszahlung der Bausparkassen *)	2,3	2,6	3,2	7,2	8,7	9,1
5. Darlehen der Versicherungen *) <sup>5)</sup>	1,3	1,3	1,6	4,1	4,4	4,5
6. Absatz von festverzinslichen Wertpapieren	1,2	4,0	2,8	3,8	13,4	7,9
7. Absatz von Aktien	1,6	1,1	2,6	5,0	3,6	7,2
Kapitalmarktmittel (Summe 3 bis 7)	(13,8)	(19,6)	(24,2)	(43,8)	(66,5)	(68,1)
8. Sonstige Verpflichtungen *)	9,3	5,5	8,8	29,7	18,7	24,8
Summe (1 bis 8)	31,5	29,4	35,6	100,0	100,0	100,0

\*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. Zahlenangaben für frühere Jahre vgl. Spalte 6 der zusammenfassenden Übersichten im Anhang dieses Aufsatzes. — <sup>1)</sup> Private Haushalte, Unternehmen, öffentliche Haushalte und Veränderung der Gläubiger- und Schuldnerposition der restlichen Welt gegenüber der Bundesrepublik. — <sup>2)</sup> Einschl. Eigenmittel der Banken. — <sup>3)</sup> Einschl. Eigenmittel der Bausparkassen. — <sup>4)</sup> Einschl. Pensionskassen. — <sup>5)</sup> Einschl. Eigenmittel der Versicherungen. — <sup>6)</sup> Einschl. statistischer Ermittlungsfehler. — <sup>7)</sup> Als Kreditaufnahme des Auslands betrachtet. — <sup>8)</sup> Einschl. der für die Finanzierung der Sachvermögensbildung der Banken bzw. Versicherungen aufgewandten Mittel. — <sup>9)</sup> Einschl. Auszahlung angesparter Eigenmittel der Bausparer. — <sup>p)</sup> Vorläufig.

<sup>1)</sup> Über den statistischen Zusammenhang zwischen den Forderungen und Verpflichtungen der nichtfinanziellen Sektoren und der Finanzierungsinstitutionen unterrichten die im Anhang abgedruckten Zahlenübersichten. Zum Methodischen vgl.: Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung im Jahre 1958, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 11. Jg. Nr. 6, Juni 1959, S. 16.

Jahre 1959 um rd. 3,3 Mrd DM auf nahezu 9 Mrd DM erhöht. Eine weitere Ursache für die Zunahme dieser Forderungen liegt darin, daß die Kredite von Nichtbanken an das Ausland im Jahre 1959 um 2,8 Mrd DM gestiegen sind gegen 1,2 Mrd DM im Vorjahr. Für die relative Zurückdrängung der Geldanlage bei Banken waren auch gewisse Änderungen in den Anlagegewohnheiten maßgebend. So hat sich in Fortsetzung der schon in den Vorjahren zu beobachtenden Tendenz der Anteil der Geldanlagen bei Versicherungen von 7,6 vH der gesamten Geldvermögensbildung im Jahre 1958 auf 8,1 vH im Jahre 1959 erhöht. Der Anteil der Geldanlage bei Bausparkassen war 1959 mit 10,9 vH zwar kaum höher als im Vorjahr, er übertraf aber nach wie vor beträchtlich den Stand, den er in den weiter zurückliegenden Jahren innegehabt hatte. Die stärkste Steigerung wies der auf den Erwerb von Wertpapieren entfallende Anteil der Geldvermögensbildung auf, der sich 1959 auf 14,2 vH belief gegenüber 11,7 vH bzw. 10,7 vH in den Jahren 1958 bzw. 1957. In absoluten Werten gerechnet, betrug der Erwerb von Wertpapieren durch private Haushalte, Unternehmen, öffentliche Haushalte und durch das Ausland im Berichtsjahr 5,1 Mrd DM gegen 3,5 Mrd DM im Vorjahr. Auf diesen Anstieg entfiel der größte Teil der Zunahme des gesamten Nettowertpapierabsatzes im Jahr 1959 — er war mit 11,3 Mrd DM um 1,9 Mrd DM höher als im vorangegangenen Jahr<sup>1)</sup> —, während der Wertpapiererwerb der Finanzierungsinstitutionen im Vergleich zum Vorjahr nur wenig gestiegen ist und bei den Banken allein sogar leicht rückläufig war<sup>2)</sup>. Nicht zuletzt infolge des stark gestiegenen Wertpapiererwerbs der nichtfinanziellen Sektoren hat auch der Anteil der längerfristigen Geldanlagen an der gesamten Geldvermögensbildung im letzten Jahr merklich zugenommen. Sieht man von den „sonstigen Forderungen“ ab, bei denen es sich um die in der Geldvermögensbildung und in der Kreditaufnahme in gleicher Höhe enthaltenen, überwiegend längerfristigen Direktkredite (vor allem von öffentlichen Haushalten an Unternehmen und an das Ausland) handelt, so belief sich die längerfristige Geldanlage — bei Kapitalsammelstellen und in Wertpapieren — auf 25 Mrd DM gegen knapp 20 Mrd DM im Vorjahr und 21 Mrd DM im Jahre 1957. Der Anteil dieser längerfristigen Geldanlagen an der gesamten Geldvermögensbildung betrug damit 1959 annähernd 71 vH gegen knapp 67 vH in den Jahren 1957 und 1958.

<sup>1)</sup> Wie einleitend bemerkt, wurde für 1959 die Berechnung zu Kurswerten durchgeführt, nicht dagegen für weiter zurückliegende Jahre, in denen die Abweichungen zwischen Kurs- und Nennwert insgesamt sich weitgehend ausgeglichen haben.

<sup>2)</sup> Die Verteilung des gesamten Wertpapierabsatzes auf die einzelnen Sektoren ist den im Anhang abgedruckten Tabellen zu entnehmen (Position B I/7 a und b).

Bei der *Kreditaufnahme* fällt demgegenüber zunächst die starke Expansion der kurzfristigen Bankkredite auf. Mit 4,6 Mrd DM waren sie im Jahre 1959 mehr als viermal so groß wie im Jahr zuvor; ihr Anteil an der gesamten Kreditaufnahme ist infolgedessen auf 13 vH gestiegen gegen 4 vH im Jahre 1958 und 10 vH im Jahre 1957. Das Bild ändert sich aber, wenn man die Zunahme der kurzfristigen Bankkredite mit der Abnahme des Gold- und Devisenbestandes der Bundesbank zusammenfaßt, die in dieser Rechnung als kurzfristige Kreditgewährung an das Ausland angesehen wird. Der Anteil der kurzfristigen Kredite an der gesamten Kreditaufnahme beträgt dann 7 vH und ist demnach nur noch knapp halb so hoch wie im Jahr zuvor. Vergleicht man damit den korrespondierenden Posten auf der Seite der Geldvermögensbildung, so zeigt sich allerdings, daß sich der Anteil der kurzfristigen Geldanlagen (Bargeld und Sichteinlagen) an der Geldvermögensbildung noch stärker verringert hat, nämlich — wie schon erwähnt — von 14 vH auf 5 vH. Dementsprechend findet man auf der Kreditseite kein Gegenstück zu der Erhöhung des Anteils der längerfristigen Geldanlage an der gesamten Geldvermögensbildung; die Quote der längerfristig aufgenommenen Kredite im Jahre 1959 war vielmehr mit 68 vH nicht nennenswert höher als im Vorjahr.

#### *Sektor: Unternehmen*

Betrachtet man die Geldvermögensbildung und Kreditaufnahme nach Sektoren, so ergibt sich für die Unternehmen im Jahre 1959 ein Überschuß der Kreditaufnahme gegenüber der Geldvermögensbildung in Höhe von 16,9 Mrd DM gegen 12,1 Mrd DM im Jahre 1958. Wie schon angedeutet, lag die wichtigste Ursache hierfür in der starken, die eigene Finanzierungskraft weit überschreitenden Ausdehnung der Investitionen. Die *Netto-Anlageinvestitionen* im Unternehmenssektor sind von 26,9 Mrd DM im Jahre 1958 auf 31,5 Mrd DM im Berichtsjahr gewachsen. Dabei handelte es sich allerdings nicht allein um unternehmerische Investitionen im engeren Sinne, vielmehr sind in diesen Ziffern auch alle Investitionen im Wohnungsbau enthalten. Sie stellten sich unter Abzug der Ersatzinvestitionen im Jahre 1959 auf rd. 11,0 Mrd DM gegenüber rd. 9,5 Mrd DM im Jahre 1958. Für die Finanzierung ihrer gesamten Vermögensbildung standen den Unternehmen im Jahre 1959 nach unserer Rechnung nur etwa ebensoviel *eigene Mittel* zur Verfügung wie im Vorjahr. Zwar haben sich die nichtentnommenen Gewinne etwas erhöht, jedoch gingen gleichzeitig die den Unternehmen von den öffentlichen Stellen zufließenden Vermögensübertragungen zurück. Dabei spielte vor allem eine

Rolle, daß die Vermögensübertragungen des Bundes, die im Jahre 1958 wegen einer teilweisen Annullierung der Forderungen an die Bundesbahn besonders hoch gewesen waren, in diesem Jahr erheblich zurückgingen. Aber auch die übrigen Vermögensübertragungen von öffentlichen Haushalten an Unternehmen, wie z. B. Zuschüsse zu Investitionen, waren 1959 kaum höher als im Jahr zuvor.

Wenn die Sachvermögensbildung des Unternehmenssektors und — wie noch darzulegen sein wird — die Bil-

dung von Geldvermögen stark ausgeweitet werden konnten, obwohl die Summe der eigenen Mittel, im ganzen betrachtet, etwa gleich blieb, so war dies nur auf der Basis einer verstärkten Kreditaufnahme möglich. Die gesamte Kreditaufnahme der Unternehmen betrug 1959 fast 26 Mrd DM gegenüber 19,6 Mrd DM im Vorjahr; sie ist also von einem Jahr zum anderen um ein Drittel gewachsen. Besonders stark war dabei die Expansion der Bankkredite, die 1959 mit 12,6 Mrd DM um die Hälfte über den Betrag

Tab. 4: Die Vermögensbildung der Unternehmen und ihre Finanzierung 1950 bis 1959<sup>1)</sup>

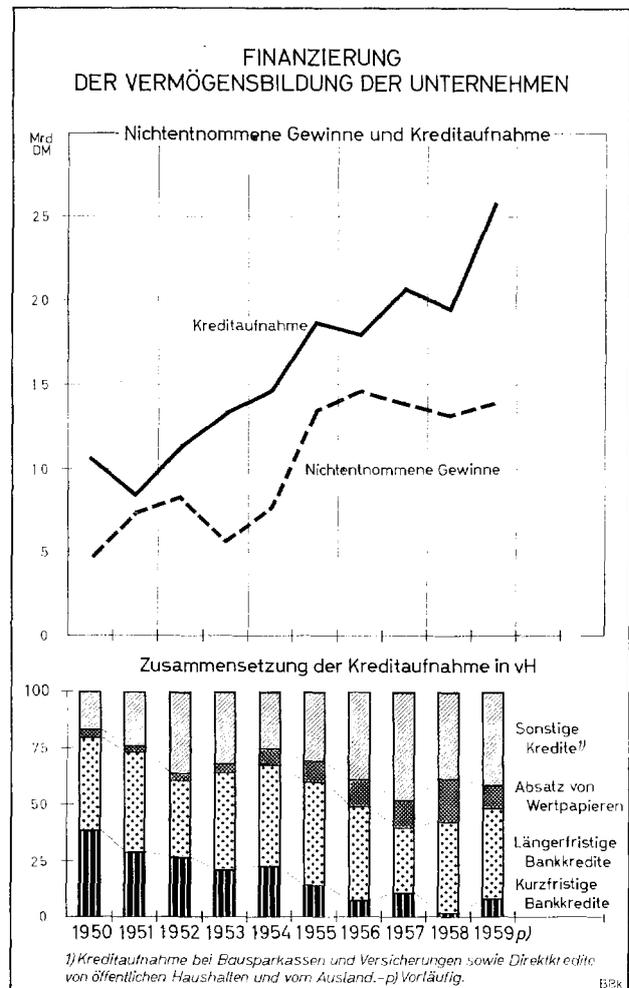
Positionen	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959 <sup>P)</sup>	1958	1959 <sup>P)</sup>
	Mrd DM										vH	
<b>A. Investition und Ersparnis</b>												
I. Sachvermögensbildung <sup>2)</sup>	9,7	11,7	15,3	14,5	19,0	27,4	27,4	28,2	26,9	31,5	.	.
II. Ersparnis einschl. Vermögensübertragungen	4,8	7,5	8,3	5,7	7,8	13,4	14,5	14,8	14,9	14,6	.	.
davon:												
1) Laufende Ersparnis (Nichtentnommene Gewinne)	4,7	7,5	8,4	5,8	7,8	13,6	14,7	14,0	13,3	13,9	.	.
2) Saldo der Vermögensübertragungen <sup>3)</sup>	0,1	-0,1	-0,0	-0,1	-0,0	-0,2	-0,2	0,8	1,6	0,6	.	.
III. Finanzierungsdefizit (II - I)	-4,9	-4,2	-6,9	-8,8	-11,2	-13,9	-12,9	-13,5	-12,1	-16,9	.	.
<b>B. Finanzierungsrechnung</b>												
I. Veränderung der Forderungen (Geldvermögensbildung)												
1) Bargeld und Sichteinlagen	1,8	1,4	0,6	0,9	2,0	1,1	1,2	1,9	2,8	2,7	36,6	29,5
2) Termineinlagen	1,3	0,8	1,1	0,9	-0,7	0,3	1,3	2,0	0,1	0,5	1,4	5,8
3) Spareinlagen	0,0	0,0	0,1	0,1	0,3	0,2	-0,2	0,1	0,2	0,4	3,1	4,5
4) Sonstige an Banken gegebene Mittel <sup>4)</sup>	1,6	1,0	1,7	1,6	0,0	1,3	1,0	1,4	2,1	2,3	27,8	25,5
5) Geldanlage bei Bausparkassen <sup>5)</sup>	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,8	0,9
6) Geldanlage bei Versicherungen <sup>6)</sup> 7)	0,1	0,2	0,2	0,3	0,4	0,3	0,3	0,5	0,6	0,7	8,6	8,1
7) Erwerb von Wertpapieren	0,0	0,0	0,1	0,5	1,0	1,2	0,9	0,6	0,5	1,0	6,2	10,8
8) Sonstige Forderungen <sup>8)</sup>	1,0	1,0	0,8	0,3	0,4	0,4	0,5	0,8	1,2	1,3	15,5	14,9
darunter:												
Kapitalexport <sup>12)</sup>	(-)	(-)	(0,0)	(0,0)	(0,2)	(0,3)	(0,3)	(0,7)	(0,6)	(0,4)	(7,4)	(4,9)
Sonstige Forderungen an das Ausland und Berlin (West)	(0,9)	(0,9)	(0,6)	(0,2)	(0,0)	(-)	(-)	(-)	(0,6)	(0,9)	(7,3)	(9,5)
Summe	5,8	4,4	4,6	4,7	3,5	4,9	5,2	7,3	7,6	9,0	100,0	100,0
II. Veränderung der Verpflichtungen <sup>9)</sup> (Kreditaufnahme)												
1) Kurzfristige Bankkredite	4,2	2,5	3,1	2,8	3,4	2,7	1,4	2,2	0,2	2,1	1,1	8,3
2) Längerfristige Bankkredite <sup>10)</sup>	4,4	3,9	3,9	5,8	6,6	8,6	7,6	6,1	8,2	10,5	41,7	40,4
3) Auszahlung der Bausparkassen <sup>11)</sup>	0,4	0,3	0,4	0,6	1,0	1,4	1,9	2,3	2,6	3,2	13,0	12,4
4) Darlehen der Versicherungen <sup>6)</sup> 10)	0,3	0,4	0,5	0,6	0,8	0,9	1,1	1,1	1,2	1,5	6,0	5,8
5) Absatz von festverzinslichen Wertpapieren	0,3	0,1	0,1	0,4	0,8	0,6	0,5	1,0	2,9	1,1	14,7	4,2
6) Absatz von Aktien	0,0	0,1	0,2	0,2	0,3	1,2	1,6	1,4	0,8	1,5	3,9	5,9
7) Sonstige Verpflichtungen <sup>8)</sup>	1,1	1,3	3,3	3,0	1,8	3,4	4,0	6,6	3,8	5,9	19,6	23,0
davon:												
Direktkredite des Staates	(1,1)	(1,3)	(2,7)	(3,1)	(2,0)	(3,1)	(3,0)	(4,6)	(3,3)	(5,5)	(16,7)	(21,2)
Kapitalimport <sup>12)</sup>	(-)	(-)	(0,0)	(-0,1)	(-0,2)	(-0,2)	(0,1)	(0,0)	(-0,1)	(0,4)	(-0,4)	(1,4)
Sonstige Kredite des Auslands und Berlins (West)	(-)	(-)	(0,6)	(-)	(-)	(0,5)	(0,9)	(2,0)	(0,6)	(0,1)	(3,3)	(0,4)
Summe	10,7	8,6	11,5	13,4	14,7	18,8	18,1	20,8	19,6	25,9	100,0	100,0
III. Veränderung der Nettoverschuldung (I - II)	-4,9	-4,2	-6,9	-8,8	-11,2	-13,9	-12,9	-13,5	-12,1	-16,9	.	.

<sup>1)</sup> Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — <sup>2)</sup> In Anlagen und Vorräten sowie durch Grundstückserwerb (netto). — <sup>3)</sup> Ablösungen von Lastenausgleichsabgaben, Wiedergutmachungsleistungen u. a.; 1958 einschl. Verzicht des Bundes auf Forderungen an die Bundesbahn. — <sup>4)</sup> Einschl. Eigenmittel der Banken, die ebenfalls Mittel von Unternehmen darstellen und die — wie andere Zuflüsse — ausgeliehen werden können. — <sup>5)</sup> Einschl. Eigenmittel der Bausparkassen. — <sup>6)</sup> Einschl. Pensionskassen. — <sup>7)</sup> Einschl. Eigenmittel der Versicherungen. — <sup>8)</sup> Einschl. statistischer Ermittlungsfehler. — <sup>9)</sup> Einschl. Absatz neuemittierter Aktien. — <sup>10)</sup> Einschl. der für die Finanzierung der Sachvermögensbildung der Banken bzw. Versicherungen aufgewandten Mittel. — <sup>11)</sup> Einschl. Auszahlung angesparter Eigenmittel der Bausparer. — <sup>12)</sup> Ohne Berücksichtigung der Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland. — <sup>P)</sup> Vorläufig.

des Vorjahres hinausging. Der Anteil der Banken an der gesamten Kreditaufnahme stieg damit auf 49 vH, ein Prozentsatz, der seit 1956 nicht mehr erreicht worden war. Im Vergleich zum Vorjahr sind vor allem die kurzfristigen Bankkredite kräftig gewachsen; sie nahmen um 2,1 Mrd DM zu gegen 0,2 Mrd DM im Jahre 1958 und 2,2 Mrd DM im Jahre 1957. Die Aufnahme längerfristiger Bankkredite war 1959 mit 10,5 Mrd DM um 2,3 Mrd DM höher als im Vorjahr. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Zunahme dadurch abgeschwächt wurde, daß der Anteil von Weiterleitungskrediten öffentlicher Stellen an den längerfristigen Bankkrediten aus den schon erwähnten Gründen im Jahre 1959 nicht unerheblich zurückgegangen sein dürfte. Dementsprechend hat die Aufnahme von *Direktkrediten* bei anderen Sektoren im Jahre 1959 an Bedeutung gewonnen. Insgesamt beliefen sich diese Kredite auf 5,9 Mrd DM gegen 3,8 Mrd DM im Vorjahr, wovon jeweils der weitaus größte Teil auf staatliche Kredite entfiel. Die bei *anderen Kapitalsammelstellen* und durch die *Emission von Wertpapieren* in Anspruch genommenen längerfristigen Finanzierungsmittel sind dagegen nicht gewachsen. Zwar erhöhten sich die von Bausparkassen bereitgestellten Mittel, die zum größten Teil der Wohnungsbaufinanzierung gedient haben dürften, von 2,6 Mrd DM im Jahre 1958 auf 3,2 Mrd DM<sup>1)</sup>, und die von den Versicherungen an die Unternehmen gegebenen Darlehen stellten sich im Berichtsjahr auf 1,5 Mrd DM gegen 1,2 Mrd DM im Vorjahr. Dagegen war die Mittelaufnahme durch Emission von Wertpapieren im Jahre 1959 weit weniger ergiebig als im Vorjahr, weil sich der Markt für festverzinsliche Papiere erheblich verengte. Der Absatz von Industrieobligationen und Anleihen der staatlichen Unternehmen (Bundesbahn und Bundespost) sank auf gut 1 Mrd DM gegen knapp 3 Mrd DM im Jahre 1958. Dies konnte auch durch das höhere Mittelaufkommen aus der Emission von Aktien — es belief sich auf 1,5 Mrd DM gegen 0,8 Mrd DM im Vorjahr — nicht wettgemacht werden. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß die Unternehmen mehr und mehr dazu übergingen, Kapitalerhöhungen zu Emissionskursen durchzuführen, die teilweise erheblich über pari lagen, um sich dadurch zusätzliche Mittel zur Verstärkung ihres Eigenkapitals zu verschaffen.

Trotz der großen Kreditaufnahme hat die *Geldvermögensbildung* der Unternehmen im Jahre 1959 beträchtlich — auf 9,0 Mrd DM gegenüber 7,6 Mrd DM im Vorjahr — zugenommen. Die Expansion der Geldvermögensbildung hing — wie schon angedeutet —

<sup>1)</sup> In den Mitteln der Bausparkassen ist auch die Auszahlung angesparter eigener Mittel der Bausparer enthalten.



vor allem damit zusammen, daß sich bei einzelnen Firmen der Anfall von eigenen Mitteln aus Gewinnen und Abschreibungen weit weniger mit dem Finanzierungsbedarf für Investitionen deckte, als dies für den Unternehmenssektor als Ganzes der Fall war. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß sich 1959 — insbesondere in der ersten Hälfte des Jahres — ein Teil der Unternehmen in Erwartung steigender Zinsen um eine vorzeitige Kapitalaufnahme bemühte und den Gegenwert der Kredite zeitweilig zinstragend anlegte. Dafür spricht nicht zuletzt die Tatsache, daß der Zuwachs an Einlagen auf Termin- und Sparkonten von Unternehmen im Jahre 1959 mit insgesamt 0,9 Mrd DM erheblich höher war als im Vorjahr (0,3 Mrd DM). Außerdem ist zu berücksichtigen, daß viele Unternehmen neben den eigenen Sachinvestitionen ihre Beteiligungen erhöht haben oder zumindest bestrebt waren, ihre Beteiligungsverhältnisse auch dann voll aufrechtzuerhalten, wenn wegen Neuemissionen von Aktien eine Verminderung ihrer Anteile zu erwarten war. Schließlich stellt auch die Direktkreditgewährung der Unternehmen an das Ausland — sei es durch längerfristige Darlehen

und Beteiligungen, sei es durch Lieferantenkredite — eine Form der Geldvermögensbildung dar, die weit weniger von den jeweiligen finanziellen Überschüssen der Unternehmen als von ihren längerfristigen geschäftlichen Dispositionen abhängt.

#### Sektor: Öffentliche Haushalte

Im Jahre 1959 haben die öffentlichen Haushalte ihre Ausgaben für eigene Investitionen sehr stark ausgedehnt, so daß sich der gesamte Bestand an *Sachvermögen* — nach Absetzung der für Ersatzinvestitionen notwendigen Beträge — um etwa 7,6 Mrd DM erhöht hat gegenüber 6,3 Mrd DM im Vorjahr. Der weitaus größte Teil dieser Nettoinvestitionen — annähernd 90 vH — entfiel auf Bauten, der Rest auf den Erwerb von beweglichem Sachvermögen und Grundvermögen. Zur Finanzierung der Vermögensbildung standen den öffentlichen Haushalten im abgelaufenen Jahr eigene Mittel in Höhe von 14,0 Mrd DM — im Vergleich zu 10,8 Mrd DM im Jahre 1958 — zur Verfügung. Der *Überschuß der laufenden Rechnung* war dabei in beiden Jahren um jeweils 2,6 Mrd DM höher als die eigenen Mittel, jedoch wurden in dieser Höhe von den öffentlichen Haushalten per Saldo Vermögensübertragungen in Form von Zuschüssen zu Investitionen, Kapitalentschädigungen, Erlaß von Schulden — sowohl an andere inländische Sektoren als auch an das Ausland — geleistet. Der Betrag, um den die für vermögenswirksame Zwecke verfügbaren eigenen Mittel die eigenen Investitionsausgaben überstiegen — der sog. Finanzierungsüberschuß —, belief sich 1959 auf 6,4 Mrd DM (gegen 4,5 Mrd DM im Vorjahr); davon entfielen 4,4 Mrd DM auf Gebietskörperschaften (gegen 2,5 Mrd DM im Vorjahr) und 2,0 Mrd DM auf die Sozialversicherungen.

Die *Bruttogeldvermögensbildung* der öffentlichen Haushalte war 1959 allerdings weit größer als der oben erwähnte Finanzierungsüberschuß. Sie belief sich auf 9,5 Mrd DM gegen 6,9 Mrd DM im Vorjahr und hat damit den relativ hohen Stand des Jahres 1957 wieder erreicht. Wie bereits erwähnt, wurden die *Sichteinlagen* öffentlicher Stellen im ganzen weiter verringert. Soweit dieser Abbau der Finanzierung von Ausgaben mit vermögenswirksamem Charakter diente — wie namentlich der Vorauszahlung für spätere Rüstungslieferungen und der vorzeitigen Tilgung von Auslandsschulden —, hat sich die Vermögensbildung als solche nicht verringert, sondern lediglich in anderen Formen vollzogen. Auf die Vorauszahlungen von Rüstungslieferungen entfiel der überwiegende Teil der gesamten *Kreditgewährung an das Ausland*; unter den übrigen öffentlichen Krediten an das Aus-

land spielten langfristige Kapitalanlagen, vor allem Leistungen an internationale Organisationen, eine große Rolle<sup>1)</sup>.

Einen sehr starken Anstieg wiesen auch die *Direktkredite* der öffentlichen Haushalte an inländische Unternehmen — einschließlich des Wohnungsbaus — auf; sie betragen 1959 nach unserer Rechnung 5,5 Mrd DM gegen 3,3 Mrd DM im Vorjahr und 4,6 Mrd DM im Jahre 1957. Zieht man außerdem die über Banken geleiteten Kredite in Betracht, die weitgehend identisch sind mit den „sonstigen an Banken gegebenen Mitteln“ — ihr Zuwachs hat sich von 1,6 Mrd DM auf 1,3 Mrd DM verringert —, so sind 1959 von den öffentlichen Stellen per Saldo — d. h. abzüglich der Tilgungen — Kredite in Höhe von insgesamt 7 Mrd DM gewährt worden gegen 5 Mrd DM im Vorjahr. Etwa die Hälfte dieses Betrages dürfte im Jahre 1959 in den Wohnungsbau geflossen sein, während der Rest sich auf eine Reihe von Einzelhilfen, wie Darlehen an die Bundesbahn, an andere öffentliche Erwerbsbetriebe, an die Landwirtschaft u. dgl. m., verteilte.

Im Vergleich zur Kreditgewährung an das In- und Ausland in den oben erwähnten Formen spielten die *übrigen Formen der Geldvermögensbildung* bei den öffentlichen Haushalten eine nur geringe Rolle. Sieht man von den Guthaben des Bundes bei der Bundesbank ab, die aus den schon genannten Gründen erheblich abgebaut wurden, so sind die Einlagen bei Banken zwar weiter gestiegen — die Termineinlagen und Spareinlagen zusammen um 1,3 Mrd DM gegen 0,8 Mrd DM im Vorjahr —, jedoch dürfte es sich dabei vielfach um Erlöse aus Anleiheemissionen gehandelt haben, die im Hinblick auf die erwartete Zinssteigerung am Kapitalmarkt vorzeitig aufgelegt wurden; echte Rücklagen aus laufenden Einnahmen dürften nur bei den Geldanlagen der Sozialversicherungen von größerer Bedeutung gewesen sein. Auch der im Vergleich zum Vorjahr höhere Erwerb von Wertpapieren hängt mit Käufen der Sozialversicherungen (einschl. der Zusatzversorgungsanstalten) zusammen, die im Jahre 1959 Wertpapiere in Höhe von 0,9 Mrd DM erworben haben gegen 0,4 Mrd DM im Vorjahr und 0,5 Mrd DM im Jahre 1957. Hierin kommt ein Wandel in den Anlagegewohnheiten zum Ausdruck, denn die Sozialversicherungen haben im Jahre 1959 — im Gegensatz zu den Gebietskörperschaften — die Hingabe von Direktkrediten eingeschränkt und stattdessen mehr Wertpapiere übernommen bzw. ihre Geldanlagen bei Banken erhöht; die Entwicklung der Ersparnis der Sozialversiche-

<sup>1)</sup> Detailliertere Angaben enthält der Aufsatz: Die Entwicklung der Zahlungsbilanz im Jahre 1959, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 12. Jg. Nr. 3, März 1960, S. 13. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung in der Zahlungsbilanz und in der vorliegenden Finanzierungsrechnung vgl. Anmerkung auf S. 59.

Tab. 5: Die Vermögensbildung der öffentlichen Haushalte und ihre Finanzierung 1957 bis 1959 <sup>1)</sup>  
in Mrd DM

Positionen	Gebietskörperschaften <sup>2)</sup>			Sozialversicherungen <sup>3)</sup>			Öffentliche Haushalte insgesamt		
	1957	1958	1959 <sup>p)</sup>	1957	1958	1959 <sup>p)</sup>	1957	1958	1959 <sup>p)</sup>
<b>A. Investition und Ersparnis</b>									
I. Sachvermögensbildung <sup>4)</sup>	5,3	6,2	7,5	0,1	0,1	0,1	5,4	6,3	7,6
II. Ersparnis einschl. Vermögensübertragungen	10,7	8,7	11,9	2,6	2,1	2,1	13,3	10,8	14,0
davon:									
1) Laufende Nettoersparnis	12,1	11,3	14,5	2,7	2,1	2,2	14,8	13,4	16,6
2) Saldo der Vermögensübertragungen <sup>5)</sup>	- 1,4	- 2,6	- 2,6	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 1,5	- 2,6	- 2,6
III. Finanzierungsüberschuß (II - I)	5,4	2,5	4,4	2,5	1,9	2,0	7,9	4,5	6,4
<b>B. Finanzierungsrechnung</b>									
I. Zunahme der Forderungen (Geldvermögensbildung) <sup>6)</sup>									
1) Bargeld und Sichteinlagen	- 2,7	- 0,6	- 2,6	- 0,2	- 0,3	- 0,1	- 2,5	- 0,3	- 2,5
2) Termineinlagen	1,0	- 0,2	- 0,2	0,2	0,6	0,8	1,2	0,5	0,6
3) Spareinlagen	0,1	0,3	0,7	.	.	.	0,1	0,3	0,7
4) Sonstige an Banken gegebene Mittel <sup>7)</sup>	2,2	1,6	1,4	0,6	0,1	- 0,1	2,8	1,6	1,3
5) Erwerb von Wertpapieren	0,3	0,2	0,4	0,5	0,4	0,9	0,8	0,6	1,3
6) Sonstige Forderungen	6,1	3,6	7,8	1,1	0,6	0,4	7,0	4,2	8,2
darunter:									
an Unternehmen <sup>8)</sup>	(3,8)	(2,7)	(5,1)	(0,8)	(0,6)	(0,4)	(4,6)	(3,3)	(5,5)
an das Ausland	(2,0)	(0,6)	(2,3)	(-)	(-)	(-)	(2,0)	(0,6)	(2,3)
an Gebietskörperschaften	(-)	(-)	(-)	(0,2)	(0,0)	(- 0,0)	(-)	(-)	(-)
Summe	7,0	5,0	7,5	2,5	1,9	2,0	9,3	6,9	9,5
II. Zunahme der Verpflichtungen (Kreditaufnahme) <sup>9)</sup>									
1) Kurzfristige Bankkredite	0,4	0,2	0,9	-	-	-	0,4	0,2	0,9
2) Längerfristige Bankkredite <sup>9)</sup>	1,2	1,9	2,2	-	-	-	1,2	1,9	2,2
3) Auszahlung der Bausparkassen	- 0,0	- 0,0	0,0	-	-	-	- 0,0	- 0,0	0,0
4) Darlehen der Versicherungen <sup>10)</sup>	0,1	0,1	0,1	-	-	-	0,1	0,1	0,1
5) Ausgabe von Schuldverschreibungen	0,0	0,7	1,1	-	-	-	0,0	0,7	1,1
6) Sonstige Verpflichtungen									
gegenüber dem Ausland <sup>11)</sup>	- 0,4	- 0,4	- 1,2	-	-	-	- 0,4	- 0,4	- 1,2
gegenüber Sozialversicherungen	0,2	0,0	- 0,0	-	-	-	-	-	-
Summe	1,6	2,4	3,1	-	-	-	1,4	2,4	3,1
III. Veränderung der Nettoforderungen (Nettogeldvermögensbildung (I - II))	5,4	2,5	4,4	2,5	1,9	2,0	7,9	4,5	6,4

<sup>1)</sup> Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — <sup>2)</sup> Einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen. — <sup>3)</sup> Einschl. Zusatzversicherungen. — <sup>4)</sup> Bauinvestitionen, Erwerb von beweglichem Sachvermögen sowie Grundstückskäufe (netto). — <sup>5)</sup> Auslandshilfe an die Bundesrepublik, Erbschaftssteuer und Ablösung von Lastenausgleichsabgaben abzüglich Wiedergutmachungsleistungen, Wohnungsbauprämien, Hauptentschädigung, Zuerkennung von Schuldbuchforderungen als Ablösung ehemaliger Reichsschulden sowie Altsparerentschädigung und Währungsausgleich Vertriebener. 1958 einschl. Verzicht des Bundes auf Forderungen an die Bundesbahn. — <sup>6)</sup> Bei der Summenbildung für die öffentlichen Haushalte insgesamt wurden die Kredite der Sozialversicherungen an die Gebietskörperschaften nicht berücksichtigt. — <sup>7)</sup> Einschl. durchlaufender Mittel. — <sup>8)</sup> Zunahme der Direktforderungen der Gebietskörperschaften an Unternehmen als Rest ermittelt. — <sup>9)</sup> Einschl. Deckungsforderungen. — <sup>10)</sup> Einschl. Pensionskassen. — <sup>11)</sup> Abzüglich Rückzahlung von Auslandsschulden. — <sup>p)</sup> Vorläufig.

rungen spielte demgegenüber eine geringere Rolle, da sie 1959 kaum höher war als 1958. Der Wertpapiererwerb der übrigen öffentlichen Haushalte stieg 1959 auf 0,4 Mrd DM gegen 0,2 Mrd DM im Vorjahr: eine Tatsache, die vor allem mit der verstärkten Emission von Aktien solcher Unternehmen zusammenhängen dürfte, deren Aktienkapital sich — wie z. B. bei bestimmten Versorgungsunternehmen — seit eh und je ganz oder zu bestimmten Teilen in Händen der Kommunen oder anderer Gebietskörperschaften befindet.

Wie schon angedeutet, hat bei den öffentlichen Haushalten trotz der erhöhten eigenen Mittel für Investitionszwecke die Kreditaufnahme merklich zugenommen. Per Saldo, d. h. aufgerechnet gegen die Schuldentilgungen, betrug die Kreditaufnahme im Jahre 1959

rd. 3,1 Mrd DM gegen 2,4 Mrd DM im Vorjahr. Dabei ist zu berücksichtigen, daß 1959 gegenüber dem Ausland Schulden in Höhe von rd. 1,2 Mrd DM — zum Teil vorzeitig — getilgt worden sind gegen nur 0,4 Mrd DM im Jahre 1958. Die Kreditaufnahme im Inland belief sich 1959 auf 4,3 Mrd DM gegenüber 2,8 Mrd DM im Vorjahr. Der weitaus größte Teil der Inlandskredite — nämlich 3,1 Mrd DM — wurde, wie in früheren Jahren, von den Banken gegeben. Dabei entfielen im Berichtsjahr 0,9 Mrd DM auf kurzfristige Kredite (einschl. des Erwerbs von Geldmarktpapieren durch Banken) und 2,2 Mrd DM auf längerfristige Kredite; bei den letzteren handelte es sich vor allem um Kredite von Sparkassen und öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten an Gemeinden, die ihren längerfristigen Fi-

finanzierungsbedarf vorwiegend auf diesem Wege zu decken pflegen<sup>1)</sup>).

### Sektor: Private Haushalte

Die private Ersparnis setzte im Jahre 1959 ihren Aufwärtstrend fort. Die laufende Ersparnis der privaten Haushalte betrug im Berichtsjahr 14,3 Mrd DM gegen 12,7 Mrd DM im Vorjahr; sie erhöhte sich also um knapp 13 vH. Verhältnismäßig stark stiegen die Zuflüsse von Vermögensübertragungen, nämlich auf gut 1,0 Mrd DM gegen 0,8 Mrd DM im Vorjahr und 0,3 Mrd DM im Jahre 1957. Diese Erhöhung ist nahezu ausschließlich auf vermehrte Zahlungen des Lastenausgleichsfonds an Hauptentschädigung und erhöhte Gutschriften von Wohnungsbauprämien zurückzuführen, während sich die Zuerkennung von Ablösungsschuldtiteln für ehemalige Reichsschulden im Vergleich zum Jahre 1958 etwas vermindert hat. Die gesamten eigenen Finanzierungsmittel der privaten Haushalte — laufende Ersparnis zuzüglich der Vermögensübertragungen — beliefen sich in der Berichtsperiode auf 15,4 Mrd DM gegen 13,5 Mrd DM 1958, was einer Zunahme um nahezu 14 vH entspricht. In dieser Höhe haben die privaten Haushalte per Saldo Geldvermögen

gebildet — per Saldo insofern, als auch bei den privaten Haushalten die Zunahme der Geldanlagen mit der gleichzeitigen Aufnahme von Krediten saldiert werden muß.

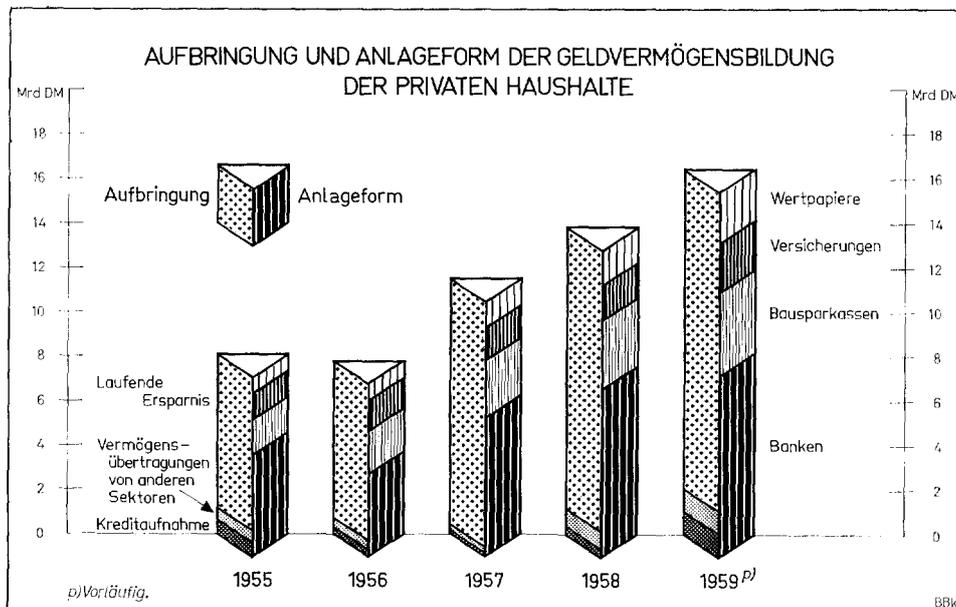
Die Geldvermögensbildung der privaten Haushalte stellte sich im Jahre 1959 insgesamt auf 16,5 Mrd DM gegen 13,9 Mrd DM im Vorjahr. Die privaten Haushalte waren an der gesamten Geldvermögensbildung der nichtfinanziellen Sektoren im Jahre 1959 — ähnlich wie schon im Vorjahr — mit rd. 46 vH beteiligt gegen 37 vH im Jahre 1957 und etwas weniger als 20 vH im Jahre 1950. Das zeigt, welche große Bedeutung die privaten Haushalte inzwischen als Geldgeber im Rahmen des gesamten Finanzierungsprozesses erlangt haben. In der Struktur der Geldvermögensbildung haben sich dabei im allgemeinen die schon seit langem zu beobachtenden Tendenzen fortgesetzt: die Geldanlage bei Banken — immer noch die wichtigste Anlageform — verliert relativ an Bedeutung, während alle übrigen Anlageformen von diesem „Verlust“ mehr oder weniger profitieren. Auf die Geldanlage bei Banken entfielen 1959 rd. 50 vH der gesamten Geldvermögensbildung der privaten Haushalte gegenüber 55 vH im Vorjahr und 65 vH im Jahre 1954. Der überwiegende Teil hiervon vollzog sich auch 1959 in der Form von Einlagen auf Sparkonten, die in diesem Jahre um 6,9 Mrd DM zunahm gegenüber 6,0 Mrd DM im Vorjahr; der Rest betraf hauptsächlich

<sup>1)</sup> Vgl.: Art und Unterbringung der öffentlichen Neuverschuldung in der Bundesrepublik, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 12. Jg. Nr. 5, Mai 1960, S. 19.

Tab. 6: Ersparnis und Geldvermögensbildung der privaten Haushalte 1950 bis 1959<sup>1)</sup>  
in Mrd DM

Positionen	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959 <sup>2)</sup>
<b>A. Ersparnis</b>										
1) Laufende Ersparnis	2,0	2,3	4,3	5,4	6,7	6,9	7,0	11,1	12,7	14,3
2) Saldo der Vermögensübertragungen <sup>3)</sup>	0,0	0,0	0,1	0,7	1,4	0,5	0,4	0,3	0,8	1,0
3) Ersparnis einschl. Vermögensübertragungen (= Finanzierungsüberschuß)	2,0	2,3	4,4	6,1	8,0	7,4	7,4	11,4	13,5	15,4
<b>B. Finanzierungsrechnung</b>										
<b>I. Zunahme der Forderungen (Geldvermögensbildung)</b>										
1) Bargeld und Sichteinlagen <sup>4)</sup>	0,5	0,8	1,4	1,1	0,9	1,2	0,8	1,5	1,6	1,3
2) Termineinlagen	0,0	0,0	0,1	0,1	— 0,0	— 0,0	0,0	0,1	0,0	0,0
3) Spareinlagen	1,0	0,9	2,2	3,5	4,6	3,5	2,9	4,7	6,0	6,9
4) Sonstige an Banken gegebene Mittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	— 0,1	0,1	0,0	0,0	0,0
5) Geldanlagen bei Bausparkassen	0,4	0,3	0,5	0,9	1,3	1,6	2,0	2,6	3,1	3,8
6) Geldanlagen bei Versicherungen <sup>4)</sup>	0,5	0,6	0,7	0,8	1,0	1,2	1,3	1,5	1,6	2,2
7) Erwerb von Wertpapieren	0,0	0,0	0,2	0,3	0,7	0,7	0,7	1,2	1,7	2,3
Summe	2,4	2,6	4,9	6,7	8,5	8,1	7,8	11,6	13,9	16,5
<b>II. Zunahme der Verpflichtungen</b>										
1) Kredite der Banken <sup>5)</sup>	0,2	0,1	0,2	0,3	0,3	0,5	0,2	0,1	0,4	1,1
2) Konsumkredite des Einzelhandels	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,0
3) Darlehen der Versicherungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe	0,4	0,3	0,5	0,5	0,5	0,7	0,4	0,2	0,4	1,1
<b>III. Nettogeldvermögensbildung (I - II)</b>	2,0	2,3	4,4	6,1	8,0	7,4	7,4	11,4	13,5	15,4

<sup>1)</sup> Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — <sup>2)</sup> Altsparentscheidung, Währungsausgleich Vertriebener, Hauptentschädigung, Zuerkennung von Schuldbuchforderungen als Ablösung ehemaliger Reichsschulden und Wohnungsbauprämien. — <sup>3)</sup> Schätzung. — <sup>4)</sup> Einschl. Pensionskassen. — <sup>5)</sup> Teilzahlungskredite für Konsumzwecke sowie Kleinkredite. — <sup>6)</sup> Vorläufig.



die Erhöhung der Sichteinlagen und des Bargeldbestandes der privaten Haushalte, wobei diese Größen — sie sind in unserer Rechnung für das Jahr 1959 mit 1,3 Mrd DM enthalten — infolge der statistischen Schwierigkeiten nur als Annäherungswerte betrachtet werden können.

Unter den übrigen Formen der Geldanlage der privaten Haushalte konnten im Jahre 1959 vor allem die Wertpapiere ihre Position erheblich verbessern. Der Wertpapiererwerb durch private Sparer stieg von 1,7 Mrd DM im Jahre 1958 auf nicht weniger als 2,3 Mrd DM oder um etwa 38 vH; der Anteil des Wertpapiererwerbs an der gesamten Geldvermögensbildung der privaten Haushalte erhöhte sich dadurch auf fast 14 vH im Vergleich zu knapp 12 vH im Vorjahr, 9 vH im Jahre 1955 und noch nicht einmal 1 vH im Jahre 1950. Im einzelnen entfielen im Jahre 1959 etwa 1,4 Mrd DM auf die Käufe festverzinslicher Wertpapiere und 0,9 Mrd DM auf den Erwerb von Aktien und Investmentzertifikaten. Das Bausparen (durch Einzahlungen auf Bausparkonten, Tilgungen aufgenommener Baudarlehen und Gutschriften von Wohnungsbauprämien) hat im Jahre 1959 mit 3,8 Mrd DM seinen Anteil an der gesamten Geldvermögensbildung der privaten Haushalte etwas erhöhen können, und zwar auf 23,1 vH gegenüber 22,1 vH im Vorjahr und 22,2 vH im Jahre 1957. Es ist damit nach den Geldanlagen bei Banken nach wie vor die wichtigste Sparform, worin einmal das wachsende Interesse breiter Schichten an dem Bau eines Eigenheimes, zum anderen aber auch die Wirkung der ausgeprägten staatlichen Unterstützung durch Wohnungsbauprämien bzw. durch die im Rahmen der Sonderausgaben erlaubte Abzugs-

fähigkeit der Einzahlungen vom steuerpflichtigen Einkommen zum Ausdruck kommt. Auch das *Versicherungssparen* konnte seinen Anteil an der gesamten Geldvermögensbildung wieder erhöhen. Die Ansprüche, die die privaten Haushalte durch Einzahlungen bei Lebensversicherungsgesellschaften (einschl. Pensionskassen) im Jahre 1959 neu erworben haben, lassen sich auf 2,2 Mrd DM veranschlagen gegenüber 1,6 Mrd DM im Vorjahr. Gemessen an der gesamten Geldvermögensbildung, stieg damit der Anteil auf 13,1 vH gegenüber 11,4 vH im Vorjahr. Dazu ist allerdings zu bemerken, daß der Wert für 1958 infolge der Sonderauszahlung einer Versicherungsgesellschaft verhältnismäßig niedrig gewesen war, so daß mit dem Anstieg der Quote im Jahre 1959 lediglich die schon 1957 bestehende Relation wieder hergestellt wurde.

Wie bei den übrigen Sektoren, so ging auch bei den privaten Haushalten im Jahre 1959 die wachsende Geldvermögensbildung mit einer relativ starken Ausweitung der Kreditaufnahme einher. Insgesamt haben nach unserer Rechnung die privaten Haushalte ihre Verschuldung in Form von Konsumentenkrediten um 1,1 Mrd DM erhöht gegenüber 0,4 Mrd DM im Vorjahr und 0,2 Mrd DM im Jahre 1957. Bei dieser Zunahme handelte es sich fast ausschließlich um Bankkredite, und zwar überwiegend um sog. Kleinkredite, eine Kreditform, die erst im Laufe des Jahres 1959 im größeren Stil von den Banken eingeführt und propagiert wurde. Auch die Teilzahlungskredite, als die traditionelle Form des Konsumentenkredits, haben sich 1959 stärker ausgeweitet als im Vorjahr, jedoch blieb ihr Zuwachs erheblich hinter dem der Kleinkredite zurück.

Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung in der Bundesrepublik im Jahre 1950 \*)  
in Mrd DM

Position	Sektor	Finanzierungsinstitutionen									Insgesamt
		Private Haushalte	Unternehmen	Öffentliche Haushalte	Ausland	Berlin (West) <sup>1)</sup>	Nicht-finanzielle Sektoren (Sp. 1-5)	Banken	Versicherungen <sup>2)</sup>	Bausparkassen	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
<b>A. Investition und Ersparnis</b>											
<b>I. Investitionen</b>											
1. Brutto-Investitionen <sup>2)</sup>		—	19,37	2,39	—	—	21,76	·	·	·	21,76
2. Abschreibungen		—	9,66	0,42	—	—	10,08	·	·	·	10,08
3. Netto-Investitionen (1 - 2) (Sachvermögensbildung)		—	9,71	1,97	—	—	11,68	·	·	·	11,68
<b>II. Ersparnis einschl. Vermögensübertragungen</b>											
		2,05	4,76	5,17	0,30	— 0,60	11,68	·	·	·	11,68
davon:											
1. Laufende Ersparnis		2,04	4,67	3,44	2,13	— 0,60	11,68	·	·	·	11,68
2. Saldo der Vermögensübertragungen		0,01	0,09	1,73	— 1,83	—	—	·	·	·	—
<b>III. Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (—) (II - I/3)</b>											
		2,05	— 4,95	3,20	0,30	— 0,60	—	·	·	·	—
<b>B. Finanzierungsrechnung</b>											
<b>I. Veränderung der Forderungen</b>											
1. Bargeld und Sichteinlagen		0,53	1,81	— 0,61	·	0,12	1,85	—	0,01	0,02	1,87
2. Termineinlagen		0,03	1,29	0,66	·	·	1,97	—	0,04	0,03	2,04
3. Spareinlagen		0,96	0,01	0,03	·	·	1,01	—	—	—	1,01
4. Sonstige an Banken gegebene Mittel		0,01	1,59 a)	2,55	0,59	·	4,74	—	0,04	—	4,78
5. Geldanlage bei Bausparkassen		0,40	0,01 b)	—	—	—	0,41	—	—	—	0,41
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>3)</sup>		0,16	0,08 c)	—	—	—	0,54	—	—	—	0,54
7. Erwerb von Wertpapieren		0,02	0,01	0,14	—	—	0,17	0,51	0,05	0,00	0,73
8. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank		—	—	—	—	—	—	— 0,56	—	—	— 0,56
9. Kurzfristige Bankkredite		—	—	—	—	—	—	5,29	—	—	5,29
10. Längerfristige Bankkredite		—	—	—	—	—	—	4,89 d)	—	—	4,89
11. Auszahlung der Bausparkassen		—	—	—	—	—	—	—	—	0,37	0,37
12. Darlehen der Versicherungen		—	—	—	—	—	—	—	0,40 d)	—	0,40
13. Sonstige Forderungen		—	1,01	1,40	—	—	2,42	—	—	—	2,42
<b>Summe</b>		<b>2,40</b>	<b>5,80</b>	<b>4,17</b>	<b>0,59</b>	<b>0,12</b>	<b>13,09</b>	<b>10,11</b>	<b>0,54</b>	<b>0,42</b>	<b>24,16</b>
<b>II. Veränderung der Verpflichtungen</b>											
1. Bargeld und Sichteinlagen		—	—	—	—	—	—	1,87	—	—	1,87
2. Termineinlagen		—	—	—	—	—	—	2,04	—	—	2,04
3. Spareinlagen		—	—	—	—	—	—	1,01	—	—	1,01
4. Sonstige an Banken gegebene Mittel		—	—	—	—	—	—	4,78 a)	—	—	4,78
5. Geldanlage bei Bausparkassen		—	—	—	—	—	—	—	—	0,41 b)	0,41
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>3)</sup>		—	—	—	—	—	—	—	0,54 c)	—	0,54
7. a) Absatz festverzinslicher Wertpapiere		—	0,27	—	—	—	0,27	0,41	—	—	0,68
b) Absatz von Aktien		—	0,04	—	—	—	0,04	0,01	—	—	0,05
8. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank		—	—	—	— 0,56	—	— 0,56	—	—	—	— 0,56
9. Kurzfristige Bankkredite		0,10	4,22	0,53	0,38	0,06	5,29	—	—	—	5,29
10. Längerfristige Bankkredite		0,10	4,37 d)	0,41	—	—	4,87	—	—	0,01	4,89
11. Auszahlung der Bausparkassen		—	0,38	— 0,01	—	—	0,37	—	—	—	0,37
12. Darlehen der Versicherungen		0,01	0,35 d)	0,04	—	—	0,40	—	—	—	0,40
13. Sonstige Verpflichtungen		0,15	1,13	—	0,48	0,66	2,42	—	—	—	2,42
<b>Summe</b>		<b>0,36</b>	<b>10,75</b>	<b>0,97</b>	<b>0,29</b>	<b>0,72</b>	<b>13,09</b>	<b>10,11</b>	<b>0,54</b>	<b>0,42</b>	<b>24,16</b>
<b>III. Nettoveränderung der Forderungen bzw. Verpflichtungen (—) (I - II)</b>											
		2,05	— 4,95	3,20	0,30	— 0,60	—	·	·	·	—

\*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — <sup>1)</sup> Einschl. Währungsgebiet der DM-Ost. — <sup>2)</sup> Einschl. Erwerb bzw. Verkauf von Grundstücken und sonstigem Anlagevermögen. — <sup>3)</sup> Einschl. Pensionskassen. — a) Einschl. Eigenmittel der Banken. — b) Einschl. Eigenmittel der Bausparkassen. — c) Einschl. Eigenmittel der Versicherungen. — d) Einschl. der zur Finanzierung der Sachvermögensbildung der Banken bzw. Versicherungen aufgewandten Mittel.

Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung in der Bundesrepublik im Jahre 1951 \*)

in Mrd DM

Position	Sektor	Private Haushalte	Unternehmen	Öffentliche Haushalte	Ausland	Berlin (West) <sup>1)</sup>	Nicht-finanzielle Sektoren (Sp. 1—5)	Finanzierungsinstitutionen			Insgesamt
								Banken	Versicherungen <sup>2)</sup>	Bausparkassen	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
<b>A. Investition und Ersparnis</b>											
<b>I. Investitionen</b>											
1. Brutto-Investitionen <sup>2)</sup>		—	23,09	3,00	—	—	26,08	.	.	.	26,08
2. Abschreibungen		—	11,42	0,50	—	—	11,92	.	.	.	11,92
3. Netto-Investitionen (1 -/. 2) (Sachvermögensbildung)		—	11,67	2,50	—	—	14,16	.	.	.	14,16
<b>II. Ersparnis einschl. Vermögensübertragungen</b>											
		2,33	7,48	7,42	— 2,41	— 0,65	14,16	.	.	.	14,16
davon:											
1. Laufende Ersparnis		2,31	7,55	6,06	— 1,10	— 0,65	14,16	.	.	.	14,16
2. Saldo der Vermögensübertragungen		0,02	— 0,07	1,36	— 1,31	—	—	.	.	.	—
<b>III. Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (—) (II -/. I/3)</b>											
		2,33	— 4,19	4,92	— 2,41	— 0,65	—	.	.	.	—
<b>B. Finanzierungsrechnung</b>											
<b>I. Veränderung der Forderungen</b>											
1. Bargeld und Sichteinlagen		0,80	1,37	0,58	.	0,13	2,87	—	0,01	0,01	2,89
2. Termineinlagen		0,04	0,84	0,53	.	.	1,40	—	0,05	0,02	1,48
3. Spareinlagen		0,85	0,01	0,04	.	.	0,90	—	—	—	0,90
4. Sonstige an Banken gegebene Mittel		0,01	1,02 a)	2,22	0,05	.	3,29	—	0,04	—	3,34
5. Geldanlage bei Bausparkassen		0,32	0,02 b)	—	—	—	0,33	—	—	—	0,33
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>3)</sup>		0,57	0,15 c)	—	—	—	0,72	—	—	—	0,72
7. Erwerb von Wertpapieren		0,05	0,02	0,53	—	—	0,60	0,20	0,10	— 0,00	0,90
8. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank		—	—	—	—	—	—	2,04	—	—	2,04
9. Kurzfristige Bankkredite		—	—	—	—	—	—	2,57	—	—	2,57
10. Längerfristige Bankkredite		—	—	—	—	—	—	4,45 d)	—	—	4,45
11. Auszahlung der Bausparkassen		—	—	—	—	—	—	—	—	0,35	0,35
12. Darlehen der Versicherungen		—	—	—	—	—	—	—	0,52 d)	—	0,52
13. Sonstige Forderungen		—	1,02	1,65	—	—	2,67	—	—	—	2,67
Summe		2,63	4,44	5,55	0,05	0,13	12,79	9,26	0,72	0,39	23,16
<b>II. Veränderung der Verpflichtungen</b>											
1. Bargeld und Sichteinlagen		—	—	—	—	—	—	2,89	—	—	2,89
2. Termineinlagen		—	—	—	—	—	—	1,48	—	—	1,48
3. Spareinlagen		—	—	—	—	—	—	0,90	—	—	0,90
4. Sonstige an Banken gegebene Mittel		—	—	—	—	—	—	3,34 a)	—	—	3,34
5. Geldanlage bei Bausparkassen		—	—	—	—	—	—	—	—	0,33 b)	0,33
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>3)</sup>		—	—	—	—	—	—	—	0,72 c)	—	0,72
7. a) Absatz festverzinslicher Wertpapiere		—	0,08	0,03	—	—	0,12	0,62	—	—	0,74
b) Absatz von Aktien		—	0,13	—	—	—	0,13	0,04	—	—	0,17
8. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank		—	—	—	2,04	—	2,04	—	—	—	2,04
9. Kurzfristige Bankkredite		0,05	2,47	0,08	— 0,04	0,01	2,57	—	—	—	2,57
10. Längerfristige Bankkredite		0,05	3,90 d)	0,46	—	—	4,40	—	—	0,05	4,45
11. Auszahlung der Bausparkassen		—	0,34	0,01	—	—	0,35	—	—	—	0,35
12. Darlehen der Versicherungen		0,04	0,43 d)	0,05	—	—	0,52	—	—	—	0,52
13. Sonstige Verpflichtungen		0,17	1,28	—	0,46	0,77	2,67	—	—	—	2,67
Summe		0,30	8,63	0,63	2,46	0,78	12,79	9,26	0,72	0,39	23,16
<b>III. Nettoveränderung der Forderungen bzw. Verpflichtungen (—) (I -/. II)</b>											
		2,33	— 4,19	4,92	— 2,41	— 0,65	—	.	.	.	—

\*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — <sup>1)</sup> Einschl. Währungsgebiet der DM-Ost. — <sup>2)</sup> Einschl. Erwerb bzw. Verkauf von Grundstücken und sonstigem Anlagevermögen. — <sup>3)</sup> Einschl. Pensionskassen. — a) Einschl. Eigenmittel der Banken. — b) Einschl. Eigenmittel der Bausparkassen. — c) Einschl. Eigenmittel der Versicherungen. — d) Einschl. der zur Finanzierung der Sachvermögensbildung der Banken bzw. Versicherungen aufgewandten Mittel.

Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung in der Bundesrepublik im Jahre 1952 \*)  
in Mrd DM

Position	Sektor	Private Haushalte	Unternehmen	Öffentliche Haushalte	Ausland	Berlin (West) <sup>1)</sup>	Nicht-finanzielle Sektoren (Sp. 1—5)	Finanzierungsinstitutionen			Insgesamt
								Banken	Versicherungen <sup>2)</sup>	Bausparkassen	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
<b>A. Investition und Ersparnis</b>											
<b>I. Investitionen</b>											
1. Brutto-Investitionen <sup>2)</sup>		—	28,03	3,45	—	—	31,48	.	.	.	31,48
2. Abschreibungen		—	12,75	0,56	—	—	13,31	.	.	.	13,31
3. Netto-Investitionen (1 -/. 2) (Sachvermögensbildung)		—	15,28	2,89	—	—	18,17	.	.	.	18,17
<b>II. Ersparnis einschl. Vermögensübertragungen</b>											
		4,39	8,34	8,26	— 2,23	— 0,59	18,17	.	.	.	18,17
davon:											
1. Laufende Ersparnis		4,34	8,38	8,03	— 1,99	— 0,59	18,17	.	.	.	18,17
2. Saldo der Vermögensübertragungen		0,05	— 0,04	0,23	— 0,24	0,00	—	.	.	.	—
<b>III. Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (—) (II -/. I/3)</b>											
		4,39	— 6,94	5,36	— 2,23	— 0,59	—	.	.	.	—
<b>B. Finanzierungsrechnung</b>											
<b>I. Veränderung der Forderungen</b>											
1. Bargeld und Sichteinlagen		1,35	0,57	0,54	.	0,15	2,61	—	0,01	0,05	2,67
2. Termineinlagen		0,06	1,13	0,72	.	.	1,90	—	0,05	0,11	2,06
3. Spareinlagen		2,15	0,10	0,17	.	.	2,42	—	—	—	2,42
4. Sonstige an Banken gegebene Mittel		0,01	1,67 a)	1,35	0,03	.	3,05	—	0,05	—	3,11
5. Geldanlage bei Bausparkassen		0,50	0,04 b)	—	—	—	0,53	—	—	—	0,53
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>3)</sup>		0,67	0,22 c)	—	—	—	0,89	—	—	—	0,89
7. Erwerb von Wertpapieren		0,15	0,05	0,79	—	—	0,99	0,64	0,13	0,02	1,79
8. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank		—	—	—	—	—	—	2,76	—	—	2,76
9. Kurzfristige Bankkredite		—	—	—	—	—	—	3,22	—	—	3,22
10. Längerfristige Bankkredite		—	—	—	—	—	—	4,65 d)	—	—	4,65
11. Auszahlung der Bausparkassen		—	—	—	—	—	—	—	—	0,35	0,35
12. Darlehen der Versicherungen		—	—	—	—	—	—	—	0,65 d)	—	0,65
13. Sonstige Forderungen		—	0,81	3,20	0,63	—	4,64	—	—	—	4,64
<b>Summe</b>		<b>4,89</b>	<b>4,58</b>	<b>6,77</b>	<b>0,65</b>	<b>0,15</b>	<b>17,05</b>	<b>11,27</b>	<b>0,90</b>	<b>0,52</b>	<b>29,74</b>
<b>II. Veränderung der Verpflichtungen</b>											
1. Bargeld und Sichteinlagen		—	—	—	—	—	—	2,67	—	—	2,67
2. Termineinlagen		—	—	—	—	—	—	2,06	—	—	2,06
3. Spareinlagen		—	—	—	—	—	—	2,42	—	—	2,42
4. Sonstige an Banken gegebene Mittel		—	—	—	—	—	—	3,11 a)	—	—	3,11
5. Geldanlage bei Bausparkassen		—	—	—	—	—	—	—	—	0,53 b)	0,53
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>3)</sup>		—	—	—	—	—	—	—	0,89 c)	—	0,89
7. a) Absatz festverzinslicher Wertpapiere		—	0,14	0,40	—	—	0,54	0,99	—	—	1,53
b) Absatz von Aktien		—	0,23	—	—	—	0,23	0,03	0,01	—	0,26
8. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank		—	—	—	2,76	—	2,76	—	—	—	2,76
9. Kurzfristige Bankkredite		0,12	3,12	0,20	— 0,15	— 0,07	3,22	—	—	—	3,22
10. Längerfristige Bankkredite		0,12	3,87 d)	0,67	—	—	4,66	—	—	— 0,01	4,65
11. Auszahlung der Bausparkassen		—	0,35	0,00	—	—	0,35	—	—	—	0,35
12. Darlehen der Versicherungen		0,04	0,54 d)	0,07	—	—	0,65	—	—	—	0,65
13. Sonstige Verpflichtungen		0,22	3,27	0,07	0,27	0,81	4,64	—	—	—	4,64
<b>Summe</b>		<b>0,50</b>	<b>11,52</b>	<b>1,40</b>	<b>2,88</b>	<b>0,74</b>	<b>17,05</b>	<b>11,27</b>	<b>0,90</b>	<b>0,52</b>	<b>29,74</b>
<b>III. Nettoveränderung der Forderungen bzw. Verpflichtungen (—) (I -/. II)</b>											
		4,39	— 6,94	5,36	— 2,23	— 0,59	—	.	.	.	—

\*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — <sup>1)</sup> Einschl. Währungsgebiet der DM-Ost. — <sup>2)</sup> Einschl. Erwerb bzw. Verkauf von Grundstücken und sonstigem Anlagevermögen. — <sup>3)</sup> Einschl. Pensionskassen. — a) Einschl. Eigenmittel der Banken. — b) Einschl. Eigenmittel der Bausparkassen. — c) Einschl. Eigenmittel der Versicherungen. — d) Einschl. der zur Finanzierung der Sachvermögensbildung der Banken bzw. Versicherungen aufgewandten Mittel.

Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung in der Bundesrepublik im Jahre 1953 \*)  
in Mrd DM

Position	Sektor	Finanzierungsinstitutionen									Ins- gesamt
		Private Haus- halte	Unter- nehmen	Öffent- liche Haus- halte	Aus- land	Berlin (West) *)	Nicht- finan- zielle Sektoren (Sp. 1—5)	Banken	Ver- siche- rungen *)	Bau- spar- kassen	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	
<b>A. Investition und Ersparnis</b>											
<b>I. Investitionen</b>											
1. Brutto-Investitionen <sup>2)</sup>	—	27,28	4,07	—	—	31,35	.	.	.	31,35	
2. Abschreibungen	—	12,82	0,58	—	—	13,40	.	.	.	13,40	
3. Netto-Investitionen (1 -/. 2) (Sachvermögensbildung)	—	14,46	3,49	—	—	17,95	.	.	.	17,95	
<b>II. Ersparnis einschl. Vermögens- übertragungen</b>											
davon:	6,12	5,70	10,15	— 3,66	— 0,35	17,95	.	.	.	17,95	
1. Laufende Ersparnis	5,43	5,77	10,76	— 3,63	— 0,38	17,95	.	.	.	17,95	
2. Saldo der Vermögens- übertragungen	0,70	— 0,08	— 0,62	— 0,03	0,03	—	.	.	.	—	
<b>III. Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (—) (II -/. I/3)</b>											
	6,12	— 8,76	6,65	— 3,66	— 0,35	—	.	.	.	—	
<b>B. Finanzierungsrechnung</b>											
<b>I. Veränderung der Forderungen</b>											
1. Bargeld und Sichteinlagen	1,13	0,95	1,21	.	0,15	3,43	—	— 0,01	0,07	3,49	
2. Termineinlagen	0,07	0,89	1,09	.	.	2,05	—	— 0,04	0,17	2,18	
3. Spareinlagen	3,49	0,09	0,27	.	.	3,84	—	—	—	3,84	
4. Sonstige an Banken gegebene Mittel	0,03	1,62 a)	1,41	0,39	.	3,45	—	0,09	—	3,54	
5. Geldanlage bei Bausparkassen	0,85	0,00 b)	—	—	—	0,86	—	—	—	0,86	
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>3)</sup>	0,83	0,27 c)	—	—	—	1,09	—	—	—	1,09	
7. Erwerb von Wertpapieren	0,27	0,54	1,12	— 0,03	0,02	1,91	0,96	0,30	0,03	3,20	
8. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank	—	—	—	—	—	—	3,61	—	—	3,61	
9. Kurzfristige Bankkredite	—	—	—	—	—	—	2,91	—	—	2,91	
10. Längerfristige Bankkredite	—	—	—	—	—	—	7,39 d)	—	—	7,39	
11. Auszahlung der Bausparkassen	—	—	—	—	—	—	—	—	0,61	0,61	
12. Darlehen der Versicherungen	—	—	—	—	—	—	—	0,76 d)	—	0,76	
13. Sonstige Forderungen	—	0,33	3,51	— 0,32	—	3,52	—	—	—	3,52	
<b>Summe</b>	<b>6,66</b>	<b>4,68</b>	<b>8,61</b>	<b>0,04</b>	<b>0,17</b>	<b>20,16</b>	<b>14,87</b>	<b>1,10</b>	<b>0,88</b>	<b>37,01</b>	
<b>II. Veränderung der Verpflichtungen</b>											
1. Bargeld und Sichteinlagen	—	—	—	—	—	—	3,49	—	—	3,49	
2. Termineinlagen	—	—	—	—	—	—	2,18	—	—	2,18	
3. Spareinlagen	—	—	—	—	—	—	3,84	—	—	3,84	
4. Sonstige an Banken gegebene Mittel	—	—	—	—	—	—	3,54 a)	—	—	3,54	
5. Geldanlage bei Bausparkassen	—	—	—	—	—	—	—	—	0,86 b)	0,86	
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>3)</sup>	—	—	—	—	—	—	—	1,09 c)	—	1,09	
7. a) Absatz festverzinslicher Wertpapiere	—	0,39	0,75	—	0,05	1,19	1,73	—	—	2,91	
b) Absatz von Aktien	—	0,17	—	—	0,02	0,19	0,10	0,00	—	0,29	
8. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank	—	—	—	3,61	—	3,61	—	—	—	3,61	
9. Kurzfristige Bankkredite	0,17	2,79	— 0,01	— 0,05	0,01	2,91	—	—	—	2,91	
10. Längerfristige Bankkredite	0,17	5,85 d)	1,35	—	—	7,37	—	—	0,02	7,39	
11. Auszahlung der Bausparkassen	—	0,61	0,00	—	—	0,61	—	—	—	0,61	
12. Darlehen der Versicherungen	0,04	0,60 d)	0,12	—	—	0,76	—	—	—	0,76	
13. Sonstige Verpflichtungen	0,17	3,04	— 0,26	0,14	0,44	3,52	—	—	—	3,52	
<b>Summe</b>	<b>0,54</b>	<b>13,44</b>	<b>1,96</b>	<b>3,70</b>	<b>0,52</b>	<b>20,16</b>	<b>14,87</b>	<b>1,10</b>	<b>0,88</b>	<b>37,01</b>	
<b>III. Nettoveränderung der Forderungen bzw. Verpflichtungen (—) (I -/. II)</b>											
	6,12	— 8,76	6,65	— 3,66	— 0,35	—	.	.	.	—	

\*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — <sup>1)</sup> Einschl. Währungsgebiet der DM-Ost. — <sup>2)</sup> Einschl. Erwerb bzw. Verkauf von Grundstücken und sonstigem Anlagevermögen. — <sup>3)</sup> Einschl. Pensionskassen. — a) Einschl. Eigenmittel der Banken. — b) Einschl. Eigenmittel der Bausparkassen. — c) Einschl. Eigenmittel der Versicherungen. — d) Einschl. der zur Finanzierung der Sachvermögensbildung der Banken bzw. Versicherungen aufgewandten Mittel.

Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung in der Bundesrepublik im Jahre 1954 \*)  
in Mrd DM

Position	Sektor						Finanzierungsinstitutionen			Ins- gesamt	
		Private Haus- halte	Unter- nehmen	Öffent- liche Haus- halte	Aus- land	Berlin (West) *)	Nicht- finan- zielle Sektoren (Sp. 1—5)	Banken	Ver- siche- rungen *)		Bau- spar- kassen
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
<b>A. Investition und Ersparnis</b>											
<b>I. Investitionen</b>											
1. Brutto-Investitionen *)		—	31,94	4,37	—	—	36,31	.	.	.	36,31
2. Abschreibungen		—	12,97	0,61	—	—	13,58	.	.	.	13,58
3. Netto-Investitionen (1 -/. 2) (Sachvermögensbildung)		—	18,97	3,76	—	—	22,73	.	.	.	22,73
<b>II. Ersparnis einschl. Vermögens- übertragungen</b>											
		8,03	7,78	10,50	— 3,18	— 0,40	22,73	.	.	.	22,73
davon:											
1. Laufende Ersparnis		6,66	7,80	11,89	— 3,22	— 0,41	22,73	.	.	.	22,73
2. Saldo der Vermögens- übertragungen		1,37	— 0,03	— 1,39	0,03	0,01	—	.	.	.	—
<b>III. Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (—) (II -/. I/3)</b>											
		8,03	—11,19	6,74	— 3,18	— 0,40	—	.	.	.	—
<b>B. Finanzierungsrechnung</b>											
<b>I. Veränderung der Forderungen</b>											
1. Bargeld und Sichteinlagen		0,87	2,02	1,56	.	0,01	4,46	—	— 0,01	0,10	4,55
2. Termineinlagen		— 0,01	— 0,72	0,39	.	.	— 0,34	—	— 0,04	0,23	— 0,15
3. Spareinlagen		4,64	0,34	0,51	.	.	5,48	—	—	—	5,48
4. Sonstige an Banken gegebene Mittel		0,02	0,01 a)	3,25	0,58	.	3,85	—	0,07	—	3,92
5. Geldanlage bei Bausparkassen		1,30	0,07 b)	—	—	—	1,37	—	—	—	1,37
6. Geldanlage bei Versicherungen *)		1,04	0,38 c)	—	—	—	1,42	—	—	—	1,42
7. Erwerb von Wertpapieren		0,66	0,97	1,12	— 0,04	0,03	2,74	1,88	0,43	0,07	5,12
8. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank		—	—	—	—	—	—	2,78	—	—	2,78
9. Kurzfristige Bankkredite		—	—	—	—	—	—	3,78	—	—	3,78
10. Längerfristige Bankkredite		—	—	—	—	—	—	8,93 d)	—	—	8,93
11. Auszahlung der Bausparkassen		—	—	—	—	—	—	—	—	1,00	1,00
12. Darlehen der Versicherungen		—	—	—	—	—	—	—	0,98 d)	—	0,98
13. Sonstige Forderungen		—	0,43	2,57	— 0,41	—	2,59	—	—	—	2,59
Summe		8,52	3,49	9,39	0,13	0,04	21,57	17,37	1,43	1,39	41,76
<b>II. Veränderung der Verpflichtungen</b>											
1. Bargeld und Sichteinlagen		—	—	—	—	—	—	4,55	—	—	4,55
2. Termineinlagen		—	—	—	—	—	—	— 0,15	—	—	— 0,15
3. Spareinlagen		—	—	—	—	—	—	5,48	—	—	5,48
4. Sonstige an Banken gegebene Mittel		—	—	—	—	—	—	3,92 a)	—	—	3,92
5. Geldanlage bei Bausparkassen		—	—	—	—	—	—	—	—	1,37 b)	1,37
6. Geldanlage bei Versicherungen *)		—	—	—	—	—	—	—	1,42 c)	—	1,42
7. a) Absatz festverzinslicher Wertpapiere		—	0,78	0,35	—	0,08	1,21	3,53	—	—	4,73
b) Absatz von Aktien		—	0,29	—	—	0,04	0,33	0,05	0,01	—	0,39
8. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank		—	—	—	2,78	—	2,78	—	—	—	2,78
9. Kurzfristige Bankkredite		0,13	3,36	0,19	0,11	— 0,01	3,78	—	—	—	3,78
10. Längerfristige Bankkredite		0,13	6,60 d)	2,18	—	—	8,91	—	—	0,03	8,93
11. Auszahlung der Bausparkassen		—	1,00	— 0,00	—	—	1,00	—	—	—	1,00
12. Darlehen der Versicherungen		0,02	0,84 d)	0,12	—	—	0,98	—	—	—	0,98
13. Sonstige Verpflichtungen		0,21	1,82	— 0,18	0,42	0,33	2,59	—	—	—	2,59
Summe		0,49	14,68	2,65	3,31	0,43	21,57	17,37	1,43	1,39	41,76
<b>III. Nettoveränderung der Forderungen bzw. Verpflichtungen (—) (I -/. II)</b>											
		8,03	—11,19	6,74	— 3,18	— 0,40	—	.	.	.	—

\*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — \*) Einschl. Währungsgebiet der DM-Ost. — \*) Einschl. Erwerb bzw. Verkauf von Grundstücken und sonstigem Anlagevermögen. — \*) Einschl. Pensionskassen. — a) Einschl. Eigenmittel der Banken. — b) Einschl. Eigenmittel der Bausparkassen. — c) Einschl. Eigenmittel der Versicherungen. — d) Einschl. der zur Finanzierung der Sachvermögensbildung der Banken bzw. Versicherungen aufgewandten Mittel.

Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung in der Bundesrepublik im Jahre 1955 \*)  
in Mrd DM

Position	Sektor							Finanzierungsinstitutionen			Ins- gesamt
		Private Haus- halte	Unter- nehmen	Öffent- liche Haus- halte	Aus- land	Berlin (West) 1)	Nicht- finan- zielle Sektoren (Sp. 1—5)	Banken	Ver- siche- rungen 2)	Bau- spar- kassen	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
<b>A. Investition und Ersparnis</b>											
<b>I. Investitionen</b>											
1. Brutto-Investitionen *)		—	41,47	5,48	—	—	46,95	.	.	.	46,95
2. Abschreibungen		—	14,10	0,66	—	—	14,76	.	.	.	14,76
3. Netto-Investitionen (1 -/. 2) (Sachvermögensbildung)		—	27,37	4,82	—	—	32,19	.	.	.	32,19
<b>II. Ersparnis einschl. Vermögens- übertragungen</b>											
		7,39	13,42	13,68	— 2,17	— 0,13	32,19	.	.	.	32,19
davon:											
1. Laufende Ersparnis		6,88	13,59	14,08	— 2,24	— 0,13	32,19	.	.	.	32,19
2. Saldo der Vermögens- übertragungen		0,51	— 0,17	— 0,40	0,07	— 0,00	—	.	.	.	—
<b>III. Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (—) (II -/. I/3)</b>											
		7,39	—13,95	8,85	— 2,17	— 0,13	—	.	.	.	—
<b>B. Finanzierungsrechnung</b>											
<b>I. Veränderung der Forderungen</b>											
1. Bargeld und Sichteinlagen		1,23	1,13	1,25	.	0,14	3,74	—	0,00	0,06	3,81
2. Termineinlagen		— 0,02	0,29	— 0,41	.	.	— 0,14	—	0,01	0,15	0,03
3. Spareinlagen		3,51	0,18	0,26	.	.	3,95	—	—	—	3,95
4. Sonstige an Banken gegebene Mittel		— 0,06	1,26 a)	4,55	0,52	.	6,27	—	0,07	—	6,34
5. Geldanlage bei Bausparkassen		1,55	0,08 b)	—	—	—	1,63	—	—	—	1,63
6. Geldanlage bei Versicherungen *)		1,16	0,30 c)	—	—	—	1,46	—	—	—	1,46
7. Erwerb von Wertpapieren		0,72	1,22	1,11	0,09	0,05	3,19	1,70	0,39	0,03	5,30
8. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank		—	—	—	—	—	—	1,85	—	—	1,85
9. Kurzfristige Bankkredite		—	—	—	—	—	—	2,92	—	—	2,92
10. Längerfristige Bankkredite		—	—	—	—	—	—	10,82 d)	—	—	10,82
11. Auszahlung der Bausparkassen		—	—	—	—	—	—	—	—	1,40	1,40
12. Darlehen der Versicherungen		—	—	—	—	—	—	—	0,99 d)	—	0,99
13. Sonstige Forderungen		—	0,42	3,56	— 0,39	0,36	3,95	—	—	—	3,95
<b>Summe</b>		<b>8,10</b>	<b>4,87</b>	<b>10,32</b>	<b>0,22</b>	<b>0,54</b>	<b>24,05</b>	<b>17,29</b>	<b>1,47</b>	<b>1,65</b>	<b>44,45</b>
<b>II. Veränderung der Verpflichtungen</b>											
1. Bargeld und Sichteinlagen		—	—	—	—	—	—	3,81	—	—	3,81
2. Termineinlagen		—	—	—	—	—	—	0,03	—	—	0,03
3. Spareinlagen		—	—	—	—	—	—	3,95	—	—	3,95
4. Sonstige an Banken gegebene Mittel		—	—	—	—	—	—	6,34 a)	—	—	6,34
5. Geldanlage bei Bausparkassen		—	—	—	—	—	—	—	—	1,63 b)	1,63
6. Geldanlage bei Versicherungen *)		—	—	—	—	—	—	—	1,46 c)	—	1,46
7. a) Absatz festverzinslicher Wertpapiere		—	0,58	0,03	—	0,17	0,78	2,96	—	—	3,74
b) Absatz von Aktien		—	1,23	—	—	0,13	1,35	0,21	0,01	—	1,57
8. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank		—	—	—	1,85	—	1,85	—	—	—	1,85
9. Kurzfristige Bankkredite		0,26	2,70	— 0,21	0,16	0,02	2,92	—	—	—	2,92
10. Längerfristige Bankkredite		0,29	8,63 d)	1,90	—	—	10,81	—	—	0,02	10,82
11. Auszahlung der Bausparkassen		—	1,41	— 0,00	—	—	1,40	—	—	—	1,40
12. Darlehen der Versicherungen		0,02	0,87 d)	0,10	—	—	0,99	—	—	—	0,99
13. Sonstige Verpflichtungen		0,15	3,42	— 0,35	0,37	0,36	3,95	—	—	—	3,95
<b>Summe</b>		<b>0,72</b>	<b>18,82</b>	<b>1,46</b>	<b>2,38</b>	<b>0,67</b>	<b>24,05</b>	<b>17,29</b>	<b>1,47</b>	<b>1,65</b>	<b>44,45</b>
<b>III. Nettoveränderung der Forderungen bzw. Verpflichtungen (—) (I -/. II)</b>											
		7,39	—13,95	8,85	— 2,17	— 0,13	—	.	.	.	—

\*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — 1) Einschl. Währungsgebiet der DM-Ost. — 2) Einschl. Erwerb bzw. Verkauf von Grundstücken und sonstigem Anlagevermögen. — 3) Einschl. Pensionskassen. — a) Einschl. Eigenmittel der Banken. — b) Einschl. Eigenmittel der Bausparkassen. — c) Einschl. Eigenmittel der Versicherungen. — d) Einschl. der zur Finanzierung der Sachvermögensbildung der Banken bzw. Versicherungen aufgewandten Mittel.

Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung in der Bundesrepublik im Jahre 1956 \*)  
in Mrd DM

Position	Sektor	Finanzierungsstellen					Finanzierungsinstitutionen			Ins-gesamt	
		Private Haus-halte	Unter-nehmen	Öffent-liche Haus-halte	Aus-land	Berlin (West) <sup>1)</sup>	Nicht-finan-zielle Sektoren (Sp. 1—5)	Banken	Ver-siche-rungen <sup>2)</sup>		Bau-spar-kassen
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
<b>A. Investition und Ersparnis</b>											
<b>I. Investitionen</b>											
1. Brutto-Investitionen <sup>2)</sup>		—	43,26	6,06	—	—	49,32	·	·	·	49,32
2. Abschreibungen		—	15,83	0,72	—	—	16,55	·	·	·	16,55
3. Netto-Investitionen (1 -/. 2) (Sachvermögensbildung)		—	27,43	5,34	—	—	32,77	·	·	·	32,77
<b>II. Ersparnis einschl. Vermögensübertragungen</b>											
		7,39	14,55	15,23	— 4,41	0,02	32,77	·	·	·	32,77
davon:											
1. Laufende Ersparnis		7,03	14,75	15,55	— 4,58	0,02	32,77	·	·	·	32,77
2. Saldo der Vermögensübertragungen		0,36	— 0,20	— 0,32	0,17	— 0,00	—	·	·	·	—
<b>III. Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (—) (II -/. I/3)</b>											
		7,39	—12,89	9,89	— 4,41	0,02	—	·	·	·	—
<b>B. Finanzierungsrechnung</b>											
<b>I. Veränderung der Forderungen</b>											
1. Bargeld und Sichteinlagen		0,81	1,17	0,95	·	0,26	3,18	—	— 0,00	0,05	3,22
2. Termineinlagen		0,01	1,33	0,25	·	·	1,60	—	— 0,01	0,11	1,70
3. Spareinlagen		2,90	— 0,17	— 0,03	·	·	2,70	—	—	—	2,70
4. Sonstige an Banken gegebene Mittel		0,10	1,05 a)	4,49	1,13	·	6,77	—	0,11	—	6,88
5. Geldanlage bei Bausparkassen		2,01	0,05 b)	—	—	—	2,06	—	—	—	2,06
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>3)</sup>		1,30	0,32 c)	—	—	—	1,61	—	—	—	1,61
7. Erwerb von Wertpapieren		0,69	0,90	1,42	0,19	0,02	3,22	0,23	0,35	0,01	3,81
8. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank		—	—	—	—	—	—	5,09	—	—	5,09
9. Kurzfristige Bankkredite		—	—	—	—	—	—	1,82	—	—	1,82
10. Längerfristige Bankkredite		—	—	—	—	—	—	9,00 d)	—	—	9,00
11. Auszahlung der Bausparkassen		—	—	—	—	—	—	—	—	1,90	1,90
12. Darlehen der Versicherungen		—	—	—	—	—	—	—	1,19 d)	—	1,19
13. Sonstige Forderungen		—	0,53	3,65	0,37	0,32	4,87	—	—	—	4,87
<b>Summe</b>		<b>7,82</b>	<b>5,18</b>	<b>10,73</b>	<b>1,69</b>	<b>0,59</b>	<b>26,00</b>	<b>16,14</b>	<b>1,64</b>	<b>2,07</b>	<b>45,84</b>
<b>II. Veränderung der Verpflichtungen</b>											
1. Bargeld und Sichteinlagen		—	—	—	—	—	—	3,22	—	—	3,22
2. Termineinlagen		—	—	—	—	—	—	1,70	—	—	1,70
3. Spareinlagen		—	—	—	—	—	—	2,70	—	—	2,70
4. Sonstige an Banken gegebene Mittel		—	—	—	—	—	—	6,88 a)	—	—	6,88
5. Geldanlage bei Bausparkassen		—	—	—	—	—	—	—	—	2,06 b)	2,06
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>3)</sup>		—	—	—	—	—	—	—	1,61 c)	—	1,61
7. a) Absatz festverzinslicher Wertpapiere		—	0,49	— 0,14	0,00	0,09	0,44	1,52	—	—	1,96
b) Absatz von Aktien		—	1,57	—	0,02	0,12	1,70	0,13	0,02	—	1,85
8. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank		—	—	—	5,09	—	5,09	—	—	—	5,09
9. Kurzfristige Bankkredite		0,08	1,41	0,09	0,19	0,05	1,82	—	—	—	1,82
10. Längerfristige Bankkredite		0,11	7,55 d)	1,16	0,18	—	9,00	—	—	0,01	9,00
11. Auszahlung der Bausparkassen		—	1,89	0,01	—	—	1,90	—	—	—	1,90
12. Darlehen der Versicherungen		0,03	1,11 d)	0,05	—	—	1,19	—	—	—	1,19
13. Sonstige Verpflichtungen		0,21	4,03	— 0,33	0,62	0,33	4,87	—	—	—	4,87
<b>Summe</b>		<b>0,43</b>	<b>18,06</b>	<b>0,84</b>	<b>6,09</b>	<b>0,58</b>	<b>26,00</b>	<b>16,14</b>	<b>1,64</b>	<b>2,07</b>	<b>45,84</b>
<b>III. Nettoveränderung der Forderungen bzw. Verpflichtungen (—) (I -/. II)</b>											
		7,39	—12,89	9,89	— 4,41	0,02	—	·	·	·	—

\*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — <sup>1)</sup> Einschl. Währungsgebiet der DM-Ost. — <sup>2)</sup> Einschl. Erwerb bzw. Verkauf von Grundstücken und sonstigem Anlagevermögen. — <sup>3)</sup> Einschl. Pensionskassen. — a) Einschl. Eigenmittel der Banken. — b) Einschl. Eigenmittel der Bausparkassen. — c) Einschl. Eigenmittel der Versicherungen. — d) Einschl. der zur Finanzierung der Sachvermögensbildung der Banken bzw. Versicherungen aufgewandten Mittel.

Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung in der Bundesrepublik im Jahre 1957 \*)  
in Mrd DM

Position	Sektor	Finanzierungsinstitutionen							Ins- gesamt		
		Private Haus- halte	Unter- nehmen	Öffent- liche Haus- halte	Aus- land	Berlin (West) 1)	Nicht- finan- zielle Sektoren (Sp. 1—5)	Banken		Ver- siche- rungen 2)	Bau- spar- kassen
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
<b>A. Investition und Ersparnis</b>											
<b>I. Investitionen</b>											
1. Brutto-Investitionen 2)		—	45,76	6,20	—	—	51,96	.	.	.	51,96
2. Abschreibungen		—	17,53	0,79	—	—	18,32	.	.	.	18,32
3. Netto-Investitionen (1 ./ 2) (Sachvermögensbildung)		—	28,23	5,41	—	—	33,64	.	.	.	33,64
<b>II. Ersparnis einschl. Vermögens- übertragungen</b>											
		11,42	14,77	13,34	— 5,99	0,10	33,64	.	.	.	33,64
davon:											
1. Laufende Ersparnis		11,10	13,96	14,79	— 6,31	0,10	33,64	.	.	.	33,64
2. Saldo der Vermögens- übertragungen		0,32	0,80	— 1,45	0,32	0,01	—	.	.	.	—
<b>III. Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (—) (II ./ I/3)</b>											
		11,42	—13,46	7,93	— 5,99	0,10	—	.	.	.	—
<b>B. Finanzierungsrechnung</b>											
<b>I. Veränderung der Forderungen</b>											
1. Bargeld und Sichteinlagen		1,55	1,91	— 2,55	.	0,16	1,07	—	0,01	0,21	1,28
2. Termineinlagen		0,05	1,99	1,19	.	.	3,22	—	0,02	0,20	3,44
3. Spareinlagen		4,69	0,05	0,08	.	.	4,81	—	—	—	4,81
4. Sonstige an Banken gegebene Mittel		0,01	1,43 a)	2,79	0,74	.	4,98	—	0,18	—	5,16
5. Geldanlage bei Bausparkassen		2,58	0,09 b)	—	—	—	2,68	—	—	—	2,68
6. Geldanlage bei Versicherungen 3)		1,53	0,48 c)	—	—	—	2,01	—	—	—	2,01
7. Erwerb von Wertpapieren		1,23	0,61	0,83	0,61	0,08	3,36	1,37	0,53	0,01	5,26
8. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank		—	—	—	—	—	—	5,12	—	—	5,12
9. Kurzfristige Bankkredite		—	—	—	—	—	—	3,22	—	—	3,22
10. Längerfristige Bankkredite		—	—	—	—	—	—	7,45 d)	—	—	7,45
11. Auszahlung der Bausparkassen		—	—	—	—	—	—	—	—	2,25	2,25
12. Darlehen der Versicherungen		—	—	—	—	—	—	—	1,30 d)	—	1,30
13. Sonstige Forderungen		—	0,78	6,97	1,22	0,38	9,35	—	—	—	9,35
<b>Summe</b>		<b>11,63</b>	<b>7,34</b>	<b>9,31</b>	<b>2,57</b>	<b>0,63</b>	<b>31,47</b>	<b>17,17</b>	<b>2,03</b>	<b>2,66</b>	<b>53,33</b>
<b>II. Veränderung der Verpflichtungen</b>											
1. Bargeld und Sichteinlagen		—	—	—	—	—	—	1,28	—	—	1,28
2. Termineinlagen		—	—	—	—	—	—	3,44	—	—	3,44
3. Spareinlagen		—	—	—	—	—	—	4,81	—	—	4,81
4. Sonstige an Banken gegebene Mittel		—	—	—	—	—	—	5,16 a)	—	—	5,16
5. Geldanlage bei Bausparkassen		—	—	—	—	—	—	—	—	2,68 b)	2,68
6. Geldanlage bei Versicherungen 3)		—	—	—	—	—	—	—	2,01 c)	—	2,01
7. a) Absatz festverzinslicher Wertpapiere		—	1,04	0,03	0,02	0,12	1,21	2,40	—	—	3,60
b) Absatz von Aktien		—	1,42	—	0,03	0,12	1,56	0,08	0,02	—	1,66
8. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank		—	—	—	5,12	—	5,12	—	—	—	5,12
9. Kurzfristige Bankkredite		0,03	2,24	0,37	0,61	— 0,02	3,22	—	—	—	3,22
10. Längerfristige Bankkredite		0,10	6,08 d)	1,24	0,04	—	7,46	—	—	— 0,01	7,45
11. Auszahlung der Bausparkassen		—	2,26	— 0,00	—	—	2,25	—	—	—	2,25
12. Darlehen der Versicherungen		0,03	1,14 d)	0,14	—	—	1,30	—	—	—	1,30
13. Sonstige Verpflichtungen		0,06	6,63	— 0,39	2,74	0,31	9,35	—	—	—	9,35
<b>Summe</b>		<b>0,21</b>	<b>20,80</b>	<b>1,38</b>	<b>8,56</b>	<b>0,52</b>	<b>31,47</b>	<b>17,17</b>	<b>2,03</b>	<b>2,66</b>	<b>53,33</b>
<b>III. Nettoveränderung der Forderungen bzw. Verpflichtungen (—) (I ./ II)</b>											
		11,42	—13,46	7,93	— 5,99	0,10	—	.	.	.	—

\*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — 1) Einschl. Währungsgebiet der DM-Ost. — 2) Einschl. Erwerb bzw. Verkauf von Grundstücken und sonstigem Anlagevermögen. — 3) Einschl. Pensionskassen. — a) Einschl. Eigenmittel der Banken. — b) Einschl. Eigenmittel der Bausparkassen. — c) Einschl. Eigenmittel der Versicherungen. — d) Einschl. der zur Finanzierung der Sachvermögensbildung der Banken bzw. Versicherungen aufgewandten Mittel.

Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung in der Bundesrepublik im Jahre 1958 \*)  
in Mrd DM

Position	Sektor	Finanzierungsinstitutionen									Insgesamt
		Private Haushalte	Unternehmen	Öffentliche Haushalte	Ausland	Berlin (West) <sup>1)</sup>	Nicht-finanzielle Sektoren (Sp. 1—5)	Banken	Versicherungen <sup>2)</sup>	Bausparkassen	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
<b>A. Investition und Ersparnis</b>											
<b>I. Investitionen</b>											
1. Brutto-Investitionen <sup>3)</sup>		—	45,94	7,16	—	—	53,10	•	•	•	53,10
2. Abschreibungen		—	19,00	0,85	—	—	19,85	•	•	•	19,85
3. Netto-Investitionen (1 -/. 2) (Sachvermögensbildung)		—	26,94	6,31	—	—	33,25	•	•	•	33,25
<b>II. Ersparnis einschl. Vermögensübertragungen</b>											
		13,49	14,89	10,80	— 6,13	0,21	33,25	•	•	•	33,25
davon:											
1. Laufende Ersparnis		12,72	13,27	13,44	— 6,36	0,18	33,25	•	•	•	33,25
2. Saldo der Vermögensübertragungen		0,77	1,62	— 2,64	0,23	0,03	—	•	•	•	—
<b>III. Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (—) (II -/. I/3)</b>											
		13,49	—12,06	4,49	— 6,13	0,21	—	•	•	•	—
<b>B. Finanzierungsrechnung</b>											
<b>I. Veränderung der Forderungen</b>											
1. Bargeld und Sichteinlagen		1,62	2,77	— 0,28	•	0,12	4,22	—	0,01	0,19	4,42
2. Termineinlagen		0,02	0,11	0,46	•	•	0,59	—	0,00	0,40	0,99
3. Spareinlagen		5,96	0,24	0,29	•	•	6,48	—	—	—	6,48
4. Sonstige an Banken gegebene Mittel		0,03	2,10 a)	1,64	0,02	•	3,77	—	— 0,02	—	3,76
5. Geldanlage bei Bausparkassen		3,08	0,06 b)	—	—	—	3,14	—	—	—	3,14
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>4)</sup>		1,59	0,65 c)	—	—	—	2,23	—	—	—	2,23
7. Erwerb von Wertpapieren		1,65	0,47	0,65	0,53	0,16	3,45	4,92	0,97	0,03	9,37
8. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank		—	—	—	—	—	—	3,19	—	—	3,19
9. Kurzfristige Bankkredite		—	—	—	—	—	—	1,15	—	—	1,15
10. Längerfristige Bankkredite		—	—	—	—	—	—	10,72 d)	—	—	10,72
11. Auszahlung der Bausparkassen		—	—	—	—	—	—	—	—	2,55	2,55
12. Darlehen der Versicherungen		—	—	—	—	—	—	—	1,29 d)	—	1,29
13. Sonstige Forderungen		—	1,17	4,17	— 0,49	0,65	5,50	—	—	—	5,50
Summe		13,94	7,55	6,92	0,06	0,92	29,39	19,97	2,26	3,17	54,79
<b>II. Veränderung der Verpflichtungen</b>											
1. Bargeld und Sichteinlagen		—	—	—	—	—	—	4,42	—	—	4,42
2. Termineinlagen		—	—	—	—	—	—	0,99	—	—	0,99
3. Spareinlagen		—	—	—	—	—	—	6,48	—	—	6,48
4. Sonstige an Banken gegebene Mittel		—	—	—	—	—	—	3,76 a)	—	—	3,76
5. Geldanlage bei Bausparkassen		—	—	—	—	—	—	—	—	3,14 b)	3,14
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>4)</sup>		—	—	—	—	—	—	—	2,23 c)	—	2,23
7. a) Absatz festverzinslicher Wertpapiere		—	2,87	0,66	0,13	0,29	3,96	4,12	—	—	8,08
b) Absatz von Aktien		—	0,76	—	0,15	0,15	1,06	0,21	0,03	—	1,29
8. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank		—	—	—	3,19	—	3,19	—	—	—	3,19
9. Kurzfristige Bankkredite		0,12	0,21	0,19	0,60	0,03	1,15	—	—	—	1,15
10. Längerfristige Bankkredite		0,25	8,18 d)	1,91	0,36	—	10,70	—	—	0,03	10,72
11. Auszahlung der Bausparkassen		—	2,56	— 0,00	—	—	2,55	—	—	—	2,55
12. Darlehen der Versicherungen		0,01	1,19 d)	0,09	—	—	1,29	—	—	—	1,29
13. Sonstige Verpflichtungen		0,06	3,85	— 0,41	1,76	0,25	5,50	—	—	—	5,50
Summe		0,45	19,61	2,43	6,18	0,72	29,39	19,97	2,26	3,17	54,79
<b>III. Nettoveränderung der Forderungen bzw. Verpflichtungen (—) (I -/. II)</b>											
		13,49	—12,06	4,49	— 6,13	0,21	—	•	•	•	—

\*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — <sup>1)</sup> Einschl. Währungsgebiet der DM-Ost. — <sup>2)</sup> Einschl. Erwerb bzw. Verkauf von Grundstücken und sonstigen Anlagevermögen. — <sup>3)</sup> Einschl. Pensionskassen. — a) Einschl. Eigenmittel der Banken. — b) Einschl. Eigenmittel der Bausparkassen. — c) Einschl. Eigenmittel der Versicherungen. — d) Einschl. der zur Finanzierung der Sachvermögensbildung der Banken bzw. Versicherungen aufgewandten Mittel.

Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung in der Bundesrepublik im Jahre 1959 <sup>p)</sup> \*)  
in Mrd DM

Position	Sektor						Finanzierungsinstitutionen			Ins-gesamt	
		Private Haus-halte	Unter-nehmen	Öffent-liche Haus-halte	Aus-land	Berlin (West) <sup>1)</sup>	Nicht-finan-zielle Sektoren (Sp. 1—5)	Banken	Ver-siche-rungen <sup>2)</sup>		Bau-spar-kassen
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
<b>A. Investition und Ersparnis</b>											
<b>I. Investitionen</b>											
1. Brutto-Investitionen <sup>3)</sup>		—	51,25	8,50	—	—	59,75	.	.	.	59,75
2. Abschreibungen		—	19,80	0,90	—	—	20,70	.	.	.	20,70
3. Netto-Investitionen (1 -/. 2) (Sachvermögensbildung)		—	31,45	7,60	—	—	39,05	.	.	.	39,05
<b>II. Ersparnis einschl. Vermögens- übertragungen</b>											
		15,35	14,58	14,02	— 4,63	— 0,27	39,05	.	.	.	39,05
davon:											
1. Laufende Ersparnis		14,33	13,94	16,64	— 5,56	— 0,30	39,05	.	.	.	39,05
2. Saldo der Vermögens- übertragungen		1,02	0,64	— 2,63	0,93	0,03	—	.	.	.	—
<b>III. Finanzierungüberschuß bzw. -defizit (—) (II -/. I/3)</b>											
		15,35	—16,87	6,42	— 4,63	— 0,27	—	.	.	.	—
<b>B. Finanzierungsrechnung</b>											
<b>I. Veränderung der Forderungen</b>											
1. Bargeld und Sichteinlagen		1,30	2,66	— 2,52	.	0,21	1,64	—	0,01	0,05	1,70
2. Termineinlagen		0,04	0,52	0,65	.	.	1,20	—	0,03	0,40	1,63
3. Spareinlagen		6,89	0,41	0,65	.	.	7,95	—	—	—	7,95
4. Sonstige an Banken gegebene Mittel		0,03	2,30 a)	1,27	0,54	.	4,14	—	0,10	—	4,24
5. Geldanlage bei Bausparkassen		3,80	0,08 b)	—	—	—	3,88	—	—	—	3,88
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>4)</sup>		2,16	0,73 c)	—	—	—	2,90	—	—	—	2,90
7. a) Erwerb festverzinslicher Wertpapiere		1,42	0,62	1,14	— 0,17	0,10	3,11	4,39	0,85	0,21	8,56
7. b) Erwerb von Aktien		0,86	0,35	0,13	0,61	0,01	1,95	0,43	0,34	0,00	2,71
8. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank		—	—	—	—	—	—	— 2,10	—	—	— 2,10
9. Kurzfristige Bankkredite		—	—	—	—	—	—	4,65	—	—	4,65
10. Längerfristige Bankkredite		—	—	—	—	—	—	14,01 d)	—	—	14,01
11. Auszahlung der Bausparkassen		—	—	—	—	—	—	—	—	3,23	3,23
12. Darlehen der Versicherungen		—	—	—	—	—	—	—	1,59 d)	—	1,59
13. Sonstige Forderungen		—	1,34	8,22	— 0,84	0,11	8,83	—	—	—	8,83
Summe		16,49	9,02	9,53	0,14	0,43	35,60	21,37	2,92	3,88	63,77
<b>II. Veränderung der Verpflichtungen</b>											
1. Bargeld und Sichteinlagen		—	—	—	—	—	—	1,70	—	—	1,70
2. Termineinlagen		—	—	—	—	—	—	1,63	—	—	1,63
3. Spareinlagen		—	—	—	—	—	—	7,95	—	—	7,95
4. Sonstige an Banken gegebene Mittel		—	—	—	—	—	—	4,24 a)	—	—	4,24
5. Geldanlage bei Bausparkassen		—	—	—	—	—	—	—	—	3,88 b)	3,88
6. Geldanlage bei Versicherungen <sup>4)</sup>		—	—	—	—	—	—	—	2,90 c)	—	2,90
7. a) Absatz festverzinslicher Wertpapiere		—	1,10	1,09	0,44	0,21	2,83	5,73	—	—	8,56
b) Absatz von Aktien		—	1,52	—	0,99	0,06	2,56	0,13	0,02	—	2,71
8. Gold- und Devisenbestand der Bundesbank		—	—	—	— 2,10	—	— 2,10	—	—	—	— 2,10
9. Kurzfristige Bankkredite		0,24	2,15	0,91	1,31	0,03	4,65	—	—	—	4,65
10. Längerfristige Bankkredite		0,83	10,47 d)	2,22	0,50	—	14,02	—	—	— 0,00	14,01
11. Auszahlung der Bausparkassen		—	3,20	0,03	—	—	3,23	—	—	—	3,23
12. Darlehen der Versicherungen		0,02	1,51 d)	0,07	—	—	1,59	—	—	—	1,59
13. Sonstige Verpflichtungen		0,05	5,95	— 1,20	3,64	0,40	8,83	—	—	—	8,83
Summe		1,13	25,89	3,12	4,77	0,70	35,60	21,37	2,92	3,88	63,77
<b>III. Nettoveränderung der Forderungen bzw. Verpflichtungen (—) (I -/. II)</b>											
		15,35	—16,87	6,42	— 4,63	— 0,27	—	.	.	.	—

\*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — <sup>1)</sup> Einschl. Währungsgebiet der DM-Ost. — <sup>2)</sup> Einschl. Erwerb bzw. Verkauf von Grundstücken und sonstigem Anlagevermögen. — <sup>3)</sup> Einschl. Pensionskassen. — a) Einschl. Eigenmittel der Banken. — b) Einschl. Eigenmittel der Bausparkassen. — c) Einschl. Eigenmittel der Versicherungen. — d) Einschl. der zur Finanzierung der Sachvermögensbildung der Banken bzw. Versicherungen aufgewandten Mittel. — p) Vorläufig.



# Statistischer Teil

I. Bankenstatistische Gesamtrechnungen	
1. Zusammengefaßte statistische Bilanz der Kreditinstitute einschließlich der Deutschen Bundesbank	80
2. Zur Entwicklung der Bankenliquidität und der Inanspruchnahme des Zentralbankkredits durch die Kreditinstitute	82
3. Bargeldumlauf und Bankeinlagen	84
II. Deutsche Bundesbank	
A. Bargeldumlauf, Kredite, Einlagen	
1. Bargeldumlauf	85
2. Zentralbankkredite an Nichtbanken	85
3. Zentralbankkredite an Kreditinstitute	86
4. Zentralbankeinlagen von Nichtbanken und von Kreditinstituten	86
5. Mindestreservenstatistik	87
B. Ausweis der Deutschen Bundesbank	88
III. Kreditinstitute	
A. Kredite, Wertpapierbestände, Einlagen	
1. Kredite an Nichtbanken und Kreditinstitute	90
2. Schatzwechsel- und Wertpapierbestände	96
3. Teilzahlungs- und Kleinkredite	98
4. Kredite und Einlagen der Ländlichen Kreditgenossenschaften	99
5. Girale Verfügungen von Nichtbanken	99
6. Kredite an Nichtbanken nach Verwendungszwecken	99
7. Einlagen von Nichtbanken	100
8. Umsätze im Sparverkehr	102
9. Kurzfristige Kredite und Einlagen nach der halbmonatlichen Bankenstatistik	103
B. Zwischenbilanzen	
1. Zwischenbilanzen der Kreditinstitute	104
2. Zahl der Kreditinstitute und Gliederung der monatlich berichtenden Kreditinstitute nach Größenklassen	116
IV. Mindestreservesätze und Zinssätze	
1. Reservesätze und Reserveklassen	117
2. Zinssätze	118
V. Kapitalmarkt	
1. Auflegung und Absatz von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien	123
2. Tilgung und Netto-Absatz von festverzinslichen Wertpapieren	124
3. Umlauf an festverzinslichen Wertpapieren	125
4. Veränderung des Aktienumlaufs	126
5. Umlauf der Wertpapiere aus dem Altgeschäft und der Altsparerwertpapiere	126
6. Wertpapier-Absatz: Nominalwerte, Kurswerte und Durchschnitts-Emissionskurse	126
7. Absatz von Industrie-Obligationen und Aktien	127
8. Zinssätze und Emissionskurse	127
9. Wertpapier-Absatz nach Käufergruppen	128
10. Investment-Gesellschaften	128
11. Renditen festverzinslicher Wertpapiere	130
12. Index der Aktienkurse und Aktienrendite	130
13. Börsenumsätze	130
14. Durchschnittskurse tarifbesteuertester festverzinslicher Wertpapiere	131
15. Bausparkassen	132
16. Vermögensanlagen der Versicherungsunternehmen	133
VI. Öffentliche Finanzen	
1. Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Lastenausgleichsfonds	134
2. Umlauf an öffentlichen Anleihen, verzinslichen Schatzanweisungen und Kassenobligationen	134
3. Umlauf an Schatzwechseln, unverzinslichen Schatzanweisungen und sonstigen Geldmarktpapieren	135
4. Kassenmäßige Entwicklung des Bundeshaushalts	136
5. Die Verschuldung des Bundes	137
6. Die Verschuldung der Länder	137
7. Ausgleichsforderungen	138
VII. Außenwirtschaft	
1. Warenhandelsbilanz nach Ländergruppen bzw. Ländern	139
2. Zur Entwicklung der Zahlungsbilanz	141
3. Goldbestand und Auslandsforderungen der Deutschen Bundesbank	142
4. Kurzfristige Forderungen und Verpflichtungen der Geschäftsbanken gegenüber dem Ausland	142
5. Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland	143
VIII. Produktion und Märkte	
1. Index der industriellen Produktion	144
2. Auftragsengang und Umsatz bei der Industrie	144
3. Arbeitsmarkt	145
4. Angaben über Steinkohlenbergbau, Stahlindustrie und Bauwirtschaft	145
5. Einzelhandelsumsätze	145
6. Großhandels- und Erzeugerpreise	146
7. Verbraucherpreise und Löhne	146
8. Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts	147
9. Masseneinkommen	147
IX. Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	148
X. Zinssätze im Ausland	
1. Diskontsätze	150
2. Geldmarktsätze	150





2. Zur Entwicklung der Bankenliquidität und der

Mio

berechnet auf der Basis von Durchschnitten

Zeit	Mittelzuflüsse (+) bzw. -abflüsse (-) bei den Kreditinstituten auf Grund									
	Bargeld- umlauf	Netto-Position inländischer Nichtbanken gegenüber der Deutschen Bundesbank *)								Netto- Devisen- ankäufe bzw. -verkäufe der Deutschen Bundesbank
		insgesamt	deutsche öffentliche Stellen *)				andere inländische Einleger (Wirtschafts- unternehmen und Private)	ausländische Einleger		
			insgesamt	Bund (ohne Sonder- vermögen), Länder und Lasten- ausgleichs- behörden	sonstige öffentliche Stellen *)			insgesamt	darunter Dienst- stellen ehemaliger Besatzungs- mächte	
				insgesamt	darunter ERP- Sonder- vermögen					
nach Jahren										
1957	-1 531	- 561	- 193	- 561	+ 368	+ 39	- 329	- 39	+ 46	+ 8 062
1958	-1 482	-2 081	-2 258	-1 816	+ 442	- 201	+ 58	+ 119	+ 134	+ 5 503
1959	- 937	-2 877	-3 185	-3 249	+ 64	+ 71	+ 308	-	-	+ 3 388
nach Vierteljahren										
1957 1. Vj.	+ 584	- 838	- 863	-1 154	+ 291	+ 25	+ 39	- 14	- 19	+ 1 588
2. "	- 648	- 111	+ 55	- 4	+ 59	+ 27	- 22	- 144	- 151	+ 2 174
3. "	- 464	+ 167	+ 474	+ 576	- 102	- 58	- 13	- 294	-	+ 3 812
4. "	-1 003	+ 221	+ 141	+ 21	+ 120	+ 45	- 333	+ 413	+ 394	+ 488
1958 1. Vj.	+ 316	- 903	- 886	- 878	- 8	- 80	- 2	- 15	- 0	+ 677
2. "	- 285	- 123	- 215	- 106	- 109	+ 2	- 3	+ 95	+ 108	+ 1 896
3. "	- 364	- 382	- 453	- 371	- 82	- 174	+ 2	+ 69	+ 44	+ 1 566
4. "	-1 149	- 673	- 704	- 461	- 243	+ 51	+ 61	- 30	- 18	+ 1 364
1959 1. Vj.	+ 491	-1 129	-1 170	-1 187	+ 17	- 189	+ 41	-	-	- 315
2. "	- 227	+ 196	+ 92	+ 134	- 42	- 83	+ 104	-	-	+ 521
3. "	- 210	-1 457	-1 560	-1 323	- 237	- 185	+ 103	-	-	+ 834
4. "	- 991	- 487	- 547	- 873	+ 326	+ 528	+ 60	-	-	+ 2 348
1960 1. Vj.	+ 572	-2 137	-2 297	-2 048	- 249	- 232	+ 160	-	-	+ 1 530
2. "	- 758	- 968	-1 121	-1 290	+ 169	+ 181	+ 153	-	-	+ 3 567
nach Monaten										
1957 Jan.	+ 935	- 368	- 370	- 680	+ 310	- 10	- 14	+ 16	+ 14	+ 391
Febr.	- 98	- 127	- 187	- 97	- 90	+ 15	+ 49	+ 11	+ 13	+ 529
März	- 253	- 343	- 306	- 377	+ 71	+ 20	+ 4	- 41	- 46	+ 668
April	- 448	+ 164	+ 210	+ 362	- 152	+ 5	- 23	- 23	- 12	+ 719
Mai	+ 26	+ 29	- 38	- 150	+ 112	+ 12	+ 6	+ 61	+ 45	+ 713
Juni	- 226	- 304	- 117	- 216	+ 99	+ 10	- 5	- 182	- 184	+ 742
Juli	- 111	+ 211	+ 315	+ 408	- 93	- 14	+ 31	- 135	- 135	+ 824
Aug.	- 149	+ 555	+ 575	+ 545	+ 30	- 30	- 4	- 16	-	+ 1 405
Sept.	- 204	- 599	- 416	- 377	- 39	- 14	- 40	- 143	-	+ 1 583
Okt.	- 48	- 97	- 155	- 132	- 23	- 19	- 218	+ 276	+ 260	+ 663
Nov.	- 143	+ 279	+ 312	+ 150	+ 162	+ 48	- 124	+ 91	+ 75	- 9
Dez.	- 812	+ 39	- 16	+ 3	- 19	+ 16	+ 9	+ 46	+ 59	- 166
1958 Jan.	+ 793	- 420	- 401	- 338	- 63	- 55	- 16	- 3	- 58	+ 107
Febr.	- 101	+ 57	+ 80	+ 132	- 52	- 1	+ 20	- 43	+ 5	+ 240
März	- 376	- 540	- 565	- 672	+ 107	- 24	- 6	+ 31	+ 53	+ 330
April	- 119	+ 718	+ 581	+ 611	- 30	- 22	+ 19	+ 118	+ 111	+ 490
Mai	- 104	+ 38	+ 103	+ 103	- 64	+ 48	- 11	+ 10	+ 17	+ 631
Juni	- 62	- 879	- 835	- 820	- 15	- 24	- 11	- 33	- 20	+ 775
Juli	- 170	+ 24	- 29	+ 66	- 95	- 213	+ 7	+ 46	+ 24	+ 567
Aug.	- 93	+ 200	+ 187	+ 201	- 14	+ 26	+ 0	+ 13	+ 1	+ 620
Sept.	- 101	- 606	- 611	- 638	+ 27	+ 13	- 5	+ 10	+ 19	+ 379
Okt.	- 94	- 64	- 97	- 106	+ 9	- 30	+ 19	+ 14	- 0	+ 522
Nov.	- 288	- 59	- 55	+ 6	- 61	+ 29	+ 25	- 29	- 21	+ 388
Dez.	- 767	- 550	- 552	- 361	- 191	+ 52	+ 17	- 15	+ 3	+ 454
1959 Jan.	+ 959	- 840	- 860	- 890	+ 30	- 276	+ 20	-	-	- 488
Febr.	+ 52	- 332	- 336	- 112	- 224	+ 38	+ 4	-	-	- 75
März	- 520	+ 43	+ 26	- 185	+ 211	+ 49	+ 17	-	-	+ 248
April	+ 125	+ 903	+ 859	+ 835	+ 24	- 100	+ 44	-	-	- 54
Mai	- 368	- 212	- 246	- 179	- 67	+ 44	+ 34	-	-	+ 381
Juni	+ 16	- 495	- 521	- 522	+ 1	- 27	+ 26	-	-	+ 194
Juli <sup>*)</sup>	- 252	- 414	- 449	- 193	- 256	- 239	+ 35	-	-	+ 553
Aug.	+ 9	- 42	- 69	- 112	+ 43	+ 46	+ 27	-	-	- 104
Sept.	+ 33	-1 001	-1 042	-1 018	- 24	+ 8	+ 41	-	-	+ 385
Okt.	- 108	- 208	- 239	- 480	+ 241	+ 198	+ 31	-	-	+ 453
Nov.	- 63	- 25	- 55	- 90	+ 35	+ 172	+ 30	-	-	+ 809
Dez.	- 820	- 254	- 253	- 303	+ 50	+ 158	+ 1	-	-	+ 1 086
1960 Jan.	+ 845	-1 181	-1 255	-1 049	- 206	- 257	+ 74	-	-	- 153
Febr.	+ 97	- 82	- 122	- 114	- 8	- 29	+ 40	-	-	+ 309
März	- 370	- 874	- 920	- 885	- 35	+ 54	+ 46	-	-	+ 1 374
April	- 346	+ 392	+ 359	+ 252	+ 107	+ 53	+ 33	-	-	+ 1 176
Mai	- 82	- 147	- 197	- 249	+ 52	+ 116	+ 50	-	-	+ 959
Juni	- 330	-1 213	-1 283	-1 293	+ 10	+ 12	+ 70	-	-	+ 1 432

\*) Seit Oktober 1959 werden in dieser Übersicht die bis dahin getrennt ausgewiesenen Zentralbankeinlagen von Nichtbanken einerseits und die Zentralbankkredite an Nicht-Positionen ergab sich daraus, daß nicht immer zu unterscheiden ist, ob die Auslandszahlungen der zentralen öffentlichen Haushalte, die bei der Berechnung der Liquiditäts-der Bundesbank geleistet wurden. Zur Sonderbehandlung der Auslandszahlungen der zentralen öffentlichen Haushalte vgl. die Bemerkungen im Monatsbericht für Januar 1957 sondern auf Durchschnitte aus den vier Bankwochenstichtagen der einzelnen Monate basiert, da die Erfahrung gezeigt hat, daß diese die Liquiditätsveränderungen besser bzw. Jahresabläufe. — \*) Die Veränderungen der betreffenden Positionen sind hier nur insoweit berücksichtigt, als sie mit einem Mittelzufluß (+) bzw. -abfluß (-) \*) Saldo aus Guthaben und aufgenommenen Kassenkrediten (ohne die im Rahmen der Offenmarktoperationen angekauften Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisun-reserveguthaben der Bundespost für die Postscheck- und Postsparkassenämter, da sich diese seit der Einführung der fakultativen zentralen Mindestreserverhaltung am an internationalen Einrichtungen sowie Positionen, die den vorgenannten Faktoren nicht eindeutig zugerechnet werden können. — \*) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatz-sparkassenämter; vgl. dazu Anm. 4). — \*) Ab Juli 1959 einschl. Saarland; die durch die Eingliederung bedingten Veränderungen wurden ausgeschaltet.

Das Gliederungsschema dieser Tabelle sowie die Berechnungsbasis der in ihr enthaltenen Zahlen wurden geändert; die Angaben sind daher mit den vor Oktober 1959 veröffentlichten Zahlen nur bedingt vergleichbar. Nähere Erläuterungen enthält die Anmerkung zur Tabellenüberschrift.

Inanspruchnahme des Zentralbankkredits durch die Kreditinstitute \*)

DM

aus den vier Bankwochenstichtagen der Monate 2)

Sonstige Faktoren, netto 5)			Offenmarkt-Käufe bzw. -Verkäufe der Deutschen Bundesbank			Veränderung der Guthaben der Kreditinstitute bei der Deutschen Bundesbank		Zentralbankkredite an Kreditinstitute (Refinanzierungskredite)		ZUM Vergleich: Stand der Guthaben der Kreditinstitute bei der Deutschen Bundesbank im Durchschnitt des Zeitraums 7)	Zeit
insgesamt	darunter Zentralbankkredite an Kreditanstalt für Wiederaufbau	Gesamtwirkung der vorgenannten Faktoren auf die Bankliquidität	insgesamt	Geldmarkttitel des Bundes aus der Umwandlung von Ausgleichsforderungen der Bbk. (Mobilisierungstitel)	sonstige Titel 6)	gesamt 7)	ZUM Vergleich: Veränderung des Mindestreserve-Solls	Veränderung	Stand im Durchschnitt des Zeitraums		
nach Jahren											
+ 22	- 17	+ 5 992	- 3 119	- 3 352	+ 233	+ 1 694	+ 1 757	- 1 179	1 999.0	5 309.1	1957
+ 423	- 14	+ 2 363	- 809	- 581	- 228	+ 927	+ 964	- 627	1 187.9	6 471.0	1958
+ 40	- 17	- 386	+ 1 437	+ 1 412	+ 25	+ 1 344	+ 1 089	+ 293	971.8	7 239.2	1959
nach Vierteljahren											
+ 5	- 27	+ 1 339	- 1 080	- 1 109	+ 29	- 212	+ 143	- 471	2 225.6	4 436.2	1. Vi. 1957
- 103	+ 3	+ 1 312	- 920	- 889	- 31	+ 851	+ 882	+ 459	2 498.3	5 026.1	2. "
+ 100	+ 5	+ 3 615	- 1 869	- 1 858	- 11	+ 581	+ 639	- 1 165	1 892.0	5 605.6	3. "
+ 20	+ 2	- 274	+ 750	+ 504	+ 246	+ 474	+ 93	- 2	1 380.2	6 168.4	4. "
+ 225	- 16	+ 315	- 611	- 570	- 41	- 211	+ 199	+ 85	1 412.6	6 170.4	1. Vi. 1958
+ 204	- 4	+ 1 692	- 1 190	- 1 153	- 37	+ 327	+ 275	- 175	1 395.9	6 324.3	2. "
- 31	+ 4	+ 789	- 295	- 299	+ 4	+ 68	+ 224	- 426	1 111.1	6 460.5	3. "
+ 25	+ 2	- 433	+ 1 287	+ 1 441	- 154	+ 743	+ 266	- 111	831.9	6 928.9	4. "
+ 155	- 7	- 798	+ 674	+ 679	- 5	- 82	+ 185	+ 42	883.0	6 899.3	1. Vi. 1959
+ 38	- 5	+ 528	- 445	- 571	+ 126	- 19	+ 36	- 102	806.2	7 027.0	2. "
- 107	- 8	- 940	+ 644	+ 672	- 28	- 17	- 116	+ 279	869.5	7 068.8	3. "
- 46	+ 3	+ 824	+ 564	+ 632	- 68	+ 1 462	+ 984	+ 74	1 328.5	7 961.5	4. "
+ 33	+ 3	- 2	+ 824	+ 686	+ 138	+ 2 026	+ 2 501	+ 1 204	1 827.1	9 499.9	1. Vi. 1960
+ 79	+ 1	+ 1 920	- 447	- 382	- 65	+ 1 175	+ 1 317	- 298	1 822.1	11 098.1	2. "
nach Monaten											
- 106	- 27	+ 852	- 733	- 707	- 26	- 313	+ 117	- 432	2 322.0	4 365.4	Jan. 1957
+ 213	- 2	+ 517	- 200	- 288	+ 88	+ 58	- 12	- 259	2 068.5	4 444.8	Febr.
- 102	+ 2	- 30	- 147	- 114	- 33	+ 43	+ 38	+ 226	2 786.4	4 498.5	März
- 107	+ 8	+ 328	- 369	- 320	- 49	- 31	+ 88	+ 10	2 287.9	4 446.3	April
+ 64	+ 12	+ 832	- 230	- 279	+ 49	+ 779	+ 719	+ 177	2 471.1	5 257.4	Mai
- 60	- 17	+ 152	- 321	- 290	- 31	+ 103	+ 75	+ 272	2 735.9	5 374.6	Juni
- 6	- 2	+ 918	- 631	- 608	- 23	- 84	+ 64	- 371	2 351.8	5 290.6	Juli
+ 40	+ 4	+ 1 851	- 990	- 971	- 19	+ 277	+ 139	- 584	1 767.2	5 569.1	Aug.
+ 66	+ 11	+ 846	- 248	- 279	+ 31	+ 388	+ 436	- 210	1 557.0	5 957.2	Sept.
- 30	- 17	+ 488	- 236	- 256	+ 20	+ 105	+ 97	- 147	1 410.0	6 061.7	Okt.
+ 29	- 3	+ 156	+ 30	- 65	+ 95	- 49	- 24	- 235	1 175.1	6 012.9	Nov.
+ 21	+ 22	- 918	+ 956	+ 825	+ 131	+ 418	+ 20	+ 380	1 555.4	6 430.7	Dez.
+ 110	- 28	+ 590	- 657	- 438	- 219	- 298	+ 195	- 231	1 324.5	6 132.6	Jan. 1958
+ 149	+ 10	+ 345	- 268	- 267	- 1	+ 26	- 19	- 51	1 273.2	6 158.5	Febr.
- 34	+ 2	- 620	+ 314	+ 135	+ 179	+ 61	+ 23	+ 367	1 640.2	6 220.0	März
+ 27	- 11	+ 1 116	- 768	- 687	- 81	+ 107	+ 118	- 241	1 399.2	6 326.9	April
+ 151	+ 1	+ 716	- 509	- 412	- 97	+ 131	+ 82	- 76	1 323.4	6 278.5	Mai
+ 26	+ 6	- 140	+ 87	- 54	+ 141	+ 89	+ 75	+ 142	1 465.1	6 367.4	Juni
- 74	+ 17	+ 347	- 160	- 54	- 106	+ 30	+ 66	- 157	1 308.6	6 397.6	Juli
+ 88	- 5	+ 815	- 340	- 387	+ 47	+ 151	+ 110	- 324	984.7	6 548.4	Aug.
- 45	- 8	- 373	+ 205	+ 142	+ 63	- 113	+ 48	+ 55	1 040.1	6 435.4	Sept.
- 3	- 8	+ 361	+ 137	+ 229	- 92	+ 252	+ 108	- 246	794.0	6 687.8	Okt.
+ 128	- 3	+ 169	+ 84	+ 176	- 92	+ 233	+ 96	- 20	773.5	6 920.5	Nov.
- 100	+ 13	- 963	+ 1 066	+ 1 036	+ 30	+ 258	+ 62	+ 155	928.1	7 178.3	Dez.
- 78	- 24	- 447	+ 171	+ 247	- 76	- 364	+ 147	- 88	840.7	6 814.5	Jan. 1959
+ 73	+ 7	- 282	+ 257	+ 274	- 17	- 28	+ 1	- 3	837.9	6 786.9	Febr.
+ 160	+ 10	- 69	+ 246	+ 158	+ 88	+ 310	+ 37	+ 133	970.4	7 096.4	März
+ 18	- 3	+ 992	- 958	- 912	- 46	- 230	- 173	- 264	706.3	6 865.8	April
+ 4	- 10	- 195	+ 330	+ 212	+ 118	+ 273	+ 131	+ 138	844.2	7 138.3	Mai
+ 16	+ 8	- 269	+ 183	+ 129	+ 54	- 62	+ 78	+ 24	868.2	7 076.8	Juni
- 111	- 3	- 224	+ 427	+ 508	- 81	+ 71	+ 49	- 132	765.7	7 170.2	Juli 8)
+ 76	+ 7	- 61	- 55	+ 24	- 79	- 215	- 242	- 99	666.4	6 954.7	Aug.
- 72	- 12	- 655	+ 272	+ 140	+ 132	+ 127	+ 77	+ 510	1 176.4	7 081.6	Sept.
+ 22	+ 9	+ 159	- 109	- 67	- 42	+ 176	+ 106	+ 126	1 302.1	7 257.3	Okt.
+ 114	- 2	+ 835	- 138	- 256	+ 118	+ 828	+ 830	+ 131	1 433.0	8 084.7	Nov.
- 182	- 4	- 170	+ 811	+ 955	- 144	+ 458	+ 48	- 183	1 250.3	8 542.6	Dez.
+ 93	- 3	- 396	+ 516	+ 666	- 150	+ 333	+ 956	+ 213	1 463.7	8 875.6	Jan. 1960
+ 80	+ 1	+ 404	- 322	- 322	- 0	+ 180	+ 28	+ 98	1 562.3	9 055.7	Febr.
- 140	+ 7	- 10	+ 630	+ 342	+ 288	+ 513	+ 517	+ 893	2 455.2	10 568.5	März
+ 29	- 2	+ 1 251	- 538	- 299	- 259	+ 54	+ 101	- 639	1 816.1	10 622.6	April
+ 51	+ 1	+ 781	- 153	- 106	- 47	+ 305	+ 149	- 323	1 493.1	10 927.7	Mai
- 1	+ 2	- 112	+ 264	+ 23	+ 241	+ 816	+ 1 067	+ 664	2 157.2	11 743.9	Juni

Banken andererseits zu einer „Netto-Position inländischer Nichtbanken gegenüber der Deutschen Bundesbank“ zusammengefaßt. Die Notwendigkeit einer Saldierung beider Ströme von den übrigen Zahlungen der betreffenden Haushalte getrennt werden müssen, zu Lasten von Zentralbankguthaben oder durch Inanspruchnahme von Kassenkrediten S. 8. — Im übrigen wurden die in der Tabelle wiedergegebenen Veränderungszahlen nicht mehr, wie bisher, anhand von Monatsständen der einzelnen Positionen ermittelt, widerspiegeln als die oft Zufallsschwankungen unterliegenden Monatsstände. — 2) Bei längeren Zeiträumen: Durchschnitte aus den vier Bankwochenstichtagen der Quartalsfür die Kreditinstitute verbunden sind. Sie decken sich also nicht notwendig mit den Veränderungen der entsprechenden Positionen im Ausweis der Deutschen Bundesbank. — 3) Bis Juli 1957 einschl. der in Ausgleichsforderungen angelegten Guthaben. — 4) Ab Mai 1958 einschl. der Mindest-1. Mai 1958 von den übrigen Zentralbankeinlagen der Bundespost nicht mehr trennen lassen. — 5) Schwebende Verrechnungen; Sonderkredite an den Bund für Beteiligung anweisungen, Vorratsstellenwechsel und Privatdiskonten sowie Wertpapiere. — 6) Ab Mai 1958 ohne die Mindestreserveguthaben der Bundespost für die Postscheck- und Post-





3. Zentralbankkredite an Kreditinstitute\*)

Mio DM

Zeit	Kreditinstitute (ohne KFW) *)				Kreditanstalt für Wiederaufbau		
	insgesamt 1)	Wechsel- kredite 1)	Lombard- kredite	vorübergehend angekaufte Ausgleichs- forderungen 2)	insgesamt	Kassen- kredite	Wertpapiere
1950 Dez.	5 201,9	4 235,4	360,6	605,9	368,7	368,7	—
1951 -	5 717,5	4 757,2	290,8	669,5	454,0	454,0	—
1952 -	4 128,4	3 389,0	253,5	485,9	468,4	268,5	199,9
1953 -	3 351,1	2 739,1	245,2	366,8	225,6	202,6	23,0
1954 -	3 339,0	2 837,7	265,1	236,2	207,3	195,2	12,1
1955 -	4 683,0	4 130,9	340,5	211,6	145,0	139,5	5,5
1956 -	3 127,1	2 723,7	220,7	182,7	58,6	46,6	12,0
1957 -	1 676,6	1 463,0	52,8	160,8	67,8	66,8	1,0
1958 -	960,3	769,6	63,9	126,8	3,8	3,8	—
1959 -	1 285,7	949,2	234,4	102,1	20,3	20,3	—
1958 April	1 451,2	1 242,4	56,5	152,3	12,8	12,8	—
Mai	1 144,4	969,7	23,5	151,2	13,2	13,2	—
Juni	1 594,7	1 397,9	46,5	150,3	12,4	12,4	—
Juli	1 086,5	914,3	23,0	149,2	24,6	24,6	—
Aug.	1 110,8	941,8	20,8	148,2	33,0	33,0	—
Sept.	865,7	701,2	22,4	142,1	30,9	30,9	—
Okt.	708,1	543,8	24,3	140,0	16,2	16,2	—
Nov.	969,9	805,2	25,8	138,9	10,8	10,8	—
Dez.	960,3	769,6	63,9	126,8	3,8	3,8	—
1959 Jan.	990,6	860,7	23,7	106,2	0,2	0,2	—
Febr.	820,2	635,4	78,7	106,1	15,1	15,1	—
März	701,0	563,9	31,0	106,1	19,4	19,4	—
April	769,3	634,4	29,0	105,9	26,4	26,4	—
Mai	915,0	785,7	23,4	105,9	9,6	9,6	—
Juni	812,8	677,3	31,7	103,8	0,3	0,3	—
Juli *)	640,7	522,1	14,8	103,8	12,0	12,0	—
Aug.	682,2	555,6	22,9	103,7	21,3	21,3	—
Sept.	1 352,4	1 223,9	25,7	102,8	0,1	0,1	—
Okt.	1 182,3	1 061,3	18,3	102,7	23,0	23,0	—
Nov.	1 284,1	1 153,1	28,3	102,7	13,2	13,2	—
Dez.	1 285,7	949,2	234,4	102,1	20,3	20,3	—
1960 Jan.	1 626,6	1 495,7	28,8	102,1	2,7	2,7	—
Febr.	1 456,6	1 319,4	45,0	92,2	3,1	3,1	—
März	2 110,4	1 988,0	31,2	91,2	13,2	13,2	—
April	1 320,9	1 187,6	42,4	90,9	10,1	10,1	—
Mai	1 509,8	1 390,5	28,4	90,9	15,1	15,1	—
Juni	1 776,9	1 639,5	47,8	89,6	17,5	17,5	—

\*) Ab Juli 1959 einschließlich Zentralbankkredite an saarländische Kreditinstitute. — 1) Einschließlich angekaufter Auslandswechsel und Exporttratten, aber ohne auf dem offenen Markt angekaufte Geldmarkttitel. — 2) Mit Rückkaufverpflichtung der Kreditinstitute.

4. Zentralbankeinlagen von Nichtbanken und von Kreditinstituten\*)

Mio DM

Zeit	Nichtbanken							Kredit- institute 3) 6)
	insgesamt		öffentliche Stellen 1)		ERP- Sonder- vermögen 1) 2)	Dienst- stellen der ehem. Besatzungs- mächte 3)	sonstige Einleger 4)	
	mit zeitweilig in Ausgleichsfor- derungen angelegt(n) 4)	ohne	Bund (ohne Sonder- vermögen) Länder und Lasten- ausgleichs- behörden	sonstige öffentliche Stellen 5)				
1950 Dez.	3 693,3	3 446,0	594,3	396,7	965,0	907,6	829,7	1 887,7
1951 -	3 997,3	2 990,0	1 191,8	223,0	1 312,8	997,3	272,4	2 675,0
1952 -	3 957,8	2 194,1	1 906,1	207,2	825,9	753,4	265,2	2 992,6
1953 -	4 935,3	1 704,2	3 181,4	373,2	496,7	639,3	244,7	3 286,9
1954 -	6 266,5	1 529,9	4 684,7	400,6	352,8	523,4	305,0	4 005,9
1955 -	7 003,5	3 420,7	5 949,7	274,3	272,2	265,5	241,8	4 502,2
1956 -	7 682,3	4 459,3	6 711,8	339,8	192,5	143,8	294,4	5 258,5
1957 -	5 097,3	4 017,1	4 017,1	431,4	167,8	140,6	340,4	7 108,9
1958 -	4 968,2	3 614,0	3 614,0	610,3	361,2	46,8	335,9	8 243,1
1959 -	2 260,8	1 161,3	1 161,3	677,3	200,4	—	221,8	9 343,8
1958 April	3 966,9	3 307,4	3 307,4	32,8	248,5	92,5	285,7	5 921,2
Mai	4 397,1	3 265,5	3 265,5	488,0	206,1	54,9	382,6	5 455,3
Juni	5 220,0	3 870,3	3 870,3	603,9	326,7	70,5	348,6	5 989,5
Juli	4 644,4	3 371,2	3 371,2	516,9	422,7	49,1	284,5	5 785,6
Aug.	4 449,6	3 035,7	3 035,7	627,8	410,7	57,8	317,6	6 107,3
Sept.	5 000,4	3 631,6	3 631,6	567,0	450,2	42,8	308,8	5 773,6
Okt.	4 681,9	3 489,2	3 489,2	432,2	417,7	58,1	284,7	5 609,7
Nov.	4 704,8	3 401,4	3 401,4	505,2	396,6	61,0	340,6	6 590,2
Dez.	4 968,2	3 614,0	3 614,0	610,3	361,2	46,8	335,9	8 243,1
1959 Jan.	5 279,1	4 224,4	4 224,4	251,6	612,4	— 7)	190,7	6 289,1
Febr.	5 087,3	3 971,4	3 971,4	339,9	580,4	—	195,6	6 160,9
März	3 088,8	1 550,8	1 550,8	735,9	585,4	—	216,7	6 310,6
April	1 876,7	784,3	784,3	287,9	619,8	—	184,7	6 032,6
Mai	2 835,7	1 300,6	1 300,6	749,6	582,4	—	203,1	6 691,8
Juni	2 918,8	1 345,2	1 345,2	571,7	780,1	—	221,8	6 559,5
Juli *)	2 501,0	831,4	831,4	606,2	850,9	—	212,5	6 261,6
Aug.	2 382,7	736,1	736,1	622,0	805,9	—	218,7	6 380,3
Sept.	2 887,0	1 225,9	1 225,9	676,9	767,1	—	217,1	6 459,2
Okt.	2 046,9	1 031,8	1 031,8	280,9	516,6	—	217,6	6 204,4
Nov.	2 391,8	954,2	954,2	818,0	388,8	—	230,8	7 519,0
Dez.	2 260,8	1 161,3	1 161,3	677,3	200,4	—	221,8	9 343,8
1960 Jan.	3 282,1	1 840,8	1 840,8	620,2	609,5	—	211,6	7 895,7
Febr.	3 143,5	1 506,0	1 506,0	870,1	549,7	—	217,7	8 395,9
März	3 411,0	1 752,9	1 752,9	864,4	569,0	—	224,7	9 428,1
April	2 527,7	1 461,4	1 461,4	461,9	379,7	—	224,7	9 488,6
Mai	2 928,2	1 475,9	1 475,9	904,0	340,5	—	207,8	10 413,5
Juni	4 006,8	2 692,1	2 692,1	718,6	375,3	—	220,8	10 865,9

\*) Ab Juli 1959 einschließlich der bei der Landeszentralbank im Saarland unterhaltenen Einlagen. — 1) Einschließlich der zeitweilig in Ausgleichsforderungen angelegten Beträge. — 2) Bis 31. Juli 1957 nur „Gegenwertmittel“. — 3) Einschließlich Postscheck- und Postsparkassenämter. — 4) Mit Inkrafttreten des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank am 1. August 1957 ist die Möglichkeit einer Anlage öffentlicher Gelder in Ausgleichsforderungen entfallen. — 5) Ab Mai 1958 einschließlich der Mindestreserveguthaben der Bundespost für die Postscheck- und Postsparkassenämter; vgl. Anm. 6) in Tab. I, 2. — 6) Ab Mai 1958 ohne die Mindestreserveguthaben der Bundespost für die Postscheck- und Postsparkassenämter; vgl. Anm. 6) in Tab. I, 2. — 7) Ab Januar 1959 dem „Auslandsgeschäft“ zugerechnet. — 8) Die bis Dezember 1958 hierin enthaltenen sonstigen ausländischen Einleger werden nunmehr im „Auslandsgeschäft“ erfaßt.









Table with columns: Nichtbanken entfallen auf, and Private, Öffentliche Stellen, Kredite an Kreditinstitute, Jahres- oder Monatsende. Rows include: Alle Bankengruppen 1), Kreditbanken, Großbanken 2) +), Staats-, Regional- und Lokalbanken +), Privatbankiers +), Spezial-, Haus- und Branchebanken +).

Kredite liegt die mit dem Kunden vereinbarte Laufzeit, nicht die Restlaufzeit am Ausweisstichtag zugrunde. ... 2) Enthält statistisch bedingte Zunahme in Höhe von rd. 347 Mio DM. ... 3) Enthält Zunahme in Höhe von rd. 190 Mio DM durch Umwandlung von Verwaltungs- 2. Dezember-Termin: einschließlich Saarland). ... 4) Enthält statistisch bedingte Zunahme in Höhe von rd. 34 Mio DM (vgl. Anm. 2)). ... 5) Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG und deren Berliner Tochterinstitute. ... 6) Untergruppe der "Kredit-









a) Gliederung der Schatzwechsel- und Wertpapierbestände nach Arten  
Mio DM

Jahres- oder Monatsende	Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen			Kassenobligationen					Wertpapiere							Konsortialbeteiligungen				
	insgesamt <sup>1)</sup>	inländische		insgesamt	inländische		darunter von Kreditinstituten	insgesamt	inländische					insgesamt	insgesamt	inländische	ausländische			
		mit Mobilisierungstiteln <sup>2)</sup>	ohne Mobilisierungstiteln <sup>2)</sup>		insgesamt	insgesamt			Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen öffentl. Stellen	sonstige verzinsliche Wertpapiere		börsengängige Dividendenwerte und Investmentzertifikate	sonstige Wertpapiere					ausländische		
										insgesamt	Bankschuldverschreibungen <sup>4)</sup>								Industrieobligationen und sonstige verzinsliche Schuldverschreibungen	
Alle Bankengruppen																				
1956	1 789,0	1 789,0	663,0 <sup>(18)</sup>	—	—	—	—	6 530,2	6 520,2 <sup>(18)</sup>	1 558,3	3 884,0	3 464,0	420,0	1 006,5 <sup>(18)</sup>	71,4	10,0 <sup>(18)</sup>	306,6	—	—	
1957	6 156,4	5 710,3	1 683,3 <sup>(18)</sup>	446,1	—	—	—	7 857,5	7 852,5 <sup>(18)</sup>	1 517,1	5 234,4	4 784,6	449,8	1 024,2 <sup>(18)</sup>	76,8	5,0 <sup>(18)</sup>	370,0	—	—	
1958	6 767,0	6 167,1	1 866,9	599,9	73,5	73,5 <sup>(18)</sup>	73,5 <sup>(18)</sup>	12 751,5	12 647,2	2 743,4	8 576,4	7 809,4	767,0	1 242,2	85,2	104,3	321,2	296,5	24,7	
Kreditbanken <sup>5)</sup>																				
1959	7 413,6	6 482,7	1 469,2	930,9	538,3	538,3 <sup>(18)</sup>	403,0 <sup>(18)</sup>	15 346,3	15 122,3	3 398,1	10 312,1	9 436,4	875,7	1 317,9	94,2	224,0	341,2	313,5	27,7	
1960	7 154,1	6 282,5	1 494,9	871,6 <sup>(9)</sup>	534,8	534,8 <sup>(18)</sup>	398,0 <sup>(18)</sup>	15 510,4	15 259,9	3 238,2	10 557,7	9 636,5	921,2	1 365,6	98,4	250,5	328,7	301,8	26,9	
1959	7 026,8	6 095,4	1 570,2	847,1	837,7	837,7 <sup>(18)</sup>	468,0 <sup>(18)</sup>	15 680,1	15 429,9	3 084,6	10 762,7	9 926,2	836,5	1 389,6	193,0	250,2	337,4	310,8	26,6	
1960	7 026,8	6 095,4	1 570,2	847,1	837,7	837,7 <sup>(18)</sup>	468,0 <sup>(18)</sup>	15 680,1	15 429,9	3 084,6	10 762,7	9 926,2	836,5	1 389,6	193,0	250,2	337,4	310,8	26,6	
Großbanken <sup>5)</sup>																				
1959	5 256,6	4 321,6	1 110,7	935,0	1 087,2	1 087,2 <sup>(18)</sup>	553,0 <sup>(18)</sup>	16 357,2	16 022,3	3 272,0	11 028,1	10 227,9	800,2	1 626,0	96,2	334,9	500,4	473,3	27,1	
1960	5 694,6	4 463,2	1 548,2	1 231,4	1 265,1	1 265,1 <sup>(18)</sup>	556,0	16 654,2	16 291,1	3 378,1	11 213,4	10 393,6	819,8	1 638,0	101,5	363,1	377,8	350,2	27,6	
Staats-, Regional- und Lokalbanken <sup>5)</sup>																				
1959	6 271,8	4 966,0	1 525,9	1 305,8	1 283,3	1 283,3	575,1	17 061,7	16 705,6	3 483,1	11 547,0	10 711,8	835,2	1 581,7	93,8	356,1	608,4	580,0	28,4	
1960	5 899,4	4 810,8	1 439,1	1 088,6	1 299,3	1 299,3	606,8	16 097,8	16 747,0	3 425,0	11 609,8	10 776,6	833,2	1 616,5	95,7	350,8	677,7	643,6	34,1	
Privatbankiers <sup>5)</sup>																				
1959	1 798,1	917,0	447,4	881,1	656,4	603,2	269,7	53,2	4 982,2	4 707,2	748,1	2 475,0	2 037,8	437,2	1 412,6	71,5	375,0	405,8	377,6	28,2
1960	1 798,1	917,0	447,4	881,1	656,4	603,2	269,7	53,2	4 982,2	4 707,2	748,1	2 475,0	2 037,8	437,2	1 412,6	71,5	375,0	405,8	377,6	28,2
Girozentralen																				
1959	313,7	304,6	185,5	9,1	141,5	94,9	82,7	46,6	1 610,1	1 577,0	293,3	882,4	729,0	153,4	355,0	26,3	53,1	74,3	70,2	4,1
1960	356,6	339,7	218,7	16,9	136,7	98,2	84,2	38,5	1 735,2	1 669,7	318,6	910,1	742,9	167,2	413,1	27,9	65,5	95,1	90,9	4,2
Sparkassen																				
1959	104,0	104,0	65,0	—	19,1	19,1	4,2	5 792,5	5 791,3	1 149,3	4 635,3	4 565,9	69,4	5,0	1,7	1,2	—	—	—	
1960	104,0	104,0	65,0	—	19,1	19,1	4,2	5 937,9	5 936,7	1 151,8	4 786,2	4 707,3	70,9	5,0	1,7	1,2	—	—	—	
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten																				
1959	7,0	7,0	7,0	—	10,2	10,2	2,8	786,1	783,5	579,3	202,7	171,1	31,6	0,1	1,4	2,6	—	—	—	
1960	5,6	5,6	5,6	—	12,5	12,5	2,8	793,0	789,0	590,6	196,6	172,3	24,3	0,3	1,5	4,0	—	—	—	
Kreditinstitute mit Sonderaufgaben																				
1959	1 032,5	978,5	184,5	54,0	162,9	162,9	105,2	360,9	359,6	124,2	231,9	207,1	24,8	3,4	0,1	1,3	—	—	—	
1960	1 032,5	978,5	184,5	54,0	162,9	162,9	105,2	361,5	360,2	124,2	232,2	207,3	24,9	3,4	0,4	1,3	—	—	—	
Postscheck- und Postsparkassenämter																				
1959	1 026,2	1 026,2	230,2	—	29,5	29,5	29,5	1 612,1	1 604,4	186,4	1 418,0	1 334,5	83,5	—	—	7,7	—	—	—	
1960	1 026,2	1 026,2	230,2	—	29,5	29,5	29,5	1 612,1	1 604,4	186,4	1 418,0	1 334,5	83,5	—	—	7,7	—	—	—	
Alle übrigen Gruppen <sup>6)</sup>																				
1959	27,7	27,7	4,6	—	23,3	23,3	18,2	1 101,9	1 087,1	229,1	827,7	701,0	126,7	13,5	16,8	14,8	—	—	—	
1960	27,7	27,7	4,6	—	23,3	23,3	18,2	1 124,8	1 109,9	238,2	840,8	706,2	134,6	13,5	17,4	14,9	—	—	—	

<sup>1)</sup> S. auch Tabelle III B 1, Zwischenbilanzen, Aktiva, „Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen“, „Kassenobligationen“, „Wertpapiere und Konsortialbeteiligungen“. — <sup>2)</sup> Einschließlich Mobilisierungstiteln. — <sup>3)</sup> Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes aus dem Umtausch gegen einen entsprechenden Teilbetrag der Ausgleichsforderung in den Deutschen Bundesbank gegen den Bund (gemäß § 42 Bundesbank-Gesetz). — <sup>4)</sup> Pfandbriefe, Kommunalobligationen, Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten. — <sup>5)</sup> Die in den Kreditbanken enthaltenen Spezial-, Haus- und Branchebanken werden wegen ihres geringen Schatzwechsel- und Wertpapierbestandes nachstehend nicht gesondert aufgeführt. — <sup>6)</sup> Zentralkassen, Kreditgenossenschaften und Teilzahlungskreditinstitute. — <sup>7)</sup> Beginnend mit Januar 1960 einschließlich Saarland. Die Zahlenreihen wurden im Dezember 1959 verknüpft (1. Dezember-Termin: ohne Saarland, 2. Dezember-Termin: einschließlich Saarland), soweit möglich und erforderlich auch bei den einzelnen Bankengruppen. — <sup>8)</sup> Statistisch bedingte Abnahme von 120 Mio DM. — <sup>9)</sup> Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG und deren Berliner Tochterinstitute. — <sup>+</sup> Untergruppe der Kreditbanken. — <sup>18)</sup> Teilweise geschätzt. — <sup>p)</sup> Vorläufig.



3. Teilzahlungs- und Kleinkredite

a) Teilzahlungskredite<sup>1)</sup> nach Bankengruppen

Mio DM

Jahres- oder Monatsende	Alle Bankengruppen	Teilzahlungskreditinstitute	Kreditinstitute (ohne Teilzahlungskreditinstitute)	Kreditbanken				Girozentralen	Sparkassen	Gewerbliche Kreditgenossenschaften	Ländliche Kreditgenossenschaften	Übrige Bankengruppen <sup>2)</sup>
				insgesamt	darunter							
					Großbanken <sup>3)</sup>	Staats-, Regional- und Lokalbanken	Privatbankiers					
1953	1 500,3	765,1	735,2	231,1	62,8	144,5	23,3	66,0	384,7	45,1	6,5	1,8
1954	1 913,6	991,8	921,8	273,9	73,6	176,7	23,6	85,6	489,9	58,8	9,3	4,2
1955	2 629,7	1 439,0	1 190,7	347,9	102,0	213,7	32,2	131,4	627,3	68,6	14,5	0,8
1956	2 869,2	1 611,7	1 257,5	380,0	124,6	234,4	31,1	147,6	640,2	73,2	15,4	1,1
1957	2 957,6	1 739,0	1 218,6	399,2	131,5	230,1	37,5	122,4	593,1	86,4	17,0	0,4
1958	3 314,9	2 049,4	1 265,5	422,1	125,3	249,5	47,0	125,2	584,2	112,4	21,4	0,2
1959 Mai	3 514,7	2 162,3	1 352,4	478,0	149,6	267,7	57,8	134,9	598,6	116,8	23,7	0,4
1959 Juni	3 542,5	2 182,9	1 359,6	471,3	130,5	279,3	60,3	134,4	609,8	119,8	24,0	0,3
1959 Juli	3 618,0	2 221,0	1 397,0	490,5	133,0	297,4	58,9	136,7	622,4	121,7	25,5	0,4
1959 Aug.	3 637,5	2 234,6	1 402,9	487,3	136,9	296,8	52,0	137,3	617,7	134,8	25,4	0,4
1959 Sept.	3 662,9	2 244,7	1 418,2	502,2	141,1	309,0	51,0	140,2	614,4	134,8	26,3	0,4
1959 Okt.	3 727,5	2 295,8	1 431,7	512,2	140,5	320,9	50,7	137,1	622,6	132,2	27,1	0,4
1959 Nov.	3 796,7	2 371,3	1 425,4	497,8	134,5	311,7	51,4	139,8	625,6	134,0	27,8	0,4
1959 Dez.	3 973,7	2 502,0	1 471,7	511,4	141,7	318,8	50,8	143,9	639,8	146,5	29,6	0,4
1959 Dez. <sup>4)</sup>	4 027,8	2 539,4	1 488,4	512,6				143,9	649,2	151,0	31,1	0,4
1960 Jan. <sup>4)</sup>	4 003,4	2 528,4	1 475,0	504,1	139,9	313,9	50,0	145,5	650,3	144,4	30,2	0,4
1960 Febr.	4 020,8	2 534,1	1 486,7	511,8	141,5	317,9	52,2	147,7	649,3	144,3	33,1	0,4
1960 März	4 093,0	2 591,6	1 501,4	518,5	139,7	324,4	54,1	146,1	656,3	147,8	32,1	0,5
1960 April	4 235,2 <sup>5)</sup>	2 688,0	1 547,2 <sup>5)</sup>	538,8 <sup>5)</sup>	142,5	330,5	56,5	150,3	672,7	152,3	32,6	0,5
1960 Mai	4 365,2	2 771,5	1 593,7	559,4	143,8	346,1	60,2	155,2	687,6	157,4	33,7	0,5

<sup>1)</sup> Kurz- und mittelfristig. — <sup>2)</sup> Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG und deren Berliner Tochterinstitute. — <sup>3)</sup> Zentralkassen, Kreditinstitute mit Sonderaufgaben. — <sup>4)</sup> Beginnend mit Januar 1960 einschließlich Saarland. Die Zahlenreihen wurden im Dezember 1959 verknüpft (1. Dezember-Termin: ohne Saarland, 2. Dezember-Termin: einschließlich Saarland), soweit möglich und erforderlich auch bei den einzelnen Bankengruppen. — <sup>5)</sup> Enthält statistisch bedingte Zunahme von rd. 9 Mio DM.

b) Verwendung und Höhe der Teilzahlungskredite<sup>1)</sup> von Teilzahlungskreditinstituten

Zeit	Neu in Anspruch genommene Teilzahlungskredite insgesamt	Zur Beschaffung von Produktionsmitteln und Gebrauchsgütern mit ausschließl. gewerblich. Verwendungszweck			Zur Beschaffung von sonstigen Gebrauchsgütern							Nachrichtlich: An Händlerfirmen gewährte Einkaufskredite
		Maschinen zur Erstellung von Wirtschaftsgütern <sup>2)</sup>	Lastkraftwagen, Zugmaschinen, Anhänger	handwerkliche und berufliche Einrichtungen	Bekleidungs-, Textilhausrat	Fahrräder, Nähmaschinen, Schreibmaschinen	hauswirtschaftl. Maschinen und Geräte <sup>3)</sup>	Möbel	Personenkraftwagen und Motorräder	Rundfunkgeräte	sonstiges	
Mio DM												
1958 3. Vj.	701,0	45,9	77,7	25,7	120,1	13,2	72,0	93,5	181,8	44,8	26,3	102,1
1958 4. "	907,6	41,1	72,9	30,7	243,9	12,7	89,9	137,0	163,6	80,9	34,9	156,4
1959 1. Vj.	673,8	33,0	69,6	30,8	107,2	9,5	62,5	91,3	174,0	64,7	31,2	192,2
1959 2. "	871,6	45,9	91,3	33,7	148,9	13,7	76,4	102,0	265,1	53,1	41,5	199,8
1959 3. "	803,1	46,5	77,9	35,3	120,8	13,2	78,4	105,2	225,8	52,3	47,7	152,5
1959 4. "	1 023,9	49,6	85,4	36,8	225,2	12,2	86,1	136,7	223,9	93,8	74,2	168,5
1960 1. Vj. <sup>4)</sup>	820,4	37,2	95,9	30,8	96,6	10,1	67,8	93,1	251,9	75,9	61,1	186,9
Durchschnittlicher Kreditbetrag in DM												
1958 3. Vj.	562	8 584	10 181	2 781	175	438	359	820	2 352	647	544	4 789
1958 4. "	460	5 549	9 992	2 946	198	411	368	778	2 599	634	468	4 491
1959 1. Vj.	620	8 350	9 892	4 132	185	485	370	913	2 606	704	754	4 672
1959 2. "	608	9 401	10 791	3 484	186	461	380	832	2 386	644	666	4 786
1959 3. "	639	10 001	11 074	3 926	187	480	387	879	2 454	618	750	4 673
1959 4. "	571	11 380	11 019	3 669	221	465	377	865	2 558	688	647	4 686
1960 1. Vj. <sup>4)</sup>	769	10 751	11 713	3 609	203	501	376	954	2 710	695	863	4 568

<sup>1)</sup> Abweichend von der übrigen Kreditstatistik (auch der Tabelle a)) wird in dieser Tabelle nicht der Stand der ausstehenden Kredite zugrunde gelegt, sondern der Gesamtbetrag der im jeweiligen Zeitabschnitt neu in Anspruch genommenen Teilzahlungskredite. — <sup>2)</sup> Z. B. Textil-, landwirtschaftliche Maschinen. — <sup>3)</sup> Z. B. Öfen, Staubsauger, Waschmaschinen usw. — <sup>4)</sup> Beginnend mit 1. Vierteljahr 1960 einschließlich Saarland.

c) Kleinkredite<sup>1)</sup> nach Bankengruppen

Mio DM

Monatsende	Alle Bankengruppen	Kreditbanken					Girozentralen	Sparkassen	Kreditgenossenschaften			Übrige Bankengruppen <sup>2)</sup>
		insgesamt	Großbanken <sup>3)</sup>	Staats-, Regional- und Lokalbanken	Privatbankiers	Spezial-, Haus- und Branchenbanken			insgesamt	gewerbliche Kreditgenossenschaften	ländliche Kreditgenossenschaften	
1959 Aug.	675,4	217,6	177,6	32,1	7,4	0,5	1,5	318,3	138,0	120,1	17,9	0,0
1959 Sept.	752,0	244,2	196,7	38,2	8,8	0,5	1,5	352,5	153,8	134,3	19,5	0,0
1959 Okt.	799,3	265,3	212,9	42,6	9,3	0,5	1,7	370,4	161,8	142,6	19,2	0,0
1959 Nov.	834,9	282,8	226,9	46,0	9,3	0,6	1,7	384,5	165,8	146,6	19,2	0,0
1959 Dez.	868,4	298,2	238,3	49,9	9,4	0,6	1,8	399,3	169,0	151,0	18,0	0,0
1959 Dez. <sup>4)</sup>	886,8	301,3						410,9	172,7	153,5	19,2	0,0
1960 Jan. <sup>4)</sup>	892,3	307,3	245,4	51,7	9,6	0,6	1,7	411,3	171,9	150,9	21,0	0,0
1960 Febr.	909,7	318,2	254,2	53,5	9,8	0,7	1,8	416,1	173,7	151,5	22,2	0,0
1960 März	951,0	337,9	270,3	56,3	10,6	0,7	1,8	436,0	175,2	153,3	21,9	0,0
1960 April	986,5	356,8	284,3	60,0	11,7	0,8	1,8	449,7	178,2	155,7	22,5	0,0
1960 Mai	1 021,1	375,0	302,0	59,1	12,9	1,0	1,8	464,2	180,1	157,1	23,0	0,0

<sup>1)</sup> Als Kleinkredite gelten alle mittelfristigen Darlehen mit vereinbarter Tilgung, deren ursprünglicher Auszahlungsbetrag 2 000,— DM nicht übersteigt. — <sup>2)</sup> Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG und deren Berliner Tochterinstitute. — <sup>3)</sup> Zentralkassen, Kreditinstitute mit Sonderaufgaben. — <sup>4)</sup> Beginnend mit Januar 1960 einschließlich Saarland. Die Zahlenreihen wurden im Dezember 1959 verknüpft (1. Dezember-Termin: ohne Saarland, 2. Dezember-Termin: einschließlich Saarland), soweit möglich und erforderlich auch bei den einzelnen Bankengruppen.



7. Einlagen von Nichtbanken 1)  
Mio DM

Main table with columns: Jahres- oder Monatsende, Einlagen von Nichtbanken insgesamt, Sicht-einlagen, Termin-einlagen, Spar-einlagen, and sub-sections: von den Gesamteinlagen von Nichtbanken entfallen auf (Wirtschaftsunternehmen und Private, Öffentliche Stellen) and die Termineinlagen gliedern sich in Einlagen mit Kündigungsfrist bzw. Laufzeit von 1) 2) (1 Monat bis unter 3 Monaten, 3 Monaten bis unter 6 Monaten, 6 Monaten bis unter 12 Monaten, 12 Monaten und darüber).

Alle Bankengruppen

Kreditbanken

Großbanken 9) +)

Staats-, Regional- und Lokalbanken +)

Privatbankiers +)

Spezial-, Haus- und Branchebanken +)

Girozentralen









bilanzen

der Kreditinstitute \*)

DM

Aktiva

Table with columns: Ausleihforderungen, Deckungsforderungen, Debitoren (insgesamt, Nichtbanken, Kreditinstitute), Langfristige Ausleihungen (insgesamt, Nichtbanken, Kreditinstitute), Durchlaufende Kredite, Nachrichten Hypothekarkredite (enthalten in langfristigen Ausleihungen, durchlaufenden Krediten), Beteiligungen, Grundstücke und Gebäude, Sonstige Aktiva, Jahres- oder Monatsende.

Alle Bankengruppen 1)

Table showing Aktiva for 'Alle Bankengruppen' from 1949 to 1960, with columns for various asset categories and monthly/yearly end periods.

Kreditbanken

Table showing Aktiva for 'Kreditbanken' from 1949 to 1960, with columns for various asset categories and monthly/yearly end periods.

Großbanken 2) +)

Table showing Aktiva for 'Großbanken' from 1949 to 1960, with columns for various asset categories and monthly/yearly end periods.

Staats-, Regional- und Lokalbanken 3)

Table showing Aktiva for 'Staats-, Regional- und Lokalbanken' from 1949 to 1960, with columns for various asset categories and monthly/yearly end periods.

Privatbankiers 4)

Table showing Aktiva for 'Privatbankiers' from 1949 to 1960, with columns for various asset categories and monthly/yearly end periods.

Spezial-, Haus- und Branchebanken 5)

Table showing Aktiva for 'Spezial-, Haus- und Branchebanken' from 1949 to 1960, with columns for various asset categories and monthly/yearly end periods.

(West). Vgl.: Statistisches Handbuch der Bank deutscher Länder 1948-1954, Methodische Erläuterungen zu Teil III. - \*) Veränderungen sind im allgemeinen auf Fusion, Liquidation... - \*\*) Enthält statistisch bedingte Zunahme in Höhe von 120 Mio DM. - \*\*\*) Enthält statistisch bedingte Zunahme in Höhe von rd. 380 Mio DM. - \*\*\*\*) Enthält statistisch bedingte Zunahme in Höhe von rd. 80 Mio DM. - \*\*\*\*\*) Enthält statistisch bedingte Zunahme von rd. 8 Mio DM. - \*) Untergruppe der „Kreditbanken“. - \*\*) Vorläufig.





















**2. Zahl der Kreditinstitute  
und Gliederung der monatlich berichtenden Kreditinstitute nach Größenklassen \*)**

Stand Ende Dezember 1959

Bankengruppen	Gesamtzahl der Kreditinstitute	davon berichten im Rahmen der monatlichen bankstatistischen Erhebungen	Die im Rahmen der monatlichen bankstatistischen Erhebungen berichtenden Kreditinstitute verteilen sich nach ihrer Bilanzsumme <sup>1)</sup> auf folgende Größenklassen:										
			unter 500 Tsd DM	500 Tsd DM bis unter 1 Mio DM	1 Mio DM bis unter 5 Mio DM	5 Mio DM bis unter 10 Mio DM	10 Mio DM bis unter 25 Mio DM	25 Mio DM bis unter 50 Mio DM	50 Mio DM bis unter 100 Mio DM	100 Mio DM bis unter 500 Mio DM	500 Mio DM bis unter 1 Mrd DM	1 Mrd DM und mehr	
Kreditbanken	356	335	17	25	73	46	48	42	30	39	6	9	
Großbanken <sup>2)</sup>	6	6	—	—	—	—	—	—	—	2	1	3	
Staats-, Regional- und Lokalbanken	85	84	—	—	10	6	13	16	11	18	4	6	
Privatbankiers	232	212	17	25	55	36	31	18	17	12	1	—	
Spezial-, Haus- und Branchenbanken	33	33	—	—	8	4	4	8	2	7	—	—	
Girozentralen	12	12	—	—	—	—	—	—	—	—	3	9	
Sparkassen	867	866	—	1	45	106	265	207	154	73	14	1	
Zentralkassen	18	18	—	—	—	—	—	—	1	16	1	—	
Gewerbliche Zentralkassen	5	5	—	—	—	—	—	—	—	5	—	—	
Ländliche Zentralkassen	13	13	—	—	—	—	—	—	1	11	1	—	
Kreditgenossenschaften	11 698	2 236	10	25	1 593	357	195	37	17	2	—	—	
Gewerbliche Kreditgenossenschaften	762	758	10	13	312	204	167	35	15	2	—	—	
Ländliche Kreditgenossenschaften	10 936	1 478	—	12	1 281	153	28	2	2	—	—	—	
Hypothekenbanken und Öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten	47	47	—	—	—	3	6	3	5	9	13	8	
Private Hypothekenbanken	29	29	—	—	—	3	1	2	2	8	11	2	
Öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten	18	18	—	—	—	—	5	1	3	1	2	6	
Kreditinstitute mit Sonderaufgaben	25	25	1	—	1	2	3	—	4	3	3	8	
Teilzahlungskreditinstitute	237	195	22	22	69	23	30	18	6	5	—	—	
Sonstige Kreditinstitute	49	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Postscheck- und Postsparkassenämter	15	15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
insgesamt <sup>3)</sup>	13 324	3 749	50	73	1 781	537	547	307	217	147	40	35	
					Mio DM								
nachrichtlich: Bilanzsumme <sup>4) 5)</sup>	214 167 <sup>6)</sup>	210 000,5	15,1	56,8	4 642,7	3 775,7	8 693,3	10 844,1	14 975,5	31 331,3	27 541,5	102 689,9	

\*) Einschließlich Saarland. — <sup>1)</sup> In der Zwischenbilanz ausgewiesene Bilanzsumme zuzüglich Indossamentsverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln und den Kreditnehmern abgerechnete eigene Ziehungen im Umlauf. — <sup>2)</sup> Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG und deren Berliner Tochterinstitute. — <sup>3)</sup> In den kursiv gedruckten Zahlen sind die Postscheck- und Postsparkassenämter nicht enthalten. — <sup>4)</sup> Geschätzt.

IV. Mindestreservesätze und Zinssätze

1. Reservesätze und Reserveklassen

a) Reservesätze\*) für reservspflichtige Verbindlichkeiten gegenüber Deviseninländern

Gültig ab:	Berechnungsgrundlage	Sichtverbindlichkeiten												Befristete Verbindlichkeiten						Spareinlagen		
		Bankplätze						Nebenplätze						Reserveklasse						Bankplätze	Nebenplätze	
		Reserveklasse												Reserveklasse								
		1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6			
vH der reservpflichtigen Verbindlichkeiten																						
1948 1. Juli	Reservspflichtige Verbindlichkeiten für den jeweiligen Monat	10						10						5						5		
1. Dez.		15						10						5						5		
1949 1. Juni		12						9						5						5		
1. Sept.		10						8						4						4		
1950 1. Okt.		15						12						8						4		
1952 1. Mai		Reservspflichtige Verbindlichkeiten für den jeweiligen Monat	15	14	13	12	11	10	12	11	10	9	8	8	8	7,5	7	6,5	6	5,5	4	
1. Sept.			12	12	11	11	10	9	10	10	9	9	8	8	7	7	6	6	5	5	4	
1953 1. Febr.			11	11	10	10	9	9	9	9	8	8	8	8	7	7	6	6	5	5	4	
1955 1. Sept.			12	12	11	11	10	10	10	10	9	9	9	9	8	8	7	7	6	6	5	
1957 1. Mai			13	13	12	12	11	11	11	11	10	10	9	9	9	9	8	8	7	7	6	
1959 1. Aug.			13	12	11	10	—	—	10	9	8	7	—	—	9	8	7	6	—	—	6	5
1. Nov.			14,3	13,2	12,1	11,0	—	—	11,0	9,9	8,8	7,7	—	—	9,9	8,8	7,7	6,6	—	—	6,6	5,5
1960 1. Jan.			15,6	14,4	13,2	12,0	—	—	12,0	10,8	9,6	8,4	—	—	10,8	9,6	8,4	7,2	—	—	7,2	6,0
1. März			18,2	16,8	15,4	14,0	—	—	14,0	12,6	11,2	9,8	—	—	12,6	11,2	9,8	8,4	—	—	8,4	7,0
1. Juni			20,15	18,60	17,05	15,50	—	—	15,50	13,95	12,40	10,85	—	—	13,95	12,40	10,85	9,30	—	—	9,0	7,5
1. Juli	a) Reservpfl. Verbindlichk. bis zum Durchschnittsstand der Monate März bis Mai 1960		20,15	18,60	17,05	15,50	—	—	15,50	13,95	12,40	10,85	—	—	13,95	12,40	10,85	9,30	—	—	9,0	7,5
	b) Zuwachs gegenüber dem Durchschnittsstand gemäß a)		30	30	30	30	—	—	30	30	30	30	—	—	20	20	20	20	—	—	10	10

\*) Vor dem 1. Mai 1954 galten für die Berliner Kreditinstitute zum Teil andere Bestimmungen. Die saarländischen Kreditinstitute sind seit 1. August 1959 mindestreservpflichtig.

b) Reservesätze\*) für reservpflichtige Verbindlichkeiten gegenüber Devisenausländern\*)

Gültig ab:	Berechnungsgrundlage	Sichtverbindlichkeiten	Befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen
		vH der reservpflichtigen Verbindlichkeiten		
1948 1. Juli	Reservpflichtige Verbindlichkeiten für den jeweiligen Monat	Gleiche Sätze wie für Verbindlichkeiten gegenüber Deviseninländern		
1957 1. Mai		20	10	10
1. Sept.		30	20	10
1959 1. April		Gleiche Sätze wie für Verbindlichkeiten gegenüber Deviseninländern		
1960 1. Jan.	a) Reservpfl. Verbindlichk. bis zum Stand vom 30. Nov. 1959	Gleiche Sätze wie für Verbindlichkeiten gegenüber Deviseninländern		
	b) Zuwachs gegenüber dem Stand gemäß a)	30 <sup>1)</sup>	20 <sup>1)</sup>	10

\*) Die saarländischen Kreditinstitute sind seit 1. August 1959 mindestreservpflichtig. — \*) Einheitlich für alle Reserveklassen und Plätze, sofern nicht die gleichen Sätze wie für Verbindlichkeiten gegenüber Deviseninländern gelten. — <sup>1)</sup> Ab 1. Juli 1960 gelten diese Sätze auch für den Zuwachs der seitens der Kundschaft bei Dritten im Ausland benutzten Kredite gegenüber dem Stand vom 31. Mai 1960. Bis zur Höhe des Standes vom 31. Mai 1960 sind diese Verbindlichkeiten wie bisher nicht reservpflichtig.

c) Reserveklassen

Gültig ab:	Reserveklasse					
	1	2	3	4	5	6
1952 1. Mai <sup>1)</sup>	für Kreditinstitute mit reservpflichtigen Verbindlichkeiten (ohne Spareinlagen)					
	von 100 Mio DM und mehr	von 50 bis unter 100 Mio DM	von 10 bis unter 50 Mio DM	von 5 bis unter 10 Mio DM	von 1 bis unter 5 Mio DM	unter 1 Mio DM
1959 1. Aug.	für Kreditinstitute mit reservpflichtigen Verbindlichkeiten (einschl. Spareinlagen)					
	von 300 Mio DM und mehr	von 30 bis unter 300 Mio DM	von 3 bis unter 30 Mio DM	unter 3 Mio DM	—	—

<sup>1)</sup> Vor dem 1. Mai 1952 gab es keine Gliederung nach Reserveklassen.



noch: 2. Zinssätze  
d) Geldmarktsätze<sup>1)</sup> in Frankfurt (Main) nach Monaten  
0/p.a.

Zeit	Tagesgeld <sup>2)</sup>	Monatsgeld <sup>3)</sup>	Dreimonatsgeld <sup>4)</sup>	Zeit	Tagesgeld <sup>2)</sup>	Monatsgeld <sup>3)</sup>	Dreimonatsgeld <sup>4)</sup>
1957				1959			
Januar	3 — 4 3/4	4 1/4 — 4 5/8	4 1/2 — 5 3/4	Januar	2 — 2 3/4	2 5/8 — 2 5/8	2 5/8 — 3
Februar	3 1/2 — 4 1/2	4 5/8 — 4 5/8	4 5/8 — 4 7/8	Februar	2 5/8 — 3 1/2	2 1/2 — 2 5/8	2 3/4 — 3
März	3 3/4 — 4 3/4	4 1/2 — 4 7/8	4 3/4 — 5 1/4	März	2 — 2 7/8	2 5/8 — 3	2 7/8 — 3 1/8
April	3 3/4 — 4 1/2	4 1/2 — 4 3/4	4 3/4 — 5 1/2	April	1 3/4 — 2 7/8	2 1/4 — 2 3/4	2 1/2 — 2 7/8
Mai	3 3/4 — 4 5/8	4 5/8 — 4 3/4	5 1/8 — 5 1/2	Mai	2 1/4 — 2 7/8	2 5/8 — 2 3/4	2 3/4 — 2 7/8
Juni	4 5/8 — 4 3/4	4 5/8 — 5	5 — 5 3/8	Juni	2 — 3	2 1/2 — 2 3/4	2 3/4 — 3
Juli	4 1/8 — 4 3/4	4 1/4 — 4 3/4	4 7/8 — 5 1/8	Juli	1 3/4 — 2 3/4	2 1/8 — 2 5/8	2 1/2 — 2 7/8
August	2 1/2 — 4 5/8	4 1/8 — 4 1/2	.	August	2 1/8 — 2 3/4	2 3/8 — 2 5/8	2 5/8 — 2 3/4
September	3 7/8 — 4 3/8	4 1/4 — 4 3/8	4 3/8 — 4 5/8	September	2 3/8 — 3 1/8	2 3/8 — 3	2 7/8 — 3 1/4
Oktober	3 — 4	3 3/4 — 4 1/4	.	Oktober	1 1/2 — 3 1/4	2 3/4 — 3 1/4	3 1/2 — 4
November	3 1/4 — 3 3/4	3 1/2 — 3 5/4	.	November	3 3/4 — 4 1/8	3 5/8 — 4 1/8	4 1/2 — 4 3/4
Dezember	2 1/2 — 4 3)	4 3/4 — 5	4 1/2	Dezember	3 — 4 1/8 5)	4 3/4 — 4 7/8	4 5/8 — 4 7/8
1958				1960			
Januar	2 3/4 — 3 1/2	3 1/2	3 3/4 — 3 7/8	Januar	3 1/4 — 4 1/8	3 7/8 — 4 1/4	4 1/4 — 4 3/8
Februar	3 1/4 — 4	3 5/8 — 3 5/8	3 5/8 — 3 7/8	Februar	3 3/8 — 4 1/4	4 1/8 — 4 1/4	4 5/8 — 4 1/2
März	3 1/8 — 3 3/4	3 5/8 — 3 3/4	3 7/8 — 4	März	3 1/2 — 4 5/8	4 3/8 — 4 3/4	4 5/8 — 4 7/8
April	3 — 4 1/8	3 5/8 — 3 5/8	3 5/8 — 4	April	3 1/2 — 4 5/8	4 1/4 — 4 1/2	4 1/2 — 4 3/4
Mai	3 1/8 — 3 5/8	3 3/8 — 3 5/8	3 1/8 — 3 1/4	Mai	4 1/8 — 4 1/4	4 1/8 — 4 3/8	4 1/2 — 4 3/4
Juni	3 — 3 7/8	3 5/8 — 4	3 5/8 — 3 3/4	Juni	4 1/4 — 5 1/4	4 3/8 — 5 1/2	4 5/8 — 5 5/8
Juli	2 5/8 — 3 1/8	3 — 3 1/8	3 1/8 — 3 5/8				
August	2 1/4 — 2 7/8	2 3/4 — 3	3 1/8				
September	2 5/8 — 3 1/8	2 7/8 — 3 1/8	3 — 3 1/4				
Oktober	2 — 3 1/8	2 1/2 — 3	4				
November	2 1/2 — 3 1/4	2 3/4 — 3	.				
Dezember	2 1/4 — 3 4)	3 — 3 7/8	3 1/4 — 3 3/4				

<sup>1)</sup> Geldmarktsätze werden nicht offiziell festgesetzt oder notiert. Die hier bekanntgegebenen Sätze sind durch Rückfrage am Frankfurter Bankplatz ermittelt worden. Sie können als repräsentativ angesehen werden. — <sup>2)</sup> Jeweils niedrigster und höchster Satz während des Monats. — <sup>3)</sup> Ultimgeld 5 — 5 1/8 %/o. — <sup>4)</sup> Ultimgeld 4 %/o. — <sup>5)</sup> Ultimgeld 5 — 5 1/8 %/o.

e) Tagesgeldsätze<sup>1)</sup> in Frankfurt (Main) nach Bankwochen  
0/p.a.

Zeit	1957		1958		1959		1960	
	Niedrigster Satz	Höchster Satz						
Jan. 1. — 7.	4 1/4	4 3/4	3 1/8	3 1/2	2	2 3/4	3 5/8	4
8. — 15.			3	3 1/4	2	2 1/8	3 3/4	4 1/8
16. — 23.	4	4 1/8	3 1/4	3 5/8	2	2 5/8	3 7/8	4 1/8
24. — 31.	3	3 7/8	2 3/4	3 1/2	2	2 3/4	3 1/4	3 7/8
Febr. 1. — 7.	4	4 1/2	3 1/4	3 3/8	2 5/8	2 5/8	4	4 1/8
8. — 15.	4 1/4	4 3/8	3 1/4	3 3/8	2 5/8	2 1/2	3 5/8	4
16. — 23.	4 1/4	4 1/2	3 1/4	3 5/8	2 5/8	2 3/4	3 5/8	3 7/8
24. — 28.	3 1/2	4 1/2	3 3/8	4	2 1/2	3 1/2	3 3/4	4 1/4
März 1. — 7.	4 1/2	4 3/4	3 1/2	3 3/4	2 1/2	2 7/8	4 1/8	4 3/8
8. — 15.	4 1/4	4 1/2	3 1/2	3 1/2	2 5/8	2 5/4	4 1/4	4 1/2
16. — 23.	4	4 1/4	3 1/2	3 5/8	2 5/8	2 3/4	4 1/2	4 5/8
24. — 31.	3 3/4	4 1/2	3 1/8	3 5/8	2	2 5/8	3 1/2	4 3/8
April 1. — 7.	4 1/4	4 1/2	3 1/8	3 1/2	2 1/4	2 3/4	4 1/8	4 3/8
8. — 15.	4	4 5/8	3	3 1/2	1 7/8	2 1/4	4	4 1/4
16. — 23.	4	4 1/4	3	3 1/8	1 3/4	2 1/4	3 1/2	4
24. — 30.	3 3/4	4 1/2	3	4 1/8	1 3/4	2 7/8	3 5/8	4
Mai 1. — 7.	4 1/2	4 5/8	3 1/2	3 5/8	2 1/2	2 3/4	4	4 1/4
8. — 15.	4 1/2	4 5/8	3 3/8	3 1/2	2 1/2	2 3/4	3 7/8	4
16. — 23.	4 5/8	4 5/8	3 3/8	3 1/2	2 5/8	2 7/8	3 7/8	4
24. — 31.	3 3/4	4 1/4	3 1/8	3 1/2	2 1/4	2 3/4	3 1/2	4
Juni 1. — 7.	4 3/8	4 3/4	3 1/2	3 5/8	2 1/2	2 3/4	4 1/4	4 7/8
8. — 15.	4 1/2	4 5/8	3 1/2	3 5/8	2	2 1/2	4 7/8	5
16. — 23.		4 5/8	3 5/8	3 3/4	2	2 1/4	5	5 1/4
24. — 30.	4 5/8	4 5/8	3	3 7/8	2 1/4	3	5	5 1/4
Juli 1. — 7.	4 1/2	4 3/4	2 7/8	3 1/8	2 3/8	2 3/4	5 1/8	5 5/8
8. — 15.	4 1/8	4 3/8	2 3/4	2 7/8	2 1/4	2 3/8	4 7/8	5 1/8
16. — 23.	4 3/8	4 5/8	2 7/8	3	2 1/8	2 3/8	4 3/4	5 1/8
24. — 31.	4 1/4	4 3/4	2 5/8	3	1 3/4	2 1/8		
August 1. — 7.	4 1/2	4 5/8	2 3/4	2 7/8	2 1/8	2 1/2		
8. — 15.	4 1/8	4 3/8	2 1/2	2 3/4	2 1/8	2 1/2		
16. — 23.	3	4	2 1/4	2 5/8	2 1/4	2 3/8		
24. — 31.	2 1/2	2 7/8	2 1/4	2 7/8	2 1/4	2 3/4		
Sept. 1. — 7.	4 1/4	4 3/8	2 3/4	3	2 1/2	2 7/8		
8. — 15.	3 7/8	4 3/8	2 5/8	3	2 3/8	2 3/4		
16. — 23.	3 7/8	4 1/4	2 5/8	2 7/8	2 3/8	2 7/8		
24. — 30.	4	4 1/8	2 3/4	3 1/8	2 5/8	3 1/8		
Oktober 1. — 7.	3 7/8	4	3	3 1/8	2 7/8	3 1/8		
8. — 15.	3 5/8	3 7/8	2 3/4	3	2 5/8	2 7/8		
16. — 23.	3 1/2	3 3/4	2 1/4	2 3/4	1 1/2	2 5/8		
24. — 31.	3	3 3/4	2	2 1/4	1 1/2	3 1/4		
November 1. — 7.	3 5/8	3 3/4	2 5/8	2 3/4	3 3/4	4		
8. — 15.	3 1/2	3 5/8	2 1/2	2 7/8	3 7/8	4		
16. — 23.	3 1/2	3 5/8	2 7/8	3 1/8	4	4 1/8		
24. — 30.	3 1/2	3 5/8	2 3/4	3 1/4	3 7/8	4 1/8		
Dez. 1. — 7.	3 3/4	4	2 5/8	3	3 7/8	4 1/8		
8. — 15.	3 5/8	4	2 1/2	2 5/8	3 3/4	4		
16. — 23.		3 3/4	2 5/8	2 5/8	3 3/4	4 1/8		
24. — 31.	2 1/2	3 5/8	2 1/4	2 1/2	3	3 7/8		

<sup>1)</sup> Tagesgeldsätze werden nicht offiziell festgesetzt oder notiert. Die hier bekanntgegebenen Sätze sind durch Rückfrage am Frankfurter Bankplatz ermittelt worden. Sie können als repräsentativ angesehen werden.

	Baden-Württemberg <sup>2)</sup>		Bayern <sup>2)</sup>		Berlin <sup>2)</sup>		Bremen <sup>2)</sup>		Hamburg <sup>2)</sup>	
Sollzinsen in % p. a.										
D = Diskontsatz, zur Zeit 5      L = Lombardsatz, zur Zeit 6										
<b>Kreditkosten</b>										
1. Kosten für Kredite in laufender Rechnung	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt
a) zugesagte Kredite <sup>4)</sup>										
Zinsen	L + 1/2 %	9 1/2	L + 1/2 %	9 1/2	L + 1/2 %	9 1/2	L + 1/2 %	9 1/2	L + 1/2 %	9 1/2
Kreditprovision	1/4 % p. M.		1/4 % p. M.		1/4 % p. M.		1/4 % p. M.		1/4 % p. M.	
b) Kontoüberziehungen										
Zinsen	L + 1/2 %	11	L + 1 1/2 %	12	L + 1/2 %	11	L + 1/2 %	11	L + 1/2 %	11
Überziehungsprovision	1/8 % p. T.		1/8 % p. T.		1/8 % p. T.		1/8 % p. T.		1/8 % p. T.	
2. Akzeptkredite (Normalkonditionen)										
Zinsen	D + 1/2 %	8 1/2	D + 1/2 %	8 1/2	D + 1/2 %	8 1/2	D + 1/2 %	8 1/2	D + 1/2 %	8 1/2
Akzeptprovision	1/4 % p. M.		1/4 % p. M.		1/4 % p. M.		1/4 % p. M.		1/4 % p. M.	
3. Kosten für Wechselkredite										
a) Abschnitte von 20 000.— DM und höher										
Zinsen	D + 1/2 %	7	D + 1 1/2 %	7 7/10	D + 1 %	7 1/2	D + 1/2 % - 1 %	7 - 7 1/2	D + 1 %	7 1/2
Diskontprovision	1/8 % p. M.		1 % p. M.		1/8 % p. M.		1/8 % p. M.		1/8 % p. M.	
b) Abschnitte von 5 000.— DM bis unter 20 000.— DM										
Zinsen	D + 1/2 %	7	D + 1 1/2 %	7 7/10	D + 1 %	7 1/2	D + 1/2 % - 1 %	7 - 7 1/2	D + 1 %	7 1/2
Diskontprovision	1/8 % p. M.		1 % p. M.		1/8 % p. M.		1/8 % p. M.		1/8 % p. M.	
c) Abschnitte von 1 000.— DM bis unter 5 000.— DM										
Zinsen	D + 1 %	7 1/2	D + 1 1/2 %	8	D + 1 %	8	D + 1/2 % - 1 %	7 1/2 - 8	D + 1 %	8
Diskontprovision	1/8 % p. M.		1/8 % p. M.		1/8 % p. M.		1/8 % p. M.		1/8 % p. M.	
d) Abschnitte unter 1 000.— DM										
Zinsen	D + 1 %	8	D + 1 1/2 %	8 1/2	D + 1 %	9	D + 1/2 % - 1 %	8 1/2 - 9	D + 1 %	9
Diskontprovision	1/8 % p. M.		1/8 % p. M.		1/4 % p. M.		1/4 % p. M.		1/4 % p. M.	
4. Ziehungen auf Kundschaft	keine Festsetzung		keine Festsetzung		keine Festsetzung		keine Festsetzung		keine Festsetzung	
Zinsen										
Kreditprovision										
5. Umsatzprovision	keine Angabe		1/8 % pro Semester, mindest. vom 3fachen des Höchst-Soll-Saldos		1/2 - 1 % vom Umsatz der größeren Seite oder mindestens 1 % p. a. vom Kreditbetrag		1/2 % d. größeren Seite abzüglich Saldovortrag, mindestens 1/4 % pro Semester a. Kreditbetrag		Berechnung nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 5. 3. 1942	
6. Mindestdiskontspesen	2.— DM		2.— DM		2.— DM		2.— DM		2.— DM	
7. Domizilprovision	1/2 % mind. —, 50 DM		nicht festgesetzt		nicht festgesetzt		1/4 %		nicht festgesetzt	
Habenzinsen <sup>7)</sup> in % p. a.										
<b>Einlagenzinssätze</b>										
1. für täglich fällige Gelder										
a) in provisionsfreier Rechnung	1		1		1		1		1 <sup>8)</sup>	
b) in provisionspflichtiger Rechnung	1 1/2		1 1/2		1 1/2		1 1/2		1 1/2	
2. Spareinlagen										
a) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	4		4		4		4		4	
b) mit vereinbarter Kündigungsfrist <sup>9)</sup>										
1) von 6 Monaten bis weniger als 12 Monaten	4 1/2		4 1/2		4 1/2		4 1/2		4 1/2	
2) von 12 Monaten und darüber	5 1/4		5 1/4		5 1/4		5 1/4		5 1/4	
3. für Kündigungsgelder										
mit einer Kündigungsfrist von										
a) 1 bis weniger als 3 Monaten	3		3		3		3		3	
b) 3 bis weniger als 6 Monaten	3 1/2		3 1/2		3 1/2		3 1/2		3 1/2	
c) 6 bis weniger als 12 Monaten	4		4		4		4		4	
d) 12 Monaten und darüber	4 3/4		4 3/4		4 3/4		4 3/4		4 3/4	
4. Festgelder										
mit einer Laufzeit von										
a) 30 bis 89 Tagen	3		3		3		3		3	
b) 90 bis 179 Tagen	3 1/2		3 1/2		3 1/2		3 1/2		3 1/2	
c) 180 bis 359 Tagen	4		4		4		4		4	
d) 360 Tagen und darüber	4 3/4		4 3/4		4 3/4		4 3/4		4 3/4	
5. Zinsvoraus <sup>10)</sup>	1/8 — 1/2		1/8 — 1/2		1/8 — 1/2		1/8 — 1/2		1/8 — 1/2	

<sup>1)</sup> Zusammengefasst auf Grund der Bekanntmachungen der Bankaufsichtsbehörden der einzelnen Länder über die Festsetzung von Zins- und Provisionsätzen, Sondersätze oder Verin begründeten Fällen mit Genehmigung der zuständigen Bankaufsichtsbehörde zulässig. — <sup>2)</sup> Höchstsätze. — <sup>3)</sup> Der errechnete Gesamtzinssatz stimmt — von der Zubilligung von Minder- so liegen die Kosten für den zugesagten Kredit unter dem angegebenen Satz, während die Kosten für den in Anspruch genommenen Kredit über diesen Satz hinausgehen können. Gemäß Kredit im voraus oder bei stillschweigend gewährtem Kredit vom Höchst-Soll-Saldo berechnet werden. — <sup>4)</sup> Bei Abschnitten unter 1 000.— DM ist unabhängig von den Diskontspesen je der Nichtbankierkundschaft. Als Nichtbankierkundschaft im Sinne des § 3 des Mantelvertrages vom 22. 12. 1936 gelten z. B. auch öffentliche Kassen und Versicherungsunternehmen. — die Kündigung erst nach Ablauf einer Sperrfrist von 6 Monaten zugelassen werden. Diese Sperrfrist beginnt am Tage der Einzahlung. — <sup>5)</sup> Gemäß Beschluß des Sonderausschusses Ban- 40 Mio DM, Kapitalgesellschaften, Privatbankiers und Personalgesellschaften mit einer Bilanzsumme bis zu 60 Mio DM ab April 1954 die festgesetzten Höchstsätze für Habenzinsen

2. Zinssätze

geltenden Soll- und Habenzinsen<sup>1)</sup>

Habenzinsen der Kreditinstitute seit 1. Juli 1960

Hessen <sup>2)</sup>		Niedersachsen <sup>2)</sup>		Nordrhein-Westfalen <sup>2)</sup>		Rheinland-Pfalz <sup>2)</sup>		Saarland		Schleswig-Holstein <sup>2)</sup>	
Sollzinsen in % p. a.											
D = Diskontsatz, zur Zeit 5						L = Lombardsatz, zur Zeit 6					
im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt
L + 1/2 % 1/4 % p. M.	9 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	9 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	9 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	9 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	9 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	9 1/2
L + 1/2 % 1/8 % p. T.	11	L + 1/2 % 1/8 % p. T.	11	L + 1/2 % 1/8 % p. T.	11	L + 1/2 % 1/8 % p. T.	11	L + 1/2 % 1/8 % p. T.	11	L + 1/2 % 1/8 % p. T.	11
D + 1/2 % 1/4 % p. M.	8 1/2	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	8 1/2	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	8 1/2	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	8 1/2	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	8 1/2	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	8 1/2
D + 1/2 % 1/8 % p. M.	7	L + 1/2 % 1/24 % p. M.	7	D + 1 1/2 % 1/24 % p. M.	7	D + 1 1/2 % 1/24 % p. M.	7	D + 1 1/2 % 1/24 % p. M.	7	D + 1 % 1/8 % p. M.	7 1/2
D + 1/2 % 1/8 % p. M.	7 1/2	L + 1/2 % 1/12 % p. M.	7 1/2	D + 1 1/2 % 1/12 % p. M.	7 1/2	D + 1 1/2 % 1/24 - 1/12 % p. M.	7 - 7 1/2	D + 1 1/2 % 1/12 % p. M.	7 1/2	D + 1 % 1/8 % p. M.	7 1/2
D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	8	L + 1/2 % 1/8 % p. M.	8	D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	8	D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	8	D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	8	D + 1 % 1/8 % p. M.	8
D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	8	L + 1/2 % 1/8 % p. M.	8 1/2 <sup>5)</sup>	D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	8 <sup>5)</sup>	D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	8 <sup>5)</sup>	D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	8 <sup>5)</sup>	D + 1 % 1/4 % p. M.	9 <sup>6)</sup>
L + 1/2 % 1/4 % p. M.	9 1/2	keine Festsetzung		keine Festsetzung		L + 1/2 % 1/4 % p. M.	9 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	9 1/2	keine Festsetzung	
Berechnung nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 5. 3. 1942				1/6 % pro Semester		Berechnung nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 5. 3. 1942					
2,— DM 1/2 %/100 mind. —,50 DM		2,— DM 1/2 %/100 mind. —,50 DM		2,— DM 1/2 %/100 mind. —,50 DM		2,— DM 1/2 %/100 mind. —,50 DM		2,— DM 1/2 %/100 mind. —,50 DM		2,— DM nicht festgesetzt	
Habenzinsen <sup>7)</sup> in % p. a.											
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2
4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4
4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2
5 1/4	5 1/4	5 1/4	5 1/4	5 1/4	5 1/4	5 1/4	5 1/4	5 1/4	5 1/4	5 1/4	5 1/4
3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2
4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4
4 3/4	4 3/4	4 3/4	4 3/4	4 3/4	4 3/4	4 3/4	4 3/4	4 3/4	4 3/4	4 3/4	4 3/4
3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2
4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4
4 3/4	4 3/4	4 3/4	4 3/4	4 3/4	4 3/4	4 3/4	4 3/4	4 3/4	4 3/4	4 3/4	4 3/4
1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2

günstigungen, die in einzelnen Ländern bei verschiedenen Kreditarten vorgesehen und vereinbart sind, sind in der Tabelle nicht berücksichtigt worden. — <sup>2)</sup> Normalsätze, Überschreitungen kondonen abgesehen — mit den effektiven Kreditkosten nur dann überein, wenn der zugesagte Kredit voll in Anspruch genommen wird. Wird die Kreditzusage nur teilweise ausgenutzt, § 2 des Sollzinsabkommens dürfen nämlich die Zinsen nur für den tatsächlich in Anspruch genommenen Kredit erhoben werden. Die Kreditprovision kann dagegen vom fest zugesagten nach Lage des Falles noch eine Bearbeitungsgebühr von 1,— DM bis 2,— DM in Ansatz zu bringen. — <sup>3)</sup> Auch für Wechsel auf Nebenplätze. — <sup>4)</sup> Diese Höchstsätze gelten gegenüber <sup>5)</sup> Girokonten bis zum Betrage von 10 000,— DM bei den Hamburger Abrechnungsbanken bleiben zinsfrei. — <sup>6)</sup> Bei Hereinnahme von Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist darf kenaufsicht und den in den Bekanntmachungen der einzelnen Bankaufsichtsbehörden enthaltenen Voraussetzungen dürfen von den Kreditgenossenschaften mit einer Bilanzsumme bis zu höchstens um die aufgeführten Sätze überschritten werden; ausführliche Bekanntgabe der Sätze siehe umstehende Sondertabelle.

noch: 2. Zinssätze

g) Entwicklung der Soll- und Habenzinsen seit der Währungsreform

Höchst-Sollzinsen \*)

0/0 p. a.

Gültig ab	Diskontsatz	Lombardsatz	Kosten für Kredite in laufender Rechnung		Kosten für Akzeptkredite	Kosten für Wechselkredite <sup>2)</sup> in Abschnitten von			
			zugesagte Kredite <sup>1)</sup>	Kontoüberziehungen		20 000 DM und höher	5 000 DM bis unter 20 000 DM	1 000 DM bis unter 5 000 DM	unter 1 000 DM
1948 1. Juli	5	6	9	10 1/2	8	6 1/2	7	7 1/2	8
1. Sept.			9 1/2	11	8 1/2—9 1/2	7	7 1/2	8	8 1/2
15. Dez.			9	10 1/2	8	6 1/2	7	7 1/2	8
1949 27. Mai	4 1/2	5 1/2	8	9	7 1/2—8 1/2 <sup>3)</sup>	6	6 1/2	7	7 1/2 <sup>4)</sup>
14. Juli	4	5	8 1/2	10		6	6 1/2	7	
1950 27. Okt.	6	7	10 1/2	12		8	8 1/2	9	
1952 29. Mai	5	6	9 1/2	11	8 1/2	7	7 1/2	8	9
21. Aug.	4 1/2	5 1/2	10	10 1/2	9	7 1/2	7 1/2	8	8 1/2
1953 8. Jan.	4	5	8 1/2	10	8 1/2	6 1/2	6 1/2	7	7 1/2
11. Juni	3 1/2	4 1/2	9	9 1/2	7	5 1/2	6 1/2	6 1/2	7 1/2
1954 20. Mai	3	4	8	9 1/2	6 1/2	5	5 1/2	6	6 1/2
1. Juli			7 1/2	9 1/2				6	6
1955 4. Aug.	3 1/2	4 1/2	8	9 1/2	7	5 1/2	6	6 1/2	6 1/2
1956 8. März	4 1/2	5 1/2	9	10 1/2	8	6 1/2	7	7 1/2	7 1/2
19. Mai	5 1/2	6 1/2	10	11 1/2	9	7 1/2	8	8 1/2	8 1/2
6. Sept.	5	6	9 1/2	11	8 1/2	7	7 1/2	8	8
1957 11. Jan.	4 1/2	5 1/2	9	10 1/2	8	6 1/2	7	7 1/2	7 1/2
19. Sept.	4	5	8 1/2	10	7 1/2	6 1/2	7	7 1/2	7 1/2
1958 17. Jan.	3 1/2	4 1/2	8	9 1/2	7	5 1/2	6	6 1/2	6 1/2
27. Juni	3	4	7 1/2	9 1/2	6 1/2	5	5 1/2	6	6
21. Juli			7 1/2	9				6	6
1959 10. Jan.	2 1/4	3 1/4	7 1/4	8 1/4	6 1/4	4 3/4	5 1/4	5 3/4	5 3/4
4. Sept.	3	4	7 1/2	9	6 1/2	5	5 1/2	6	6
23. Okt.	4	5	8 1/2	10	7 1/2	6	6 1/2	7	7
1960 3. Juni	5	6	9 1/2	11	8 1/2	7	7 1/2	8	8

\*) Amtliche Sätze für Kredite an Nichtbanken, die nur in Ausnahmefällen überschritten werden dürfen. Die hier wiedergegebenen Zinssätze sind zusammengestellt auf Grund der Bekanntmachungen der Hessischen Bankaufsichtsbehörde; in den meisten anderen Bundesländern lauten die Sätze gleich. Sie verstehen sich einschließlich Kredit- bzw. Akzept- bzw. Diskontprovisionen, aber ohne Umsatzprovision. — 1) Der errechnete Gesamtzinssatz stimmt — von der Zubilligung von Minderkonditionen abgesehen — mit den effektiven Kreditkosten nur dann überein, wenn der zugesagte Kredit voll in Anspruch genommen wird. Wird die Kreditzusage nur teilweise ausgenutzt, so liegen die Kosten für den zugesagten Kredit unter dem angegebenen Satz, während die Kosten für den in Anspruch genommenen Kredit über diesen Satz hinausgehen können. Gemäß § 2 des Sollzinsabkommens dürfen nämlich die Zinsen nur für den tatsächlich in Anspruch genommenen Kredit erhoben werden. Die Kreditprovision kann dagegen vom fest zugesagten Kredit im voraus oder bei stillschweigend gewährtem Kredit vom Höchstsollsaldo berechnet werden. — 2) Ohne Domizilprovision. — 3) Ab 1. 9. 1949 bis 26. 10. 1950 = 7 1/2 0/0. — 4) Ab 1. 9. 1949 bis 26. 10. 1950 = 7 0/0.

Höchst-Habenzinsen \*)

0/0 p. a.

Gültig ab	Täglich fällige Gelder		Spareinlagen		Kündigungsgelder <sup>1)</sup>				Festgelder <sup>1)</sup>				Postspar-einlagen
	in provisionsfreier Rechnung	in provisionspflichtiger Rechnung	mit gesetzlicher Kündigungsfrist	mit vereinbarter Kündigungsfrist	1 Monat bis weniger als 3 Monate	3 Monate bis weniger als 6 Monate	6 Monate bis weniger als 12 Monate <sup>2)</sup>	12 Monate und darüber <sup>2)</sup>	30 bis 89 Tage	90 bis 179 Tage	180 bis 359 Tage	360 Tage und darüber	
1948 1. Sept.	1	2	2 1/2	3	2 1/4	2 3/4	3	3 3/4	2 1/4	2 3/4	3	3 3/4	2 3/4
1. Sept.	1	1 1/2	2 1/2	3	2 1/4	2 1/2	2 7/8	3 3/4	2 1/4	2 1/2	2 3/4	3 1/2	2 1/4
1950 1. Juli	1	1 1/2	2 1/2	3	2 1/4	2 1/2	2 7/8	3 3/4	2 1/4	2 1/2	2 3/4	3 1/2	2 1/4
1. Dez.	1	1 1/2	3	3 1/2	3 1/2	3 3/4	4 0/8	4 1/4	3 1/2	3 7/8	4 1/4	4 1/2	2 1/4 <sup>4)</sup>
1952 1. Sept.	1	1 1/2	3	3 1/2	3	3 0/8	3 7/8	4 1/4	3	3 0/8	3 3/4	4 1/4	2 1/4
1953 1. Febr.	1	1 1/2	3	3 1/2	2 1/2	2 7/8	3 0/8	3 3/4	2 1/2	2 7/8	3 1/4	3 3/4	2 1/4
1. Juli	1/2	1 1/4	3	3 1/2	2 1/2	2 5/8	3 1/8	3 1/2	2 1/2	2 5/8	3	3 3/4	2 1/4
1954 1. Juli	1	1	3	3 1/2	2	2 0/8	2 7/8	3 1/4	2	2 0/8	2 3/4	3 1/4	2 1/4
1955 4. Aug.	1/2	1 1/4	3	3 1/2	2	2 0/8	2 3/4	3 3/4	2 1/2	2 3/4	3 1/8	3 3/8	2 1/4
1956 16. März	1	1 1/2	3	4	3 1/8	3 3/8	4 1/4	4 3/4	3 1/8	3 3/4	4 1/4	4 3/4	2 1/4
19. Mai	1 1/2	2 1/2	3 1/2	4 1/2	4 1/4	4 3/4	5 1/4	5 1/2	4 1/4	4 3/4	5 1/4	5 1/2	2 1/4 <sup>5)</sup>
1. Okt.	1 1/4	2 3/4	3 1/2	4 1/2	4 1/4	4 3/4	5 1/4	5 1/2	4 1/4	4 3/4	5 1/4	5 1/2	3 1/4 <sup>6)</sup>
1957 1. Febr.	1	1 1/2	3 1/2	4 1/2	3 3/4	4 1/4	4 3/4	5 1/4	3 3/4	4 1/4	4 3/4	5 1/4	3 1/4 <sup>6)</sup>
17. Okt.	3/4	1 1/4	3 1/2	4 1/2	3 3/4	3 3/4	4 1/4	5 1/4	3 3/8	3 3/4	4 1/4	5 1/4	3 1/2
1958 10. Febr.	1/2	1	3 1/4	4	2 7/8	3	3 3/4	4 1/2	2 7/8	3	3 3/4	4 1/2	3 1/4
21. Juli	1/2	1	3	3 1/4	2 3/4	2 3/4	3	3 3/4	2 3/8	2 3/4	3	3 1/2	3
20. Nov.	1/2	1	3	3 1/4 <sup>7)</sup>	2	2 1/2	2 3/4	3 1/2	2	2 1/2	2 3/4	3 1/2	3
1959 1. Febr.	3/8	1	3	3 1/4	1 1/2	2	2 1/2	3 1/4	1 1/2	2	2 1/2	3 1/4	3
20. Nov.	1/2	1	3	3 1/4	2	2 1/2	3 1/4	4	2 1/4	2 3/4	3 1/4	4	3
1960 1. Jan.	1/2	1	3	3 1/2	2 1/4	2 3/4	3 1/4	4	2 1/4	2 3/4	3 1/4	4	3 1/2
1. Juli	1	1 1/2	4	4 1/2	3	3 1/2	4	4 3/4	3	3 1/2	4	4 3/4	4

\*) Amtliche Sätze für Einlagen von Nichtbanken, die nur in Ausnahmefällen überschritten werden dürfen. Die hier wiedergegebenen Sätze sind zusammengestellt auf Grund der Bekanntmachungen der Hessischen Bankaufsichtsbehörde; in den meisten anderen Bundesländern lauten die Sätze gleich. — 1) Für größere Einlagenbeträge (ab 50 000,— DM bzw. 1 000 000,— DM) wurden vom 1. 9. 1949 bis zum 19. 11. 1958 höhere Zinssätze vergütet. — 2) Soweit für Kündigungsgelder mit einer Kündigungsfrist von 6 Monaten und mehr höhere Zinssätze als für Festgelder mit der entsprechenden Laufzeit gelten, dürfen die Sätze nur gewährt werden, wenn von der Kündigung bei Einlagen mit Kündigungsfrist von 6 Monaten bis weniger als 12 Monaten mindestens 3 Monate, bei Einlagen mit Kündigungsfrist von 12 Monaten und darüber mindestens 6 Monate — jeweils gerechnet vom Tage der Vereinbarung — kein Gebrauch gemacht wird. Andernfalls dürfen nur die Sätze für Festgelder vergütet werden. — 3) Ab 1. 7. 1949 = 2 1/4 0/0. — 4) Ab 1. 1. 1951 = 2 1/4 0/0. — 5) Ab 1. 7. 1956 = 3 1/4 0/0. — 6) Ab 1. 5. 1957 = 3 1/2 0/0. — 7) Ab 20. 11. 1958 darf bei Hereinnahme von Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist die Kündigung erst nach Ablauf einer Sperrfrist von 6 Monaten zugelassen werden. Diese Sperrfrist beginnt am Tage der Einzahlung.

h) Zinsvoraus

(seit 20. 11. 1959 geltende Regelung)

Art der Einlagen	Gemäß Beschluß des Sonderausschusses Bankenaufsicht und den Bekanntmachungen der einzelnen Bankaufsichtsbehörden dürfen die festgesetzten Höchstsätze für Habenzinsen höchstens überschritten werden:											
	von Kreditgenossenschaften mit einer Bilanzsumme <sup>1)</sup>			von Kapitalgesellschaften mit einer Bilanzsumme <sup>1)</sup>				von Privatbankiers und Personengesellschaften mit einer Bilanzsumme <sup>1)</sup>				
	bis 5 Mio DM	über 5 bis 20 Mio DM	über 20 bis 40 Mio DM	bis 5 Mio DM	über 5 bis 20 Mio DM	über 20 bis 40 Mio DM	über 40 bis 60 Mio DM	bis 5 Mio DM	über 5 bis 30 Mio DM	über 30 bis 60 Mio DM	mehr als 60 Mio DM	
	um 0/0 p. a.			um 0/0 p. a.				um 0/0 p. a.				
Täglich fällige Gelder	1/2	1/4	—	1/2	1/4	—	—	1/2	1/4	1/8	—	
Kündigungs- und Festgelder	3/8	1/4	1/4	3/8	1/4	1/4	1/4 <sup>2)</sup>	3/8	1/4	1/4	1/4 <sup>3)</sup>	
Spareinlagen	1/4	1/4	—	1/4	1/4	—	—	1/4	1/4	—	—	

1) Maßgebend ist die Bilanzsumme der jeweils letzten festgestellten Jahresbilanz. — 2) Kapitalgesellschaften mit einer Bilanzsumme von über 40 bis 60 Mio DM dürfen den Zinsvoraus nur für Festgelder gewähren. — 3) Privatbankiers und Personengesellschaften mit einer Bilanzsumme über 60 Mio DM dürfen den Zinsvoraus nur gewähren, sofern die Kündigungs- und Festgelder des einzelnen Einlegers insgesamt DM 500 000,— nicht übersteigen.



2. Tilgung und Netto-Absatz von festverzinslichen Wertpapieren<sup>1)</sup>

Mio DM Nominalwert

Zeit	Neugeschäft nach der Währungsreform							insgesamt	darunter Kassenobligationen	Altgeschäft <sup>2)</sup>	Umtausch- und Altsparpapiere	Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt
	davon											
	Schuldverschreibungen inländischer Emittenten											
Pfandbriefe (einschl. Schiffspfandbriefe)	Kommunalobligationen	Schuldverschreibungen von Spezial-Kredit-instituten	Industrieobligationen (einschl. Wandel-schuldverschreibungen)	Anleihen der öffentlichen Hand	Sonstige Schuldverschreibungen	Anleihen ausländischer Emittenten						
<b>Tilgung</b>												
1948 2. Halbjahr	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1949	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1950	0.2	0.0	—	—	—	—	0.2	—	—	—	—	—
1951	0.5	0.1	—	0.8	7.4	—	8.8	—	—	—	—	—
1952	0.3	0.8	—	—	36.2	—	37.3	—	—	—	—	—
1953	0.7	1.2	30.0	3.0	46.5	0.5	81.9	—	—	—	—	—
1954	2.0	5.6	0.1	34.5	32.0	0.4	74.6	—	—	—	—	—
1955	11.5	20.4	53.3	31.1	299.2	0.4	415.9	—	—	—	—	—
1956	21.8	32.1	53.3	53.2	586.4	0.3	747.1	—	—	136.2	883.3	—
1957	60.3	100.4	93.6	102.0	259.8	0.4	616.5	—	—	80.1	696.6	—
1958	231.5	223.2	109.4	305.8	603.2	3.8	1 476.9	—	—	106.2	1 583.1	—
1958 März	4.0	0.9	—	2.5	10.0	—	17.4	—	—	6.5	23.9	—
April	0.6	1.5	0.0	5.4	26.8	—	34.3	—	—	15.1	49.4	—
Mai	0.4	0.3	—	0.0	43.8	—	44.5	—	—	3.5	48.0	—
Juni	0.7	3.0	0.1	0.5	42.9	0.1	47.3	—	—	4.4	51.7	—
Juli	1.6	10.6	0.0	8.2	10.2	0.0	30.6	—	—	14.2	44.8	—
Aug.	0.2	0.6	—	1.1	1.3	—	3.2	—	—	3.3	6.5	—
Sept.	4.4	45.5	0.0	2.1	37.8	—	89.8	—	—	6.8	96.6	—
Okt.	1.5	10.5	0.0	59.3	31.4	—	102.7	—	—	12.6	115.3	—
Nov.	1.1	0.4	—	1.5	3.6	—	6.6	—	—	6.3	12.9	—
Dez.	42.7	23.4	40.3	10.6	10.3	0.2	127.5	—	—	3.6	131.1	—
1959 Jan.	13.4	17.6	55.6	31.3	6.3	—	124.1	—	—	4.7	128.8	—
Febr.	4.1	7.3	0.2	3.5	0.4	—	15.5	—	—	3.6	19.1	—
März	21.6	32.9	0.0	—	23.2	—	77.7	—	—	2.5	80.2	—
April	20.3	25.1	0.1	3.0	8.6	—	57.1	—	—	1.8	58.9	—
Mai	7.2	5.8	0.5	31.1	3.5	—	48.1	—	—	6.4	54.5	—
Juni	25.8	41.2	8.5	23.2	401.0	—	499.7	—	—	8.6	508.3	—
Saarland <sup>3)</sup>	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1948 — Mitte 1959	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Juli	34.7	0.6	0.1	33.1	113.1	0.1	181.7	—	—	11.3	193.0	—
Aug.	2.2	1.1	1.1	5.4	0.2	0.0	10.0	—	—	16.3	26.5	—
Sept.	12.1	42.8	0.4	40.4	0.0	—	95.7	—	—	13.9	109.6	—
Okt.	31.5	22.2	0.2	45.8	0.1	—	99.8	—	—	8.4	108.2	—
Nov.	12.4	0.3	0.3	19.1	39.0	3.5	74.6	—	—	15.7	90.3	—
Dez.	46.2	26.3	42.4	70.0	7.8	0.2	192.9	—	—	12.8	205.7	—
1960 Jan.	16.4	13.6	45.8	60.0	27.5	—	163.3	—	—	6.0	169.3	—
Febr.	8.0	18.1	0.2	79.1	1.8	—	107.2	—	—	7.3	114.5	—
März	8.8	10.6	1.9	3.2	27.7	—	52.2	—	—	20.3	72.5	—
April	14.0	23.9	3.4	111.6	2.1	—	155.0	—	—	4.4	159.4	—
Mai	1.7	3.9	10.2	89.7	1.7	—	107.2	—	—	2.7	109.9	—
Juni	3.9	14.0	6.9	7.6	57.0	0.1	89.5	—	—	6.5	96.0	—
<b>Netto-Absatz<sup>4)</sup></b>												
1948 2. Halbjahr	6.3	2.3	—	10.0	—	—	18.6	—	—	—	—	—
1949	201.1	33.0	19.9	95.7	420.4	—	770.1	—	—	—	—	—
1950	210.7	99.2	96.2	53.2	217.1	0.1	676.5	—	—	—	—	—
1951	467.8	158.9	1.9	61.7	56.9	—	747.2	—	—	—	—	—
1952	627.6	161.2	219.8	129.5	410.8	—	1 548.9	—	—	—	—	—
1953	1 043.1	428.6	224.6	396.2	738.3	33.8	2 864.6	—	—	—	—	—
1954	2 238.1	1 000.2	34.9	788.5	543.7	3.7	4 609.1	—	—	—	—	—
1955	1 379.7	1 020.5	237.6	397.5	551.2	— 0.4	3 606.1	—	—	—	—	—
1956	1 026.7	595.7	— 39.1	532.6	32.8	— 0.4	2 148.3	—	—	—	—	—
1957	1 139.3	1 093.1	211.9	877.9	104.5	9.7	3 457.4	—	—	—	—	—
1958	1 558.5	2 237.2	328.5	1 549.9	1 742.9	1.6	92.0	21.0	—	— 46.6	3 410.8	—
1959	2 818.5	2 140.5	720.7	612.9	1 937.0	— 3.0	344.6	92.0	102.0	408.3	7 918.9	—
1958 März	131.8	246.7	22.5	191.4	62.5	—	654.9	—	—	— 1.1	653.8	—
April	109.4	252.8	148.1	55.5	224.6	—	790.4	—	80.0	— 5.4	785.0	—
Mai	80.7	80.7	7.0	306.0	312.6	—	787.0	—	—	— 1.2	785.8	—
Juni	71.0	110.4	2.5	158.1	57.5	— 0.1	399.4	—	—	72.9	472.3	—
Juli	137.6	296.3	44.8	136.4	236.2	— 0.0	851.3	—	—	44.5	895.8	—
Aug.	117.5	248.0	97.1	118.9	25.1	—	606.6	—	20.0	67.1	673.7	—
Sept.	126.3	159.7	12.9	32.9	— 11.4	—	320.4	—	—	62.8	383.2	—
Okt.	158.2	149.5	69.9	50.7	595.0	0.0	1 073.3	50.0	—	43.6	1 116.9	—
Nov.	157.7	110.4	4.7	73.5	32.8	2.0	—	—	2.0	35.9	417.0	—
Dez.	126.8	124.5	— 37.4	129.4	— 8.9	— 0.2	42.0	—	—	74.7	450.9	—
1959 Jan.	422.4	378.8	6.0	148.8	430.1	—	1 398.1	200.0	—	98.6	1 496.7	—
Febr.	224.8	225.9	1.0	96.5	151.0	0.0	112.6	811.8	50.0	42.3	854.1	—
März	151.7	144.3	131.7	3.8	29.2	—	460.7	20.0	—	56.8	517.5	—
April	195.4	220.9	52.2	116.8	433.8	—	1 239.1	81.0	—	56.2	1 295.3	—
Mai	157.7	214.0	81.7	224.9	387.0	—	1 065.3	194.1	—	17.6	1 082.9	—
Juni	208.6	145.0	9.6	26.8	— 399.6	—	— 9.6	10.0	—	3.7	— 5.9	—
Saarland <sup>3)</sup>	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1948 — Mitte 1959	106.2	77.6	—	—	—	—	183.8	—	—	—	—	—
Juli	293.6	202.3	134.6	— 30.3	128.8	— 0.1	728.9	369.4	—	2.4	731.3	—
Aug.	215.3	99.4	54.6	119.6	209.8	— 0.0	698.7	51.3	—	1.6	700.3	—
Sept.	199.0	70.4	109.0	— 40.4	10.5	—	348.5	15.3	—	— 5.8	342.7	—
Okt.	159.8	65.5	4.4	— 45.8	183.7	0.8	—	368.4	183.8	0.1	368.5	—
Nov.	332.0	157.4	62.4	— 30.9	292.5	— 3.5	—	771.7	32.3	20.1	791.8	—
Dez.	252.0	139.0	73.5	— 38.7	80.2	— 0.2	—	505.8	88.0	— 2.5	503.3	—
1960 Jan.	213.3	82.1	46.8	— 36.3	487.4	—	—	826.1	15.0	— 4.0	822.1	—
Febr.	195.8	89.9	35.6	— 79.1	51.6	—	—	305.8	31.0	— 3.7	302.1	—
März	183.2	44.5	127.3	0.6	— 23.7	—	—	331.9	124.7	— 7.6	324.3	—
April	173.7	67.1	30.0	— 111.6	26.4	—	—	185.6	54.3	26.0	211.6	—
Mai	154.5	52.0	47.0	— 89.7	1.4	—	—	165.2	55.3	1.8	167.0	—
Juni	104.8	33.2	11.9	— 7.6	— 55.3	— 0.1	—	86.9	13.5	8.1	95.0	—

<sup>1)</sup> Bis 1953 ohne Berlin; die Emissionen Berliner Emittenten von 1948 bis 1953 sind in die Jahresergebnisse für 1954 einbezogen worden. Das Saarland ist erst ab Juli 1959 in den Monatsergebnissen enthalten. Die Jahreszahlen für 1959 schließen auch die Emissionen Saarländischer Emittenten von 1948 bis Juni 1959 ein. — <sup>2)</sup> Statistisch erfaßt erst ab Januar 1957. — <sup>3)</sup> Frankenbeträge umgerechnet im Verhältnis 100 Franken = 0,8507 DM. — <sup>4)</sup> Bruttoabsatz minus Tilgung; negatives Vorzeichen bedeutet Überhang der Tilgung über den im Berichtszeitraum neu abgesetzten (bzw. im Altgeschäft nach dem Wertpapierbereinigungsgesetz oder auf Grund von anderen Entschädigungsgesetzen anerkannten) Betrag.





### 7. Absatz von Industrie-Obligationen und Aktien

aufgeteilt nach Wirtschaftsgruppen der Emittenten  
Mio DM Nominalwert

Wirtschaftsgruppe der Emittenten	Industrie-Obligationen						Aktien					
	1948, 2. Hj. bis 1956	1957	1958	1959 <sup>1)</sup>	1960 Januar bis Juni	seit der Währungsreform insgesamt	1948, 2. Hj. bis 1956	1957	1958	1959 <sup>1)</sup>	1960 Januar bis Juni	seit der Währungsreform insgesamt
1) Land- und Forstwirtschaft, Binnen- und Hochseefischerei	—	—	—	—	—	—	1.8	1.0	0.9	—	—	3.7
2) Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	542.1	112.6	391.0	260.0	10.0	1 315.7	364.6	330.1	53.6	96.4	33.0	877.7
3) Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung	446.7	272.5	217.5	100.0	—	1 036.7	213.4	62.0	82.8	178.7	362.9	899.8
4) Energiewirtschaft und Versorgungsbetriebe	709.8	324.2	317.0	288.9	13.7	1 653.6	645.5	230.8	83.6	127.2	151.7	1 238.8
5) Stahl- und Eisenbau, Maschinen-, Fahrzeug-, Schiffbau, Eisen-, Stahl- und Blechwarengewerbe, Feinmechanik, Optik und Elektrotechnik	303.2	34.8	125.6	50.0	—	513.6	972.0	301.9	127.5	141.9	150.8	1 694.1
6) Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung, Kohlenwertstoff- und Gummiindustrie, Kunststoffe	382.7	165.0	464.5	171.0	—	1 183.2	958.8	464.3	318.1	435.2	212.3	2 388.7
7) Nahrungs-, Genuß- und Futtermittelgewerbe	7.1	4.0	—	—	—	11.1	111.0	41.3	46.0	41.1	13.2	252.6
8) Sonstige verarbeitende Gewerbe (Feinkeramik, Glas, Sägerei, Holz, Papier, Leder, Textil, Bekleidung)	75.5	—	42.6	—	—	116.1	188.0	32.1	17.4	29.0	21.3	287.8
9) Bau- und Bauhilfsgewerbe	37.2	—	3.7	3.8	3.8	48.5	26.9	1.4	4.8	1.5	4.3	38.9
10) Wohnungs- und Grundstückswesen	—	—	—	—	—	—	127.5	17.1	16.7	29.3	11.6	202.2
11) Sonstige Dienstleistungen	—	—	—	—	—	—	30.4	14.8	4.8	4.9	0.2	55.1
12) Handel-, Geld- und Versicherungswesen	20.0	18.0	15.0	45.0	—	98.0 <sup>2)</sup>	837.7	113.8	273.4	221.0	229.6	1 675.5
13) Verkehrswirtschaft	10.0	—	75.0	—	—	85.0	148.8	21.1	108.2	76.1	10.3	364.5
14) Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	—	—	—	—	—	—	4.6	—	1.7	0.7	0.1	7.1
insgesamt	2 534.3	931.1	1 651.9	918.7	27.5	6 063.5	4 631.0	1 631.7	1 139.5	1 383.0	1 201.3	9 986.5

<sup>1)</sup> Einschließlich Saarland von 1948 bis 1959 (Frankenbeträge umgerechnet im Verhältnis 100 Franken = 0,8507 DM). — <sup>2)</sup> Schuldverschreibungen von Handelsunternehmen.

### 8. Zinssätze und Emissionskurse

Wertpapierart / Emissionskurs	Zinssätze (%)							Zusammen	Zinssätze (%)							Zusammen
	4 bis unter 4 1/2	4 1/2 bis unter 5	5 bis unter 5 1/2	5 1/2 bis unter 6	6 bis unter 6 1/2	6 1/2 bis unter 7	7 und höher		4 bis unter 4 1/2	4 1/2 bis unter 5	5 bis unter 5 1/2	5 1/2 bis unter 6	6 bis unter 6 1/2	6 1/2 bis unter 7	7 und höher	
abgesetzte, tarifbesteuerte Wertpapiere (Mio DM Nominalwert)																
I) Schuldverschreibungen inländischer Emittenten																
1) Pfandbriefe <sup>1)</sup> und Kommunalobligationen davon zum Emissionskurs																
Juni 1960																
unter 95	—	—	5,2	14,8	121,8	1,4	12,7	155,9	—	—	15,5	25,7	169,1	1,6	0,2	212,1
von 94 bis unter 95	—	—	0,0	6,7	42,5	—	—	—	—	—	0,4	10,3	3,8	—	—	—
95 " " 96	—	—	—	1,1	39,2	0,2	—	—	—	—	—	3,4	8,3	—	—	—
96 " " 97	—	—	—	0,8	30,0	0,5	—	—	—	—	0,0	0,0	56,7	—	—	—
97 " " 98	—	—	0,0	3,4	9,5	0,6	0,1	—	—	—	—	6,6	91,6	—	—	—
98 " " 99	—	—	—	—	—	—	0,5	—	—	—	—	—	1,9	1,0	—	—
99 " " 100	—	—	1,1	0,7	0,0	0,0	1,0	—	—	—	0,1	0,7	3,1	—	—	—
100 " " 101	—	—	—	1,1	—	0,0	2,7	—	—	—	—	4,7	2,5	—	—	—
101 " " 102	—	—	4,1	1,0	0,6	—	8,4	—	—	—	15,0	—	1,2	0,6	0,2	—
102 " " 103	—	—	—	—	0,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
103 und höher	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2) Industrie-Obligationen (einschl. Wandelschuldverschreibungen) davon zum Emissionskurs																
unter 97	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
von 97 bis unter 98	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
98 " " 99	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
99 " " 100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3) Anleihen der öffentlichen Hand davon zum Emissionskurs																
unter 97	—	—	—	—	1,7	—	—	1,7	—	—	3,1 <sup>2)</sup>	—	0,0	—	—	3,1
von 97 bis unter 98	—	—	—	—	1,7	—	—	—	—	—	1,9	—	—	—	—	—
98 " " 99	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,2	—	—	—	—	—
99 " " 100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,0	—	—	—
4) Schuldverschreibungen v. Spezialkreditinstituten und sonstige davon zum Emissionskurs																
unter 95	—	6,7 <sup>2)</sup>	6,8 <sup>2)</sup>	—	1,9	—	3,4	18,8	—	43,3 <sup>2)</sup>	8,9 <sup>2)</sup>	—	1,0	4,0	—	57,2
von 95 bis unter 96	—	6,7	—	—	1,3	—	—	—	—	43,3	—	—	—	—	—	—
96 " " 97	—	—	4,1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
97 " " 98	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7,7	—	—	—	—	—
98 " " 99	—	—	2,7	—	0,6	—	3,4	—	—	—	1,2	—	1,0	4,0	—	—
99 " " 100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
100 und höher	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
II) Anleihen ausländischer Emittenten																
Zusammen	—	6,7	12,0	14,8	125,4	1,4	16,1	176,4	—	46,4	24,4	25,7	170,1	5,6	0,2	272,4

<sup>1)</sup> Einschl. Schiffspfandbriefe. — <sup>2)</sup> Kassenobligationen.

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere																	
	insgesamt						darunter:											
							Pfandbriefe <sup>2)</sup> und Kommunal-Obligationen					Schuldverschreibungen inländischer Industrie-Obligationen						
	Inländische Erwerber				Ausländische Erwerber	Summe des aufteilbaren Absatzes	Inländische Erwerber				Ausländische Erwerber	Summe des aufteilbaren Absatzes	Inländische Erwerber				Ausländische Erwerber	Summe des aufteilbaren Absatzes
Öffentliche Stellen	Kreditinstitute	sonstige Wirtschaftsunternehmen	Private	Öffentliche Stellen			Kreditinstitute	sonstige Wirtschaftsunternehmen	Private	Öffentliche Stellen			Kreditinstitute	sonstige Wirtschaftsunternehmen	Private			
	Mio DM <sup>4)</sup>																	
1958 *)	432,0	2 599,0	322,1	506,5	109,7	3 969,3	313,2	1 598,8	74,4	62,9	5,5	2 054,9	13,9	204,0	105,8	249,0	51,7	624,6
1959	1 135,2	6 747,0	970,0	968,8	192,2	10 013,2	850,1	3 880,5	432,1	246,3	4,7	5 413,7	48,9	310,0	168,6	304,6	55,9	888,0
1959 Juli	120,4	736,3	31,4	22,4	0,1	910,6	118,4	359,4	30,9	22,4	0,1	531,2	—	2,8	—	—	—	2,8
Aug.	68,4	458,0	73,5	92,2	16,6	708,7	38,7	246,3	16,3	16,7	0,0	318,0	0,8	38,0	25,7	50,0	10,5	125,0
Sept.	41,9	364,5	18,4	18,9	0,5	444,2	40,8	257,9	11,6	14,0	0,0	324,3	—	—	—	—	—	—
Okt.	45,2	387,7	20,7	14,6	0,0	468,2	42,2	202,2	20,0	14,6	0,0	279,0	—	—	—	—	—	—
Nov.	49,4	519,2	85,6	122,2	58,7	835,1	30,3	323,7	18,8	29,3	0,0	402,1	0,1	14,6	3,4	13,3	7,3	38,7
Dez.	187,4	372,3	79,3	50,9	6,3	696,2	185,1	195,1	56,0	27,3	0,0	463,5	0,6	18,9	5,4	3,4	0,5	28,8
1960 Jan.	107,6	540,1	130,0	123,3	86,5	987,5	58,9	225,4	18,9	22,1	0,1	325,4	0,1	20,6	0,2	0,9	0,0	21,8
Febr.	57,3	282,9	32,0	26,6	14,1	412,9	29,8	236,1	23,4	18,5	4,0	311,8	—	—	—	—	—	—
März	83,5	265,3	16,0	18,8	—	383,6	59,6	158,4	10,2	18,8	0,1	247,1	3,8	—	—	—	—	3,8
April	59,0	231,5	27,3	22,8	—	340,6	59,0	177,1	19,8	22,8	0,0	278,7	—	—	—	—	—	—
Mai	52,6	192,9	9,5	17,4	0,0	272,4	52,6	132,6	9,5	17,4	0,0	212,1	—	—	—	—	—	—
Juni	20,6	124,6	15,0	15,9	0,3	176,4	20,6	111,7	9,5	14,2	0,3	155,9	—	—	—	—	—	—
	vH <sup>5)</sup>																	
1958 *)	11	65	8	13	3	100	15	78	4	3	0	100	2	33	17	40	8	100
1959	11	67	10	10	2	100	16	72	8	4	0	100	6	35	19	34	6	97
1959 Juli	13	81	3	3	0	100	22	68	6	4	0	100	—	100	—	—	—	100
Aug.	10	65	10	13	2	100	12	78	5	5	0	100	1	30	21	40	8	100
Sept.	10	82	4	4	0	100	13	79	4	4	0	100	—	—	—	—	—	—
Okt.	10	83	4	3	0	100	15	73	7	5	0	100	—	—	—	—	—	—
Nov.	6	62	10	15	7	99	8	80	5	7	0	100	0	38	9	34	19	77
Dez.	27	54	11	7	1	100	40	42	12	6	0	100	2	65	19	12	2	92
1960 Jan.	11	55	13	12	9	100	18	69	6	7	0	100	0	95	1	4	0	92
Febr.	14	69	8	6	3	100	10	76	7	6	1	100	—	—	—	—	—	—
März	22	69	4	5	0	100	24	64	4	8	0	100	100	—	—	—	—	100
April	17	68	8	7	0	100	21	64	7	8	0	100	—	—	—	—	—	—
Mai	19	71	4	6	0	100	25	63	4	8	0	100	—	—	—	—	—	—
Juni	12	71	8	9	0	100	13	72	6	9	0	100	—	—	—	—	—	—

<sup>1)</sup> Ab Juli 1959 einschließlich Saarland; in den Jahreszahlen für 1959 sind die Emissionen Saarländischer Emittenten von 1948—1959 enthalten. — <sup>2)</sup> Soweit aufteilbar. Erfasst wird nur der bei den unberücksichtigt. Aufteilung bei Aktien zum Teil geschätzt. — <sup>3)</sup> Einschließlich Schiffspfandbriefe. — <sup>4)</sup> Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. — <sup>5)</sup> Aus den in

10. Investment-

Gesellschaft	Fonds	Inventarwert <sup>1)</sup>										Anzahl der		
		1956	1957	1958	1959	1960						1956	1957	1958
						Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni			
		Tsd. DM										Stück		
Allfonds Gesellschaft für Investmentanlagen mbH München	Allfonds	—	—	—	—	—	20 259	24 491	28 278	34 052	41 093	—	—	—
Allgemeine Deutsche Investment-GmbH München-Düsseldorf	Adifonds Adiropa Fondak Fondis Fondra	— — 11 476 22 436 3 315	— — 31 239 30 269 5 449	— — 119 376 54 452 26 793	— — 209 378 121 431 38 304	— — 213 728 120,133 38 094	— — 212 178 117 200 45 045	— — 213 416 117 278 46 490	— — 221 890 120 594 48 773	— — 252 076 136 209 54 652	— — 287 773 152 517 60 661	— — 40 763 201 533 18 001	— — 317 863 <sup>2)</sup> 262 722 28 577	— — 786 353 306 986 202 129 <sup>4)</sup>
Anlage-Gesellschaft für Französische Aktienwerte mbH Düsseldorf	Agefra-Fonds	—	—	—	120 423	113 755	116 454	112 234	112 278	108 249	111 611	—	—	—
Anlage-Gesellschaft mbH für englische und holländische Aktienwerte, Düsseldorf	Anglo-Dutch-Fonds	—	—	—	—	16 254	16 498	16 925	16 605	16 790	16 375	—	—	—
Deutsche Gesellschaft für Wertpapier-sparen mbH Frankfurt (Main)	Investa Intervest	— —	84 163 —	255 084 —	497 564 83 081	503 418 82 835	486 492 81 407	494 028 81 568	511 420 82 220	566 110 85 165	643 151 86 254	— —	817 820 —	1 607 789 —
Deutscher Investment-Trust, Gesellschaft für Wertpapier-anlagen mbH Frankfurt (Main)	Concentra Industria Thesaurus Transatlanta	51 767 — — —	128 970 — — —	292 842 — 84 100 —	504 382 122 096 108 203 —	508 389 121 041 106 920 72 608	476 937 117 941 102 685 79 611	478 495 120 369 102 120 82 077	501 855 128 150 105 346 83 865	545 163 139 777 114 114 87 106	609 433 161 484 126 304 91 578	537 000 — — —	1 304 000 — — —	1 970 000 — 890 000 —
Deutsche Kapital-anlagegesellschaft mbH, Düsseldorf	Dekafonds I	8 563	17 830	58 414	136 769	139,669	133 953	135 833	140 460	159 566	180 814	85 792	161 929	354 956
Europa und Übersee Kapitalanlage-gesellschaft mbH Frankfurt (Main)	Atlantic-fonds Europa-fonds I	— —	— —	— —	— 55 770	80 625 55 537	80 739 51,801	81 188 49 444	83 126 51 980	84 262 55 046	82 988 60 715	— —	— —	— —
Union-Investment-Gesellschaft mbH Frankfurt (Main)	Unifonds Uscafonds	9 112 1 415	17 096 2 130	65 497 4 998	126 121 7 777	127 011 9 649	124 925 9 956	124 846 9 932	128 119 9 842	144 904 10 213	162 432 10 179	201 549 13 609	384 558 23 831	1 000 123 45 629
Zusammen		108 084	317 146	1 049 349	2 266 478	2 443 262	2 409 103	2 425 441	2 512 590	2 745 647	3 055 297			

<sup>1)</sup> Jeweils Stand Ende des Jahres bzw. Monats. — <sup>2)</sup> Durchschnitt im Monat. — <sup>3)</sup> Außergewöhnliche Änderung gegenüber Vorjahresstand infolge Ausgabe von je zwei Gratisanteilen Gratisanteil an die bisherigen Besitzer von: a) Fondra-Zertifikaten (im Juni 1958); b) Fondis-Zertifikaten (im April 1959); c) Investa-Zertifikaten (im Mai 1959); d) Concentra-Zertifikaten (im Februar 1960).

nach Käufergruppen 2)

noch: Festverzinsliche Wertpapiere																		Zeit
darunter:												Aktien						
Anleihen der öffentlichen Hand						Anleihen ausländischer Emittenten						Inländische Erwerber						
Inländische Erwerber				Ausländische Erwerber	Summe des aufteilbaren Absatzes	Inländische Erwerber				Ausländische Erwerber	Summe des aufteilbaren Absatzes	Inländische Erwerber						
Öffentliche Stellen	Kreditinstitute	sonstige Wirtschaftsunternehmen	Private			Öffentliche Stellen	Kreditinstitute	sonstige Wirtschaftsunternehmen	Private			Öffentliche Stellen	Kreditinstitute	sonstige Wirtschaftsunternehmen	Private	Öffentliche Stellen	Kreditinstitute	
Mio DM *)																		
79.4	639.3	91.3	124.3	29.1	963.4	0.7	30.6	9.9	31.6	19.2	92.0	129.6	161.1	79.7	37.8	152.6	560.9	1958 x)
120.1	1.872.1	221.3	251.4	75.3	2.540.2	4.1	152.2	75.0	76.9	36.4	344.6	187.9	408.3	233.1	162.9	317.2	1.309.4	1959
—	241.9	—	—	—	241.9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
9.0	138.1	31.4	25.4	6.1	210.0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Juli 1959
—	10.5	—	—	—	10.5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Aug. 1959
—	183.8	—	—	—	183.8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Sept. 1959
16.1	149.6	54.4	67.7	43.7	331.5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Okt. 1959
—	88.0	—	—	—	88.0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Nov. 1959
27.9	222.9	95.2	89.9	78.9	514.8	0.1	13.3	11.5	2.4	5.5	32.8	12.7	126.0	41.2	60.6	1.7	242.2	Jan. 1960
12.4	20.4	7.1	7.1	6.4	53.4	0.1	6.8	0.5	1.0	3.6	12.0	5.7	11.3	10.9	71.8	1.0	100.7	Febr. 1960
—	3.4	—	—	—	3.4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	März 1960
—	28.5	—	—	—	28.5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	April 1960
—	3.1	—	—	—	3.1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Mai 1960
—	1.7	—	—	—	1.7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Juni 1960
8	66	10	13	3	100	1	33	11	34	21	100	22	29	14	7	28	100	1958 x)
5	73	9	10	3	100	1	44	22	22	11	100	14	31	18	13	24	95	1959
—	100	—	—	—	100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4	66	15	12	3	100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Juli 1959
—	100	—	—	—	100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Aug. 1959
—	100	—	—	—	100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Sept. 1959
5	45	16	21	13	100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Okt. 1959
—	100	—	—	—	100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Nov. 1959
5	43	19	18	15	100	0	41	35	7	17	100	5	52	17	25	1	100	Jan. 1960
23	38	13	14	12	100	1	56	4	8	31	100	6	11	11	71	1	99	Febr. 1960
—	100	—	—	—	85	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	März 1960
—	100	—	—	—	100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	April 1960
—	100	—	—	—	100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Mai 1960
—	100	—	—	—	100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Juni 1960

erste Verkauf (bei Bankschuldverschreibungen in der Regel der Verkauf durch das Emissionsinstitut selbst, bei Anleihen der Verkauf durch das Emissions-Konsortium); Weiterverkäufe bleibend DM gemeldeten Originalzahlen errechnet. Summe des aufteilbaren Absatzes = 100 vH. — \*) Summe des aufteilbaren Absatzes in vH des Gesamtabsatzes. — x) 2. Halbjahr.

Gesellschaften

ausgegebenen Anteile 1)							Ausgabe-Preis pro Anteil									
1959	1960						1956 1)	1957 1)	1958 1)	1959 1)	1960 2)					
	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni					Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Stück							DM									
—	—	207 500	249 500	280 600	309 500	339 800	—	—	—	—	—	100,60	100,90	103,86	108,06	120,06
794 400	781 367	776 906	770 022	763 280	754 972	752 474	—	—	107,90	176,90	176,83	178,66	174,27	178,78	185,50	209,39
—	—	43 554	52 634	61 854	67 792	75 067	—	—	—	—	—	100,10 3)	99,93	103,30	105,68	115,60
1 652 702 4)	1 677 310	1 682 208	1 683 619	1 688 150	1 695 193	1 717 039	294,50	102,90 5)	158,30	131,90 6)	131,72	133,26	130,58	135,39	143,28	163,34
831 900 4)	817 210	809 842	808 278	804 283	798 232	800 745	116,50	120,60	185,—	151,80 6)	151,89	152,72	149,44	155,09	163,54	185,97
204 642	202 451	479 975 4)	493 637	505 199	522 934	536 276	191,75	198,50	138,— 5)	194,50	194,76	98,61 4)	97,34	99,89	103,77	116,37
1 081 800	1 133 000	1 114 350	1 083 723	1 014 162	954 095	909 199	—	—	—	116,60	109,75	109,79	107,42	113,11	115,86	124,93
—	172 929	180 065	181 840	181 084	176 790	170 052	—	—	—	—	99,80	97,89	97,21	98,47	97,17	101,79
3 779 531 4)	3 799 825	3 805 266	3 809 468	3 813 513	3 806 412	3 802 584	—	106,90	164,40	136,90 4)	137,47	137,40	133,97	138,81	144,29	163,55
908 569	942 072	944 547	943 147	940 904	939 764	918 441	—	—	—	96,00	95,25	92,17	90,57	92,08	92,81	97,72
4 208 805 4)	4 207 797	4 226 433	4 231 346	4 209 889	4 147 256	4 129 424	100,25	103,—	154,20	124,30 4)	125,04	121,92	116,07	121,61	128,28	143,49
785 494	778 833	1 607 771 4)	1 639 173	1 664 061	1 667 774	1 715 900	—	—	—	161,30	161,17	—	75,52	78,95	81,77	92,36
671 779	659 232	648 712	644 343	636 235	619 163	606 706	—	—	98,20	167,10	167,62	167,29	163,13	170,27	177,33	202,50
—	1 548 973	1 722 537	1 765 253	1 782 868	1 761 860	1 754 533	—	—	—	—	49,85	49,23	48,44	49,73	50,17	53,68
1 057 035 4)	1 072 841	1 086 047	1 098 669	1 104 355	1 106 815	1 113 318	103,20	114,20	170,60	134,00 4)	134,24	131,64	127,24	131,35	137,65	157,44
—	2 139 000	2 172 900	2 207 500	2 213,300	2 139 950	1 975 200	—	—	—	—	40,85	39,88	39,07	40,15	40,58	43,32
373 600	373 600	360 100	362 700	362 800	362 650	362 650	—	—	—	155,60	156,11	152,53	142,21	147,25	151,17	166,01
1 165 524	1 166 735	1 160 916	1 158 728	1 154 177	1 142 312	1 132 562	47,50	46,70	68,80	113,70	113,93	115,08	112,55	116,31	122,30	141,03
68 673	90 894	92 993	93 489	93 618	93 868	92 184	109,20	93,90	116,20	120,10	117,93	112,74	111,59	113,31	113,32	117,97

an die bisherigen Besitzer von Fondak-Zertifikaten (Ende Januar 1957). — 4) Außergewöhnliche Änderung gegenüber Vormonats- bzw. Vorjahrstand infolge Ausgabe von je einem Zertifikaten (im Juni 1959); e) Dekafonds-I-Zertifikaten (im Juni 1959); f) Fondak-Zertifikaten (im November 1959); g) Fondra-Zertifikaten (am 1. Februar 1960); h) Industria-







## 16. Vermögensanlagen der Versicherungsunternehmen \*) 1)

(ohne Sterbekassen, Krankenversicherungsunternehmen und die kleineren Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen)

Mio DM

Jahres- bzw. Vierteljahresende	Zahl der erfaßten Institute	Vermögensanlagen insgesamt	Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuld-forderungen	Schuldenschein-forderungen und Darlehen	Wert-papiere	Beteil-gungen	Darlehen und Voraus-zahlungen auf Ver-sicherungs-scheine	Grund-stücke	Ausgleichs-forderungen
<b>Alle erfaßten Versicherungsunternehmen *)</b>									
1953	452	8 717,6	1 244,0	1 594,1	766,9	49,3	154,5	782,8	4 126,0
1954	471	10 307,9	1 545,8	2 190,5	1 201,6	78,2	174,5	951,0	4 166,3
1955	476	11 830,3	1 847,4	2 686,6	1 604,9	107,3	197,0	1 158,2	4 228,9
1956	477	13 417,7	2 210,7	3 375,1	1 938,9	169,8	225,2	1 401,1	4 096,9
1957	479	15 484,2	2 671,5	4 190,7	2 439,9	275,9	258,4	1 590,8	4 057,0
1958	478	17 863,4	3 065,6	4 777,7	3 380,9	309,7	270,8	1 836,0	4 222,7
1959 ts)	ca. 472	20 772,4	3 353,2	5 963,6	4 572,8	348,1	288,3	2 101,6	4 144,8
1958 3. Vj.	422	17 074,2	2 942,0	4 526,1	3 138,2	297,3	266,7	1 727,8	4 176,1
4. "	422	17 771,8	3 051,6	4 758,8	3 354,2	306,7	270,8	1 830,3	4 199,4
1959 1. Vj.	422	18 489,3	3 105,0	4 977,8	3 781,1	293,7	274,2	1 829,1	4 228,4
2. "	425	19 268,9	3 171,9	5 333,6	4 068,4	310,7	279,3	1 904,3	4 200,7
3. "	423	20 029,4	3 258,2	5 614,5	4 346,3	323,2	285,5	1 992,6	4 209,2
4. "	422	20 752,6	3 352,2	5 962,1	4 576,4	348,1	288,3	2 099,8	4 125,7
1960 1. Vj.	421	21 547,5	3 440,6	6 265,6	4 925,1	346,2	294,0	2 130,1	4 145,9
<b>Lebensversicherungsunternehmen</b>									
1953	93	4 927,9	1 008,4	996,7	317,5	9,3	152,6	472,6	1 970,4
1954	92	5 790,6	1 251,0	1 405,3	453,6	26,1	171,5	544,7	1 938,4
1955	94	6 774,5	1 494,0	1 844,7	619,7	36,6	191,9	657,4	1 930,2
1956	96	7 794,7	1 784,8	2 318,0	715,8	49,6	220,1	803,5	1 902,9
1957	95	9 062,7	2 166,2	2 851,2	969,6	62,7	245,6	907,5	1 859,9
1958	93	10 485,8	2 462,1	3 283,1	1 345,7	89,1	256,0	1 061,4	1 884,4
1959	91	12 268,6	2 709,4	4 228,5	1 799,8	88,9	271,3	1 222,5	1 948,2
1958 3. Vj.	93	9 981,6	2 386,2	3 058,5	1 238,2	81,5	253,3	993,2	1 970,7
4. "	93	10 485,8	2 462,1	3 283,1	1 345,7	89,1	256,0	1 061,4	1 986,4
1959 1. Vj.	93	10 920,0	2 506,1	3 470,7	1 510,9	73,9	258,9	1 054,5	2 045,0
2. "	93	11 294,1	2 555,1	3 674,3	1 608,0	75,3	263,4	1 101,1	2 016,9
3. "	91	11 719,5	2 624,7	3 910,5	1 687,8	79,4	269,0	1 158,6	1 989,5
4. "	91	12 268,6	2 709,4	4 228,5	1 799,8	88,9	271,3	1 222,5	1 948,2
1960 1. Vj.	91	12 763,2	2 784,2	4 454,9	1 957,3	76,3	275,8	1 242,4	1 972,3
<b>Pensionskassen *)</b>									
1953	226	2 098,7	132,5	337,7	106,1 4)	— 4)	—	33,8	1 488,6
1954	243	2 439,8	182,7	502,2	139,2 4)	— 4)	—	49,3	1 566,4
1955	241	2 661,3	233,4	532,5	166,2 4)	— 4)	—	72,8	1 656,4
1956	238	2 885,0	284,6	686,1	231,2 4)	— 4)	—	105,3	1 577,8
1957	241	3 250,5	344,7	885,4	231,3	3,5	0,0	125,2	1 660,4
1958	244	3 572,9	420,4	988,6	315,9	5,6	0,0	139,1	1 703,3
1959 ts)	ca. 240	3 972,0	452,3	1 148,0	481,8	5,6	0,0	165,3	1 719,0
1958 3. Vj.	188	3 419,2	381,0	957,1	273,2	2,7	0,0	127,7	1 677,5
4. "	188	3 481,3	406,4	969,7	289,2	2,6	0,0	133,4	1 680,0
1959 1. Vj.	188	3 520,3	412,4	978,1	320,6	2,6	0,0	140,1	1 666,5
2. "	191	3 711,5	428,3	1 084,3	372,5	5,6	0,0	151,0	1 669,8
3. "	191	3 862,7	442,5	1 127,1	426,5	5,6	0,0	155,2	1 705,8
4. "	190	3 952,2	451,3	1 146,5	485,4	5,6	0,0	163,5	1 699,9
1960 1. Vj.	190	4 011,8	458,2	1 160,3	520,2	5,6	0,0	169,1	1 698,4
<b>Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen *)</b>									
1953	105	1 310,5	86,0	158,4	252,5	19,8	1,9	239,1	552,8
1954	107	1 574,6	94,9	170,0	432,6	22,9	3,0	312,4	538,8
1955	111	1 825,2	99,5	190,1	590,4	36,7	5,1	376,9	526,5
1956	111	2 079,0	120,4	244,9	710,4	70,0	5,1	423,9	504,3
1957	111	2 373,7	137,9	305,2	891,9	115,7	12,8	476,9	433,3
1958	111	2 860,0	161,2	347,7	1 239,3	121,5	14,8	539,7	435,8
1959	111	3 390,2	169,4	417,0	1 645,0	145,1	17,0	612,6	384,1
1958 3. Vj.	111	2 760,9	154,1	350,8	1 179,8	119,9	13,4	514,8	428,1
4. "	111	2 860,0	161,2	347,7	1 239,3	121,5	14,8	539,7	435,8
1959 1. Vj.	111	3 060,1	164,9	369,7	1 430,5	123,1	15,3	535,5	421,1
2. "	111	3 230,0	166,6	411,3	1 536,3	127,0	15,9	553,4	419,5
3. "	111	3 339,6	169,2	405,9	1 614,5	133,8	16,5	579,8	419,9
4. "	111	3 390,2	169,4	417,0	1 645,0	145,1	17,0	612,6	384,1
1960 1. Vj.	113	3 566,3	172,9	476,2	1 768,7	146,0	18,2	606,8	377,5
<b>Rückversicherungsunternehmen</b>									
1953	28	380,5	17,1	101,3	90,8	20,2	—	37,3	113,8
1954	29	502,9	17,2	113,0	176,2	29,2	—	44,6	122,7
1955	30	569,3	20,5	119,3	228,6	34,0	—	51,1	115,8
1956	32	659,0	20,9	126,1	281,5	50,2	—	68,4	111,9
1957	32	797,8	22,7	148,9	347,1	94,0	—	81,2	103,4
1958	30	944,7	21,9	158,3	480,0	93,5	—	95,8	95,2
1959	30	1 141,6	22,1	170,1	646,2	108,5	—	101,2	93,5
1958 3. Vj.	30	912,5	20,7	159,7	447,0	93,2	—	92,1	99,8
4. "	30	944,7	21,9	158,3	480,0	93,5	—	95,8	95,2
1959 1. Vj.	30	988,9	21,6	159,3	519,1	94,1	—	99,0	95,8
2. "	30	1 033,3	21,9	163,7	551,6	102,8	—	98,8	94,5
3. "	30	1 107,6	21,8	171,0	617,4	104,4	—	99,0	94,0
4. "	30	1 141,6	22,1	170,1	646,2	108,5	—	101,2	93,5
1960 1. Vj.	27	1 206,2	25,3	174,2	678,9	118,3	—	111,8	97,7

Quelle: Geschäftsberichte und Veröffentlichungen des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungs- und Bausparwesen. — \*) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Saarland. — 2) Alle Lebensversicherungsunternehmen, alle Pensionskassen (bei den Vierteljahresendständen jedoch nur die größeren Kassen), die größeren Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen und alle Rückversicherungsunternehmen. — 3) Die Jahresendstände sind bei allen Pensionskassen erfaßt, die Vierteljahresendstände nur bei den größeren Pensionskassen, auf die rd. 99 vH der Vermögensanlagen aller Pensionskassen entfallen. — 4) Bis 1956 sind die Beteiligungen in den Wertpapierbeständen enthalten. — 5) Nur die größeren Unternehmen, auf die rd. 95 vH der Vermögensanlagen aller aufsichtspflichtigen Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen entfallen. — 6) Teilweise geschätzt.

1. Steuereinnahmen von Bund, Ländern \*)

Mio

Table with columns for Zeit, Steuereinnahmen von Bund und Ländern gesamt, Bundeseinnahmen (Gesamt, Bundeseigene Steuern, Bundesanteil am Einkommensteuerertrag), Ländereinnahmen (Gesamt, Länderanteil am Einkommensteuerertrag, Sonstige Ländereinnahmen), Einzelne Steuern (Einkommensteuern: Gesamt, Lohnsteuer, Veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Kapitalertragsteuer; Notopfer Berlin; Vermögensteuer).

\*) Ohne Saarland. — 1) Im Gegensatz zu den bisher veröffentlichten Zahlen einschl. Einnahmen aus Umsatzausgleichsteuer und Zöllen für Rüstungseinführen. — 2) Ohne festgelegten Anteilsätzen: 1951/52: 27 vH; 1952/53: 37 vH; 1953/54 und 1954/55: 38 vH; 1955/56 bis 1957/58: 33 1/3 vH; 1958/59 bis 1960: 35 vH. — 4) Einschl. Umsatzgrundschulden ohne Berlin. — 5) Nach den Ergebnissen der Vorausmeldung. — Differenzen in den Summen durch Runden.

2. Umlauf an öffentlichen Anleihen, verzinslichen Schatzanweisungen und Kassenobligationen \*)

Mio DM

Table with columns for Stand am Monatsende, Bund (Anleihen, Kassenobligationen), Lastenausgleichsfonds (Anleihen, Kassenobligationen), Länder (Anleihen, Verzinsl. Schatzanweisungen, Kassenobligationen), Gemeinden (Anleihen), Deutsche Bundesbahn (Anleihen, Verzinsl. Schatzanweisungen, Kassenobligationen), Deutsche Bundespost (Anleihen, Verzinsl. Schatzanweisungen, Kassenobligationen), Gesamt.

\*) Abweichungen gegenüber den in der Tabelle V, 3 „Umlauf an festverzinslichen Wertpapieren“ mitgeteilten Zahlen ergeben sich daraus, daß in jener Aufstellung die Anleihe der Bundesbahn von 1949 mit dem vollen Emissionsbetrag (500,4 Mio DM) ausgewiesen wird, während in der obigen Tabelle der Anleihebetrag um die vorübergehend in Sonderschatzanweisungen umgewandelten Beträge reduziert wurde, die ihrerseits in der Tabelle VI, 3 „Umlauf an Schatzwechseln, unverzinslichen Schatzanweisungen und sonstigen Geldmarktpapieren“ nachgewiesen werden. — 1) Einschl. Prämien-Schatzanweisungen. — 2) Von der Lastenausgleichsbank begeben.







## 7. Ausgleichsforderungen \*)

Mio DM

	Alle Gläubiger	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute <sup>1)</sup>	Versicherungsunternehmen	Bausparkassen	Fonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen <sup>2)</sup>
<b>I. Die bisherige Entwicklung</b>						
1. Zugeteilte Ausgleichsforderungen <sup>3)</sup>	21 511	8 675 <sup>4)</sup>	7 575	5 195	66	—
2. Bestandsminderungen						
a) lineare und vorzeitige Tilgungen	863	—	527	332	4	—
b) Rückkäufe der Schuldner <sup>5)</sup>	84	—	83	1	—	—
3. Saldo 1 -/. 2	20 564	8 675	6 965	4 862	62	—
4. Gläubigerwechsel						
a) Verkäufe an den Fonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen	—	—	-/. 218	-/. 48	-/. 5	+ 271
b) vorübergehende Verkäufe an die Deutsche Bundesbank (abzüglich Rückkäufe)	—	+ 90	-/. 90	—	—	—
c) Saldo der Käufe und Verkäufe zwischen anderen Gläubigergruppen	—	—	+ 207	-/. 205	-/. 2	—
5. Bestand Ende Juni 1960	20 564	8 765 <sup>6)</sup>	6 864	4 609	55	271
<i>nachrichtlich:</i>						
<i>davon in Geldmarkttitel umgewandelt</i>	3 669	3 669 <sup>6)</sup>	—	—	—	—
<b>II. Der Bestand Ende Juni 1960 gegliedert nach Zinstypen und Schuldnern</b>						
1. Gliederung nach Zinstypen						
a) unverzinsliche Ausgleichsforderungen	64	—	57	—	—	7
b) 3 %/sige "	14 529	8 218	6 164	—	—	147
c) 3 1/2 %/sige "	4 916	—	209	4 598	55	54
d) 4 1/2 %/sige "	497	—	434	—	—	63
e) 3 %/sige Sonderausgleichsforderungen	11	—	—	11	—	—
f) unverzinsliche Schuldverschreibung <sup>7)</sup>	547	547	—	—	—	—
2. Gliederung nach Schuldnern						
a) Bund	11 116	8 675	476	1 907	—	58
b) Länder	9 448	90	6 388	2 702	55	213
3. Gesamt (1a bis 1f = 2a + 2b)	20 564	8 765 <sup>6)</sup>	6 864	4 609	55	271
<i>nachrichtlich:</i>						
<i>davon in Geldmarkttitel umgewandelt</i>	3 669	3 669 <sup>6)</sup>	—	—	—	—

\*) Die Zahlen beruhen im wesentlichen auf einer Sondererhebung zum 31. 10. 1957, deren Ergebnisse soweit möglich auf den derzeitigen Stand fortgeschrieben wurden. — <sup>1)</sup> Einschließlich Postscheck- und Postsparbankämter, sowie im Gegensatz zur Monatlichen Bilanzstatistik einschließlich der kleineren ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme Ende 1953 weniger als 500 000,— DM betrug. — <sup>2)</sup> Gemäß § 8 ff. des Gesetzes über die Tilgung von Ausgleichsforderungen von 14. 6. 1956. — <sup>3)</sup> Einschließlich der Ausgleichsforderungen, die den Instituten nach dem Stand ihrer Umstellungsrechnungen noch zuzuteilen sind. — <sup>4)</sup> Einschließlich unverzinslicher Schuldverschreibung; vgl. Anm. 7). — <sup>5)</sup> Rückkäufe durch einige Länder überwiegend zur Finanzierung von Investitionsprogrammen. — <sup>6)</sup> Der im Ausweis der Deutschen Bundesbank vom 30. 6. 1960 (Tabelle II B) ausgewiesene Bestand von 5 096 Mio DM ergibt sich aus der Differenz zwischen dem unter I. 5. und II. 3. angegebenen Betrag von 8 765 Mio DM und dem für Zwecke der Offenmarktpolitik in Geldmarkttitel umgewandelten Teil der Ausgleichsforderungen in Höhe von 3 669 Mio DM. — <sup>7)</sup> Unverzinsliche Schuldverschreibungen des Bundes wegen Geldausstattung Berlins.







**3. Goldbestand und Auslandsforderungen<sup>1)</sup> der Deutschen Bundesbank<sup>o)</sup>**

Mio DM

Jahres- bzw. Monatsende <sup>1)</sup>	Goldbestand und uneingeschränkt verwendbare Auslandsforderungen (netto)			Befristete oder nur beschränkt verwendbare Auslandsforderungen (netto)				
	Insgesamt	darunter		Insgesamt	darunter			
		Goldbestand	US-\$ (einschl. can. \$)		Bilaterale Forderungen aus früheren Krediten an die EZU (bis Ende 1958: Kredite an die EZU <sup>2)</sup> )	Schuldverreibungen der Weltbank	Zweckgebundene Guthaben bei ausländischen Banken und zweckgebundene Geldmarktanlagen	Konsolidierungskredite an ausländische Zentralbanken
1952	+ 2 750	+ 587	+ 2 088	+ 1 885	+ 1 061	—	—	—
1953	+ 5 330	+ 1 367	+ 3 545	+ 2 828	+ 1 782	—	—	+ 146
1954	+ 8 274	+ 2 628	+ 5 453	+ 2 656	+ 2 054	—	—	+ 304
1955	+ 9 958	+ 3 862	+ 5 789	+ 2 824	+ 2 187	—	—	+ 403
1956	+ 14 169	+ 6 275	+ 7 332	+ 3 700	+ 2 890	+ 73	+ 240	+ 384
1957	+ 16 587	+ 10 674	+ 6 148	+ 6 403	+ 4 242	+ 808	+ 1 032	+ 265
1958	+ 18 990	+ 11 085	+ 7 442	+ 7 188	+ 4 597	+ 1 239	+ 971	+ 175
1959	+ 18 779	+ 11 077	+ 7 278	+ 5 069	+ 3 159	+ 1 496	+ 353	+ 383
1957 März	+ 14 903	+ 7 379	+ 6 823	+ 3 810	+ 3 218	+ 73	+ 70	+ 352
1957 Juni	+ 16 011	+ 8 523	+ 6 646	+ 4 160	+ 3 571	+ 73	+ 171	+ 327
1957 Sept.	+ 17 576	+ 10 077	+ 6 690	+ 5 978	+ 4 028	+ 493	+ 953	+ 384
1957 Dez.	+ 16 586	+ 10 674	+ 6 148	+ 6 404	+ 4 242	+ 808	+ 1 032	+ 349
1958 März	+ 16 674	+ 10 333	+ 6 245	+ 6 264	+ 4 202	+ 808	+ 897	+ 303
1958 Juni	+ 17 348	+ 10 814	+ 6 101	+ 6 883	+ 4 447	+ 1 123	+ 915	+ 283
1958 Sept.	+ 18 283	+ 10 907	+ 7 265	+ 6 923	+ 4 287	+ 1 323	+ 1 002	+ 265
1958 Dez.	+ 18 990	+ 11 085	+ 7 442	+ 7 188	+ 4 597	+ 1 239	+ 971	+ 245
1959 Jan.	+ 18 446	+ 11 248	+ 7 263	+ 6 647	+ 4 186	+ 1 378	+ 971	+ 241
1959 Febr.	+ 18 091	+ 11 248	+ 6 995	+ 6 643	+ 4 182	+ 1 378	+ 963	+ 240
1959 März	+ 16 656	+ 11 248	+ 5 766	+ 6 350	+ 4 121	+ 1 378	+ 707	+ 236
1959 April	+ 16 109	+ 11 248	+ 5 142	+ 6 149	+ 3 921	+ 1 378	+ 707	+ 224
1959 Mai	+ 16 694	+ 11 272	+ 5 618	+ 6 117	+ 3 912	+ 1 378	+ 706	+ 223
1959 Juni	+ 16 842	+ 11 355	+ 5 661	+ 5 741	+ 3 813	+ 1 378	+ 441	+ 213
1959 Juli	+ 16 770	+ 11 428	+ 5 625	+ 5 675	+ 3 763	+ 1 378	+ 441	+ 195
1959 Aug.	+ 16 676	+ 11 427	+ 5 356	+ 5 456	+ 3 674	+ 1 378	+ 353	+ 188
1959 Sept.	+ 16 397	+ 11 009	+ 5 370	+ 5 521	+ 3 621	+ 1 496	+ 353	+ 192
1959 Okt.	+ 16 827	+ 11 028	+ 5 654	+ 5 399	+ 3 484	+ 1 496	+ 353	+ 192
1959 Nov.	+ 17 788	+ 11 029	+ 6 441	+ 5 399	+ 3 482	+ 1 496	+ 353	+ 175
1959 Dez.	+ 18 779	+ 11 077	+ 7 278	+ 5 069	+ 3 159	+ 1 496	+ 353	+ 163
1960 Jan.	+ 18 421	+ 11 078	+ 6 862	+ 4 784	+ 2 997	+ 1 391	+ 353	+ 143
1960 Febr.	+ 18 738	+ 11 140	+ 7 087	+ 4 756	+ 2 996	+ 1 391	+ 353	+ 143
1960 März	+ 19 465	+ 11 214	+ 7 729	+ 4 747	+ 2 978	+ 1 391	+ 353	+ 144
1960 April	+ 20 475	+ 11 357	+ 8 687	+ 4 725	+ 2 918	+ 1 416	+ 353	+ 141
1960 Mai	+ 21 256	+ 11 511	+ 9 181	+ 4 725	+ 2 917	+ 1 451	+ 353	+ 131
1960 Juni	+ 22 988	+ 11 643	+ 10 733	+ 4 678	+ 2 835	+ 1 491	+ 353	+ 131

<sup>o)</sup> Die Daten sind mit den im Rahmen des Bundesbankausweises angegebenen Zahlen nicht ganz identisch, da der Goldbestand und die Auslandsforderungen hier entsprechend den Vorschriften des Internationalen Währungsfonds für die Aufstellung von Zahlungsbilanzen zum Paritätskurs angegeben sind, während sie im Bundesbankausweis zum Jahresende nach dem Niederwertprinzip und für das laufende Jahr jeweils zum Tageskurs berechnet werden. Darüber hinaus bestehen bei den Verpflichtungen gewisse Unterschiede in Bezug auf die Abgrenzung der zu berücksichtigenden Positionen; so können in der Zahlungsbilanz zur Zeit mangels statistischer Unterlagen über die Umsätze noch nicht alle in der Position „Einlagen ausländischer Einleger“ des Bundesbankausweises erfaßten Verpflichtungen berücksichtigt werden; von Anfang 1959 ab ist jedoch der größte Teil dieser Verpflichtungen einbezogen.

<sup>1)</sup> Guthaben auf laufenden Fremdwährungskonten und DM-Konten sowie befristete oder nur beschränkt verwendbare Forderungen; abzüglich der entsprechenden Verpflichtungen. — <sup>2)</sup> In den Jahren 1952 und 1953 einschl. bestimmter Forderungen und Verpflichtungen, wie z. B. konsolidierter Clearingschulden, deren Veränderungen in den Zahlungsbilanztabellen nicht der Devisen-, sondern der Kapitalbilanz zugerechnet wurden. — <sup>3)</sup> Ohne Berücksichtigung der jeweils letzten EZU-Abrechnung.

**4. Kurzfristige Forderungen und Verpflichtungen der Geschäftsbanken gegenüber dem Ausland<sup>\*)</sup>**

Stand am Ende des Berichtszeitraums

Mio DM

Jahres- bzw. Monatsende	Saldo der Forderungen und Verpflichtungen	Forderungen							Verpflichtungen				
		Insgesamt	Guthaben bei ausländischen Banken und Geldmarktanlagen				Kurzfristige Kredite		Insgesamt	Einlagen von Ausländern		Kurzfristige Kredite	
			Insgesamt	Täglich fällige Gelder	Termingelder	Geldmarktanlagen	DM	Ausländische Währung		DM	Ausländische Währung	DM	Ausländische Währung
1955	— 1 397	524	320	312	7	1	169	35	1 921	1 411	62	0	448
1956	— 2 309	715	379	363	13	4	301	35	3 024	2 062	52	6	904
1957	— 2 285	1 320	775	307	20	448	523	22	3 605	2 600	50	25	930
1958	— 1 551	1 919	1 040	431	128	481	824	55	3 470	2 802	91	40	537
1959	— 272	3 471	2 543	939	358	1 246	704	224	3 743	3 077	333	16	317
1957 März	— 2 332	768	380	362	14	4	372	16	3 100	1 963	108	22	1 007
1957 Juni	— 2 168	986	408	396	12	0	549	29	3 154	2 112	107	12	923
1957 Sept.	— 3 088	723	289	269	20	0	413	21	3 811	2 794	38	30	949
1957 Dez.	— 2 285	1 320	775	307	20	448	523	22	3 605	2 600	50	25	930
1958 März	— 1 525	2 055	978	342	26	610	1 046	31	3 580	2 740	82	37	721
1958 Juni	— 1 408	2 102	916	407	35	474	1 146	40	3 510	2 688	90	30	702
1958 Sept.	— 1 207	2 263	1 096	491	112	493	1 114	53	3 470	2 747	112	31	580
1958 Dez.	— 1 551	1 919	1 040	431	128	481	824	55	3 470	2 802	91	40	537
1959 Jan.	— 308	2 721	1 946	520	815	611	624	151	3 029	2 422	110	50	447
1959 Febr.	— 58	2 954	2 214	522	979	713	589	151	3 012	2 410	111	58	432
1959 März	— 208	2 747	2 022	486	916	620	582	143	2 955	2 403	96	59	398
1959 April	+ 189	3 292	2 505	469	1 213	823	635	152	3 103	2 544	116	58	385
1959 Mai	+ 12	3 123	2 355	503	1 035	817	598	170	3 111	2 608	150	35	318
1959 Juni	+ 145	3 356	2 651	662	1 099	890	544	161	3 211	2 690	203	33	285
1959 Juli	+ 492	3 890	3 104	862	1 326	916	626	160	3 398	2 847	242	24	285
1959 Aug.	+ 877	4 024	3 220	896	1 312	1 012	631	173	3 147	2 636	228	15	268
1959 Sept.	+ 762	3 977	3 108	903	1 255	950	720	149	3 215	2 670	261	17	267
1959 Okt.	+ 1 028	4 201	3 275	1 153	1 152	970	762	164	3 173	2 613	270	24	266
1959 Nov.	+ 579	3 804	2 914	1 059	938	917	712	178	3 225	2 656	271	16	282
1959 Dez.	+ 272	3 471	2 543	939	358	1 246	704	224	3 743	3 077	333	16	317
1960 Jan.	+ 734	4 219	3 261	1 200	705	1 356	728	230	3 485	2 822	308	16	339
1960 Febr.	+ 105	3 610	2 628	947	510	1 171	756	226	3 505	2 777	332	22	374
1960 März	— 392	3 457	2 383	1 059	500	824	843	231	3 849	2 949	431	29	440
1960 April	— 1 026	3 243	2 201	1 204	406	591	848	194	4 269	3 166	561	39	503
1960 Mai	— 1 389	2 956	1 954	1 066	474	414	825	177	4 345	3 133	620	39	553
1960 Juni	— 2 011	2 279	1 192	624	226	342	920	167	4 290	3 095	393	40	762

<sup>\*)</sup> Ab Ende Juli 1959 einschl. der Forderungen und Verpflichtungen der saarländischen Geschäftsbanken gegenüber dem Ausland, jedoch ohne die bis Ende Juni 1959 erfaßten Forderungen und Verpflichtungen der Geschäftsbanken des übrigen Bundesgebietes gegenüber dem Saarland.

## 5. Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland\*) +)

(einschl. Ergänzungen zum Warenverkehr <sup>1)</sup>)

Mio DM

Positionen	1957	1958	1959	1958				1959				1960				
				1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	März	April	Mai	
<b>Insgesamt <sup>2)</sup></b>	<b>Einnahmen</b> 10 136 <b>Ausgaben</b> 6 706	11 135 8 209	11 616 9 800	2 605 1 784	2 719 2 018	2 926 2 360	2 885 2 847	2 718 2 053	2 810 2 417	3 099 2 957	2 989 2 373	3 047 2 177	1 095 780	1 061 785	950 798	
	Saldo	+3 430	+2 926	+1 816	+ 821	+ 701	+ 566	+ 838	+ 665	+ 393	+ 142	+ 616	+ 870	+ 315	+ 276	+ 152
<b>I. Dienstleistungen insgesamt</b>	<b>Einnahmen</b> 9 953 <b>Ausgaben</b> 6 556	11 046 8 046	11 561 9 488	2 582 1 752	2 696 1 971	2 906 2 314	2 862 2 009	2 698 2 025	2 800 2 330	3 092 2 842	2 971 2 291	2 961 2 146	1 066 768	1 004 773	946 789	
	Saldo	+3 397	+3 000	+2 073	+ 830	+ 725	+ 592	+ 853	+ 673	+ 470	+ 250	+ 680	+ 815	+ 298	+ 231	+ 157
<b>1) Reiseverkehr</b>	<b>Einnahmen</b> 1 864 <b>Ausgaben</b> 1 381	1 898 1 898	1 896 2 399	319 293	525 513	623 892	431 355	330 412	527 633	630 953	409 401	342 442	129 169	151 202	161 207	
	Saldo	+ 483	- 155	- 503	+ 26	+ 12	- 269	+ 76	- 82	- 106	- 323	+ 8	- 100	- 40	- 51	- 46
<b>2) Transport <sup>3) 4)</sup></b>	<b>Einnahmen</b> 3 724 <b>Ausgaben</b> 1 235	3 533 1 348	3 606 1 416	879 328	851 337	879 342	924 341	874 331	854 326	931 365	947 394	934 374	313 129	318 115	300 123	
	Saldo	+2 489	+2 185	+2 190	+ 551	+ 514	+ 537	+ 583	+ 543	+ 528	+ 566	+ 553	+ 560	+ 184	+ 203	+ 177
<b>davon: Seefrachten <sup>4)</sup></b>	<b>Einnahmen</b> 2 482 <b>Ausgaben</b> 88	2 269 88	2 287 82	598 19	541 21	554 25	576 23	593 18	529 18	562 22	603 24	584 24	196 8	202 8	189 8	
<b>Binnenschiffsfrachten</b>	<b>Einnahmen</b> 88 <b>Ausgaben</b> 88	88 94	82 106	19 21	21 22	25 27	23 24	18 23	18 23	22 28	24 32	24 36	8 12	8	8	
	Saldo	- 6	- 24	- 2	- 1	- 2	- 1	- 5	- 5	- 6	- 8	- 12	- 4	- 0	- 0	
<b>Bundesbahn</b>	<b>Einnahmen</b> 303 <b>Ausgaben</b> 92	319 111	304 124	68 17	82 35	92 32	77 27	74 23	72 24	89 38	69 39	69 23	25 9	22 4	28 11	
	Saldo	+ 211	+ 208	+ 180	+ 51	+ 47	+ 60	+ 50	+ 51	+ 48	+ 51	+ 30	+ 46	+ 16	+ 18	+ 17
<b>Hafendienste</b>	<b>Einnahmen <sup>5)</sup></b> 374 <b>Ausgaben</b> 847	366 889	388 922	89 231	90 215	83 221	104 222	83 231	100 217	115 226	90 248	94 233	33 82	33 74	24 72	
	Saldo	- 473	- 523	- 534	- 142	- 125	- 138	- 118	- 148	- 117	- 111	- 158	- 139	- 49	- 41	- 48
<b>Reparaturen an Transportmitteln</b>	<b>Einnahmen</b> 140 <b>Ausgaben</b> 10	110 11	102 16	24 3	21 2	28 3	37 3	22 3	26 4	22 4	32 5	35 7	8 3	8 3	8 3	
	Saldo	+ 130	+ 99	+ 86	+ 21	+ 19	+ 25	+ 34	+ 19	+ 22	+ 18	+ 27	+ 28	+ 5	+ 5	+ 5
<b>Sonstige Transportleistungen</b>	<b>Einnahmen</b> 337 <b>Ausgaben</b> 198	381 243	443 248	81 56	96 63	97 59	107 65	84 51	109 58	121 69	129 70	128 75	43 23	45 26	43 29	
	Saldo	+ 139	+ 138	+ 195	+ 25	+ 33	+ 38	+ 42	+ 33	+ 51	+ 52	+ 59	+ 53	+ 20	+ 19	+ 14
<b>3) Versicherungen <sup>3) 4)</sup></b>	<b>Einnahmen</b> 199 <b>Ausgaben</b> 153	234 233	276 301	58 48	58 47	54 60	64 78	61 62	64 78	72 79	79 82	66 78	22 26	26 28	26 31	
	Saldo	+ 46	+ 1	- 25	+ 10	+ 11	- 6	- 14	- 1	- 14	- 7	- 3	- 12	- 4	- 2	- 5
<b>4) Kapitalerträge</b>	<b>Einnahmen</b> 409 <b>Ausgaben</b> 804	424 1 048	613 1 645	129 240	59 252	154 209	82 347	185 315	100 398	176 511	152 421	196 260	64 104	58 95	41 119	
	Saldo	- 395	- 624	- 1 032	- 111	- 193	- 55	- 265	- 130	- 298	- 335	- 269	- 64	- 40	- 37	- 78
<b>darunter: Zinszahlungen im Rahmen der Londoner Schuldenabkommen <sup>6)</sup></b>	<b>Ausgaben</b> 228	233	212	83	43	76	31	92	28	63	29	65	5	1	12	
<b>5) Regierung <sup>7)</sup></b>	<b>Einnahmen</b> 2 662 <b>Ausgaben</b> 291	3 879 3 878	4 128 4 883	924 82	938 93	958 97	1 059 116	1 022 110	986 90	1 003 139	1 117 144	1 116 126	431 46	318 34	348 34	
	Saldo	+2 371	+3 491	+3 645	+ 842	+ 845	+ 861	+ 943	+ 912	+ 896	+ 864	+ 973	+ 990	+ 385	+ 284	+ 314
<b>darunter: Leistungen für ausländische militärische Dienststellen <sup>8)</sup></b>	<b>Einnahmen</b> 2 660 <b>Ausgaben</b> 1 095	3 877 2 976	4 121 3 244	923 761	938 729	958 714	1 058 772	1 021 795	985 805	1 001 795	1 114 849	1 111 866	431 294	316 299	347 275	
<b>6) Verschiedene Dienstleistungen</b>	<b>Einnahmen</b> 1 095 <b>Ausgaben</b> 2 692	1 078 2 976	1 042 3 244	273 761	265 729	238 714	302 772	226 795	269 805	280 795	267 849	307 866	107 294	133 299	70 275	
	Saldo	-1 597	-1 898	-2 202	- 488	- 464	- 476	- 470	- 569	- 536	- 515	- 582	- 559	- 187	- 166	- 205
<b>davon: Provisionen, Werbe- und Messekosten</b>	<b>Einnahmen</b> 168 <b>Ausgaben</b> 1 048	171 1 085	160 1 112	43 292	40 272	41 243	47 278	39 259	38 279	41 277	42 297	44 314	14 102	14 103	15 104	
	Saldo	- 880	- 914	- 952	- 249	- 232	- 202	- 231	- 220	- 241	- 236	- 255	- 270	- 88	- 89	- 89
<b>Lizenzen und Patente (einschl. Filmgeschäft)</b>	<b>Einnahmen</b> 112 <b>Ausgaben</b> 415	142 487	169 535	36 126	34 114	31 117	41 130	36 129	39 130	49 132	45 144	47 169	16 59	15 55	14 46	
	Saldo	- 303	- 345	- 366	- 90	- 80	- 86	- 89	- 93	- 91	- 83	- 99	- 122	- 43	- 40	- 32
<b>Arbeitsentgelte, Renten und Pensionen</b>	<b>Einnahmen</b> 182 <b>Ausgaben</b> 389	175 485	107 575	39 109	43 117	43 123	50 136	30 128	33 158	20 142	24 147	26 145	5 47	10 51	9 42	
	Saldo	- 207	- 310	- 468	- 70	- 74	- 80	- 86	- 98	- 125	- 122	- 123	- 119	- 42	- 41	- 33
<b>Bauleistungen, Montagen und Ausbesserungen</b>	<b>Einnahmen</b> 236 <b>Ausgaben</b> 162	215 192	236 234	53 43	42 39	58 49	62 61	49 49	63 50	65 63	59 72	71 60	23 21	27 23	13 23	
	Saldo	+ 74	+ 23	+ 2	+ 10	+ 3	+ 9	+ 1	+ 0	+ 13	+ 2	- 13	+ 11	+ 2	+ 4	- 10
<b>Regiekosten</b>	<b>Einnahmen</b> 13 <b>Ausgaben</b> 29	13 153	16 123	3 27	3 33	2 56	5 37	3 38	6 32	3 26	4 27	5 24	1 6	2 7	1 6	
	Saldo	- 16	- 140	- 107	- 24	- 30	- 54	- 32	- 35	- 26	- 23	- 23	- 19	- 5	- 5	- 5
<b>Bundespost</b>	<b>Einnahmen</b> 20 <b>Ausgaben</b> 45	17 62	49 55	4 13	4 18	4 19	5 12	12 14	10 13	12 17	15 11	18 13	8 6	7 6	3 6	
	Saldo	- 25	- 45	- 6	- 9	- 14	- 15	- 7	- 2	- 3	- 5	+ 4	+ 5	+ 2	+ 1	- 3
<b>Sonstige Dienstleistungen</b>	<b>Einnahmen</b> 364 <b>Ausgaben</b> 604	345 512	305 610	95 151	99 136	59 107	92 118	57 178	80 143	90 138	78 151	96 141	40 53	58 54	15 48	
	Saldo	- 240	- 167	- 305	- 56	- 37	- 48	- 26	- 121	- 63	- 48	- 73	- 45	- 13	+ 4	- 33
<b>II. Ergänzungen zum Warenverkehr <sup>1)</sup></b>	<b>Einnahmen</b> 183 <b>Ausgaben</b> 150	89 163	55 312	23 32	23 47	20 46	23 38	20 28	10 87	7 115	18 82	86 31	29 12	57 12	4 9	
	Saldo	+ 33	- 74	- 257	- 9	- 24	- 26	- 15	- 8	- 77	- 108	- 64	+ 55	+ 17	+ 45	- 5

<sup>1)</sup> Vom Tage der wirtschaftlichen Eingliederung des Saarlandes an (6. 7. 1959) einschl. der Transaktionen des Saarlandes mit dem Ausland. — +) Aufgliederung der Position „Dienstleistungsbilanz“ der Tabelle VII, 2 für die Zeiträume, über die bereits vollständige Unterlagen vorliegen. — <sup>2)</sup> Saldo des Transhandels und andere Ergänzungen. — <sup>3)</sup> Vgl. Anmerkungen <sup>3)</sup> und <sup>5)</sup> bis <sup>6)</sup>. — <sup>4)</sup> Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- bzw. Versicherungskosten. — <sup>5)</sup> Einschl. Einnahmen der deutschen Seeschiffahrt bzw. der deutschen Versicherungsunternehmen von deutschen Exporteuren und Importeuren. Soweit es sich dabei um Zahlungen deutscher Exporteure handelt, führen diese zu entsprechenden Einnahmen der Exporteure im Rahmen von Ausfuhr-cif-Abschlüssen; handelt es sich dagegen um Zahlungen deutscher Importeure, sind diese im cif-Wert der Einfuhr als Ausgaben erfasst. — <sup>6)</sup> Ohne Einnahmen aus der Ausfuhr von Schiffs- und Flugzeugbedarf. — <sup>7)</sup> Ohne die auf den inländischen Besitz an Auslandsanleihen entfallenden Zinszahlungen im Rahmen der Londoner Schuldenabkommen. — <sup>8)</sup> Von Regierungsstellen des In- und Auslands in Anspruch genommene bzw. erbrachte Leistungen, die nicht in anderen Zahlungsbilanzpositionen ausgewiesen sind. — <sup>9)</sup> Einnahmen aus Warenlieferungen und Dienstleistungen.





6. Großhandels- und Erzeugerpreise

Zeit	Bundesgebiet außer Berlin und Saarland												Weltmarkt					
	Preisindex ausgewählter Grundstoffe				Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte				Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte				Index der Weltmarktpreise <sup>1)</sup>					
	gesamt		davon		gesamt		darunter		gesamt		darunter		gesamt		davon			
	1950 = 100	Veränderung in vH zum Vormonat bzw. -jahr	landforst- und plan-tagen-wirtschaft-licher Herkunft	indu-strieller Herkunft	1950 = 100	Veränderung in vH zum Vormonat bzw. -jahr	Grund-stoff- und Produktions-güter	Investi-tions-güter	Ver-brauchs-güter	1950/51 = 100	Veränderung in vH zum Vormonat bzw. -jahr	Pflanz-liche Pro-dukte	Tle-rische Pro-dukte	Index der Einkaufs-preise für Aus-lands-güter	1950 = 100	Veränderung in vH zum Vormonat bzw. -jahr	Nah-rungs-mittel	Ge-werb-liche Roh-stoffe
1950	100		100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	
1951	119	+ 19,5	117	122	119	+ 2,6	127	117	122	116	+ 15,6	134	107	128	120	+ 15,0	108	125
1952	124	+ 4,1	117	133	121	+ 2,3	138	127	105	113	+ 1,9	137	103	112	98	+ 17,8	105	97
1953	122	+ 1,9	110	135	118	+ 2,6	132	125	97	112	+ 1,5	126	105	103	95	+ 3,3	103	93
1954	123	+ 0,8	113	133	120	+ 1,6	129	122	96	116	+ 4,0	139	106	109	97	+ 1,8	107	94
1955	125	+ 2,1	114	137	119	+ 2,2	136	124	96	123	+ 5,6	144	113	103	98	+ 1,3	102	98
1956	129	+ 3,0	119	140	121	+ 2,0	137	128	98	127	+ 3,8	147	118	107	100	+ 1,8	103	100
1957	132	+ 2,1	120	145	124	+ 2,5	139	132	102	132	+ 3,3	157	120	106	99	+ 1,3	101	99
1958	132	+ 0,0	119	146	125	+ 0,7	139	134	101	130	+ 1,3	143	124	100	94	+ 5,2	99	93
1959	132	+ 0,7	120	145	124	+ 0,8	137	133	99	.	.	.	.	97	95	+ 1,9	97	96
1958 Jan.	134	+ 0,1	122	147	126	+ 0,5	139	133	102	133	+ 0,6	157	122	102	94	+ 0,8	98	93
1958 Febr.	133	+ 0,6	121	147	126	+ 0,1	139	134	102	133	+ 0,1	161	120	101	93	+ 0,6	97	93
1958 März	132	+ 0,5	120	146	126	+ 0,1	139	134	102	134	+ 0,9	169	118	100	93	+ 0,4	98	92
1958 April	132	+ 0,1	120	146	125	+ 0,1	139	134	102	136	+ 1,6	181	116	101	93	+ 0,1	99	91
1958 Mai	132	+ 0,2	120	145	125	+ 0,2	139	134	101	135	+ 0,5	179	116	102	93	+ 0,4	100	92
1958 Juni	132	+ 0,3	119	146	125	+ 0,0	139	134	101	132	+ 1,1	165	117	102	93	+ 0,1	99	92
1958 Juli	131	+ 0,4	118	145	125	+ 0,2	138	134	100	131	+ 2,3	157	119	101	94	+ 0,4	99	93
1958 Aug.	131	+ 0,3	118	145	125	+ 0,1	139	134	100	127	+ 2,4	139	122	100	94	+ 0,2	98	93
1958 Sept.	130	+ 0,2	117	145	125	+ 0,1	139	134	100	126	+ 1,4	129	125	99	94	+ 0,6	99	92
1958 Okt.	131	+ 0,4	118	145	125	+ 0,1	139	134	99	128	+ 1,4	133	125	99	94	+ 0,1	98	92
1958 Nov.	132	+ 0,6	119	145	125	+ 0,1	139	134	99	131	+ 2,2	141	126	99	95	+ 0,5	99	94
1958 Dez.	132	+ 0,1	120	145	125	+ 0,1	138	134	99	133	+ 1,8	148	126	98	94	+ 1,0	99	93
1959 Jan.	132	+ 0,2	119	145	124	+ 0,2	138	134	98	135	+ 1,3	158	124	96	93	+ 0,2	98	93
1959 Febr.	132	+ 0,2	119	146	124	+ 0,0	138	134	98	135	+ 0,6	159	125	96	94	+ 0,2	98	93
1959 März	132	+ 0,3	118	146	124	+ 0,2	138	133	98	134	+ 0,8	156	124	96	94	+ 0,6	98	94
1959 April	131	+ 0,8	117	145	124	+ 0,3	137	133	98	133	+ 1,2	152	124	97	96	+ 1,8	98	96
1959 Mai	131	+ 0,2	118	145	124	+ 0	137	133	98	133	+ 0,1	148	126	98	97	+ 0,8	98	97
1959 Juni	131	+ 0,2	118	145	124	+ 0,2	137	133	98	134	+ 1,0	155	124	96	96	+ 1,1	97	96
1959 Juli	133	+ 1,6	122	144	124	+ 0,0	136	133	98	144	+ 7,1	187	124	96	95	+ 0,3	96	96
1959 Aug.	132	+ 0,1	120	145	124	+ 0,3	137	133	99	139	+ 3,3	161	128	97	96	+ 0,7	96	96
1959 Sept.	132	+ 0,2	121	145	124	+ 0,1	136	133	99	137	+ 1,6	155	128	98	96	+ 0,1	97	96
1959 Okt.	133	+ 0,3	121	146	125	+ 0,4	137	134	100	138	+ 1,1	164	126	99	96	+ 0,2	97	96
1959 Nov.	134	+ 0,9	123	146	125	+ 0,3	137	133	100	139	+ 0,7	164	127	100	96	+ 0,9	98	97
1959 Dez.	134	+ 0,2	122	146	125	+ 0,0	138	133	101	138	+ 0,5	167	125	100	96	+ 0,6	96	97
1960 Jan.	133	+ 0,1	121	147	125	+ 0,2	138	134	102	138	+ 0,3	174	121	100	96	+ 0,5	96	98
1960 Febr.	133	+ 0,6	120	147	125	+ 0,0	138	134	102	137	+ 0,5	174	120	99	96	+ 0,7	95	97
1960 März	132	+ 0,2	120	147	125	+ 0,1	138	134	102	137	+ 0,1	178	119	99	95	+ 0,4	94	97
1960 April	133	+ 0,1	119	147	125	+ 0,2	139	134	102	138	+ 0,8	183	118	99	95	+ 0,3	93	98
1960 Mai	132	+ 0,1	119	147	125	+ 0,1	138	134	103	135	+ 2,1	171	119	100	96	+ 0,6	92	99
1960 Juni <sup>p)</sup>	132	+ 0,2	119	147	125	+ 0,1	138	134	103	134	+ 1,3	159	122	98	95	+ 0,9	92	98

Quelle: Statistisches Bundesamt. — <sup>1)</sup> Index der Weltmarktpreise lt. „Volkswirt“ (Schulze). — <sup>2)</sup> 1950/51. — <sup>p)</sup> Vorläufig.

7. Verbraucherpreise und Löhne  
Bundesgebiet außer Berlin und Saarland

Zeit	Preisindex für die Lebenshaltung <sup>1)</sup> mittlere Verbrauchersgruppe								Index der Einzelhandelspreise <sup>1)</sup>			Löhne der Industriearbeiter, einschl. Bergbau			
	gesamt		darunter:						gesamt		Durchschnittliche Brutto-Stunden-Vergeldeste	Durchschnittliche bezahlte Wochen-arbeitszeit	Durchschnittliche Brutto-wochen-verdienste		
	1950 = 100	Veränderung in vH zum Vormonat bzw. -jahr	Er-nährung	Heizung und Be-leuchtung	Hausrat	Be-leidung	Reinigung und Körper-pflege	Verkehr	1950 = 100	Veränderung in vH zum Vormonat bzw. -jahr					
1950	100		100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1951	108	+ 7,8	109	108	111	111	108	112	109	+ 9,3	115	99	114	123	114
1952	110	+ 2,1	114	116	110	103	107	117	109	+ 4,3	124	99	123	114	123
1953	108	+ 1,8	112	120	104	98	104	118	104	+ 0,2	130	100	129	114	129
1954	108	+ 0,1	114	127	102	97	103	119	104	+ 0,6	133	100	134	114	134
1955	110	+ 1,6	116	130	103	97	106	119	105	+ 1,0	143	101	144	114	144
1956	113	+ 2,6	119	132	105	97	108	118	106	+ 1,6	156	100	155	114	155
1957	115	+ 2,3	122	136	110	101	111	120	109	+ 2,6	170	96	163	114	163
1958	119	+ 3,1	126	143	112	104	114	133	111	+ 2,1	182	94	171	114	171
1959	121	+ 1,4	128	144	112	105	115	136	112	+ 0,6	192	94	180	114	180
1958 Jan.	119	+ 1,0	127	140	111	104	113	122	111	+ 0,6	.	.	.	171	.
1958 Febr.	119	+ 0,2	126	142	111	104	113	122	111	+ 0,2	178	93	165	114	165
1958 März	119	+ 0,0	126	142	111	104	113	122	111	+ 0,1	.	.	.	165	.
1958 April	119	+ 0,3	127	142	112	105	113	122	112	+ 0,3	.	.	.	171	.
1958 Mai	120	+ 0,1	127	142	112	105	114	124	112	+ 0	181	95	171	114	171
1958 Juni	120	+ 0,1	126	142	112	105	114	124	112	+ 0,0	.	.	.	171	.
1958 Juli	120	+ 0,2	126	143	112	105	114	126	112	+ 0,3	.	.	.	171	.
1958 Aug.	119	+ 0,7	124	143	112	105	114	125	111	+ 1,1	184	95	173	114	173
1958 Sept.	118	+ 0,3	124	144	112	105	114	125	111	+ 0,3	.	.	.	173	.
1958 Okt.	118	+ 0,2	123	145	112	104	114	126	111	+ 0,1	.	.	.	173	.
1958 Nov.	119	+ 0,6	124	145	112	104	114	126	111	+ 0,4	184	95	175	114	175
1958 Dez.	119	+ 0,3	125	145	112	104	114	126	111	+ 0,3	.	.	.	175	.
1959 Jan.	119	+ 0,1	125	145	112	104	114	126	112	+ 0,1	.	.	.	175	.
1959 Febr.	119	+ 0,0	125	145	112	104	114	126	111	+ 0,0	186	92	171	114	171
1959 März	119	+ 0,1	126	145	112	104	114	126	111	+ 0,1	.	.	.	171	.
1959 April	119	+ 0,3	125	143	112	104	114	126	111	+ 0,4	.	.	.	171	.
1959 Mai	119	+ 0,1	125	143	112	104	114	126	111	+ 0,4	190	95	180	114	180
1959 Juni	120	+ 0,3	126	143	112	104	114	126	111	+ 0,4	.	.	.	180	.
1959 Juli	121	+ 1,2	128	144	112	105	115	127	112	+ 1,4	.	.	.	180	.
1959 Aug.	121	+ 0,3	129	145	112	105	115	127	112	+ 0,2	192	94	181	114	181
1959 Sept.	121	+ 0,3	129	145	112	105	115	127	112	+ 0,3	.	.	.	181	.
1959 Okt.	124	+ 1,1	131	146	112	106	115	127	112	+ 0,3	.	.	.	181	.
1959 Nov.	123	+ 0,7	133	146	112	106	115	127	113	+ 0,7	197	96	188	114	188
1959 Dez.	123	+ 0,1	132	146	112	106	115	127	113	+ 0,1	.	.	.	188	.
1960 Jan.	123,2	+ 0,2	131,7	146,8	111,7	106,4	115,5	137,5	113	+ 0,2	.	.	.	188	.
1960 Febr.	122,9	+ 0,2	131,0	147,0	111,6	106,6	115,6	137,5	113	+ 0,0	199	93	184	114	184
1960 März	122,8	+ 0,1	130,8	146,9	111,6	106,7	115,7	137,5	113	+ 0,0	.	.	.	184	

## 8. Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts \*)

in jeweiligen Preisen  
Bundesgebiet ohne Berlin und Saarland

Positionen	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958 <sup>4)</sup>	1959 <sup>5)</sup>
Mrd DM										
<b>I. Entstehung des Bruttosozialprodukts</b>										
Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	10.1	12.2	13.3	13.4	13.7	14.5	15.0	15.6	16.5	17.1
Warenproduzierendes Gewerbe <sup>2)</sup>	48.0	61.0	69.0	75.5	82.0	95.3	104.9	113.3	119.0	128.5
Handel und Verkehr <sup>4)</sup>	20.1	23.6	28.2	29.0	31.0	35.7	39.4	43.6	46.4	50.4
Dienstleistungsbereiche <sup>5)</sup>	19.0	21.8	25.0	27.6	30.3	33.6	37.8	41.7	45.7	48.9
Bruttoinlandsprodukt	97.2	118.6	135.5	145.5	157.0	179.1	197.1	214.2	227.6	244.9
Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen In- und Ausland	+ 0.0	- 0.0	+ 0.1	+ 0.0	- 0.6	- 0.8	- 0.7	- 0.6	- 0.3	- 0.5
Bruttosozialprodukt	97.2	118.6	135.6	145.5	156.4	178.3	196.4	213.6	227.3	244.4
vH des Bruttoinlandsprodukts										
Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	10.4	10.3	9.8	9.2	8.8	8.1	7.6	7.3	7.3	7.0
Warenproduzierendes Gewerbe <sup>2)</sup>	49.4	51.4	50.9	51.9	52.2	53.2	53.2	52.9	52.3	52.5
Handel und Verkehr <sup>4)</sup>	20.7	19.9	20.9	19.9	19.7	19.9	20.0	20.3	20.4	20.6
Dienstleistungsbereiche <sup>5)</sup>	19.5	18.4	18.4	19.0	19.3	18.8	19.2	19.5	20.0	19.9
Bruttoinlandsprodukt	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mrd DM										
<b>II. Verwendung des Bruttosozialprodukts</b>										
Privater Verbrauch	62.5	72.5	79.9	87.6	92.8	103.4	115.1	125.6	134.8	142.9
Staatsverbrauch										
Ziviler Aufwand	9.6	11.3	13.3	14.7	16.1	17.7	19.9	21.7	24.3	25.3
Verteidigungsaufwand <sup>6)</sup>	4.4	6.1	7.5	6.3	6.0	6.1	5.5	5.6	6.3	8.4
Staatsverbrauch insgesamt	14.0	17.4	20.8	21.1	22.0	23.8	25.4	27.3	30.6	33.7
Bruttoinvestitionen										
Ausrüstungen	9.4	12.1	14.2	15.4	17.5	21.9	23.7	24.2	25.6	28.0
Bauten	8.9	10.4	11.7	14.0	15.5	19.1	21.3	22.5	24.3	28.2
Anlagen insgesamt	18.3	22.5	25.9	29.3	32.9	41.0	45.0	46.7	49.9	56.2
Vorratsveränderung	+ 3.7	+ 3.9	+ 5.6	+ 2.1	+ 3.4	+ 6.0	+ 4.3	+ 5.3	+ 3.2	+ 2.5
Bruttoinvestitionen insgesamt	21.9	26.4	31.5	31.4	36.3	47.0	49.3	52.0	53.1	58.7
Saldo der Waren- und Dienstleistungsbilanz <sup>7)</sup>	- 1.2	+ 2.3	+ 3.4	+ 5.5	+ 5.3	+ 4.2	+ 6.6	+ 8.7	+ 8.9	+ 9.1
Bruttosozialprodukt	97.2	118.6	135.6	145.5	156.4	178.3	196.4	213.6	227.3	244.4

Quelle: Statistisches Bundesamt.

\*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — <sup>1)</sup> Vorläufige Ergebnisse. — <sup>2)</sup> Erste vorläufige Ergebnisse. — <sup>3)</sup> Bergbau und Energiewirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe. — <sup>4)</sup> Einschließlich Nachrichtenübermittlung. — <sup>5)</sup> Banken und Privatversicherungen, Wohnungsvermietung, Staat, Sonstige Dienstleistungen. — <sup>6)</sup> Bis 5. 5. 1955 Besatzungskosten. — <sup>7)</sup> Mit dem Ausland, dem Saarland, Berlin (West) und der sowjetisch besetzten Zone.

## 9. Masseneinkommen \*)

Bundesgebiet ohne Berlin und Saarland

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter		Abzüge		Nettolöhne und -gehälter (1./3)		Beamtenpensionen netto <sup>1)</sup>		Sozialrenten und Unterstützungen		Masseneinkommen (5 + 7 + 9)	
	Mrd DM	Veränderung gegenüber entsprechendem Vorjahrszeitraum vH	Mrd DM	Veränderung gegenüber entsprechendem Vorjahrszeitraum vH	Mrd DM	Veränderung gegenüber entsprechendem Vorjahrszeitraum vH	Mrd DM	Veränderung gegenüber entsprechendem Vorjahrszeitraum vH	Mrd DM	Veränderung gegenüber entsprechendem Vorjahrszeitraum vH	Mrd DM	Veränderung gegenüber entsprechendem Vorjahrszeitraum vH
1950	39.8	-	5.1	-	34.7	-	2.1	-	9.6	-	46.4	-
1951	48.4	+ 21.5	6.8	+ 34.7	41.5	+ 19.6	2.4	+ 15.0	10.8	+ 11.6	54.7	+ 17.7
1952	53.9	+ 11.4	8.0	+ 16.8	45.9	+ 10.5	3.0	+ 25.2	12.5	+ 15.7	61.3	+ 12.2
1953	59.4	+ 10.2	8.5	+ 7.1	50.8	+ 10.7	3.3	+ 11.8	13.6	+ 9.3	67.8	+ 10.5
1954	65.0	+ 9.4	9.1	+ 6.8	55.8	+ 9.9	3.7	+ 9.9	14.3	+ 4.8	73.8	+ 8.8
1955	73.9	+ 13.8	10.5	+ 13.5	63.4	+ 13.6	4.0	+ 8.6	16.2	+ 13.6	83.6	+ 13.3
1956	82.9	+ 12.1	12.1	+ 16.9	70.8	+ 11.6	4.3	+ 9.6	18.3	+ 12.9	93.4	+ 11.8
1957	89.7	+ 8.2	12.7	+ 4.8	77.0	+ 8.8	4.7	+ 8.1	23.0	+ 25.9	104.7	+ 12.1
1958	96.8	+ 7.9	14.5	+ 14.2	82.3	+ 6.8	5.1	+ 7.9	26.0	+ 12.7	113.3	+ 8.2
1959 <sup>p)</sup>	103.4	+ 6.9	15.2	+ 5.3	88.2	+ 7.2	5.2	+ 2.3	26.8	+ 3.3	120.2	+ 6.1
1958 1. Vj.	21.9	+ 7.6	3.0	+ 22.9	18.9	+ 5.5	1.3	+ 14.2	6.8	+ 37.2	27.0	+ 12.5
2. "	24.4	+ 7.7	3.7	+ 15.7	20.8	+ 6.5	1.2	+ 11.6	6.3	+ 6.8	28.3	+ 6.8
3. "	25.1	+ 8.6	3.9	+ 16.2	21.2	+ 7.3	1.2	+ 6.4	6.3	+ 6.5	28.7	+ 7.1
4. "	25.3	+ 7.5	4.0	+ 5.6	21.4	+ 7.8	1.3	+ 0.6	6.5	+ 4.6	29.2	+ 6.7
1959 1. Vj.	23.4	+ 6.8	3.0	- 0.0	20.4	+ 7.8	1.3	+ 5.6	7.0	+ 2.0	28.7	+ 6.2
2. "	26.0	+ 6.3	3.7	+ 2.3	22.2	+ 7.1	1.3	+ 2.3	6.5	+ 3.5	30.0	+ 6.1
3. "	26.6	+ 6.2	4.0	+ 4.0	22.6	+ 6.5	1.3	+ 1.2	6.5	+ 3.8	30.4	+ 5.7
4. " p)	27.4	+ 8.2	4.5	+ 13.2	22.9	+ 7.3	1.3	+ 0.0	6.8	+ 4.1	31.0	+ 6.2
1960 1. Vj. p)	25.8	+ 10.4	3.6	+ 19.9	22.2	+ 8.9	1.4	+ 1.3	7.0	+ 0.0	30.6	+ 6.4

\*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — <sup>1)</sup> Nach Abzug direkter Steuern. — <sup>p)</sup> Vorläufig.

## IX. Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse

Kassa-Kurse in DM

Zeit	Amsterdam			Brüssel			Kopenhagen			Lissabon		
	100 hfl			100 bfms			100 dkr			100 Esc		
	Parität 110,526 DM			Parität 8,40 DM			Parität 60,8066 DM			Parität 14,609 DM		
	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief
1960												
Juni												
1.	110,615	110,505	110,725	8,365	8,355	8,375	60,35	60,29	60,41	14,555	14,535	14,575
2.	110,61	110,50	110,72	8,366	8,356	8,376	60,345	60,285	60,405	14,547	14,527	14,567
3.	110,605	110,495	110,715	8,366	8,356	8,376	60,38	60,32	60,44	14,55	14,53	14,57
7.	110,60	110,49	110,71	8,365	8,355	8,375	60,395	60,335	60,455	14,56	14,54	14,58
8.	110,60	110,49	110,71	8,364	8,354	8,374	60,395	60,335	60,455	14,553	14,533	14,573
9.	110,61	110,50	110,72	8,363	8,353	8,373	60,395	60,335	60,455	14,553	14,533	14,573
10.	110,605	110,495	110,715	8,361	8,351	8,371	60,405	60,345	60,465	14,555	14,535	14,575
11.	110,605	110,495	110,715	8,361	8,351	8,371	60,41	60,35	60,47	14,555	14,535	14,575
13.	110,605	110,495	110,715	8,361	8,351	8,371	60,385	60,325	60,445	14,552	14,532	14,572
14.	110,605	110,495	110,715	8,361	8,351	8,371	60,40	60,34	60,46	14,55	14,53	14,57
15.	110,61	110,50	110,72	8,363	8,353	8,373	60,445	60,385	60,505	14,558	14,538	14,578
20.	110,605	110,495	110,715	8,363	8,353	8,373	60,455	60,395	60,515	14,558	14,538	14,578
21.	110,61	110,50	110,72	8,364	8,354	8,374	60,475	60,415	60,535	14,562	14,542	14,582
22.	110,61	110,50	110,72	8,364	8,354	8,374	60,48	60,42	60,54	14,565	14,545	14,585
23.	110,61	110,50	110,72	8,363	8,353	8,373	60,52	60,46	60,58	14,572	14,552	14,592
24.	110,61	110,50	110,72	8,364	8,354	8,374	60,515	60,455	60,575	14,583	14,563	14,603
25.	110,61	110,50	110,72	8,365	8,355	8,375	60,495	60,435	60,555	14,579	14,559	14,599
27.	110,605	110,495	110,715	8,364	8,354	8,374	60,49	60,43	60,55	14,58	14,56	14,60
28.	110,605	110,495	110,715	8,365	8,355	8,375	60,50	60,44	60,56	14,58	14,56	14,60
29.	110,61	110,50	110,72	8,367	8,357	8,377	60,51	60,45	60,57	14,579	14,559	14,599
30.	110,61	110,50	110,72	8,368	8,358	8,378	60,52	60,46	60,58	14,579	14,559	14,599
Juli												
1.	110,605	110,495	110,715	8,368	8,358	8,378	60,53	60,47	60,59	14,579	14,559	14,599
2.	110,605	110,495	110,715	8,368	8,358	8,378	60,525	60,465	60,585	14,578	14,558	14,598
4.	110,60	110,49	110,71	8,368	8,358	8,378	60,525	60,465	60,585	14,578	14,558	14,598
5.	110,56	110,45	110,67	8,37	8,36	8,38	60,53	60,47	60,59	14,578	14,558	14,598
6.	110,465	110,355	110,575	8,37	8,36	8,38	60,56	60,50	60,62	14,585	14,565	14,605
7.	110,54	110,43	110,65	8,37	8,36	8,38	60,565	60,505	60,625	14,591	14,571	14,611
8.	110,56	110,45	110,67	8,369	8,359	8,379	60,545	60,485	60,605	14,590	14,570	14,610
9.	110,565	110,455	110,675	8,369	8,359	8,379	60,53	60,47	60,59	14,587	14,567	14,607
11.	110,525	110,415	110,635	8,368	8,358	8,378	60,515	60,455	60,575	14,588	14,568	14,608
12.	110,55	110,44	110,66	8,369	8,359	8,379	60,51	60,45	60,57	14,586	14,566	14,606
13.	110,57	110,46	110,68	8,368	8,358	8,378	60,48	60,42	60,54	14,576	14,556	14,596
14.	110,57	110,46	110,68	8,366	8,356	8,376	60,51	60,45	60,57	14,580	14,560	14,600
15.	110,565	110,455	110,675	8,367	8,357	8,377	60,515	60,455	60,575	14,583	14,563	14,603
Zeit	London			Mailand/Rom			Montreal			New York		
	1 £			1 000 Lit			1 kan. \$			1 US-\$		
	Parität 11,76 DM			Parität 6,720 DM			Parität --			Parität 4,20 DM		
	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief
1960												
Juni												
1.	11,679	11,669	11,689	6,72	6,71	6,73	4,222	4,217	4,227	4,1700	4,1650	4,1750
2.	11,672	11,662	11,682	6,72	6,71	6,73	4,237	4,232	4,242	4,1700	4,1650	4,1750
3.	11,679	11,669	11,689	6,72	6,71	6,73	4,2525	4,2475	4,2575	4,1700	4,1650	4,1750
7.	11,683	11,673	11,693	6,72	6,71	6,73	4,2445	4,2395	4,2495	4,1700	4,1650	4,1750
8.	11,679	11,669	11,689	6,72	6,71	6,73	4,2405	4,2355	4,2455	4,1700	4,1650	4,1750
9.	11,678	11,668	11,688	6,72	6,71	6,73	4,2445	4,2395	4,2495	4,1700	4,1650	4,1750
10.	11,681	11,671	11,691	6,72	6,71	6,73	4,2455	4,2405	4,2505	4,1700	4,1650	4,1750
11.	11,681	11,671	11,691	6,72	6,71	6,73	4,247	4,242	4,252	4,1700	4,1650	4,1750
13.	11,678	11,668	11,688	6,719	6,709	6,729	4,247	4,242	4,252	4,1700	4,1650	4,1750
14.	11,679	11,669	11,689	6,719	6,709	6,729	4,2445	4,2395	4,2495	4,1700	4,1650	4,1750
15.	11,686	11,676	11,696	6,717	6,707	6,727	4,237	4,232	4,242	4,1700	4,1650	4,1750
20.	11,682	11,672	11,692	6,719	6,709	6,729	4,247	4,242	4,252	4,1700	4,1650	4,1750
21.	11,688	11,678	11,698	6,72	6,71	6,73	4,249	4,244	4,254	4,1700	4,1650	4,1750
22.	11,691	11,681	11,701	6,72	6,71	6,73	4,2454	4,2404	4,2504	4,1700	4,1650	4,1750
23.	11,697	11,687	11,707	6,72	6,71	6,73	4,2463	4,2413	4,2513	4,1700	4,1650	4,1750
24.	11,703	11,693	11,713	6,72	6,71	6,73	4,25	4,245	4,255	4,1700	4,1650	4,1750
25.	11,698	11,688	11,708	6,72	6,71	6,73	4,251	4,246	4,256	4,1700	4,1650	4,1750
27.	11,700	11,690	11,710	6,72	6,71	6,73	4,247	4,242	4,252	4,1700	4,1650	4,1750
28.	11,698	11,688	11,708	6,72	6,71	6,73	4,2568	4,2518	4,2618	4,1700	4,1650	4,1750
29.	11,703	11,693	11,713	6,72	6,71	6,73	4,2595	4,2545	4,2645	4,1700	4,1650	4,1750
30.	11,704	11,694	11,714	6,72	6,71	6,73	4,2565	4,2515	4,2615	4,1700	4,1650	4,1750
Juli												
1.	11,705	11,695	11,715	6,72	6,71	6,73	4,248	4,243	4,253	4,1700	4,1650	4,1750
2.	11,704	11,694	11,714	6,72	6,71	6,73	4,252	4,247	4,257	4,1700	4,1650	4,1750
4.	11,704	11,694	11,714	6,72	6,71	6,73	4,252	4,247	4,257	4,1700	4,1650	4,1750
5.	11,707	11,697	11,717	6,72	6,71	6,73	4,252	4,247	4,257	4,1700	4,1650	4,1750
6.	11,712	11,702	11,722	6,72	6,71	6,73	4,2475	4,2425	4,2525	4,1700	4,1650	4,1750
7.	11,716	11,706	11,726	6,72	6,71	6,73	4,2435	4,2385	4,2485	4,1700	4,1650	4,1750
8.	11,714	11,704	11,724	6,72	6,71	6,73	4,2475	4,2425	4,2525	4,1700	4,1650	4,1750
9.	11,710	11,700	11,720	6,72	6,71	6,73	4,251	4,246	4,256	4,1700	4,1650	4,1750
11.	11,711	11,701	11,721	6,72	6,71	6,73	4,25	4,245	4,255	4,1700	4,1650	4,1750
12.	11,711	11,701	11,721	6,72	6,71	6,73	4,2565	4,2515	4,2615	4,1700	4,1650	4,1750
13.	11,705	11,695	11,715	6,72	6,71	6,73	4,2495	4,2445	4,2545	4,1700	4,1650	4,1750
14.	11,710	11,700	11,720	6,72	6,71	6,73	4,2538	4,2488	4,2588	4,1700	4,1650	4,1750
15.	11,711	11,701	11,721	6,72	6,71	6,73	4,2547	4,2497	4,2597	4,1700	4,1650	4,1750

## noch: IX. Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse

Kassa-Kurse in DM

Zeit	Oslo			Paris			Stockholm			Wien			Zürich		
	100 nkr			100 NF			100 skr			100 S			100 sfr		
	Parität 58,80 DM			Parität 85,0709 DM			Parität 81,1875 DM			Parität 16,1538 DM			Parität 96,0479 DM		
	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief
1960															
Juni															
1.	58,445	58,385	58,505	85,105	85,005	85,205	80,665	80,585	80,745	16,020	16,000	16,040	96,63	96,53	96,73
2.	58,425	58,365	58,485	85,095	84,995	85,195	80,64	80,56	80,72	16,019	15,999	16,039	96,63	96,53	96,73
3.	58,45	58,39	58,51	85,095	84,995	85,195	80,645	80,565	80,725	16,018	15,998	16,038	96,65	96,55	96,75
7.	58,435	58,375	58,495	85,09	84,99	85,19	80,675	80,595	80,755	16,023	16,003	16,043	96,675	96,575	96,775
8.	58,405	58,345	58,465	85,10	85,00	85,20	80,67	80,59	80,75	16,025	16,005	16,045	96,66	96,56	96,76
9.	58,40	58,34	58,46	85,10	85,00	85,20	80,74	80,66	80,82	16,036	16,016	16,056	96,66	96,56	96,76
10.	58,405	58,345	58,465	85,08	84,98	85,18	80,80	80,72	80,88	16,055	16,035	16,075	96,635	96,535	96,735
11.	58,395	58,335	58,455	85,095	84,995	85,195	80,885	80,805	80,965	16,058	16,038	16,078	96,66	96,56	96,76
13.	58,39	58,33	58,45	85,095	84,995	85,195	80,885	80,805	80,965	16,07	16,05	16,09	96,67	96,57	96,77
14.	58,40	58,34	58,46	85,095	84,995	85,195	80,825	80,745	80,905	16,069	16,049	16,089	96,675	96,575	96,775
15.	58,425	58,365	58,485	85,08	84,98	85,18	80,82	80,74	80,90	16,063	16,043	16,083	96,67	96,57	96,77
20.	58,38	58,32	58,44	85,10	85,00	85,20	80,78	80,70	80,86	16,065	16,045	16,085	96,675	96,575	96,775
21.	58,41	58,35	58,47	85,08	84,98	85,18	80,795	80,715	80,875	16,064	16,044	16,084	96,67	96,57	96,77
22.	58,415	58,355	58,475	85,045	84,945	85,145	80,765	80,685	80,845	16,06	16,04	16,08	96,68	96,58	96,78
23.	58,455	58,395	58,515	85,10	85,00	85,20	80,76	80,68	80,84	16,06	16,04	16,08	96,665	96,565	96,765
24.	58,46	58,40	58,52	85,06	84,96	85,16	80,84	80,76	80,92	16,06	16,04	16,08	96,59	96,49	96,69
25.	58,45	58,39	58,51	85,08	84,98	85,18	80,82	80,74	80,90	16,065	16,045	16,085	96,67	96,57	96,77
27.	58,435	58,375	58,495	85,07	84,97	85,17	80,825	80,745	80,905	16,073	16,053	16,093	96,65	96,55	96,75
28.	58,42	58,36	58,48	85,05	84,95	85,15	80,835	80,755	80,915	16,079	16,059	16,099	96,67	96,57	96,77
29.	58,435	58,375	58,495	85,07	84,97	85,17	80,835	80,755	80,915	16,079	16,059	16,099	96,59	96,49	96,69
30.	58,435	58,375	58,495	85,08	84,98	85,18	80,835	80,755	80,915	16,076	16,056	16,096	96,605	96,505	96,705
Juli															
1.	58,445	58,385	58,505	85,075	84,975	85,175	80,84	80,76	80,92	16,075	16,055	16,095	96,575	96,475	96,675
2.	58,445	58,385	58,505	85,10	85,00	85,20	80,83	80,75	80,91	16,076	16,056	16,096	96,59	96,49	96,69
4.	58,455	58,395	58,515	85,085	84,985	85,185	80,84	80,76	80,92	16,08	16,06	16,10	96,575	96,475	96,675
5.	58,455	58,395	58,515	85,095	84,995	85,195	80,84	80,76	80,92	16,084	16,064	16,104	96,59	96,49	96,69
6.	58,49	58,43	58,55	85,095	84,995	85,195	80,84	80,76	80,92	16,088	16,068	16,108	96,565	96,465	96,665
7.	58,495	58,435	58,555	85,095	84,995	85,195	80,84	80,76	80,92	16,088	16,068	16,108	96,60	96,50	96,70
8.	58,49	58,43	58,55	85,10	85,00	85,20	80,825	80,745	80,905	16,087	16,067	16,107	96,63	96,53	96,73
9.	58,475	58,415	58,535	85,105	85,005	85,205	80,80	80,72	80,88	16,087	16,067	16,107	96,66	96,56	96,76
11.	58,47	58,41	58,53	85,10	85,00	85,20	80,77	80,69	80,85	16,091	16,071	16,111	96,65	96,55	96,75
12.	58,46	58,40	58,52	85,10	85,00	85,20	80,745	80,665	80,825	16,091	16,071	16,111	96,66	96,56	96,76
13.	58,435	58,375	58,495	85,11	85,01	85,21	80,725	80,645	80,805	16,096	16,076	16,116	96,675	96,575	96,775
14.	58,46	58,40	58,52	85,10	85,00	85,20	80,715	80,635	80,795	16,095	16,075	16,115	96,67	96,57	96,77
15.	58,46	58,40	58,52	85,10	85,00	85,20	80,715	80,635	80,795	16,097	16,077	16,117	96,68	96,58	96,78

X. Zinssätze im Ausland

1. Diskontsätze

Länder	%	seit	Vorheriger Satz		Länder	%	seit	Vorheriger Satz	
			%	seit				%	seit
Argentinien	6	20. 12. 57	3,4	1. 10. 46	Luxemburg *)	4	24. 12. 59	3,25	8. 1. 59
Australischer Bund *)	4,75	8. 52	4,25	11. 34	Mexico	4,5	4. 6. 42	4	2. 1. 41
Belgien *)	4	24. 12. 59	3,25	8. 1. 59	Neuseeland	6 *)	19. 10. 59	7 *)	18. 10. 55
Bolivien *)	6	30. 9. 50	5	4. 2. 48	Nicaragua	6	1. 4. 54	5	28. 8. 53
Brasilien *)	8	9. 4. 58	6	30. 12. 55	Niederlande	3,5	16. 11. 59	2,75	21. 1. 59
Bulgarien	3,5	27. 7. 48	4,5	14. 8. 46	Norwegen	3,5	14. 2. 55	2,5	9. 1. 46
Birma	3	2. 48	—	—	Österreich	5	17. 3. 60	4,5	23. 4. 59
Ceylon	2,5	11. 6. 54	3	23. 7. 53	Pakistan	4	14. 1. 59	3	1. 7. 48
Chile	12	1. 1. 56	9	1. 2. 55	Peru	9,5	5. 11. 59	6	13. 11. 47
Costa Rica	5	1. 4. 54	4	1. 2. 50	Philippinen	6	31. 5. 60	6,5	3. 2. 59
Dänemark	5,5	26. 1. 60	5	19. 9. 59	Polen	6	1. 8. 47	—	—
Ecuador	10	13. 5. 48	7	8. 6. 38	Portugal	2,5	12. 1. 44	3	8. 4. 43
Finnland	6 *)	1. 3. 59	6,5 *)	19. 4. 56	Rumänien	5	25. 3. 48	7	15. 8. 47
Frankreich	4	23. 4. 59	4,25	5. 2. 59	Salvador *)	5,5	25. 1. 60	4	12. 4. 57
Griechenland	7	1. 3. 60	9	1. 10. 59	Schweden	5	15. 1. 60	4,5	3. 5. 58
Großbritannien u. Nordirland	6	23. 6. 60	5	21. 1. 60	Schweiz	2	26. 2. 59	2,5	15. 5. 57
Guatemala *)	6	1. 1. 54	4	11. 12. 47	Spanien	5,75	11. 4. 60	6,25	3. 8. 59
Indien	4	16. 5. 57	3,5	15. 11. 51	Sowjetunion (UdSSR)	4	1. 7. 36	8	22. 3. 57
Indonesien	3	1. 4. 46	—	—	Südafrikanische Union	4	5. 1. 59	4,5	29. 9. 55
Iran	4	23. 3. 48	5	23. 12. 47	Thailand (Siam) *)	7	23. 2. 45	—	—
Irland	5,5	1. 7. 60	4,75	29. 1. 60	Tschechoslowakei	2,5	28. 10. 45	3,5	1. 10. 40
Island	11	22. 2. 60	7	2. 4. 52	Türkei	6	6. 6. 56	4,5	28. 6. 55
Italien	3,5	7. 6. 58	4	6. 4. 50	Ungarn	5	1. 11. 47	7	1. 8. 46
Japan	7,3 *)	2. 12. 59	6,935 *)	19. 2. 59	USA (New York)	3,5	10. 6. 60	4	11. 9. 59
Jugoslawien	1—3	20. 8. 48	1—4	1. 1. 47	Venezuela *)	4,5	12. 11. 59	2	8. 5. 47
Kanada *)	3,17	29. 7. 60	3,44	22. 7. 60	Vereinigte Arabische Republik	3 *)	15. 11. 52	3,5 *)	5. 7. 52
Kolumbien	6—12	1. 5. 58 *)	3—6	—	Aegypten	3	9. 4. 55	—	—
					Syrien	3	9. 4. 55	—	—

1) Handelswechsel mit Bankunterschrift. — 2) Überziehungssatz der Commonwealth Bank. — 3) Satz für akzeptierte Tratten, die bei einer Bank domiziliert sind und für Lagerscheine. — 4) Basis-Diskontsatz für Handelswechsel. — 5) Flexibler, jede Woche neu bestimmter Diskontsatz. — 6) Mindestdiskontsatz. — 7) Satz für Mitgliedsbanken. — \*) Rediskontsatz.

2. Geldmarktsätze

Tagesdurchschnitte 1)

0/0 p. a.

Monat bzw. Woche	Amsterdam		Brüssel *)		London		New York			Ottawa	Paris		Zürich					
	Tägliches Geld	Schatzwechsel (3 Monate) Markt-diskont	Tages-geld*) (1 Tag)	Schatzwechsel (3 Monate) Markt-diskont	Bank-akzepte*) (bis zu 4 Monaten)	Tages-geld *)	Schatzwechsel (3 Monate) Emissions-satz*)	Bank-akzepte (3 Monate)	Schatzwechsel (3 Monate) Markt-diskont 7)	Bank-akzepte*) (3 Monate)	Erst-klassige Handels-papiere (4 bis 6 Monate)	Schatzwechsel (3 Monate) Emissions-satz*)	private Titel	öffentl. Titel	Tägliches Geld 10)	Drei-monats-geld 11)	Privat-diskont-ten 12)	
1957 Jan.	3.38	3.58	1.70	—	—	4.06	4.69	4.84	3.11	3.38	3.63	3.70	3.92	3.17	1.50	—	1.64	
Febr.	2.85	3.47	1.70	—	—	3.66	4.30	4.44	3.11	3.38	3.63	3.76	3.52	3.21	1.50	—	1.75	
März	3.50	3.61	1.70	—	—	3.55	4.07	4.25	3.08	3.27	3.63	3.71	4.10	3.33	1.50	—	1.75	
April	3.50	3.62	1.70	—	—	3.59	4.01	4.18	3.06	3.20	3.63	3.72	4.61	3.33	1.50	—	1.75	
Mai	2.88	3.59	1.70	—	—	3.48	3.84	4.04	3.06	3.25	3.63	3.77	5.78	3.03	1.75	—	1.75	
Juni	2.70	3.60	1.70	—	—	3.45	3.87	4.08	3.29	3.36	3.79	3.80	5.78	2.85	1.88	—	2.50	
Juli	3.08	3.81	1.70	—	—	3.45	3.85	4.06	3.16	3.38	3.88	3.81	7.82	3.88	1.92	—	2.50	
Aug.	3.51	4.45	1.70	—	—	3.60	3.97	4.17	3.37	3.78	3.98	3.97	7.94	2.93	2.00	—	2.50	
Sept.	3.64	4.86	1.70	—	—	4.33	5.42	5.40	3.53	3.83	4.00	3.93	5.77	3.26	2.00	—	2.50	
Okt.	3.75	4.87	1.70	—	—	5.53	6.60	6.81	3.58	3.75	4.10	3.84	4.94	3.10	2.00	—	2.50	
Nov.	3.35	4.66	2.05	3,25 13)	—	5.63	6.54	6.77	3.29	3.50	4.07	3.65	4.87	3.04	2.00	—	2.50	
Dez.	3.33	4.64	2.25	3.40	—	5.67	6.43	6.67	3.04	3.35	3.81	3.65	5.72	3.34	2.00	—	2.50	
1958 Jan.	3.50	4.43	2.08	3.75	4.31	5.56	6.27	6.51	2.44	3.06	3.49	3.54	5.17	3.42	1.88	2.42	2.50	
Febr.	3.26	3.88	1.80	3.75	4.31	5.57	6.02	6.17	1.54	2.30	2.63	2.99	5.25	3.58	1.72	2.14	2.50	
März	2.77	3.14	1.55	3.71	4.27	5.23	5.78	5.96	1.30	1.80	2.33	2.44	5.96	3.52	1.59	2.00	2.50	
April	2.93	3.18	1.51	3.50	4.06	4.71	5.28	5.47	1.13	1.52	1.90	1.67	6.78	3.58	1.06	1.61	2.50	
Mai	2.39	2.97	1.49	3.38	4.06	4.53	5.02	5.24	0.91	1.30	1.71	1.56	10.04	3.43	1.00	1.42	2.50	
Juni	2.34	2.90	1.29	2.87	3.85	3.95	4.45	4.64	0.83	1.13	1.54	1.75	7.51	3.45	1.00	1.33	2.50	
Juli	2.50	2.87	1.25	2.52	3.50	3.62	4.15	4.31	0.91	1.13	1.50	1.31	6.85	3.51	1.00	1.25	2.50	
Aug.	2.08	2.62	1.22	2.47	3.41	3.36	3.81	3.98	1.69	1.65	1.96	1.29	6.97	3.47	1.00	1.25	2.50	
Sept.	2.16	2.62	1.20	2.25	2.96	3.17	3.65	3.82	2.44	2.39	2.93	2.02	6.46	3.59	1.00	1.25	2.50	
Okt.	2.50	2.83	1.20	2.25	2.94	3.19	3.65	3.80	2.63	2.73	3.23	2.48	5.50	3.63	1.00	1.25	2.50	
Nov.	1.79	2.40	1.20	2.25	2.94	2.97	3.46	3.67	2.67	2.75	3.08	3.00	5.26	3.61	1.00	1.13	2.50	
Dez.	1.50	2.26	1.11	2.02	2.94	2.70	3.16	3.34	2.77	2.75	3.33	3.46	6.07	3.70	1.00	1.13	2.50	
1959 Jan.	1.58	2.04	1.02	1.88	2.84	2.74	3.12	3.28	2.82	2.75	3.30	3.34	4.39	3.63	1.00	1.13	2.50	
Febr.	1.26	1.74	1.02	1.85	2.81	2.73	3.09	3.22	2.70	2.75	3.26	3.70	4.23	3.67	0.95	1.13	2.50	
März	1.42	1.68	1.03	1.85	2.81	2.65	3.30	3.41	2.80	2.88	3.35	4.16	4.36	3.74	0.88	1.06	2.24	
April	1.50	1.61	1.00	1.85	2.81	2.69	3.25	3.40	2.95	2.98	3.42	4.57	4.13	3.56	0.88	1.13	2.00	
Mai	1.34	1.63	1.00	1.85	2.81	2.67	3.33	3.43	2.84	3.17	3.56	4.98	3.88	3.61	0.88	1.14	2.00	
Juni	1.46	1.82	1.00	1.85	2.81	2.74	3.44	3.54	3.21	3.31	3.83	5.15	3.67	3.43	1.05	1.30	2.00	
Juli	1.48	1.79	1.00	1.85	2.81	2.81	3.46	3.57	3.20	3.45	3.98	5.23	4.27	3.62	1.04	1.37	2.00	
Aug.	1.15	1.63	1.00	1.85	2.81	2.75	3.48	3.60	3.38	3.56	3.97	5.82	3.93	3.36	1.00	1.50	2.00	
Sept.	1.31	1.66	1.00	1.85	2.81	2.79	3.48	3.59	4.04	4.07	4.63	5.68	4.05	3.55	1.00	1.59	2.00	
Okt.	1.50	2.03	1.00	1.85	2.81	2.82	3.43	3.57	4.05	4.25	4.73	5.05	3.87	3.59	1.00	1.68	2.00	
Nov.	1.50	2.01	1.00	1.91	2.81	2.77	3.39	3.55	4.15	4.25	4.67	4.87	4.02	3.53	1.06	1.80	2.00	
Dez.	1.50	2.52	2.85	2.36	3.02	2.87	3.61	3.72	4.49	4.47	4.88	5.02	4.07	3.58	1.39	1.88	2.00	
1960 Jan.	1.50	2.53	2.85	3.47	3.69	3.09	4.07	4.14	4.35	4.78	4.91	4.81	3.91	3.54	1.25	1.77	2.00	
Febr.	1.54	2.48	2.80	3.50	3.69	3.78	4.55	4.69	3.96	4.44	4.66	4.69	4.11	3.58	1.17	1.75	2.00	
März	1.65	2.33	2.85	3.50	3.69	3.91	4.59	4.74	3.31	3.96	4.49	3.87	4.17	3.65	1.11	1.83	2.00	
April	1.75	2.23	2.45	3.50	3.69	3.67	4.64	4.80	3.23	3.88	4.16	3.40	4.22	3.65	1.00	1.75	2.00	
Mai	1.54	2.30	2.10	3.50	3.69	3.87	4.59	4.76	3.30	3.77	4.25	2.87	4.25	3.61	1.08	2.05	2.00	
Juni	1.75	2.49 1)	2.80	3.50	3.69	3.94	4.88	5.03	2.48	3.28	3.82	2.87	4.17	3.66	1.16	2.00	2.00	
Woche endend am																		
25. Juni	1.75	2.48 1)	2.80	3.50	3.69	4.23	5.68	5.18	2.42	3.13	3.63	2.98	3.95	3.75	1.13	2.00	2.00	
2. Juli	1.75	2.45 1)	2.86	3.50	3.69	4.42	5.68	5.84	2.23	3.13	3.63	3.07	4.88	3.73	1.25	2.25	2.00	
9. "	1.50	2.33 1)	2.95	3.50	3.69	4.90	5.66	5.84	2.31									